

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

# Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

2

2. Jahrgang 1960 · Preis 2,- DM

NEUERSCHEINUNGEN

## Arbeitereinheit siegt über Militaristen

*Erinnerungen an die Niederschlagung des Kapp-Putsches März 1920*

204 Seiten · Mit 9 Bildern und 3 Faksimiles · Ganzleinen 4,80 DM

Die 22 Verfasser schildern aus eigenem Erleben die Kämpfe in den verschiedensten Gebieten Deutschlands gegen die Militaristen im März 1920. Im Ruhrgebiet, in Chemnitz, Leipzig, Halle oder Gera — überall bewies die einheitlich handelnde Arbeiterklasse ihre Überlegenheit über die militaristischen Kapp-Putschisten.

RUDOLF LINDAU

## Revolutionäre Kämpfe 1918 – 1919

*Aufsätze und Chronik*

268 Seiten · Mit 10 Bildbeilagen · Ganzleinen 5,— DM

Die in diesem Buch vereinigten Aufsätze wurden aus früheren, verstreuten und dem Leser kaum erreichbaren Veröffentlichungen zusammengestellt, überarbeitet und ergänzt. Die Sammlung ist ein Beitrag zur Geschichte der Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse in den Jahren 1918 bis 1919.

*Unsere Bücher erhalten Sie in jeder guten Buchhandlung sowie durch „Interbuch“, Versandbuchhandlung, Leipzig C 1, Postfach 259, und durch den „Buchdienst“, Versandbuchhandlung, Berlin O 17, Rungestraße 20.*



DIETZ VERLAG BERLIN C 2, Wallstraße 76-79



Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

# Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus  
beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands  
Redaktion: Berlin N 54, Wilhelm-Pieck-Straße 1, Telefon: 20 05 81 / App. 4119

## INHALT

<b>Arnold Reisberg:</b> Lenins großer Gedanke von der friedlichen Koexistenz – der bestimmende Faktor der gegenwärtigen Weltpolitik .....	231
<b>Hellmuth Kolbe:</b> W. I. Lenins Werk „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ – eine bedeutende Hilfe für die junge Kommunistische Partei Deutschlands .....	255
<b>Klaus Mammach:</b> Der Kampf der KPD um die Einbeziehung der Bauern in die antiimperialistische, antimilitaristische Kampffront (Zum Euro- päischen Bauernkongreß im März 1930 in Berlin) .....	276
<b>Hans Jürgen Friederici:</b> Zur Einschätzung Lassalles und des Lassallea- nismus in der bürgerlichen und rechtssozialdemokratischen Geschichts- schreibung .....	294
<b>Edith Siclós-Vince:</b> Der Kampf in der ungarischen Arbeiterbewegung gegen den lassalleanischen Einfluß (1867–1872) .....	314
Wissenschaftliche Mitteilungen und Notizen	
<b>Otto Braun:</b> Zur Herausgabe der Werke W. I. Lenins in deutscher Sprache	332
<b>O. D. Weizmann:</b> Ernst Thälmann in Leningrad .....	340
<b>A. A. Strutskow</b> .....	352
Aus der Arbeit der Kommissionen für die Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung	
Zu einigen Veröffentlichungen zur Geschichte der örtlichen Arbeiter- bewegung anläßlich des 10. Jahrestages der Gründung der DDR ( <b>Hans Maur</b> ) .....	353

Partei und Gewerkschaften müssen bei der Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung zusammenarbeiten! ( <i>Kurt Schumann</i> )	363
Ein Dokument aus den Anfängen der Gewerkschaftsbewegung in der Kaliindustrie (1897/1898) ( <i>Kurt Ohlendorf</i> )	366

## Berichte und Bemerkungen

Bericht über die Konferenz „Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg“ ( <i>Autorenkollektiv des Instituts für Marxismus-Leninismus und des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED</i> )	373
Über die Tätigkeit des Instituts für Parteigeschichte beim ZK der KPČ ( <i>Otto Falta</i> )	388
Die Widerstandsbewegung und die junge Generation ( <i>Heinz Schumann</i> )	393
„Párttörténeti Közlemények“, die Zeitschrift für Geschichte der ungarischen Arbeiterbewegung, Jahrgang 1959 ( <i>Ágnes Szabó</i> )	397
Eine neue Zeitschrift für die Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes ( <i>Heinz Kühnrich</i> )	401

## Kritik und Bibliographie

W. I. Lenin: Werke, Band 21 ( <i>Arnold Reisberg</i> )	403
W. I. Lenin: Werke, Band 24 ( <i>Hans-Joachim Neumann</i> )	410
W. I. Lenin: Werke, Band 27 ( <i>Renate Leuschner</i> )	413
Die Erinnerungen an W. I. Lenin — eine wertvolle Bereicherung unseres Wissens über Leben und Werk des Begründers der bolschewistischen Partei ( <i>Fritz Zimmermann</i> )	419
Josef Schleifstein: Franz Mehring. Sein marxistisches Schaffen 1891—1919 ( <i>Hellmuth Kolbe / Walter Schmidt</i> )	431
Aus 500 Jahren deutsch-tschechoslowakischer Geschichte ( <i>Joachim Mai</i> )	444



## Lenins großer Gedanke von der friedlichen Koexistenz — der bestimmende Faktor der gegenwärtigen Weltpolitik

Am 22. April 1960 jährt sich zum neunzigsten Mal der Geburtstag Wladimir Iljitsch Lenins. Es gibt heute kaum noch einen Winkel der Erde, wo dieser Tag nicht gefeiert würde. Die größte Ehrung jedoch, die Lenin zuteil werden konnte, ist der Siegeszug seiner Ideen, der Siegeszug des Leninismus.

So ist es auch mit Lenins Gedanken von der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen, der heute zur Grundidee unserer Zeit geworden ist. Die Idee wird zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreift, und Lenins Idee von der friedlichen Koexistenz hat solch feste Wurzeln in den Massen geschlagen, daß jeder Mensch, welche Weltanschauung er auch immer habe, sich mit ihr auseinandersetzen muß, daß die Zahl derjenigen immer geringer wird, die sich gegen sie auszusprechen wagen, und daß die materielle Gewalt dieser Idee, die die Massen ergriffen hat, zu dem wesentlichsten Faktor der internationalen Politik geworden ist.

„Die Frage Krieg oder friedliche Koexistenz ist zum Grundproblem der Weltpolitik geworden“, heißt es in der „Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder“ vom November 1957.<sup>1</sup>

Große Ideen haben ihre Geschichte. Ihre Geschichte hat auch die Idee von der friedlichen Koexistenz. Vergeblich bemühen sich ihre Gegner, sie als ein „taktisches“, „zeitweiliges“ Konjunkturmanöver der Kommunisten hinzustellen, darauf berechnet, die „ahnungslose“ und „unschuldige“ bürgerliche Welt in Fallstricke hineinzulocken, um sie dann wehrlos vernichten zu können.

Mit derartigen „Argumenten“ operiert beispielsweise der sattsam bekannte Jesuitenpater Wetter, Professor des Päpstlichen Orientalischen Instituts in Rom, in seinem Buch über die sowjetische Philosophie. Dasselbe sagt, um ein Beispiel aus der letzten Zeit zu nennen, auch der Staatsanwalt im Prozeß gegen das westdeutsche Friedenskomitee. Eine andere Variante der antisowjetischen Hetze ist die Behauptung, daß die Sowjetunion erst nach dem Jahre 1953 das Prinzip der friedlichen Koexistenz proklamiert, bis dahin aber eine aggressive Politik, berechnet auf den „Export der Revolution“ mit Waffengewalt, betrie-

<sup>1</sup> Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder (Moskau, 14. bis 16. November 1957), Dietz Verlag, Berlin 1957, S. 9.



ben habe. Aber diese Verleumdungen und Verdrehungen zerfallen in nichts, wenn wir uns den geschichtlichen Tatsachen zuwenden und die Entwicklung der Idee von der friedlichen Koexistenz verfolgen.

Die Idee der friedlichen Koexistenz entspricht dem Wesen und den Zielen des sozialistischen Staates, ist im Wesen der marxistisch-leninistischen Theorie begründet. Dieses Prinzip liegt der Praxis der sowjetischen Außenpolitik seit den Tagen der Oktoberrevolution zugrunde und stellt eine objektive, gesetzmäßige Erscheinung dieser Politik dar. Wie in seiner gesamten Tätigkeit, war Lenin auch hinsichtlich der friedliebenden Außenpolitik des Sowjetstaates ein getreuer Schüler und Fortsetzer der Gedanken von Marx und Engels, die beide den Frieden als Grundlage der internationalen Politik ansahen.

Bereits 1848 kündeten Marx und Engels im „Manifest der Kommunistischen Partei“ das Ende aller Kriege durch den Sieg der Arbeiterklasse an: „Die Bourgeoisie befindet sich in fortwährendem Kampfe: ... stets gegen die Bourgeoisie aller auswärtigen Länder.“ Aber: „Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie... Die Herrschaft des Proletariats wird sie noch mehr verschwinden machen... *Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nationen fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander*“<sup>2</sup> (Hervorhebung von mir. — A. R.).

Ausführlich begründete Marx 1864 in der von ihm verfaßten Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation die Stellung der Arbeiterklasse zum Frieden, bezeichnete den Frieden als Voraussetzung für das Werk der Befreiung der Arbeiter. Es heißt dort: „Wenn die Emanzipation der Arbeiterklassen das Zusammenwirken verschiedener Nationen erheischt, wie jenes große Ziel erreichen mit einer auswärtigen Politik, die frevelhafte Zwecke verfolgt, mit Nationalvorurteilen ihr Spiel treibt und in piratischen Kriegen des Volkes Blut und Gut vergeudet?“<sup>3</sup> Die von der Internationale angestrebte Außenpolitik dagegen charakterisierte Marx mit den Worten: „... die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, welche die Beziehungen von Privatpersonen regeln sollten“, sind „als die obersten Gesetze des Verkehrs von Nationen geltend zu machen“.<sup>4</sup> An diese Grundsätze erinnerte 1870 die gleichfalls von Marx verfaßte erste Adresse des Generalrats über den Deutsch-Französischen Krieg, in der auch ein Manifest der Pariser Arbeiter, die „Frieden und Arbeit nötig haben“ und den Krieg „als eine verbrecherische Torheit“ kennzeichneten, zustimmend zitiert wird.<sup>5</sup> Marx sprach die Überzeugung aus, daß „die Allianz der Arbeiter aller Länder schließlich den Krieg ausrotten wird“ und daß, „im Gegensatz

<sup>2</sup> Karl Marx/Friedrich Engels: Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 32 u. 40.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 358.

<sup>4</sup> Ebenda, S. 359.

<sup>5</sup> Ebenda, S. 459.



zur alten Gesellschaft mit ihrem ökonomischen Elend und ihrem politischen Wahnwitz, eine neue Gesellschaft entsteht, deren internationales Prinzip der Friede sein wird“.<sup>6</sup>

Und wenige Jahre vor seinem Tode begründete Engels nochmals, wie tief die Arbeiterklasse an der Erhaltung des Friedens interessiert ist. Er schrieb: „Der Friede sichert den Sieg ... Demgegenüber müßten die deutschen Sozialisten toll sein, wünschten sie den Krieg, bei dem sie alles auf eine Karte setzen, statt den sicheren Triumph des Friedens abzuwarten. Noch mehr. Kein Sozialist, von welcher Nationalität auch immer, kann den kriegerischen Triumph weder der heutigen deutschen Regierung wünschen noch den der französischen bürgerlichen Republik, am allerwenigsten den des Zaren, der eins wäre mit der Unterjochung Europas. Und deshalb sind die Sozialisten in allen Ländern für den Frieden.“<sup>7</sup>

Immer wieder wies Friedrich Engels, der nach Marxens Tod die internationale Arbeiterbewegung leitete, darauf hin, daß um den Frieden gekämpft werden müsse, weil er die Voraussetzung für den Sieg des Sozialismus schafft. In seiner Arbeit „Die Rolle der Gewalt in der Geschichte“ betonte er als Ziel der Arbeiterklasse die „Herstellung des harmonischen internationalen Zusammenwirkens der Völker, ohne welches die Herrschaft des Proletariats nicht bestehen kann“, und fügte hinzu: „Um den internationalen Frieden zu sichern, muß jedes Volk unabhängig und Herr im eigenen Hause sein.“<sup>8</sup>

Auch in Lenins politischer Tätigkeit nahm der Kampf um den Frieden immer einen hervorragenden Platz ein. Es ist durchaus kein Zufall, daß Lenin auf den Kongressen der II. Internationale besonders hinsichtlich des revolutionären Kampfes gegen Militarismus und Kriegsgefahr führend auftrat. Auf dem Stuttgarter Kongreß der II. Internationale 1907 unterstützte er als Mitglied der Kommission „Militarismus und internationale Konflikte“ die von August Bebel vorgeschlagene und schließlich vom Kongreß angenommene Resolution, in der es hieß: „Daher ist die Arbeiterklasse, die vorzugsweise die Soldaten zu stellen und hauptsächlich die materiellen Opfer zu bringen hat, eine natürliche Gegnerin des Krieges, der im Widerspruch zu ihrem Ziele steht: Schaffung einer auf sozialistischer Grundlage beruhenden Wirtschaftsordnung, die die Solidarität der Völker verwirklicht.“<sup>9</sup> Der von Lenin und Rosa Luxemburg vorgeschlagene Zusatzantrag, wonach das Proletariat die Pflicht habe, „die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen“<sup>10</sup>, machte aus der „einseitig-dogmatischen, leblosen Resolution von Bebel ... zu

<sup>6</sup> Ebenda, S. 462.

<sup>7</sup> Friedrich Engels: Der Sozialismus in Deutschland. In: Marx/Engels/Lenin/Stalin: Zur deutschen Geschichte, Bd. II/2, Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 1145.

<sup>8</sup> Ebenda, S. 1053.

<sup>9</sup> Internationaler Sozialistenkongreß zu Stuttgart, 18. bis 24. August 1907, Berlin 1907, S. 65.

<sup>10</sup> Ebenda, S. 66.



guter Letzt eine ganz andere Resolution“, führte „zur Anerkennung aller Kampfmittel“ gegen den Krieg.<sup>11</sup>

Diesen unlöslichen Zusammenhang zwischen dem Kampf um den Frieden und dem Kampf für den Triumph des Sozialismus faßte Lenin nach dem Sturz des russischen Zarismus im April 1917 in der Forderung nach einer „Regierung der Arbeiter und der armen Bauern“ zusammen, die allein eine konsequente Friedenspolitik verfolgen konnte. Er schrieb: „Nur eine solche Regierung ... ist *imstande*, die außerordentlich schwierige, absolut unaufschiebbare Aufgabe, die *Hauptaufgabe* des gegenwärtigen Augenblicks, erfolgreich zu lösen, nämlich den *Frieden* herbeizuführen, und zwar keinen imperialistischen *Frieden*, keine Abmachung imperialistischer Mächte über die Teilung der von den Kapitalisten und ihren Regierungen geraubten Beute, sondern einen wirklich dauerhaften und demokratischen Frieden, der ohne die proletarische Revolution in einer Reihe von Ländern nicht erreicht werden kann.“<sup>12</sup>

Und bereits am 7. November 1917 wurde um 10 Uhr morgens in Petrograd der von Lenin verfaßte Aufruf des Revolutionären Militärkomitees des Petrograder Sowjets „An die Bürger Rußlands“ angeschlagen, in dem es hieß: „Die Provisorische Regierung ist gestürzt ... Die Sache, für die das Volk gekämpft hat: das sofortige Angebot eines demokratischen Friedens ..., ist gesichert.“<sup>13</sup> Von da an ist und bleibt der Kampf um die Herbeiführung und Sicherung des Friedens in der ganzen Welt die Grundlage der Außenpolitik des Sowjetstaates.

In der Nacht zum 8. November verabschiedete der II. Allrussische Sowjetkongreß, der die erste Sowjetregierung, den Rat der Volkskommissare, bildete, als erste seiner Gesetzestaten das Dekret über den Frieden. Das Dekret schlug allen kriegführenden Völkern und ihren Regierungen einen gerechten, demokratischen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen, den sofortigen Waffenstillstand und die Aufnahme von Verhandlungen vor. Am 8. November wurde diese Friedensbotschaft durch den Funk „An Alle! An Alle!“ verkündet. Gleichzeitig schritt die Sowjetregierung, um ihren Friedenswillen noch stärker zu betonen, zur restlosen Veröffentlichung der diplomatischen Geheimdokumente und erklärte sämtliche von der zaristischen und der Regierung der Gutsbesitzer und Kapitalisten abgeschlossenen ungleichen Verträge „bedingungslos für ungültig“<sup>14</sup>.

Aber die Sendewellen fürchten den Äther vergeblich. Die imperialistischen Regierungen beantworteten das Leninsche Friedensangebot mit einer Verschwörung des Schweigens. In logischer Konsequenz ihrer

<sup>11</sup> W. I. Lenin: Der Internationale Sozialistenkongreß in Stuttgart. In: Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung, Dietz Verlag, Berlin 1957, S. 170.

<sup>12</sup> W. I. Lenin: Briefe aus der Ferne. In: W. I. Lenin: Werke, Bd. 23, Dietz Verlag, Berlin 1957, S. 355.

<sup>13</sup> An die Bürger Rußlands! In: W. I. Lenin: Das Jahr 1917, Dietz Verlag, Berlin 1957, S. 474.

<sup>14</sup> Dekret über den Frieden. In: W. I. Lenin: Über den Kampf um den Frieden, Dietz Verlag, Berlin 1956, S. 171.



Friedenspolitik schloß darauf am 3. März 1918 die Sowjetregierung den Friedensvertrag von Brest-Litowsk mit dem kaiserlichen Deutschland, ungeachtet seiner schamlosen, räuberischen Bedingungen. Der Abschluß des Brester Friedens war ein praktischer Schritt der Sowjetmacht zur Herbeiführung des Friedens, der von der Idee der friedlichen Koexistenz nicht zu trennen war.

Lenins Idee von der friedlichen Koexistenz ist keine bloße Wiederholung der Marxschen Friedenslösung; sie ist eine logische Schlußfolgerung aus der Leninschen Lehre von der proletarischen Revolution unter den neuen Bedingungen des Imperialismus.

Bekanntlich waren Marx und Engels der Ansicht, daß die proletarische Revolution nur das gemeinsame Werk der Arbeiter aller oder der meisten fortgeschrittenen Länder sein könnte. Diese Ansicht war für die Epoche des vorimperialistischen Kapitalismus unbedingt richtig. Es ist das große Verdienst Lenins, bei seiner Untersuchung des Imperialismus als des höchsten Stadiums des Kapitalismus das Gesetz der ungleichmäßigen, sprunghaften ökonomischen und politischen Entwicklung des Kapitalismus in dieser Epoche entdeckt und 1915 formuliert zu haben. Infolge der ungleichmäßigen, sprunghaften Entwicklung in den einzelnen Ländern kann von der Revolution als einmaliger, gleichzeitiger Akt in allen Ländern keine Rede sein. Lenin erkannte, daß es deshalb möglich wurde, daß der Sozialismus zunächst in einem einzelnen Lande siegen konnte, wie sich das ja auch später 1917 in Rußland erwies. Damit begann die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab. Daraus ergab sich die Schlußfolgerung, daß im Laufe einer bestimmten historischen Periode zwei verschiedene Gesellschaftssysteme existieren würden. Dabei vertritt das sozialistische System neue Prinzipien internationaler Beziehungen, den Gedanken des Friedens und der Zusammenarbeit, der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen. Die aggressiven imperialistischen Kräfte hingegen suchen die friedliche Koexistenz zu bekämpfen und den Krieg gegen den Sozialismus zu organisieren, weil sie die Herrschaft des Kapitalismus in der ganzen Welt wiederherstellen wollen.

Lenin warnte jedoch vor der Illusion, daß der Imperialismus die Existenz des sozialistischen Staates kampflos hinnehmen würde. Er sprach deshalb immer von der Wahrscheinlichkeit der kriegerischen Zusammenstöße zwischen dem Lande des siegreichen Sozialismus und seiner kapitalistischen Umkreisung. Und wirklich mußte sich die Sowjetunion zweimal gegen mächtige feindliche Invasionen verteidigen: die Intervention der Entente, an der vierzehn Länder teilnahmen, in den Jahren 1918 bis 1920 und den Einfall der Hitlerarmee 1941 bis 1945, von kleineren imperialistischen Aggressionsakten abgesehen. Es bedurfte heldenmütiger Anstrengungen der befreiten Sowjetvölker, um ihr sozialistisches Vaterland zu retten.

Lenin hatte auch in den eigenen Reihen gegen Wirrköpfe zu kämpfen, die sich schon dem Abschluß des Brester Friedens widersetzten. Die



sogenannten „linken Kommunisten“ zogen dem Brester Frieden sogar vor, „es auf die Möglichkeit ankommen zu lassen, der Sowjetmacht ... verlustig zu gehen“. Sie waren der Auffassung, „daß die Interessen der internationalen Revolution jeden wie immer gearteten Frieden mit den Imperialisten verbieten“.<sup>15</sup>

Lenin nannte diese Auffassungen „seltsam und ungeheuerlich“ und spottete: „Nach diesen Auffassungen könnte eine sozialistische Republik, die von imperialistischen Mächten umgeben ist, überhaupt keine Wirtschaftsverträge schließen, sie könnte nicht existieren, es sei denn auf dem Mond.“<sup>16</sup>

Wie sehr Lenin recht hatte, erwies der 1918 erfolgende Zusammenbruch des deutschen Imperialismus, der dem Sowjetstaat die Möglichkeit gab, den Brester Raubfrieden am 13. November 1918 zu annullieren. Aber auch im Kampfe gegen die Intervention der Entente betonte Lenin immer wieder die Friedensliebe der Sowjetunion, die Möglichkeit einer friedlichen Koexistenz und die Bereitschaft der Sowjetregierung, selbst in der damaligen Situation gewisse wirtschaftliche Konzessionen im Interesse der friedlichen Koexistenz zu machen. So schrieb er am 23. September 1919: „Ein dauerhafter Friede würde die Lage der werktätigen Massen in Rußland dermaßen erleichtern, daß die Massen zweifellos auch mit der Vergebung bestimmter Konzessionen einverstanden wären“, und zwar „in der Periode, in der sozialistische und kapitalistische Staaten nebeneinander existieren werden“.<sup>17</sup> Am 18. Februar 1920 wiederholte Lenin in einem Interview dem Korrespondenten der amerikanischen Zeitung „New York Evening Journal“ auf die Frage, welche Pläne die Sowjetregierung in Asien habe, wörtlich: „Die gleichen wie in Europa: Friedliches Zusammenleben mit den Völkern, mit den Arbeitern und Bauern aller Nationen ...“. Auf die weitere Frage nach den Grundlagen des Friedens mit Amerika antwortete Lenin: „Sollen die amerikanischen Kapitalisten uns in Ruhe lassen. Wir werden sie in Ruhe lassen.“<sup>18</sup> Etwa zur gleichen Zeit erklärte er in einem Interview mit dem Korrespondenten der amerikanischen Zeitung „The World“, Lincoln Eyre, kategorisch: „Ich sehe keinen Grund, weshalb ein sozialistischer Staat wie der unsrige nicht unbegrenzte geschäftliche Beziehungen zu kapitalistischen Ländern haben sollte.“<sup>19</sup>

Im selben Jahr konnte Lenin in einer Rede am 21. November bereits feststellen, „daß wir jetzt schon etwas viel Wesentlicheres erhalten als eine bloße Atempause“. „Im Laufe dieses Kampfes haben wir uns das Recht auf selbständige Existenz errungen.“ Und er betonte nach einer gründlichen Analyse der internationalen Lage, „daß wir es hier nicht

<sup>15</sup> W. I. Lenin: Seltsames und Ungeheuerliches. In: Werke, Bd. 27, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 53.

<sup>16</sup> Ebenda, S. 56.

<sup>17</sup> W. I. Lenin: An die amerikanischen Arbeiter. In: W. I. Lenin: Werke, 4. Ausg., Bd. 30, S. 21, russ.

<sup>18</sup> W. I. Lenin: Über den Kampf um den Frieden, S. 227.

<sup>19</sup> Unterredung W. I. Lenins mit dem Korrespondenten der amerikanischen Zeitung „The World“ Lincoln Eyre. In: Einheit, 1957, Heft 12, S. 1518.



nur mit einer Atempause zu tun haben, sondern mit einem neuen Zeitabschnitt, in dem die Grundlagen unserer internationalen Existenz im Geflecht der kapitalistischen Staaten erkämpft sind“.<sup>20</sup>

Auch im Jahr 1921 kehrte Lenin in einer Rede am 23. Dezember zu diesem Problem zurück. Er fragte: „Ist eine solche Sache denkbar, daß eine sozialistische Republik in der kapitalistischen Umkreisung existieren kann?“ Und antwortete: „Daß das in politischer und militärischer Hinsicht möglich ist, das ist bewiesen, das ist eine Tatsache ... Beziehungen zu uns werden als nicht bestehend erklärt, sie bestehen aber trotzdem“<sup>21</sup>. Lenin führte die Möglichkeit einer friedlichen Koexistenz des Sozialismus und Kapitalismus auf einige objektive und subjektive Faktoren zurück. Zu den objektiven Faktoren zählte er in erster Linie das Bedürfnis der kapitalistischen Staaten, ökonomische Beziehungen mit dem Sowjetstaat anzuknüpfen. In seinem Referat vor dem IX. Allrussischen Sowjetkongreß sagte Lenin: „Es gibt eine Kraft, die stärker ist als der Wunsch, Wille und Entschluß jeder beliebigen feindlichen Regierung und Klasse. Diese Kraft sind die allgemeinen ökonomischen Weltbeziehungen, die sie zwingen, diesen Weg der Beziehungen zu uns einzuschlagen.“<sup>22</sup> Die Politik der Sowjetregierung müsse diese Tendenz zur friedlichen Koexistenz fördern, im Gegensatz zur Tendenz zu anti-kommunistischen und antisowjetischen Ausfällen und Aggressionen.

Als größten Triumph seiner auf dieser Idee von der friedlichen Koexistenz begründeten Politik bezeichnete Lenin die Konferenz von Genua im Jahre 1922 und den Abschluß des Rapallo-Vertrages zwischen der Sowjetregierung und Deutschland über die Aufnahme gegenseitiger diplomatischer Beziehungen. Nach dem Zusammenbruch der Interventionsversuche in Sowjetrußland und angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage in Europa waren die kapitalistischen Regierungen gezwungen, die Sowjetregierung zu Verhandlungen einzuladen, um wenigstens auf diese Weise den russischen Markt in das System der Weltwirtschaft einzubeziehen. Der Oberste Rat der Alliierten in Cannes beschloß am 6. Januar 1922 die Einberufung einer Wirtschafts- und Finanzkonferenz nach Genua, zu der auch Sowjetrußland eingeladen wurde. Der § 1 der Resolution von Cannes stellte als Bedingung: „... kein Staat kann einem anderen Staat ein System der Eigentumsverhältnisse, des inneren Wirtschaftslebens und der Verwaltung aufzwingen.“<sup>23</sup>

Lenin und die Sowjetregierung nahmen die Einladung an und sahen darin die Anerkennung ihrer Politik der friedlichen Koexistenz. Lenin schrieb: „Deshalb ist § 1 der Resolution, der die *Gleichberechtigung der zwei Eigentumssysteme* (des kapitalistischen oder Privateigentums und

<sup>20</sup> W. I. Lenin: Unsere außen- und innenpolitische Lage und die Aufgaben der Partei. In: Werke, Bd. 31, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 403, 406 u. 407.

<sup>21</sup> W. I. Lenin: Werke, 4. Ausg., Bd. 33, S. 126, russ.

<sup>22</sup> Ebenda, S. 129.

<sup>23</sup> Geschichte der Diplomatie. Dritter Band, Teil 1: Die Diplomatie in der Periode der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges (1919–1939). Hrsg. von W. P. Potjomkin, 2. Aufl., Berlin 1948, S. 184.

des kommunistischen, das *bisher* nur in der RSFSR angenommen wurde), anerkennt, auf diese Weise gezwungen, wenn auch nur indirekt, den Bankrott des ersten Eigentumssystems anzuerkennen und die Notwendigkeit, mit dem zweiten zu einem Vergleich als Gleicher mit Gleichem zu kommen.“<sup>24</sup>

In Genua bekannte sich die sowjetische Delegation zum Grundsatz der friedlichen Koexistenz bei Wahrung der ideologischen Gegensätze. Der Vorsitzende der Delegation, Tschitscherin, erklärte: „Ohne den Standpunkt der kommunistischen Grundsätze aufzugeben, erkennt die russische Delegation an, daß in der gegenwärtigen historischen Epoche, die das Nebeneinanderbestehen der alten und der im Werden begriffenen neuen sozialen Ordnung ermöglicht, die ökonomische Zusammenarbeit zwischen den Staaten, die diese zwei Eigentumssysteme vertreten, eine gebieterische Notwendigkeit für den allgemeinen wirtschaftlichen Wiederaufbau ist.“<sup>25</sup>

Die Sowjetregierung wies schon 1922 darauf hin, daß die Hauptfrage der friedlichen Koexistenz die Abrüstungsfrage ist. Die Sowjetdelegation kündete an, „im weiteren Verlauf der Konferenz eine allgemeine Herabsetzung der Rüstungen vorzuschlagen und alle Vorschläge zu unterstützen, die das Ziel verfolgen, die Lasten des Militarismus zu erleichtern“<sup>26</sup>.

Die Entente-Imperialisten gingen auf die sowjetischen Abrüstungsvorschläge nicht ein. Sie versuchten, Sowjetrußland unerfüllbare ökonomische Bedingungen aufzuzwingen. Den Anweisungen Lenins folgend, „daß man die Widersprüche und Gegensätze zwischen den Imperialisten geschickt ausnutzen muß“<sup>27</sup>, schloß daraufhin die Sowjetdelegation am 16. April 1922 mit Deutschland den Rapallo-Vertrag ab, durch den Deutschland als erster europäischer Staat normale diplomatische Beziehungen mit Sowjetrußland aufnahm. In diesem Abkommen sah Lenin den einzigen internationalen Vertrag, in dem „eine wirkliche Gleichberechtigung der beiden Eigentumssysteme, mindestens als provisorischer Zustand, bis die ganze Welt vom Privateigentum abgeht ...“<sup>28</sup>, anerkannt wurde.

Die Sowjetregierung strebte auch in ihrer weiteren Politik Verträge vom „Typus des Rapallo-Vertrages“ an. Dieser Vertrag hatte bewiesen, daß ideologische Gegensätze bei beiderseitiger Anerkennung des Prinzips der friedlichen Koexistenz kein Hindernis für die Entwicklung und Erweiterung beiderseitig vorteilhafter Wirtschaftsbeziehungen, ja sogar für die Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens bilden müssen. Von dieser Auffassung ließ sich die Sowjetregierung auch in ihrem unablässigen Kampf um die Abrüstung

<sup>24</sup> W. I. Lenin: Werke, 4. Ausg., Bd. 33, S. 319, russ.

<sup>25</sup> Geschichte der Diplomatie. Dritter Band, Teil 1, S. 205/206.

<sup>26</sup> Ebenda.

<sup>27</sup> W. I. Lenin: Rede in der Aktivversammlung der Moskauer Organisation der KPR (B), 6. Dezember 1920. In: Werke, Bd. 31, S. 435.

<sup>28</sup> W. I. Lenin: Werke, 4. Ausg., Bd. 33, S. 320, russ.



leiten, einem Kampf, der in den zwanziger und dreißiger Jahren den Hauptinhalt der sowjetischen Außenpolitik bildete.

Da die sowjetischen Abrüstungsvorschläge weder in Genua noch auf der folgenden Haager Konferenz bei den kapitalistischen Großmächten Anklang fanden, versuchte die Sowjetregierung wenigstens mit den Nachbarstaaten zu einem Abrüstungsabkommen zu gelangen. Auf der in Moskau vom 2. bis 12. Dezember 1922 tagenden Konferenz, an der die baltischen Staaten, Finnland und Polen teilnahmen, schlug die Sowjetregierung u. a. vor, die Streitkräfte aller auf der Konferenz vertretenen Staaten im Laufe von eineinhalb bis zwei Jahren um 75 % herabzusetzen und die Militärausgaben auf jährlich 400 Rubel für jeden Soldaten einzuschränken.<sup>29</sup> — Auch dieser Vorschlag der Sowjetregierung wurde unter Vorwänden abgelehnt.

Getragen von der Sorge um eine friedliche Entwicklung der Menschheit, schlug die Sowjetregierung auf der 4. Tagung der vorbereitenden Kommission des Völkerbundes für die Abrüstungskonferenz am 30. November 1927 die unverzügliche vollständige Abrüstung vor. In dem vorgelegten Entwurf der Konvention war vorgesehen, das gesamte Personal der Streitkräfte zu Lande, zur See und in der Luft zu entlassen, die Munitionsvorräte und alle Waffen zu vernichten, die Rüstungsausgaben zu streichen usw. Als dieser Vorschlag abgelehnt wurde, antwortete die Sowjetregierung mit einem neuen Vorschlag zur teilweisen Rüstungsbeschränkung, der jedoch gleichfalls nicht die Billigung der kapitalistischen Staaten fand.<sup>30</sup>

Um ein weiteres Mal ihren Friedenswillen zu beweisen, trat die Sowjetregierung im Jahre 1928 dem sogenannten Briand-Kellog-Pakt bei, der — zwar in verschwommener Form — das „Verbot des Krieges“ proklamierte, obwohl in diesem Vertrag jegliche Abrüstungsverpflichtungen und andere Garantien fehlten.

Wenige Jahre später, im Jahre 1932, ergriff die Sowjetunion auf der Genfer internationalen Abrüstungskonferenz erneut die Initiative, indem sie zunächst eine Konvention über allgemeine Abrüstung beantragte und für den Fall der Ablehnung dieses Vorschlages einen Konventionsentwurf über proportionale und progressive Herabsetzungen der Rüstungen vorlegte. Die sich bis 1934 hinziehenden Verhandlungen der Abrüstungskommission verliefen infolge der Obstruktionspolitik der imperialistischen Mächte ergebnislos; das einzige „Resultat“ war die Wiederaufrüstung Deutschlands.

Der Machtantritt Hitlers und die Zusammenarbeit der faschistischen Staaten, die dann zur Bildung der Achse Berlin-Rom-Tokio führte, ließen die unmittelbare Kriegsgefahr ungeheuer anwachsen. In ihrem Bestreben, nichts unversucht zu lassen, um das friedliche Zusammenleben der Völker zu sichern, trat die Sowjetunion Ende 1934 in den Völkerbund ein, schloß einen Pakt über gegenseitige Hilfe mit Frankreich (2. Mai 1935) und der Tschechoslowakei (16. Mai 1935) ab

<sup>29</sup> Vgl. Geschichte der Diplomatie. Dritter Band, Teil 1, S. 268–270.

<sup>30</sup> Vgl. Geschichte der Diplomatie. Dritter Band, Teil 2, S. 32–34.

und legte damit die Grundlage für ein System der kollektiven Sicherheit in Europa. Das Zurückweichen der Westmächte, das Bestreben führender imperialistischer Kreise, die Sowjetunion zu isolieren und eine imperialistische Einheitsfront gegen den Sowjetstaat zustandezubringen, ermöglichten jedoch den faschistischen Staaten, ihre expansionistische Politik bis zur Auslösung des zweiten Weltkrieges weiterzubejahren.

Ein hervorragender Beweis für die Richtigkeit der leninistischen Friedenspolitik, für die Möglichkeit, daß Staaten mit unterschiedlichen sozialen Systemen im Dienste des Fortschritts zusammenwirken können, war die antifaschistische Antihitlerkoalition im zweiten Weltkrieg.

Auch nach Beendigung des zweiten Weltkriegs setzte die Sowjetunion beharrlich ihre auf die Sicherung des Friedens und der friedlichen Koexistenz gerichtete Außenpolitik fort und unternahm zahlreiche Schritte, um auf internationalem Gebiet vor allem durch Abrüstung und Verbot der Atomwaffen der Menschheit eine friedliche Zukunft zu eröffnen.

Mit großem Nachdruck bestätigte im Februar 1956 der XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, daß das Leninsche Prinzip der friedlichen Koexistenz unverrückbar die Generallinie der Außenpolitik der Sowjetunion war und bleibt. Es wäre aber verfehlt, nicht zu sehen, daß es sich heute nicht bloß um die Bestätigung und unveränderte Fortsetzung der früheren sowjetischen Außenpolitik handelt. Auf dem XX. Parteitag der KPdSU wurde die Frage der friedlichen Koexistenz auf einer neuen, unvergleichlich höheren Stufe behandelt und geklärt.

Bis vor wenigen Jahren handelte es sich bei der Politik der friedlichen Koexistenz letzten Endes nur um eine friedliche Atempause, und der Kampf ging darum, diese friedliche Atempause so lange wie möglich auszudehnen und zu sichern. Der XX. Parteitag der KPdSU analysierte auf Grund der Erfahrungen der internationalen revolutionären sozialistischen Bewegung die prinzipiellen Veränderungen in der Weltlage und zog daraus die Schlußfolgerung, daß es keine schicksalhafte Unvermeidlichkeit von Kriegen mehr gibt. Der XXI. Parteitag der KPdSU bestätigte, daß die Perspektive der dauernden friedlichen Koexistenz völlig real ist, daß es zum erstenmal in der Geschichte der Menschheit möglich ist, Kriege für immer zu verhindern.

Worin bestehen diese grundlegenden Veränderungen, und wie wirken sie sich aus?

Das Wichtigste ist das neue Kräfteverhältnis in der Welt, das sich im Ergebnis des zweiten Weltkrieges herausgebildet hat. Heute besteht nicht mehr bloß ein einziges sozialistisches Land, eingekreist von kapitalistischen Staaten; heute bildet die Sowjetunion mit den im Ergebnis des zweiten Weltkrieges entstandenen Volksrepubliken ein einheitliches Lager, das von Volkschina und Korea am Stillen Ozean mit der Tschechoslowakischen und der Deutschen Demokratischen Republik bis in das Herz Europas reicht. Wie sehr sich dadurch das Kräfteverhältnis



zwischen Kapitalismus und Sozialismus verändert hat, können wir aus folgenden Zahlen ersehen: Während die Sowjetunion vor dem zweiten Weltkrieg 17% des Territoriums der Welt mit 9% der Erdbevölkerung umfaßte und nur 7% der Weltproduktion erzeugte, umfaßt das sozialistische Weltsystem heute 26% des Territoriums mit 35% der Bevölkerung und erzeugt ein Drittel der Weltproduktion. In einigen Jahren, nach Abschluß des Siebenjahrplans, wird das sozialistische Weltsystem mehr erzeugen, als das gesamte kapitalistische Lager.

Das sozialistische Lager ist dem kapitalistischen auch durch die politisch-moralische Einheit seiner Bevölkerung überlegen. Schon zu einer Zeit, als die junge Sowjetrepublik noch technisch zurückgeblieben und ökonomisch schwach war, schrieb Lenin, daß „die Wehrkraft eines Landes, das das Joch des Kapitalismus abgeschüttelt, den Bauern Boden gegeben, die Banken und Fabriken unter Arbeiterkontrolle gestellt hat, *um ein Vielfaches* größer sein würde als die Wehrkraft eines kapitalistischen Landes.“<sup>31</sup> Die Erfahrungen des Kampfes gegen die Interventen und vor allem der siegreiche Große Vaterländische Krieg gegen den Hitlerfaschismus haben diesen Leninschen Gedanken glänzend bestätigt.

Die sozialistischen Länder verfügen aber auch über modernste Waffen und eine gewaltige Verteidigungsmacht, durch die jede imperialistische Aggression mit der völligen Vernichtung des Angreifers enden würde.

Es ist für den Kapitalismus bereits jetzt völlig hoffnungslos, durch einen Krieg dieses Kräfteverhältnis ändern zu wollen. In seiner Rede auf dem XXI. Parteitag der KPdSU sagte Nikita Chruschtschow: „Es gibt heute in der Welt keine Kräfte, die den Kapitalismus in unserem Lande wiederherstellen, die das sozialistische Lager zerschlagen könnten. Die Gefahr der Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion ist ausgeschlossen. Das heißt, daß *der Sozialismus nicht nur vollständig, sondern auch endgültig gesiegt hat.*“<sup>32</sup>

Im Ergebnis der beiden Weltkriege, besonders des zweiten Weltkrieges, ist auch eine neue Kraft als in der Weltpolitik mitbestimmender Faktor aufgetreten: die zum selbständigen politischen Leben erwachten Völker der Kolonien in Asien, Afrika und Lateinamerika, die sich von der Herrschaft des europäischen und amerikanischen Imperialismus befreit haben oder um ihre Befreiung kämpfen. Diese Völker brauchen den Frieden, um das Elend, in das sie die jahrhundertelange koloniale Unterdrückung und Ausbeutung gestürzt hat, zu überwinden und eine unabhängige Wirtschaft und insbesondere Industrie zu schaffen. Diese Staaten sind ihrer ökonomischen und gesellschaftlichen Struktur nach bürgerliche Länder. Aber sie gehören dem imperialistischen Weltsystem nicht an; sie bilden nicht mehr seine Reserve

<sup>31</sup> W. I. Lenin: Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten? Dietz Verlag, Berlin 1956, S. 51.

<sup>32</sup> N. S. Chruschtschow: Über die Kontrollziffern für die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in den Jahren 1959 bis 1965, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 133/134.

und sein Hinterland. Im Gegenteil, sie führen eine aktive Friedenspolitik. So hat sich denn aus diesen Ländern zusammen mit den sozialistischen Staaten eine mächtige „Zone des Friedens“ gebildet, die energisch und folgerichtig gegen den Imperialismus, für den Frieden und friedliche Koexistenz eintritt. Das kam besonders augenscheinlich auf der Bandunger Konferenz im Jahre 1955 zum Ausdruck, an der 29 Staaten Asiens und Afrikas mit einer Bevölkerung von 1,6 Milliarden Menschen teilnahmen. Welches Gewicht die Friedenspolitik dieser Staaten besitzt, kam sehr deutlich bei dem letzten Besuch Präsident Eisenhower in Indien zum Ausdruck, der nicht im Zeichen des Antikommunismus oder des kalten Krieges, sondern unter den Losungen des Friedens und der Freundschaft zwischen den Völkern stand.

Der dritte entscheidende Faktor ist das Anwachsen der Friedenskräfte im Innern der kapitalistischen Länder. Es sind nicht nur die kommunistischen Parteien, die unermüdlich für den Frieden kämpfen, es sind die Millionen Sozialisten und Gewerkschaftler, aber auch die demokratischen Massen der Werktätigen, die zusammen mit der Sowjetunion und den sozialistischen und antiimperialistischen Staaten den Frieden und damit ihre ureigensten Interessen verteidigen. Die Rolle der Volksmassen ist im Laufe der geschichtlichen Entwicklung und besonders in jüngster Zeit bedeutend gewachsen. Die Volksmassen verfügen jetzt über mehr Kräfte denn je, um die Auslösung eines neuen Krieges zu verhindern. Diese Kräfte lassen in zunehmendem Maße auch bürgerliche und selbst imperialistische Kreise immer stärker erkennen, daß es nur eine Wahl gibt: Entweder wird in der Welt die Politik des „kalten Krieges“ fortgesetzt, und in diesem Fall wird die Menschheit vor der Gefahr seiner Verwandlung in einen „heißen Krieg“ stehen, — oder aber erlangen die Prinzipien der friedlichen Koexistenz allgemeine Anerkennung, und in diesem Fall wird vor der Menschheit die Perspektive der friedlichen Entwicklung der Völker auf dem Wege des geistigen und materiellen Fortschritts stehen.

Auf Grund der hier skizzierten Analyse der Weltlage und insbesondere des veränderten Kräfteverhältnisses zwischen den kriegslüsternen imperialistischen und den Friedenskräften verstärkte die Sowjetregierung ihre große Friedensoffensive. Auf dem XX. Parteitag der KPdSU schlug der Erste Sekretär des Zentralkomitees und Ministerpräsident der Sowjetunion, Nikita Sergejewitsch Chruschtschow, eine Reihe von Zusammenkünften der führenden Staatsmänner vor, um in persönlichen Aussprachen die zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen Lager schwebenden strittigen Fragen friedlich zu lösen und die Ära der friedlichen Koexistenz fest zu begründen.

Von den führenden imperialistischen Kreisen wurde dieser Vorschlag, wie bekannt, zunächst mit Hohn und Ablehnung aufgenommen. Welche absurden Bedingungen wurden von den verschiedensten Seiten nicht für die Gipfelkonferenz und die friedliche Koexistenz aufgestellt! Vom Verzicht auf die kommunistische Ideologie bis zur soge-



nannten „Befreiung“ der osteuropäischen Länder reichte die Kette der Forderungen, die an die Sowjetregierung als Vorbedingungen gestellt wurden. Doch die unerschütterliche Friedenspolitik des sozialistischen Lagers, aber auch die Demonstration der Stärke der Sowjetunion brachten allmählich einsichtige Politiker der kapitalistischen Staaten zur realen Einschätzung der Lage und ermöglichten die ersten Schritte auf dem Weg zu den Gipfelkonferenzen.

Die Politik des kalten Krieges, die „Politik der Stärke“, stützte sich auf die Annahme, daß der Westen über ein militärisches Übergewicht verfügte. Dieser Wahn wurde in den Augen der ganzen Welt insbesondere — aber nicht nur — durch die erfolgreichen Starts der Sputniks und Luniks zerstört, wodurch die absolute Überlegenheit der Sowjetunion auf dem Gebiet der Raketentechnik klar bewiesen wurde. Es wurde deutlich, daß ein neuer Weltkrieg auch für den Kapitalismus desjenigen Landes eine tödliche Gefahr bedeutet, das früher von den zerstörenden Folgeerscheinungen beider Weltkriege verschont geblieben ist, weil es „weit vom Schuß“ entfernt war: der USA.

In diesem Zusammenhang war eine Feststellung der „New York Times“ besonders aufschlußreich, die folgendermaßen lautete: „Der Wunsch, die Schrecken der Wasserstoffbombe zu bannen — *die heute um so tödlicher ist, als sie mit Raketen transportiert werden kann* —, steht außer Zweifel.“<sup>33</sup> Jeder Mensch weiß, daß die tödliche Wirkung der Bomben die gleiche ist, ob sie mit Flugzeugen oder mit Raketen befördert werden. Aber für die Vereinigten Staaten gibt es da doch einen großen Unterschied. Die amerikanischen Verfechter einer „Strategie am Rande des Abgrunds“ glaubten, für Flugzeugangriffe unerreichbar zu sein, selbst aber von ihren Militärstützpunkten aus jede beliebige Bombe in die Sowjetunion transportieren zu können; vor Raketen aber sind sie nicht geschützt und gelangen deshalb plötzlich zu der oben zitierten Erkenntnis.

Dieser beginnende Umschwung in der öffentlichen Meinung gab Präsident Eisenhower nach dem Tode des Außenministers Dulles die Möglichkeit, Genossen Chruschtschow in die Vereinigten Staaten einzuladen und in den Besprechungen von Camp David eine prinzipielle Einigung über die Abhaltung von Gipfelkonferenzen zu erzielen. Die erste dieser Konferenzen wird im Mai dieses Jahres in Paris stattfinden, und die Völker der ganzen Welt erwarten von ihr fruchtbringende, dem Frieden der Welt dienende Ergebnisse.

Die Sowjetunion tritt für den Frieden nicht aus Schwäche ein. Es ist heute bereits klar, daß ein dritter Weltkrieg das Ende des Imperialismus bedeuten würde. Die Volksmassen würden eine Gesellschaftsordnung nicht länger dulden, die der ganzen Menschheit mit dem Untergang droht. Aber der endgültige Sieg über den Kapitalismus auf diesem Wege würde der Menschheit ungeheuer teuer zu stehen kom-

<sup>33</sup> Zit. in: Warum kann Bonn die Westmächte erpressen? Hrsg. von der Abteilung Agitation und Propaganda beim ZK der SED, o. O. u. J., S. 4.

men. Um die Menschheit vor einer derartigen Katastrophe zu bewahren, kämpfen wir für die friedliche Koexistenz.

Welche lichten Perspektiven die friedliche Koexistenz allen Menschen eröffnet, zeigen die Vorschläge für die vollständige und kontrollierte Abrüstung, die Genosse Chruschtschow im Namen der Sowjetregierung der Vollversammlung der Vereinten Nationen vorlegte. Das Abrüstungsproblem ist zur Hauptfrage in der internationalen Politik geworden, zu einem Problem, an dessen Lösung die überwiegende Mehrheit der Menschheit aufmerksam und aktiv teilnimmt. Selbst der amerikanische „Rat für internationale Beziehungen“ mußte Ende vorigen Jahres feststellen, daß der Rüstungswetlauf sowohl bei den arbeitenden Massen als auch bei den Staatsmännern große Beunruhigung hervorruft und deshalb die Abrüstungsidee bei den Völkern auf große Sympathie stößt.

Eine vollständige Abrüstung, wie sie die Sowjetunion vorschlägt, würde nicht nur die Menschheit von der Furcht vor einem selbstmörderischen Krieg befreien, sie würde auch gewaltige finanzielle Mittel und Arbeitskräfte für den friedlichen Aufbau freistellen. Betrug doch die Ausgaben für Krieg und Kriegsvorbereitung allein in den Jahren 1950 bis 1957 nach Berechnung Professor Bernals jährlich 90 Milliarden Dollar. Von 1914 bis 1954 verschlangen die Kriegsausgaben  $2\frac{1}{2}$  Trillionen Dollar, d. h. das Fünffache des gesamten Nationaleinkommens von 70 Staaten im Jahre 1949. 550 Milliarden Dollar allein verbrauchte die NATO in den zehn Jahren ihres Bestehens.

Etwa zwanzig Millionen Menschen stehen gegenwärtig unter Waffen; vier- bis fünfmal so viel arbeiten für sie, wobei ununterbrochen die veraltete Ausrüstung vernichtet und durch neue ersetzt wird.

„La Terre“ hat 1951 berechnet, daß man für die französischen Rüstungsausgaben alle Dörfer Frankreichs hätte elektrifizieren, überall Wasserleitungen legen, 100 000 km Dorfstraßen pflastern, 200 000 Bauernhäuser bauen und 200 000 Jungbauern verheiraten sowie 100 000 Altbauern Rente geben können. In den USA fehlen — laut Berechnungen der Gewerkschaften — 13 Millionen Wohnungen sowie 500 000 Schulklassenräume. Es gibt dort 9 Millionen Herzranke und 8 Millionen Nerven- und Geistesranke. Millionen leiden an Tuberkulose, Krebs usw.; 80% der Familien können die Ärztekosten nicht zahlen. Für sie alle würde die Abrüstung Mittel freimachen.

Ein Teil der freiwerdenden Geldmittel könnte den sogenannten Entwicklungsländern, d. h. den vom Kolonialismus bis zum Weißbluten ausgebeuteten Ländern helfen, eine menschenwürdige Existenz aufzubauen. Diese Länder, in denen die Hälfte der Menschheit lebt, erzeugen gegenwärtig nur 2,4% der Industrieproduktion der Welt und besitzen nur  $\frac{1}{5}$  der mechanischen Energie der entwickelten Länder.

Friedliche Koexistenz in einer von Kriegswaffen freien Welt — das bedeutete nicht nur die Ausschaltung von Kriegen zwischen den beiden Systemen, das hieß auch friedlicher ökonomischer Wettbewerb zwi-



schen ihnen, konstruktive Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiet. Das könnte zur fruchtbaren Zusammenarbeit bei der Ausnutzung der atomaren Energie führen, zur Verwirklichung solcher gigantischer Projekte, die nur durch internationales Zusammenwirken realisierbar sind, wie die Bewässerung der Sahara, die Veränderung des sibirischen Klimas durch einen Staudamm in der Bering-Meerenge, der gleichzeitig die Eisenbahnverbindung Europa-Amerika schaffen könnte, usw.

Die ersten Schritte zur friedlichen Koexistenz haben bereits solche fruchtbaren internationalen Vereinbarungen ermöglicht wie das Internationale Geophysikalische Jahr, die Organisation zur friedlichen Ausnutzung der Atomenergie, die gemeinsame Erforschung der Antarktis, die Kommission zur Weltraumforschung usw.

All das sind Beispiele für die Perspektiven, die eine friedliche Koexistenz der Menschheit eröffnet, neben ihrer Hauptbedeutung, von der Menschheit die Gefahr der atomaren Massenvernichtung abzuwenden.

Doch die *Möglichkeit* einer friedlichen Koexistenz bedeutet bei weitem noch nicht ihre tatsächliche *Verwirklichung*. Auch unter den heutigen Bedingungen bleibt, da der Imperialismus weiter existiert, die Grundlage für das Entstehen von Kriegen bestehen. Die Herrschaft der Monopole, ihr Kampf um die Märkte bleiben die Hauptgefahren für den Frieden. Die reaktionären Kräfte in den imperialistischen Staaten träumen nach wie vor von einem „Kreuzzug gegen den Osten“. Zu eng sind die materiellen Interessen der Rüstungsindustrie mit den Kriegsvorbereitungen verbunden, als daß sie freiwillig darauf verzichten.

Doch wird heute die Frage nicht bloß durch ökonomische Faktoren oder die einen oder anderen politischen Erwägungen der imperialistischen Kreise entschieden, sondern durch die Gesamtheit der Klassen- und politischen Kräfteverhältnisse in der Weltarena, wie wir sie bereits dargelegt haben. Die Existenz der „Zone des Friedens“ sowie der mächtigen Weltfriedensbewegung und besonders die Stärke der Sowjetunion und des von ihr geführten sozialistischen Lagers haben bis zu einem gewissen Grade auch die Ansichten der herrschenden Kreise der kapitalistischen Länder verändert. Neben den aggressiven Gruppierungen treten immer mehr nüchterne, gemäßigte Kräfte auf, die zu der Einsicht gekommen sind, daß ein dritter Weltkrieg auch das Ende des kapitalistischen Systems auf der ganzen Erde mit sich bringen würde. Immer lauter werden auch unter den führenden Staatsmännern der kapitalistischen Welt die Stimmen für eine friedliche Verständigung. Sie können sich nicht der unerbittlichen Logik der Erkenntnis entziehen, die N. S. Chruschtschow in seiner Rede vor dem Obersten Sowjet der UdSSR folgendermaßen formuliert hat: „Es handelt sich darum, daß die friedliche Koexistenz jetzt eine reale Tatsache und nicht irgendjemandes Bitte oder Wunsch ist. *Sie ist eine ob-*

*jektive Notwendigkeit* ... die Frage lautet heute nicht, ob friedliche Koexistenz sein soll oder nicht — sie ist und wird sein, wenn wir nicht einen wahnsinnigen Weltkrieg mit Kern- und Raketenwaffen wollen. Es geht darum, auf vernünftiger Grundlage zusammen zu leben.“<sup>34</sup>

Bezeichnend für den Widerstreit der Meinungen zwischen den offen aggressiven Kräften und den nüchternen Politikern, die nicht die Zukunft ihres Volkes auf die Karte des Krieges setzen wollen, ist die Diskussion, die Ende 1959 zwischen dem ehemaligen Außenminister der USA Acheson und dem jetzigen Außenminister Herter stattfand. Auf der Sitzung des Parlamentarischen Rates der NATO in Washington wandte sich Acheson mit aller Schärfe gegen Verhandlungen mit der Sowjetunion. Er sagte wörtlich: „Es ist nicht verwunderlich, daß ... die Idee der ‚Verständigung über die Regulierung‘ der Interessen in Europa am lautesten ausgedrückt wird ... Ich frage aber immer und bekomme darauf niemals Antwort: Welche Resultate erwarten wir von der Konferenz? ... Die augenscheinliche Wahrheit besteht darin, daß Verhandlungen ... nur ein höflicher und irreführender Ausdruck für den Rückzug und die Annahme der russischen Bedingungen sind. Das ist ein Mittel, um die Niederlage durch den Schein einer Verständigung zu maskieren.“ Acheson ging so weit, die Verhandlungen mit der Sowjetunion über eine friedliche Koexistenz mit der „Befriedigungspolitik“ gegenüber Hitler gleichzusetzen. Er fragte: „Wird nicht der Ausgang so sein, daß die sowjetischen Forderungen befriedigt werden, wie die Forderungen Hitlers 1938 befriedigt wurden? Kurz gesagt, sollten wir nicht, bevor wir ‚elastisch‘ werden und ‚Findigkeit‘ zeigen, sehr sorgfältig darüber nachdenken, ob das Verlassen Berlins oder der von den Bundesgenossen gebildeten Abwehrkräfte der NATO nicht zur Schwächung der Verteidigung Europas und zur Vernichtung der Möglichkeit führen wird, ein stabiles Kräfteverhältnis in Europa zu haben?“ Acheson mußte selbst zugeben, daß „die Position der dominierenden Kraft, die das westliche Bündnis einnahm, verlorenging“, aber er macht sich noch Illusionen, daß es möglich sein könnte, durch verstärkte Rüstungen die Position der Stärke wiederzuerlangen. Wörtlich sagte er: „Die Bewahrung eines stabilen Gleichgewichts und das Verhindern der Hegemonie der Sowjetunion in Europa verlangen enge, koordinierte und energische Anstrengungen der Hauptquellen in der freien Welt — Westeuropa und Nordamerika. Notwendig sind zwei Maßnahmen: 1. die Parität auf dem Gebiet der nuklearen Schlagkraft zu erhalten — und das wird nicht gemacht; 2. die Verteidigungskraft der NATO in Europa zu verstärken und zu unterstützen.“<sup>35</sup>

Es ist nicht schwer, in dieser Rede alle Grundzüge der bankrotten „Politik der Stärke“ zu erkennen, deren Exponent der verfllossene Außenminister der USA, Dulles, gewesen ist. Aber bezeichnend für die Wandlung, die die konsequente Friedenspolitik der Sowjetunion

<sup>34</sup> Neues Deutschland (B), 3. November 1959.

<sup>35</sup> Zit. in: Prawda, 22. November 1959.



bereits hervorgerufen hat, ist die Antwort, die der jetzige Außenminister der USA, Herter, Acheson erteilt hat.

Im Nationalrat des internationalen Handels in New York erkannte Herter öffentlich an, daß der Wettbewerb der beiden gesellschaftlichen Systeme, des kapitalistischen und des sozialistischen, eine feststehende Tatsache sei, die nicht aus der Welt zu schaffen sei. Worum es sich jetzt handle, sei, *wie* dieser Wettbewerb geführt werden solle: „Wie macht man den Wettbewerb zur Grundlage des Lebens und nicht des Sterbens für die Länder? ... Wie führt man im Verlauf der Geschichte den Wettbewerb ohne Ausbruch des thermonuklearen Krieges?“ Und Herter bekannte sich zur Politik der friedlichen Koexistenz als der einzigen Alternative des Krieges und betonte, daß dies auch die Ansicht des Präsidenten Eisenhower ist: „Präsident Eisenhower beschloß, den Kurs der Geschichte vom Krieg zum dauerhaften Frieden zu wandeln ... Wir können eine gemeinsame Sprache finden, weil wir gemeinsame Interessen haben.“ Dazu zwingt „einfach der Trieb zur Selbsterhaltung ...“ „Wenn der Gang der Ereignisse sich nicht ändert und sich nicht bald ändert, so droht beiden Seiten das unzulässige Risiko des allgemeinen nuklearen Krieges, der fast gleichbedeutend ist mit gegenseitigem Selbstmord ... Auf diese Weise ist eines der Gebiete, wo am meisten Aussicht besteht, eine gemeinsame Sprache auszuarbeiten, das Gebiet der Grundregeln des großen Wettstreits ..., irgendwelcher Spielregeln ... In diesen Gebieten finden wir sogar Wege der Umwandlung des Wettstreits in Zusammenarbeit.“

Wir möchten an dieser Stelle noch einmal an die Politik des Vorgängers Herters, Mister Dulles, erinnern, um zu zeigen, wie die großen Veränderungen in der Weltpolitik auch Veränderungen im Bewußtsein der bürgerlichen Staatsmänner hervorgebracht haben. Herter sprach von Verhandlungen zwecks Ausarbeitung von „Spielregeln“, „Grundregeln des großen Wettstreits“. Für Dulles waren diese „Spielregeln“ bereits gegeben, für ihn war es nur die Sowjetunion, die diese bereits festgelegten Regeln verletzte. Seine Politik lief darauf hinaus, genügend militärische „Stärke“ anzusammeln, um die Sowjetunion für die Verletzung der von ihm diktierten Spielregeln bestrafen zu können. Herter sieht das Selbstmörderische einer solchen Politik „am Rande des Krieges“ ein. „Wir brauchen“, sagte er, „die Kühnheit höchster Ordnung und feste Nerven im Verlauf einer langen Zeit, um neue gegenseitige Beziehungen zwischen den antagonistischen Systemen aufzubauen ... Aber das muß gemacht werden, wenn die Zivilisation erhalten bleiben soll ... Premier Chruschtschow sieht die Zukunft als Wettbewerb zwischen rivalisierenden Sozialsystemen nicht mittels Krieges, sondern mit anderen Mitteln. Wir Amerikaner begrüßen den Wettbewerb ...“ Bemerkenswert an Herters Rede ist auch, daß er ganz nüchtern die Möglichkeit einer friedlichen Koexistenz nicht von Zugeständnissen in ideologischen Fragen abhängig zu machen scheint. Jedenfalls kann man so seinen Satz auffassen: „Vielleicht wird Herr Chru-

schtschow einverstanden sein, daß jeder von uns das Recht hat, die Zukunft auf seine Art zu sehen.“<sup>36</sup>

Allerdings denken nicht alle führenden Staatsmänner der USA so realistisch. Vizepräsident Nixon z. B. versuchte die Idee der friedlichen Koexistenz zu diffamieren, indem er erklärte: „Die Koexistenz bedeutet, daß die Welt in zwei feindliche Lager getrennt werden soll, zwischen denen eine Mauer des Hasses und der Furcht steht.“<sup>37</sup> Und der Gehilfe des Staatssekretärs der USA, Andrew Berding, diffamierte auf der Konferenz der Amerikanischen Nationalen Assoziation für Rundfunk und Fernsehen den sowjetischen Vorschlag mit der irreführenden Behauptung, daß bei Weiterführung des ideologischen Kampfes eine friedliche Koexistenz unreal sei.

Auch unter den Bedingungen der friedlichen Koexistenz geht der ideologische Kampf jedoch weiter. Alles andere wäre entweder Heuchelei oder Kapitulation. Es geht ja nicht einfach um die friedliche Koexistenz verschiedener Staaten, sondern von Staaten mit unterschiedlichen und einander entgegengesetzten gesellschaftlichen Systemen. In beiden Systemen herrschen verschiedene Klassen, zwischen denen ein unversöhnlicher Kampf vor sich geht. Schon Friedrich Engels betonte, daß der Kampf der Klassen auch eine ideologische, theoretische Seite hat. „Zum erstenmal, seit eine Arbeiterbewegung besteht, wird der Kampf nach seinen drei Seiten hin — nach der theoretischen, der politischen und der praktisch-ökonomischen (Widerstand gegen die Kapitalisten) — im Einklang und Zusammenhang und planmäßig geführt. In diesem sozusagen konzentrischen Angriffe liegt gerade die Stärke und Unbesiegbarkeit der ... Bewegung.“<sup>38</sup>

Lenin wies unzählige Male auf die außerordentliche Bedeutung des ideologischen Kampfes hin. Er sagte: „... so kann die Frage *nur* so stehen: bürgerliche oder sozialistische Ideologie. Ein Mittelding gibt es hier nicht (denn eine ‚dritte‘ Ideologie hat die Menschheit nicht geschaffen, wie es überhaupt in einer Gesellschaft, die von Klassengegensätzen zerfleischt wird, niemals eine außerhalb der Klassen oder über den Klassen stehende Ideologie geben kann). Darum bedeutet *jede* Herabminderung der sozialistischen Ideologie, *jedes* Abschwenken von ihr zugleich eine Stärkung der bürgerlichen Ideologie.“<sup>39</sup> In unserer Macht liegt es jedoch, die *Form* des Kampfes zu wählen. Statt des bewaffneten Kampfes, statt kalter und heißer Kriege, streben wir den Wettbewerb der sozialen Ideen um die Unterstützung seitens der Völker an.

Bürgerliche Ideologen gehen auch heute noch mit dem absurden Argument hausieren, daß der Klassenkampf lediglich eine Folge der kommunistischen Propaganda sei. Die Entwicklung der menschlichen

<sup>36</sup> Zit. in: Prawda, 20. November 1959.

<sup>37</sup> Zit. in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 1959, Nr. 11, S. 9.

<sup>38</sup> Friedrich Engels: Der deutsche Bauernkrieg (Vorbemerkung). In: Karl Marx / Friedrich Engels: Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I, S. 619.

<sup>39</sup> W. I. Lenin: Was tun? In: Werke, Bd. 5, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 395/396.



Gesellschaft beweist jedoch eindeutig, daß der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie erst mit dem Sturz der Bourgeoisie verschwindet.

Genosse Chruschtschow spottete während seiner Amerikareise über diejenigen, die von den Kommunisten verlangen, sie sollten auf die These von dem unvermeidlichen Sieg der kommunistischen Idee in der ganzen Welt verzichten. Er fragte: „Was wollen Sie? Wollen Sie etwa, daß ich Ihnen eine Garantie gebe, daß das amerikanische Volk ewig unter den Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft leben wird? Wollen Sie ein Rezept haben, um den Kapitalismus vor seinem Untergang zu retten? Ich bin kein Doktor und kann solche Rezepte nicht geben. ... Niemand ist in der Lage, den unerbittlichen Gang der Geschichte aufzuhalten.“<sup>40</sup> Aber der Wettbewerb zwischen Kapitalismus und Kommunismus kann friedlich geführt werden. Es gibt keine andere Alternative zum friedlichen Wettbewerb als blutigen Krieg. Wer nicht Krieg will, muß für die friedliche Koexistenz sein. Die Koexistenz ist also ihrem Wesen nach eine neue Form des Klassenkampfes, ist nichts anderes als die Fortsetzung des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat, jedoch mit friedlichen Mitteln. In der Epoche des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus nimmt der Klassenkampf die Form des Wettbewerbs zwischen beiden gesellschaftlichen Systemen um die Unterstützung durch die Völker an. Siegen wird die Gesellschaftsordnung, die den Völkern wahre politische Freiheit gibt und am besten alle materiellen und geistigen Bedürfnisse der Menschen befriedigt. Und das kann nur der Kommunismus.

Mitunter wird behauptet, daß bei verschiedenen Ideologien ein friedliches Zusammenleben unmöglich sei. Die historische Erfahrung widerlegt diesen Einwand. Es sei nur nochmals an das große Bündnis der Völker der Sowjetunion mit den Völkern der USA, Englands und anderer kapitalistischer Staaten gegen den Hitlerfaschismus im zweiten Weltkrieg erinnert. Nicht ideologische Fragen verzögern heute die Abrüstung, sondern die Profitgier der Rüstungsindustriellen; nicht in ideologischen Gegensätzen haben beide Weltkriege ihre Ursachen, sondern im imperialistischen System. Ideologischer Kampf ist doch keinesfalls gleichbedeutend mit Verleumdung, Hetze, Sabotagetätigkeit usw. Das sind Begleiterscheinungen des kalten Krieges. Die entscheidende Hauptfrage des ideologischen Kampfes ist die Gewinnung der Massen. Dieser Kampf wird unter den Bedingungen der friedlichen Koexistenz als Wettstreit um die besten Aufbautaten, um die schnellste Erhöhung des Wohlstandes der Bevölkerung, um die Schaffung eines Überflusses an materiellen und geistigen Gütern geführt.

Die friedliche Koexistenz verlangt weder von der einen, noch von der anderen Seite die Aufgabe ihrer Ideologie. „Das Wichtigste ist

---

<sup>40</sup> Siegeszug für den Frieden. Reden N. S. Chruschtschows in den USA, 15. bis 27. September 1959, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 76 u. 77.

aber, daß wir auf dem Felde des ideologischen Kampfes bleiben und nicht zu den Waffen greifen, um die eigene Sache zu verfechten.“<sup>41</sup>

Was heißt also friedliche Koexistenz? Genosse Chruschtschow antwortete darauf: „Ihrer einfachsten Lesart nach bedeutet sie den Verzicht auf den Krieg als Mittel zur Lösung strittiger Fragen ... Außer der Verpflichtung nicht anzugreifen, setzt er (d. h. der Begriff der friedlichen Koexistenz. — A. R.) auch die Verpflichtung aller Staaten voraus, eines anderen territoriale Integrität und Souveränität in keiner Form und unter keinem Vorwand zu verletzen. Das Prinzip der friedlichen Koexistenz bedeutet, daß man darauf verzichtet, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder mit dem Ziel einer Änderung ihrer Staatsordnung oder ihrer Lebensweise oder aus irgendwelchen anderen Motiven einzumischen. Die Doktrin der friedlichen Koexistenz schließt ferner ein, daß die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Ländern auf der Grundlage völliger Gleichheit und gegenseitigen Nutzens beruhen müssen.“<sup>42</sup>

Der ideologische Kampf ist durchaus mit Kompromissen in konkreten politischen Fragen, mit internationaler Zusammenarbeit vereinbar. „Gegenseitige Zugeständnisse im Interesse der friedlichen Koexistenz der Staaten dürfen jedoch nicht mit Zugeständnissen in den Prinzipien, mit dem verwechselt werden, was die ganze Natur unserer sozialistischen Ordnung, unsere Ideologie betrifft“, erklärte Genosse Chruschtschow. „Hier kann von irgendwelchen Zugeständnissen und irgendeiner Anpassung überhaupt nicht die Rede sein. Wenn Zugeständnisse in den Prinzipien, in den Fragen der Ideologie gemacht werden, so bedeutet das ein Hinabgleiten auf die Positionen unserer Gegner.“<sup>43</sup>

Zu den Voraussetzungen einer gesicherten friedlichen Koexistenz gehört auch die Lösung einer Reihe von internationalen Problemen, die einer Entspannung im Wege stehen. Das Wichtigste dieser Probleme ist die Abrüstungsfrage, deren Lösung die Menschheit von dem Alpdruck eines Vernichtungskrieges befreien würde. Der bereits erwähnte Vorschlag der Sowjetunion auf eine vollständige, kontrollierte Abrüstung wird jetzt von dem paritätisch beschickten Zehnerausschuß der Vereinten Nationen beraten, und die gesamte friedliche Menschheit erwartet, daß seine Arbeiten von Erfolg gekrönt sein werden.

Ein anderes Problem, dessen Lösung im Interesse der friedlichen Koexistenz brennend notwendig ist, ist der Umstand, daß fünfzehn Jahre nach der Beendigung des Krieges Deutschland noch keinen Friedensvertrag besitzt und im Bonner Staat der westdeutsche Militarismus und Imperialismus wieder zu einer akut den Frieden der Welt bedrohenden Macht geworden ist. Auch hier unternimmt die Sowjetunion die größten Anstrengungen, um diese Frage im nationalen Inter-

<sup>41</sup> N. S. Chruschtschow: Über friedliche Koexistenz. In: Neues Deutschland (B), 8. September 1959.

<sup>42</sup> Ebenda.

<sup>43</sup> Neues Deutschland (B), 3. November 1959.



esse des deutschen Volkes und im Interesse einer friedlichen Entwicklung in der Welt zu lösen. Die Sowjetunion hat den Entwurf eines Friedensvertrages veröffentlicht, der nicht nur unter den zweiten Weltkrieg und seine Überreste einen Schlußstrich zieht, sondern auch die ersten Schritte auf dem Wege zu einer demokratischen Wiedervereinigung Deutschlands einleitet. Jedoch sind die revanchistischen und aggressiven Kräfte in Westdeutschland nicht bereit, einen deutschen Friedensvertrag zu unterschreiben. Sie setzen jedem Gedanken einer demokratischen Wiedervereinigung Deutschlands erbitterten Widerstand entgegen, sie wollen, wie es Adenauer gesagt hat, nicht die Wiedervereinigung, sondern die „Befreiung“ Ostdeutschlands. Der wiedererstandene deutsche Militarismus, der von neuem vom deutschen Finanzkapital auf Kosten der Steuerzahler aufgepäppelt wird, sieht in der Eroberung der DDR nur ein Sprungbrett für weitere Annexionen, vor allem gegenüber Polen, dessen Friedensgrenze an der Oder-Neiße er nicht anerkennen will, gegenüber der Tschechoslowakei, aber auch, wie es auf zahlreichen Revanchistentreffen in Westdeutschland zum Ausdruck kam, gegenüber anderen Staaten im Osten und Westen. Denselben Revanchebestrebungen dient auch die Aufrechterhaltung der — wie auch von Eisenhower anerkannt wurde — anomalen Lage in Westberlin, das zu einem Spannungsherd, zu einem Herd von Provokationen gegen die DDR geworden ist, auf deren Gebiet es liegt.

Der deutsche Militarismus und Imperialismus ist nicht nur der Feind der demokratischen Wiedervereinigung Deutschlands, er ist auch der Hauptstörfried der internationalen Entspannung. Es ist an dieser Stelle nicht notwendig, die unrühmliche Rolle, die Bundeskanzler Adenauer in dem Quertreiben gegen die internationale Entspannung, gegen die friedliche Koexistenz, gegen die Gipfelkonferenz spielt, näher zu beleuchten.<sup>44</sup> Es sei nur daran erinnert, daß sämtliche Vorschläge der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik für eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands abgelehnt wurden und daß Adenauer selbst von vornherein erklärte, an dem Pariser Gipfeltreffen nicht teilnehmen zu wollen, um nicht in die Lage versetzt zu werden, mit den Vertretern der DDR zu verhandeln. Die Adenauerregierung muß ihrem Wesen nach Feind jeder Verständigung sein, denn sie besteht auf der Politik der atomaren Aufrüstung, ja, sie will die atomare Aufrüstung sogar noch beschleunigen, um dann — wie einst Hitler —, auf ihre Stärke pochend, ihre Forderungen durchsetzen zu können. Es ist Aufgabe der friedliebenden Kräfte in Westdeutschland, die volks- und friedensfeindliche Politik der Adenauerregierung durch eine verständigungsbereite Politik zu ersetzen. Eine solche Politik könnte durch Einstellen der atomaren Aufrüstung in Westdeutschland, durch den

<sup>44</sup> Nur eine Äußerung Adenauers gegen die friedliche Koexistenz sei hier zitiert. Am 9. Januar 1960 schrieb er im holländischen „Elseviers“-Magazin: „Die Koexistenz der Völker, die ganz verschiedene Wege gehen, ist eine Illusion, die leider immer noch zu stark verbreitet ist.“ Zit. in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 1960, Nr. 3, S. 92.

Rüstungsstop in beiden deutschen Staaten, durch den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen ihnen nicht nur Schritte zur Wiedervereinigung tun, sondern auch einen Beitrag zur Sicherung der friedlichen Koexistenz in der ganzen Welt leisten.

Die friedliche Lösung der Deutschlandfrage ist ein wesentlicher Bestandteil der weltweiten Politik der friedlichen Koexistenz. Ohne die friedliche Koexistenz in der Welt ist eine Wiedervereinigung Deutschlands undenkbar, die Entspannung in Deutschland würde ihrerseits die Koexistenz beider gesellschaftlichen Systeme in der ganzen Welt fördern.

Es ist die Aufgabe der Arbeiterklasse in beiden Teilen Deutschlands, den Kampf um die Wiedervereinigung Deutschlands in einen demokratischen, friedliebenden Staat, auf dem Wege über einen deutschen Friedensvertrag und die Konföderation beider deutscher Staaten, zu führen. Wir sind für friedliche Beziehungen zwischen beiden Teilen Deutschlands sowie für eine friedliche Lösung der Deutschlandfrage; wir bekämpfen die Versuche des westdeutschen Militarismus, durch Blitzkriegs- und andere Aggressionspläne die Deutsche Demokratische Republik zu zerstören.

Der Abschluß eines Friedensvertrages sichert den friedlichen Charakter des Nebeneinanderbestehens beider Staaten und ist die konkrete Anwendung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz auf die Situation in Deutschland.

„Wir sind interessiert“, sagte Walter Ulbricht in einem Gespräch auf der Leipziger Messe, „die deutsche Frage vom nationalen Standpunkt zu lösen. . . . Angesichts der Existenz von zwei Gesellschaftssystemen ist der einzige Weg ein nationales Kompromiß. Wir sehen keinen anderen Weg, und es gibt auch bis heute niemand, der einen anderen vorgeschlagen hat.“<sup>45</sup>

Die Losung der Partei ist die Wiedervereinigung Deutschlands. Wenn gemeint wird, wir sollten auch die *Losung* der friedlichen Koexistenz beider deutscher Staaten aufstellen, wenigstens „zur Zeit gegenüber Westdeutschland eine Politik der friedlichen Koexistenz betreiben“<sup>46</sup>, so wäre eine solche Losung nur geeignet, die Entschlossenheit und den Willen zum Kampf um die Wiedervereinigung in beiden Teilen Deutschlands zu schwächen. Das kommt auch in der Begründung des hier zitierten Vorschlags zum Ausdruck, in der es heißt: „Wie das gegenwärtige Kräfteverhältnis und die Lage der Dinge sind, werden die beiden deutschen Staaten noch eine längere Zeit existieren.“<sup>47</sup>

Wie lange die Teilung Deutschlands fortbestehen bleibt, ist nicht zum geringsten Teil von der Stärke des antimilitaristischen, demokratischen Kampfes in Deutschland abhängig. Wir dürfen nicht die Vorstellung

<sup>45</sup> Neues Deutschland (B), 8. März 1960.

<sup>46</sup> Roland Bauer: Koexistenz in der Welt- und Deutschland-Politik. In: Theorie und Praxis, 1960, Heft 1, S. 18.

<sup>47</sup> Ebenda, S. 17.



aufkommen lassen, daß die Lösung der nationalen Frage Deutschlands, die friedliche Wiedervereinigung, bloß eine Frage der fernen Zukunft ist. Wir dürfen nicht die Vorstellung aufkommen lassen, dies gelte für „später, wenn in Westdeutschland Bedingungen entstehen, die die unmittelbare Wiedervereinigung auf die Tagesordnung setzen lassen“<sup>48</sup>. Das Ziel unserer Deutschlandpolitik bleibt die friedliche, demokratische Wiedervereinigung. Diese Politik muß nicht nur die Entwicklung in der DDR, sondern auch in Westdeutschland bestimmen. Sie erfordert unseren Kampf in beiden Teilen Deutschlands mit verschiedenen Methoden, aber den gleichen Zielen, der Bändigung des Militarismus und der aggressiven imperialistischen Kräfte in Westdeutschland. In diesem Sinne treibt die Arbeiterklasse eine einheitliche deutsche Politik, löst sie die nationale Grundfrage in ganz Deutschland.

Die Deutsche Demokratische Republik leistet unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands einen hervorragenden Beitrag im Kampf um den Frieden, um die friedliche Koexistenz. Die Volkskammer der DDR hat bei der Beratung des Siebenjahrplanes in einer gemeinsamen Entschließung aller Fraktionen einen 8-Punkte-Vorschlag an die westdeutsche Regierung und an die Bevölkerung Westdeutschlands über die friedliche Lösung der deutschen Frage gerichtet, der im Interesse des Friedens folgende Maßnahmen vorsieht: Eintreten beider Regierungen für die Beendigung aller Kernwaffenversuche; beiderseitigen Verzicht auf die Atomaufrüstung und Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa; sofortigen beiderseitigen Rüstungsstop; beiderseitiges Eintreten für den Abzug aller fremden Truppen; beiderseitiges Eintreten für den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Vertrages; Unterbindung jeder Kriegspropaganda; Bildung eines paritätischen Ausschusses; Kontrolle der vereinbarten Maßnahmen durch Vertreter beider Staaten.<sup>49</sup>

Mit ihrem Kampf um die Sicherung des Friedens in Deutschland erfüllt die DDR auch eine wichtige internationale Aufgabe. Die Beratung der Kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder Europas, die vom 21. bis 24. November 1959 in Rom stattfand, erklärte in ihrem Aufruf „An alle Werktätigen, an alle Demokraten“: „Den deutschen Imperialismus bändigen, das ist eine gemeinsame Aufgabe unserer Völker“, und forderte auf: „Kämpfen wir gemeinsam für eine Lösung der deutschen Frage durch den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten, für die Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regelung der Westberlinfrage.“<sup>50</sup>

Mit der Erfüllung dieses internationalen Auftrages, den Frieden in Europa zu sichern, leisten wir auch unseren Beitrag zur Lösung der

<sup>48</sup> Ebenda, S. 7.

<sup>49</sup> Vgl. Neues Deutschland (B), 2. Oktober 1959.

<sup>50</sup> Neues Deutschland (B), 5. Dezember 1959.

nationalen Hauptaufgabe, der Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat.

Beide Aufgaben sind untrennbar miteinander verbunden. „Heute ist die Hauptaufgabe einer echten Friedenspolitik die Erfüllung des Siebenjahrplanes, die Stärkung der DDR als Bastion des Friedens, als Basis für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat.“<sup>51</sup> Mit unserer tatkräftigen Mitarbeit bei der Erfüllung und Übererfüllung des Siebenjahrplanes tragen wir unseren Teil zum Erfolg des weltweiten Kampfes um die friedliche Koexistenz bei.

---

<sup>51</sup> Walter Ulbricht: Das Gesetz über den Siebenjahrplan und die Aufgaben der Partei bei der Durchführung des Planes in der Industrie, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 4.



W. I. Lenins Werk „Der ‚linke Radikalismus‘,  
die Kinderkrankheit im Kommunismus“ —  
eine bedeutende Hilfe  
für die junge Kommunistische Partei Deutschlands

Das Werk „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ schrieb W. I. Lenin im April/Mai 1920. Es erschien unmittelbar vor dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale, der vom 23. Juli bis 7. August 1920 in Moskau stattfand.

Lenin stellte sich mit dieser Arbeit die Aufgabe, die großen revolutionären Erfahrungen des fast zwanzigjährigen Kampfes der Bolschewiki, besonders in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, zu verallgemeinern und der gesamten internationalen Arbeiterbewegung für ihre unmittelbare praktische Tätigkeit zu übermitteln. Diese Schrift, bemerkte Lenin, will „im Zusammenhang mit einigen brennenden Tagesfragen der internationalen kommunistischen Taktik die russischen Erfahrungen“<sup>1</sup> auswerten. An anderer Stelle schrieb er, „daß das russische Vorbild *allen* Ländern etwas, und zwar etwas überaus Wesentliches aus ihrer unausweichlichen und nicht fernen Zukunft zeigt“<sup>2</sup>. Es war das besondere Anliegen Lenins, den jungen kommunistischen Parteien und revolutionären Gruppen in den kapitalistischen Ländern zu helfen, die Wachstumsschwierigkeiten schneller zu überwinden und sich die marxistisch-leninistische Wissenschaft von der Führung des revolutionären Kampfes anzueignen. Für die kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern und ihren schwierigen Kampf um Demokratie und Sozialismus waren die reichen Erfahrungen der kampferprobten Partei Lenins von unschätzbbarer Bedeutung.

Im Ergebnis des revolutionären Aufschwungs nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution entstanden in Argentinien, Deutschland, Finnland, Polen, Österreich, Ungarn und anderen Ländern kommunistische Parteien. Die Existenz der siegreichen Partei der Bolschewiki und die Bildung dieser Parteien, die endgültig mit den Revisionisten gebrochen hatten, ermöglichten es, im März 1919 die schon seit Beginn des ersten Weltkrieges von Lenin geforderte III. Internationale zu schaffen. Von besonderer Bedeutung war dabei die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands. Schon 1915 erklärte Lenin: „Um eine *internationale* marxistische Organisation zustande bringen zu können — das liegt ganz klar auf der Hand —, bedarf es in *verschiedenen* Ländern der wirklichen Bereitschaft, selbständige marxistische Par-

<sup>1</sup> W. I. Lenin: Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus. In: Werke, Bd. 31, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 48.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 6.

teien zu schaffen. Deutschland als das Land der ältesten und stärksten Arbeiterbewegung ist von entscheidender Bedeutung.“<sup>3</sup> In Frankreich, Italien, Spanien, England, den USA und anderen Ländern stand 1920 die Bildung selbständiger marxistischer Parteien, die auf dem Boden der Kommunistischen Internationale standen, kurz vor dem Abschluß.

All diese jungen kommunistischen Parteien mußten unter schwierigen und komplizierten Bedingungen ihre revolutionäre Tätigkeit beginnen. Sie entstanden in einer Situation, in der der Sturz der imperialistischen und militaristischen Kräfte unmittelbar auf der Tagesordnung stand. Für solche entscheidenden Aufgaben waren diese Parteien organisatorisch und ideologisch noch ungenügend gefestigt. Das konnte auch nicht anders sein, hatten sie sich doch erst nach einem langwierigen und teilweise qualvollen Prozeß von den alten sozialdemokratischen Parteien der II. Internationale gelöst oder waren dabei, sich zu lösen. Die kommunistischen Parteien bzw. Gruppen in den kapitalistischen Ländern umfaßten jene revolutionären Arbeiter, die 1914 bis 1918 am entschiedensten für die revolutionäre Beendigung des Krieges, für einen gerechten und dauerhaften Frieden und gegen die Kriegspolitik der opportunistischen Partei- und Gewerkschaftsführer aufgetreten waren. Die kommunistischen Arbeiter waren von tiefem Haß gegen die opportunistischen Partei- und Gewerkschaftsführer erfüllt, die für die Kriegskredite gestimmt und die „eigene“ imperialistische Regierung bei der Führung des Krieges aktiv unterstützt hatten. Diese Stimmung verstärkte sich noch durch das arbeiterfeindliche Verhalten der rechten Sozialdemokraten während der revolutionären Kämpfe der Arbeiterklasse nach Beendigung des Krieges. Diesen Haß bezeichnete Lenin 1921 in seinem Brief an den VII. Parteitag der KPD als das „edelste, erhabenste Gefühl der Besten aus der geknechteten und ausgebeuteten Masse ...“<sup>4</sup>. Gerade diese ehrlichen Haßgefühle bei der Masse der revolutionären Arbeiter versuchten bestimmte linksopportunistische Elemente in radikalistisch-sektiererische Bahnen zu lenken. Es handelte sich dabei vor allem um kleinbürgerliche Intellektuelle, die in der revolutionären Arbeiterbewegung auftraten. Lenin nannte sie in seiner Arbeit „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ „wildgewordene Kleinbürger“, die leicht in extremen Revolutionarismus verfallen, aber nicht fähig sind, Ausdauer, Organisiertheit, Disziplin und Standhaftigkeit an den Tag zu legen.“<sup>5</sup> Diese radikalistischen kleinbürgerlichen Intellektuellen traten gegen eine straff zentralisierte, disziplinierte revolutionäre Kampfpartei auf, wie sie die Arbeiterklasse für einen erfolgreichen Kampf gegen Militarismus und Imperialismus, für Demokratie und Sozialismus benötigt. „Verneinung des Parteibegriffs und der Parteidisziplin“, schrieb Lenin, „das

<sup>3</sup> W. I. Lenin: Sozialismus und Krieg, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 42/43.

<sup>4</sup> W. I. Lenin: Brief an die deutschen Kommunisten. In: Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung, Dietz Verlag, Berlin 1957, S. 605.

<sup>5</sup> Vgl. W. I. Lenin: Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus. In: Werke, Bd. 31, S. 16.



ist es, was bei der Opposition *herausgekommen* ist. Das aber ist gleichbedeutend mit völliger Entwaffnung des Proletariats *zugunsten der Bourgeoisie*.“<sup>6</sup>

Schließlich dienten ihre radikalistischen Losungen „Boykott des bürgerlichen Parlaments“ und „Heraus aus den Gewerkschaften“ nur dem Ziel, die Partei in eine von den Massen losgelöste Sekte zu verwandeln. Diese „wildgewordenen Kleinbürger“ leugneten die allgemeingültigen Erfahrungen, die grundlegenden Gesetzmäßigkeiten der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Insbesondere wandten sie sich gegen die allgemeingültige Gesetzmäßigkeit, daß ohne die Führung der werktätigen Massen durch die Arbeiterklasse, deren Kern die marxistisch-leninistische Partei bildet, die Durchführung der proletarischen Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats unmöglich ist.<sup>7</sup>

Radikalistische Auffassungen hatten sich besonders stark unter den „linken“ Kommunisten in Deutschland, England, Holland, Italien und in der amerikanischen anarcho-syndikalistischen Organisation „Industriearbeiter der Welt“ breitgemacht. Diese sektiererischen, linksopportunistischen Elemente hemmten in entscheidendem Maße die jungen kommunistischen Parteien in ihrer Entwicklung zur Führerin der Arbeiterklasse und der Nation sowie in ihrem Kampf zur Schaffung einer einheitlichen Front gegen die imperialistischen und militaristischen Kräfte, die gerade 1919/1920 mit allen Mitteln danach strebten, den revolutionären Aufschwung in den kapitalistischen Ländern blutig niederzuschlagen.

Aus diesem Grunde hatte die Arbeit Lenins „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ so eminente Bedeutung für die revolutionäre Arbeiterbewegung aller Länder. Sie trug einem dringenden Bedürfnis des proletarischen Klassenkampfes Rechnung und half entscheidend, die Reihen der kommunistischen Parteien organisatorisch und politisch-ideologisch zu festigen. Dieses Werk Lenins leistete einen unschätzbaren Beitrag bei der Entwicklung der kommunistischen Parteien zu marxistisch-leninistischen Kampforganisationen.

„Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ gehört zu den bedeutendsten Arbeiten, in denen die Grundlagen der leninistischen Lehre von der Partei, der Strategie und Taktik enthalten sind.

Lenin richtete sich gegen den Kern der linksopportunistischen Auffassungen, wenn er in seiner Arbeit ausführlich erläuterte, in welchem Verhältnis das Allgemeine zum Besonderen steht. Er betonte dabei nachdrücklich, daß den grundlegenden, prinzipiellen Fragen der Vorrang gebührt, weil sich die sozialistischen Revolutionen nicht auf der Basis dieser oder jener nationalen Besonderheiten, sondern auf dem Boden allgemeingültiger Gesetzmäßigkeiten vollziehen. Nicht irgend-

<sup>6</sup> Ebenda, S. 28.

<sup>7</sup> Vgl. Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder (Moskau, 14. bis 16. November 1957), Dietz Verlag, Berlin 1957, S. 13.

welche geographischen Besonderheiten, nationalcharakterliche Eigenschaften noch Ideen hervorragender Persönlichkeiten sind es, die der sozialistischen Revolution zugrunde liegen, sondern objektive Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung, die für alle Länder Gültigkeit haben.

Gleichzeitig wies Lenin darauf hin, daß die nationalen Eigenarten nicht einfach ignoriert werden dürfen. Die Vielfalt von nationalen Besonderheiten und Traditionen, die sich geschichtlich herausgebildet haben, müßten unbedingt berücksichtigt werden. Lenin forderte „eine solche Anwendung der *grundlegenden* Prinzipien des Kommunismus (Sowjetmacht und Diktatur des Proletariats), bei der diese *Prinzipien im einzelnen richtig modifiziert* und den nationalen und national-staatlichen Verschiedenheiten richtig angepaßt, auf sie richtig angewandt werden“<sup>8</sup>. Es sei notwendig, die nationalen Besonderheiten eines jeden Landes zu erforschen und zu erfassen und bei der Lösung der einheitlichen internationalen Aufgaben zu beachten. Ausgehend von den Erfahrungen der Oktoberrevolution begründete Lenin dann die Notwendigkeit und Gesetzmäßigkeit der marxistisch-leninistischen Partei für den Kampf der Arbeiterklasse.

Er betonte, daß die Hauptursache für den Sieg der Bolschewiki die straff organisierte und disziplinierte Partei war, die von der gesamten Arbeiterklasse unterstützt wurde. Bei der Erläuterung dieser allgemeingültigen Erfahrungen geißelte er die anarchistischen Auffassungen, die sich gegen die eiserne Disziplin und gegen jede straffe Führung in den kommunistischen Parteien wandten. Lenin formulierte die Gesetzmäßigkeit von der führenden Rolle der Partei neuen Typus wie folgt: „Ohne eine eiserne und kampfgeästhlte Partei, ohne eine Partei, die das Vertrauen alles dessen genießt, was in der gegebenen Klasse ehrlich ist, ohne eine Partei, die es versteht, die Stimmung der Massen zu verfolgen und zu beeinflussen, ist es unmöglich, einen solchen Kampf erfolgreich zu führen.“<sup>9</sup>

Gleichzeitig unterstrich er, daß die Partei nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck im Kampf der Arbeiterklasse ist. So wie allgemein in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft die objektiven Gesetze sich nicht spontan, sondern nur im bewußten Handeln der Menschen durchsetzen, so kann gleichermaßen die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei nicht spontan, sondern ebenfalls nur durch das bewußte Handeln aller Mitglieder der Partei realisiert werden. Lenin hob hervor, daß für dieses bewußte Handeln der Partei und ihrer Mitglieder der Marxismus-Leninismus die Leitidee sein muß, den es zu studieren und vor allem im Kampf der Arbeiterbewegung entsprechend den konkreten Bedingungen anzuwenden gilt.

Das Werk „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ ist durchdrungen von der Erkenntnis, daß die Verwirk-

<sup>8</sup> W. I. Lenin: Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus. In: Werke, Bd. 31, S. 16.

<sup>9</sup> Ebenda, S. 29.



lichung des Marxismus-Leninismus in der Praxis die Beherrschung der marxistisch-leninistischen Strategie und Taktik voraussetzt. In der Auseinandersetzung mit den radikalistischen Phrasen „Gegen den Parlamentarismus!“, „Keinerlei Kompromisse!“ u. a. wies Lenin nach, daß für die Kommunisten die Fragen der Strategie und Taktik kein Spiel mit Worten sind, sondern ein unlösbarer Bestandteil des Marxismus-Leninismus, daß die Strategie und Taktik die Wissenschaft von der Führung des Klassenkampfes der Arbeiterklasse ist.

Eine richtige Strategie und Taktik ermöglicht es der Partei, die allgemeingültigen Prinzipien des Marxismus-Leninismus schöpferisch entsprechend den nationalen Besonderheiten anzuwenden. Wenn man die grundlegende Erfahrung der Oktoberrevolution anerkennt, bemerkte Lenin, daß die Partei ohne die aktive Unterstützung der Mehrheit der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Schichten nicht die sozialistische Revolution durchführen kann, so muß man auch im eigenen Land entsprechend handeln. Es genügt dabei nicht, bestimmte bürgerliche bzw. reformistische Organisationen und Institutionen zu verdammen, sondern die Kommunisten müssen untersuchen, welchen Einfluß diese Einrichtungen auf die Massen ausüben. Nur auf der Grundlage einer gründlichen Analyse ist es möglich, solche Organisationsformen und Kampfmethoden zu finden, die es den werktätigen Massen erleichtern, sich vom bürgerlichen Einfluß zu lösen und den Weg zum Kommunismus zu finden. „Es kommt nur darauf an, daß man es versteht“, schrieb Lenin, „diese Taktik so anzuwenden, daß sie zur Hebung und nicht zur Senkung des *allgemeinen* Niveaus des proletarischen Klassenbewußtseins, des revolutionären Geistes, der Kampf- und Siegesfähigkeit beiträgt.“<sup>40</sup>

Die Kommunisten müssen „sowohl für die ‚Straße‘, in den Städten und Fabrikvierteln als auch für das Dorf in der faßlichsten, verständlichsten, klarsten und lebendigsten Weise Propaganda“<sup>41</sup> treiben, agitieren und organisieren.

Unter der Fragestellung „Sollen Revolutionäre in den reaktionären Gewerkschaften arbeiten?“ kritisierte Lenin prinzipiell die radikalistische Losung „Heraus aus den Gewerkschaften!“. Er betonte, daß, wenn man von der Gewinnung der Massen spricht, in erster Linie die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse gemeint ist. Große Teile der Arbeiter seien jedoch in den Gewerkschaften organisiert, die von den Reformisten geführt werden. Um diese Arbeiter für eine revolutionäre Klassenpolitik zu gewinnen, sei es nötig, den Schwerpunkt der Massenarbeit der Kommunisten in die Gewerkschaften zu legen. In den von den Reformisten geführten Gewerkschaften nicht zu arbeiten, hieße nichts anderes, als sich von Millionen Arbeitern zu isolieren und diese Arbeiter dem Einfluß der reformistischen Kräfte zu überlassen.

<sup>40</sup> Ebenda, S. 60.

<sup>41</sup> Ebenda, S. 37 (Fußnote).

Die Arbeit in diesen Gewerkschaften abzulehnen, schrieb Lenin, „ist eine so unverzeihliche Dummheit, daß sie dem größten Dienst gleichkommt, den Kommunisten der Bourgeoisie erweisen können“ <sup>12</sup>.

Neben der grundsätzlichen Kritik an den Sektierern in der Gewerkschaftsfrage behandelte Lenin gleichzeitig an Hand der dreijährigen Erfahrungen der Sowjetmacht die Rolle der Gewerkschaften unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats. Er betonte, daß ohne „die engste Verbindung mit den Gewerkschaften, ohne ihre tatkräftige Unterstützung, ohne ihre selbstlose Arbeit“ <sup>13</sup> der Aufbau des Sozialismus und die Verteidigung der Errungenschaften des sozialistischen Staates nicht möglich sind.

Die Gewerkschaften sind eine unentbehrliche Schule des Kommunismus. Hier lernen die Arbeiter, den Staat, die Wirtschaft, das gesamte gesellschaftliche Leben zu leiten.

In gleicher Weise wie in der Gewerkschaftsfrage verwarf Lenin den sektiererischen Standpunkt der ‚linken‘ Kommunisten zum bürgerlichen Parlament. Er stellte fest, daß die Antiparlamentarier eine Politik proklamieren, die nicht den wahren politischen Verhältnissen, dem wahren Bewußtseinsstand der werktätigen Schichten entspricht, sondern dogmatisch und völlig vom Leben losgelöst ist. Die radikalistischen Losungen würden selbst bei der Masse der Arbeiter, ganz zu schweigen von den anderen Werktätigen, auf Unverständnis stoßen und die Partei auf die Positionen einer Sekte drängen. Lenin wies auf Karl Liebknecht hin, das Vorbild „der wirklich revolutionären Ausnutzung reaktionärer Parlamente“, und bemerkte: „Gerade deshalb, weil die rückständigen Massen der Arbeiter und — in noch höherem Grade — der Kleinbauern in Westeuropa viel stärker als in Rußland von bürgerlich-demokratischen und parlamentarischen Vorurteilen durchdrungen sind, gerade deshalb können (und müssen) die Kommunisten *nur* in Institutionen wie den bürgerlichen Parlamenten von innen heraus den langwierigen, hartnäckigen, vor keinen Schwierigkeiten zurückschreckenden Kampf zur Enthüllung, Zerstreuung und Überwindung dieser Vorurteile führen.“ <sup>14</sup>

Lenins „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ hatte für die deutsche Arbeiterbewegung besondere Bedeutung.

Der Zusammenbruch des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg und die Novemberrevolution stellten die unmittelbare Lösung der nationalen Grundfrage des deutschen Volkes, die Beseitigung des Imperialismus und Militarismus und die Schaffung eines friedliebenden und demokratischen Staates auf die Tagesordnung der deutschen Geschichte. Der Verlauf der Novemberrevolution bewies jedoch, daß der Kampf der Volksmassen gegen Imperialismus und Militarismus nur dann erfolgreich sein kann, wenn an seiner Spitze die geeinte Arbeiterklasse unter Führung einer revolutionären Kampfpartei steht.

<sup>12</sup> Ebenda, S. 37.

<sup>13</sup> Ebenda, S. 33.

<sup>14</sup> Ebenda, S. 50.



Die Lehren aus der Niederlage der deutschen Arbeiterklasse in der Novemberrevolution forderten von den deutschen Kommunisten, aus Lenins grundsätzlichen Hinweisen über die Notwendigkeit und Gesetzmäßigkeit der marxistisch-leninistischen Partei für die revolutionäre Arbeiterbewegung ernste Schlußfolgerungen für die eigene Strategie und Taktik zu ziehen. Für die junge KPD war das Buch „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ von erst-rangiger Bedeutung.

Innerhalb des revolutionären Flügels der deutschen Arbeiterbewegung machten sich 1919/1920 die Auseinandersetzungen mit radikalistischen Auffassungen besonders notwendig. Entscheidende Ursachen dafür sind in der Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei nach Beginn des ersten Weltkrieges zu suchen. Lenin wies schon 1915 darauf hin, daß die offizielle deutsche Sozialdemokratie, die die stärkste und führende Partei der II. Internationale war, durch ihren offenen Übergang ins Lager der „eigenen“ imperialistischen Bourgeoisie am 4. August 1914 der internationalen Arbeiterbewegung den empfindlichsten Schlag versetzt hatte.<sup>15</sup> Dieser schmachvolle Verrat der Ebert und Scheidemann, der Legien und Bauer rief bei vielen Arbeitern im Verlaufe des Krieges und während der Novemberrevolution erbitterten Haß hervor.

Die Linken, unter Führung von Karl Liebknecht, standen an der Spitze der Opposition innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung gegen das imperialistische Völkermorden und die Kriegspolitik der sozialdemokratischen Führer. Unter der Losung „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“ setzten sie alle Kräfte ein, um eine breite revolutionäre Massenbewegung zur Beendigung des imperialistischen Krieges und zum Sturz der militaristischen und imperialistischen Kräfte zu organisieren. Sie, besonders ihre bewährten Führer Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin, Wilhelm Pieck u. a., traten dabei mit Entschiedenheit allen Bestrebungen entgegen, den ehrlichen Haß vieler Arbeiter gegen die reformistischen Führer für eine sektiererische Politik zu mißbrauchen. Sehr deutlich zeigte sich das während der Novemberrevolution, besonders jedoch auf dem Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Die deutschen Linken, geführt von Karl Liebknecht, erkannten die Grundschwäche der Novemberrevolution. Sie zogen daraus die einzig mögliche Schlußfolgerung und gründeten am 30. Dezember 1918 die Kommunistische Partei Deutschlands. Die KPD entstand als gesetzmäßiges Ergebnis des langjährigen Kampfes der deutschen Marxisten gegen den Imperialismus und Militarismus, vor allem als Ergebnis des heldenmütigen Friedenskampfes gegen den imperialistischen Krieg. Mit der Kommunistischen Partei erhielt die deutsche Arbeiterklasse und darüber hinaus die gesamte Nation die Führerin, die den erfolgreichen Kampf zur Lösung der nationalen Grundfrage garantierte.

Mit der Bildung der KPD wurde der Grundstein für eine marxistisch-leninistische Partei in Deutschland gelegt. In einer ganzen Reihe von

<sup>15</sup> Vgl. W. I. Lenin: Sozialismus und Krieg, S. 37.

wichtigen Fragen zeigte sich auf dem Gründungsparteitag, daß die deutschen Kommunisten auf leninistischen Positionen standen bzw. sich dem Leninismus stark annäherten, so in der Stellung zur Diktatur des Proletariats und der Sowjetmacht, in einigen Fragen des Aufbaus einer marxistisch-leninistischen Partei u. a. Damit war der erste, allerdings entscheidende Schritt in der Aneignung des Leninismus durch die besten Vertreter der deutschen Arbeiterbewegung vollzogen worden. In einer Reihe prinzipieller Fragen gab es jedoch noch ernsthafte Schwächen in der Haltung der deutschen Kommunisten zum Leninismus; das trifft insbesondere auf die Stellung zur marxistisch-leninistischen Strategie und Taktik zu. Die Erarbeitung einer marxistisch-leninistischen Strategie und Taktik wurde in dieser Zeit durch radikalistische Stimmungen unter einem Teil der revolutionären Arbeiter erschwert, obwohl in den grundsätzlichen Fragen, Anerkennung der Diktatur des Proletariats und des Sowjetstaates, unter diesen Arbeitern Klarheit herrschte.

Auf dem Gründungsparteitag der KPD traten ungesunde sektiererische Tendenzen auf. Das fand besonders bei der Diskussion über die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung und über die revolutionäre Arbeit innerhalb der Gewerkschaften seinen Ausdruck. Eine Anzahl der Delegierten wurde von ihrem aufrichtigen und abgrundtiefen Haß gegen die opportunistischen Parlamentarier derartig beherrscht, daß sie die Notwendigkeit einer Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung mit allem Nachdruck ablehnte. Sie wollte nicht wahrhaben, daß 1919 die Mehrheit der Arbeiterklasse, ganz zu schweigen von den kleinbürgerlichen Schichten, noch in bürgerlich-demokratischen Vorurteilen befangen war und allen Ernstes glaubte, mittels der zu wählenden Nationalversammlung eine sozialistische Entwicklung in Deutschland einleiten zu können. Die „Antiparlamentarier“ verwahrten sich dagegen, wie Lenin 1920 in seiner Kritik an der Zeitschrift „Kommunismus“<sup>16</sup> schrieb, diesen unaufgeklärten Schichten zu helfen, „ihre Vorurteile auf Grund eigener Erfahrungen zu überwinden...“<sup>17</sup>

Diese „linken“ Stimmungen innerhalb eines Teiles der revolutionären Arbeiter wurden durch das radikalistische Auftreten solcher kleinbürgerlicher Intellektueller wie Wolfheim, Laufenberg, Rühle u. a. noch verschärft. Die führenden Genossen der deutschen Linken, insbesondere Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, führten auf dem Parteitag einen beharrlichen Kampf, um den Delegierten die politische Gefährlichkeit des Auftretens dieser anarchistischen Elemente nachzuweisen und die ehrlichen Arbeiter für eine Politik der Partei zu gewinnen, die frei von allen sektiererischen Erscheinungen war. Karl Liebknecht erklärte: „Glauben Sie nicht, daß es uns darauf ankommt, irgendwelchen politischen Vorteil aus der Wahlbeteiligung zu ziehen. Und glauben Sie

<sup>16</sup> Kommunismus. Zeitschrift der Kommunistischen Internationale für die Länder Südosteuropas. Hrsg. in Wien.

<sup>17</sup> W. I. Lenin: Kommunismus. In: Werke, Bd. 31, S. 155.



nicht, daß wir es über uns bringen könnten, etwas zu befürworten, was der revolutionären Energie des Proletariats Abbruch tun könnte. ... In der Nationalversammlung könnte eine kleine Schar von uns durch Obstruktion die Arbeit, die dort zum Schaden des Proletariats geleistet wird, wesentlich beeinträchtigen und draußen die Massen aufrütteln helfen.“<sup>18</sup>

Auch Rosa Luxemburg wandte sich in der Diskussion über die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung an die Teilnehmer des Parteitages, die gegen die Wahlbeteiligung sprachen: „Genossen, Ihr macht Euch Euren Radikalismus etwas sehr bequem. Wir müssen bei allem stürmischen Drängen nicht den erforderlichen Ernst und die ruhige Überlegung vermissen lassen. Wir stehen am Anfang der Revolution ... da müssen wir uns fragen, welcher Weg der sicherste ist, um die Massen zu erziehen. ... Wir wollen zur Unterstützung dieses Kampfes auch noch die Tribüne der Nationalversammlung.“<sup>19</sup>

All diese Bemühungen reichten auf dem Parteitag jedoch nicht aus, um eine richtige Haltung zu den Wahlen zur Nationalversammlung durchzusetzen. Mit 62 gegen 23 Stimmen wurde die Wahlbeteiligung abgelehnt.

Auch in der Diskussion über die Gewerkschaftsfrage zeigten sich auf dem Parteitag linksopportunistische Stimmungen, die in der von Frölich aufgeworfenen Losung „Heraus aus den Gewerkschaften!“ gipfelten. Hier war es insbesondere Fritz Heckert, der mit einer klaren marxistischen Argumentation gegen solche parteischädigenden Auffassungen auftrat. Er bezeichnete die Parole „Heraus aus den Gewerkschaften!“ als schädlich und hemmend für den Kampf der Partei um die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse.<sup>20</sup>

Die linksopportunistischen Auffassungen erwiesen sich als großes Hemmnis in der Entwicklung der neugegründeten KPD zu einer marxistisch-leninistischen Massenpartei. Die Auseinandersetzungen mit den Antiparlamentariern und den Antigewerkschaftlern stellten an die Kommunistische Partei hohe Anforderungen und verlangten viel Kraft und Energie. Das ist um so schwerwiegender, weil die KPD in der damaligen Zeit unter den schwierigsten Bedingungen einen schweren und blutigen Kampf gegen die konterrevolutionären Kräfte zur Verteidigung der demokratischen und sozialen Errungenschaften der Novemberrevolution führen mußte.

Die KPD hatte sich in den Kämpfen gegen Imperialismus und Militarismus, für Frieden, Demokratie und Sozialismus im Verlaufe der Novemberrevolution formiert. Ihre erste Feuertaufe erhielt sie unmittelbar nach ihrer Gründung in den Januar Tagen 1919 in Berlin. Hier erwies sie sich schon als die einzige Kraft in Deutschland, die unerschütterlich und treu die Interessen des kämpfenden Proletariats ver-

<sup>18</sup> Bericht über den Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919. Hrsg. von der KPD, S. 10.

<sup>19</sup> Ebenda, S. 11.

<sup>20</sup> Vgl. ebenda, S. 17.

trat. Trotz des heldenhaften Kampfes der deutschen Arbeiterklasse mit den Kommunisten an der Spitze gelang es den Imperialisten und Militaristen, die sich auf die rechten sozialdemokratischen Führer stützen konnten, ihre gefährdeten ökonomischen und politischen Machtgrundlagen noch einmal zu retten. Die Revolution erlitt eine Niederlage. Die Hauptverantwortung dafür trugen die rechten sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer.

Der Novemberrevolution folgten revolutionäre Kämpfe in allen Teilen Deutschlands. Die deutschen Arbeiter setzten sich gegen alle reaktionären Anschläge auf die demokratischen und sozialen Errungenschaften der Novemberrevolution energisch zur Wehr. In Bremen, Berlin und München, im Ruhrgebiet, in Mitteldeutschland und Oberschlesien kam es zu blutigen Kämpfen, die in verschiedenen Orten wie Bremen und München bis zur vorübergehenden Errichtung der Räte-macht führten. Die Kommunistische Partei stand auch hier an der Spitze der kämpfenden Arbeiter. Sie war gleichzeitig die einzige Kraft, die versuchte, diesen Kämpfen Ziel und Richtung zu geben. Die Partei war jedoch erst im Aufbau begriffen, noch ungenügend organisatorisch und politisch gefestigt. Sie war noch zu jung, um diesen Kämpfen in ganz Deutschland eine einheitliche Führung geben zu können.

Die konterrevolutionären Kräfte schlossen sich in einer Einheitsfront, die von Hindenburg bis Noske reichte, zusammen. Es gelang ihnen, die revolutionären Bewegungen in den verschiedenen Gebieten Deutschlands voneinander zu isolieren und nacheinander niederzuschlagen.

Die Partei brachte in diesen Auseinandersetzungen mit den Todfeinden der deutschen Nation, den deutschen Imperialisten und Militaristen, große blutige Opfer. Sie verlor ihre besten Führer Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Leo Jogiches, Franz Mehring, Johann Knief und Tausende weitere bewährte Funktionäre und Mitglieder. Illegalität, Verbot der Parteipresse, Verfolgung und Terror sollten die junge KPD vernichten. Unter diesen Bedingungen waren eine straffe Organisation und eiserne Disziplin Existenzfragen der Partei.

Die Kämpfe im Frühjahr und Sommer 1919 bekräftigten erneut die Lehre der Novemberrevolution von der Notwendigkeit einer marxistisch-leninistischen Partei im Kampf der werktätigen Massen für Demokratie und Sozialismus. Ernst Thälmann schrieb dazu 1928: „Die Rolle der Partei als der einzigen Führerin der proletarischen Massen bei der Organisierung der Revolution — das war es, was die besten und revolutionärsten Elemente der deutschen Arbeiterklasse aus der Niederlage zu erkennen begannen.“<sup>21</sup>

Dieser Erkenntnis standen jedoch die radikalistisch-sektiererischen Auffassungen entgegen. Sie erwiesen sich gerade in dieser Zeit als ein ernstes Hemmnis in der Entwicklung der KPD zu einer marxistisch-leninistischen Massenpartei. Diese linksopportunistischen Erscheinungen mußten überwunden werden, damit die Kommunistische Partei

<sup>21</sup> Ernst Thälmann: Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, I. d. II, Dietz Verlag, Berlin 1956, S. 22.



ihrer führenden Rolle im Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen Imperialismus und Militarismus im Interesse der gesamten Nation gerecht werden konnte. Sie mußten besonders auch deshalb überwunden werden, um erfolgreich die Hauptgefahr in der Arbeiterbewegung, den Revisionismus, zu zerschlagen. Es war deshalb eine zwingende Notwendigkeit des Klassenkampfes in Deutschland, wenn die Kommunistische Partei seit ihrer Gründung einen beharrlichen Kampf um einen richtigen Standpunkt zur Rolle der revolutionären Partei der Arbeiterklasse und in den Fragen der proletarischen Strategie und Taktik führte. Wenn dabei auch oft Teilfragen als Ausgangspunkt dienten, wie die Stellung zu den reformistischen Gewerkschaften und zum bürgerlichen Parlament, so ging es doch stets um diese Grundfragen.

Schon kurz nach der Parteigründung trat die Zentrale der KPD auf ihrer Konferenz am 29. März 1919 gegen die Losung „Heraus aus den Gewerkschaften!“ auf und forderte von allen Kommunisten eine beständige Aufklärungsarbeit in den Gewerkschaften.<sup>22</sup>

Von ausschlaggebender Bedeutung für die Klärung dieser Frage waren die Leitsätze<sup>23</sup> des 2. Parteitages der KPD, der vom 20. bis 24. Oktober 1919 tagte. Diese Dokumente, die von der Mehrheit der Delegierten unterstützt wurden, forderten, daß die Kommunisten um die Gewinnung der Massen in den reformistischen Gewerkschaften ringen und die Tribüne des bürgerlichen Parlaments für eine revolutionäre Politik ausnutzen müssen. In diesen Fragen beschloß die Partei eine im wesentlichen richtige Politik, die es nun in allen Grundorganisationen durchzusetzen galt.

Auf dem Parteitag kam jedoch auch noch eine beachtliche radikalistische Strömung zum Ausdruck. Ein Drittel der Delegierten stimmte gegen die Leitsätze. Die Unklarheiten bei einer Reihe von revolutionären Arbeitern resultierten aus dem berechtigten Haß gegen den Reformismus. Die kleinbürgerlichen Intellektuellen wie Laufenberg, Wolfheim u. a. dagegen nutzten die radikalistischen Stimmungen unter Teilen der revolutionären Arbeiter für eine den Interessen der Arbeiterklasse völlig widersprechende anarcho-syndikalistische Politik aus. Ihr Hauptangriff richtete sich gegen die Partei als eine fest gefügte, disziplinierte Organisation. Sie leugneten die Notwendigkeit der führenden Rolle der Kommunistischen Partei. Wolfheim erklärte z. B. auf dem 2. Parteitag der KPD, daß nicht die Kommunistische Partei die höchste Form der Klassenorganisation sei, sondern die syndikalistische Betriebsorganisation.<sup>24</sup>

Diese „Betriebsorganisationen“ sollten an Stelle der Partei und Gewerkschaften die Organisation der Arbeiterklasse darstellen. Jede „Betriebsorganisation“ sollte autonom sein, nur sehr lose Verbindungen

<sup>22</sup> An die Ortsgruppen der Kommunistischen Partei. In: Die Rote Fahne, 20. Flugschrift der Kommunistischen Partei in Baden, Mannheim, 9. April 1919.

<sup>23</sup> Leitsätze über Kommunistische Grundsätze und Taktik, Leitsätze über den Parlamentarismus, Leitsätze über die Gewerkschaftsfrage.

<sup>24</sup> Vgl. Bericht über den 2. Parteitag der KPD vom 20. bis 24. Oktober 1919. Hrsg. von der KPD, S. 32.

untereinander und völlige Handlungsfreiheit in ihrer Tätigkeit haben. Eine solche Organisationsform konnte die revolutionären Kräfte nur in eine Vielzahl von Gruppen und Grüppchen zersplittern, die auf Grund der sektiererischen Haltung gegenüber den bestehenden Gewerkschaften noch dazu von der Masse der Arbeiter abgesondert wären.

Eine solche Linie entsprach objektiv den Interessen der konterrevolutionären Kräfte in Deutschland, mit ihrem straff organisierten Militärapparat die revolutionären Arbeiter isoliert voneinander zu schlagen.

Die anarcho-syndikalistischen Intellektuellen zwangen somit der Partei in einer Situation eine Diskussion auf, als alle Kräfte der Arbeiterklasse gegen die konterrevolutionären Anschläge der Weißgardisten und Kappisten konzentriert werden mußten. Sie brachten die KPD in eine sehr schwierige Lage.

In harten Auseinandersetzungen wurde, insbesondere auf dem 2. und 3. Parteitag der KPD, der Angriff der linksopportunistischen Elemente auf die Existenz der Partei als einer revolutionären Kampforganisation des Proletariats zurückgeschlagen. Besondere Verdienste erwarben sich in dieser Periode bei der ideologischen und organisatorischen Stärkung der KPD Clara Zetkin, Wilhelm Pieck, Fritz Heckert, Hermann und Käthe Duncker, Walter Ulbricht, Georg Schumann u. a.

Mit flammenden Worten trat Clara Zetkin auf dem 2. Parteitag Wolfheim entgegen und erklärte: „Diese Aktion stellt uns vor die Frage, ob wir als politische Partei arbeiten und kämpfen wollen, oder ob wir die Absicht haben, als syndikalistische Propagandagesellschaft zu vegetieren, wie die Hamburger uns ansinnen. Unsere Existenz als straff organisierte politische Partei ist Vorbedingung für eine umfassende und kraftvolle revolutionäre Politik des proletarischen Klassenkampfes. Sie ist der Boden, auf dem wir stehen müssen, um alle Mittel des proletarischen Klassenkampfes mit voller Wucht und Schärfe zu gebrauchen. ... Es geht um Syndikalismus und Kommunismus, hier Partei, hier Propagandagesellschaft, das ist die Frage.“<sup>25</sup>

Auf dem 3. Parteitag der KPD, der vom 25. bis 26. Februar 1920 stattfand, wurden Laufenberg, Wolfheim, Rühle und andere anarchistische Intellektuelle aus der Partei ausgeschlossen. Die politische Plattform der Laufenberg und Wolfheim war ihrem Wesen nach antileninistisch und antisowjetisch. Als sogenannte Nationalbolschewisten waren sie erbitterte Feinde der Sowjetunion.

Neben der notwendigen Entfernung dieser parteifeindlichen Elemente aus der KPD wurden aber auch viele radikal gestimmte ehrliche Arbeiter aus der Partei ausgeschlossen. Insgesamt wurden auf diesem Parteitag fünf Bezirke der KPD — Nord, Nordwest, Niedersachsen, Groß-Berlin und Dresden —, die auf ihren Bezirkskonferenzen nicht für die Heidelberger Leitsätze gestimmt hatten, aus der Partei entfernt. Es wäre notwendig gewesen, beharrlich die Arbeiter von der Richtigkeit der Leitsätze zu überzeugen und ihnen die Gefährlichkeit der anarcho-syndikalistischen Politik zu zeigen. Auf diese Weise hätten diese Ar-

<sup>25</sup> Ebenda, S. 37.



beiter von den linksopportunistischen Elementen gelöst und als Mitglieder der Kommunistischen Partei erhalten werden können.

Einige Gruppen der ausgeschlossenen „linken“ Opposition gründeten am 4. April 1920 in Berlin eine neue Partei, die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD).

In einem Offenen Schreiben des Exekutivkomitees der III. Internationale vom 2. Juli 1920 wurde über die KAPD gesagt, daß sich in ihren Reihen eine ganze Reihe ehrlicher, revolutionär gesinnter Arbeiter befinden, aber die Auffassungen dieser Partei seien „ein direktes Abweichen vom Kommunismus und werden unheilbringende Folgen für die neue Partei haben“<sup>26</sup>.

Der KAPD „gehören Organisationen an, die jede Partei als reaktionäres, opportunistisches Gebilde ablehnen“<sup>27</sup>.

Erschwert wurden diese Auseinandersetzungen mit den „Linken“ durch die Haltung des damaligen Vorsitzenden der KPD, Paul Levi. Fritz Heckert charakterisierte Levi treffend, wenn er schrieb: „Er war nicht mit dem Herzen bei der Partei und bei den Arbeitern. Sie waren ihm nur ein Exerzierplatz für seine plötzlichen Ideen. ... Es ist Paul Levis Schuld, durch die brutale Art seines Vorgehens breite kommunistische Schichten in das Lager der KAPD getrieben zu haben und daß die Kämpfe innerhalb der kommunistischen Arbeiterschaft zum Gaudium ihrer Gegner solch maßlose Formen annahmen.“<sup>28</sup>

Auf Grund seines arroganten Auftretens verspernte Levi „der Partei die Verständigung mit vielen braven und tüchtigen Genossen auf lange Zeit“<sup>29</sup>.

In dieser für die Kommunistische Partei Deutschlands so schwierigen Situation veröffentlichte Lenin seine Arbeit „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“. Das war eine unermeßliche Hilfe für die deutschen Kommunisten.

Kein anderes Buch Lenins fand bis dahin so schnell Verbreitung und Anwendung im politisch-ideologischen Kampf der deutschen Kommunisten wie „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“.

Lenin hatte diese Arbeit im Mai 1920 abgeschlossen. Im gleichen Monat wurde in der „Kommunistischen Internationale“<sup>30</sup> und am 10. Juli 1920 im KPD-Organ „Die Rote Fahne“ der Abschnitt „Sollen Revolutionäre in den reaktionären Gewerkschaften arbeiten?“ veröffentlicht. In Nr. 12/1920 der „Kommunistischen Internationale“ wurde dem deutschen Leser die erste kurze Einschätzung von Lenins Schrift

<sup>26</sup> Offenes Schreiben an die Mitglieder der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands. In: Manifest, Richtlinien, Beschlüsse des Ersten Kongresses — Aufrufe und offene Schreiben des Exekutivkomitees bis zum Zweiten Kongreß, Hamburg 1920, S. 293.

<sup>27</sup> Ebenda, S. 314.

<sup>28</sup> Fritz Heckert: Paul Levis Weg von der Sekte zur Massenpartei. In: Die Kommunistische Internationale, 1920, Nr. 19, S. 85 u. 88.

<sup>29</sup> Ebenda.

<sup>30</sup> Die Kommunistische Internationale, 1920, Nr. 10.

gegeben. Es hieß dort: „Dieses seinem Umfang nach kleine Büchlein bildet einen wertvollen Beitrag zur Weltrevolutionsliteratur. In überaus gedrängter Form gibt der Verfasser uns eine scharfe Analyse der Entstehung, der Natur und der Aufgabe des Kommunismus nebst einer allseitigen, erschöpfenden Kritik der theoretischen Begründung des ‚linken‘ Kommunismus in Deutschland und England.“<sup>31</sup>

In der „Roten Fahne“ erschien am 18. Juli 1920 die Anzeige, daß Lenins Arbeit in deutscher Sprache aufgelegt werde. Ende Juli/Anfang August 1920 gab das Westeuropäische Sekretariat der Kommunistischen Internationale in Frankes Verlag, Leipzig, das erstmal in Deutschland Lenins „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ heraus.<sup>32</sup> Im August erschien die Arbeit noch im Verlag A. Seehof u. Co., Berlin.

Die Arbeit Lenins wurde sofort zu einer scharfen Waffe in der Auseinandersetzung mit den sektiererischen Erscheinungen in der KPD. Am 20. Juli 1920 hieß es im Leitartikel der „Roten Fahne“: „Die Kommunistische Partei hat damals als ihre Pflicht gegenüber den Arbeitermassen das bezeichnet, was Lenin in seiner Schrift »Der ‚Radikalismus‘, die Kinderkrankheit des Kommunismus« als die Aufgabe der marxistisch ausgerichteten, wirklich revolutionären kommunistischen Partei hinstellt. Auf Seite 38 sagt Lenin zu jenen ‚Radikalen‘, die sich von den konterrevolutionären Gewerkschaften, in denen die Massen sind, absondern in der Organisation der ‚Nur-Radikalen‘: ‚Ihr seid verpflichtet, nicht auf das Niveau der Massen, nicht auf das Niveau der rückständigen Schichten der Klasse hinabzusinken. Das ist unbestreitbar. ... Aber gleichzeitig seid Ihr verpflichtet, den tatsächlichen Grad des Bewußtseins und der Reife der ganzen Klasse (und nicht nur ihrer kommunistischen Avantgarde), eben der ganzen werktätigen Masse (und nicht nur ihrer fortgeschrittenen Elemente) nüchtern zu verfolgen.

Von dieser Pflicht ausgehend, sind wir in die Parlamente gegangen, arbeiten wir in den Gewerkschaften, haben wir uns an den Betriebsrätewahlen beteiligt. ... Seitdem wir diesen Weg eingeschlagen haben, dringt die Idee des Kommunismus mehr und mehr in die Massen der Arbeiterschaft ein.“

Und die „Internationale“ schrieb: „Wer sich überzeugen will von der Elastizität der Taktik, die selbst unter russischen Bedingungen für die kommunistische Partei nötig war und ist, der lese die Darstellung dieser Taktik in der äußerst lehrreichen Schrift des Genossen Lenin: »Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus«, die soeben erschienen ist.“<sup>33</sup>

Die Hinweise Lenins wie die Erfahrungen des Kampfes der Bolschewiki überhaupt fanden in den Auseinandersetzungen über die organisatorischen und taktischen Fragen nicht nur in den zentralen Orga-

<sup>31</sup> Die Kommunistische Internationale, 1920, Nr. 12, S. 373.

<sup>32</sup> W. I. Lenin: Der „Radikalismus“, die Kinderkrankheit des Kommunismus. Hrsg. vom Westeuropäischen Sekretariat der Kommunistischen Internationale (Kommissionsverlag), Frankes Verlag G.m.b.H., Leipzig 1920.

<sup>33</sup> Die Internationale, 1920, Heft 25, S. 7.

nen der KPD ihren Niederschlag, sondern auch in den örtlichen Organisationen. Ein deutscher Kommunist schrieb darüber in einem Brief an die sowjetischen Genossen: „Wir versuchen, aus Euren Erfahrungen Lehren zu ziehen, und auf unseren Diskussionsversammlungen hört man oft, wie ein Redner, der auf diesem oder jenem Antrag steht, die Richtigkeit seines Standpunktes zu beweisen sucht, indem er sagt, die russischen Genossen hätten in einem solchen Fall ebenso gehandelt.“<sup>34</sup>

In den Monaten August/September 1920 wurden auf fast allen Bezirkskonferenzen der KPD in Übereinstimmung mit Lenins Einschätzungen im allgemeinen richtige Beschlüsse zur Gewerkschaftsfrage und zum Parlamentarismus angenommen.

In der Entschliebung der Bezirkskonferenz Nordwest am 22. August 1920 hieß es z. B.: „... daß die Kommunisten verpflichtet sind, in den Gewerkschaften mit größter Intensität unter straffster Zusammenfassung zu kommunistischen Fraktionen im Sinne der Umgestaltung der Gewerkschaften zu revolutionären Kampforganisationen zu wirken.“<sup>35</sup>

Die Bezirkskonferenz der KPD in Sachsen-Anhalt beschloß: „Die Bezirkskonferenz des Bezirks Sachsen-Anhalt verpflichtet alle Ortsgruppen der KPD, sich an den kommenden Gemeindevertreterwahlen überall zu beteiligen, wo kommunistische Ortsgruppen vorhanden sind.“<sup>36</sup>

In ähnlicher Weise könnten noch zahlreiche Beispiele angeführt werden, die zeigen, wie in der Kommunistischen Partei Deutschlands sich eine marxistisch-leninistische Einstellung zu den Gewerkschaften und zur revolutionären Ausnutzung des bürgerlichen Parlaments durchzusetzen begann.

All diese Beispiele weisen darauf hin, daß auch schon in dieser Zeit — unmittelbar nach der Veröffentlichung der Arbeit in deutscher Sprache — die grundlegenden Hinweise Lenins, insbesondere zur Gewerkschaftspolitik und der parlamentarischen Tätigkeit der Kommunisten, in der KPD Eingang fanden.

Das Buch „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ half auch vielen Arbeitern in Deutschland, die, von den radikalistischen Phrasen der anarcho-syndikalistischen Intellektuellen irregeleitet, sich der KAPD angeschlossen hatten, den Weg zum Kommunismus zu finden. Ein Brief an die „Rote Fahne“ bringt treffend die Stimmung von vielen dieser Arbeiter zum Ausdruck: „Endlich, nach langen Irrungen, ist es mir gelungen, wieder einen klaren Kopf zu bekommen, den ich bis jetzt auf Grund der Parteidifferenzen nicht hatte.“ Der Verfasser des Briefes fährt dann fort, daß der Anschluß an die KPD die Losung der Stunde für alle Arbeiter in der KAPD sein müßte, denn in „Deutschland ist es unbedingt notwendig, daß eine gute, disziplinierte Kommunistische Partei besteht“<sup>37</sup>.

<sup>34</sup> Zit. in: Die Kommunistische Internationale, 1920, Nr. 11, S. 146.

<sup>35</sup> Die Rote Fahne, 1. September 1920.

<sup>36</sup> Die Rote Fahne, 3. August 1920.

<sup>37</sup> Die Rote Fahne, 7. September 1920.



Von großer Bedeutung für diesen Klärungsprozeß in der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung war auch der Besuch einer sowjetrussischen Gewerkschaftsdelegation im September 1920 in Deutschland. Auf einer Versammlung am 17. September im Lokal „Neue Welt“ (Hasenheide), die von der Betriebsrätezentrale und der Ortsverwaltung Berlin des Metallarbeiterverbandes einberufen worden war, sprachen die sowjetrussischen Gewerkschaftsfunktionäre über die Gewerkschaftsbewegung im sozialistischen Sowjetstaat. Zahlreiche Teilnehmer der Versammlung waren Anhänger der KAPD. Sie waren von den Ausführungen der sowjetischen Gewerkschaftler so beeindruckt, daß sie die Leitung der KAPD zwangen, eine besondere Versammlung mit den sowjetrussischen Gewerkschaftsfunktionären zu dem Thema „Eroberung oder Zertrümmerung der Gewerkschaften“ durchzuführen. Diese Veranstaltung fand am 24. September in Kliems Festsälen statt. Der Referent dieser Versammlung betonte, daß es die Pflicht jedes Kommunisten sei, in den reformistischen Gewerkschaften zu arbeiten. „Jede andere Taktik“, sagte er, „die sich die Zertrümmerung der Gewerkschaften von außen her durch abgesplitterte Organisationen zum Ziele setzt, laufe darauf hinaus, die noch unaufgeklärten gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wehrlos der Bürokratie zu überlassen. Durch die sogenannte Zertrümmerung der Gewerkschaften würde es daher nie gelingen, sich der Arbeiter innerhalb der Gewerkschaften geistig zu bemächtigen.“<sup>38</sup>

Dieser Standpunkt, so stellte der Referent mit allem Nachdruck fest, entspreche voll und ganz den Ausführungen Lenins in seinem Buch „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“.

So wurden die grundsätzliche Diskussion innerhalb der KAPD über die Frage: marxistisch-leninistische oder linksopportunistische Taktik? gefördert und die kleinbürgerlichen radikalistischen Intellektuellen immer mehr von den ehrlich revolutionär gesinnten Arbeitern isoliert. Diese Auseinandersetzungen hatten zur Folge, daß schon 1920 zahlreiche Mitglieder der KAPD sich wieder der Kommunistischen Partei anschlossen und die KAPD immer mehr an Einfluß auf die Arbeiter verlor, um schließlich als Sekte von Putschisten und Abenteurern zu einer konterrevolutionären Agentur hinabzusinken.

In den Jahren 1919/1920 ging die Kommunistische Partei Deutschlands einen beachtlichen Schritt vorwärts in ihrer Entwicklung zu einer marxistisch-leninistischen Partei. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit der führenden Rolle der Partei und der Erarbeitung einer marxistisch-leninistischen Strategie und Taktik setzte sich in der Partei immer mehr durch. Die linksopportunistischen Auffassungen über die Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften und im bürgerlichen Parlament, wie sie auf dem Gründungsparteitag auftraten, waren im wesentlichen überwunden. Dadurch wurde die KPD immer besser befähigt, den Kampf um die Wiederherstellung der von den Opportu-

<sup>38</sup> Die Rote Fahne, 26. September 1920.

nisten gespaltenen Einheit der Arbeiterbewegung zu führen. Das zeigte sich besonders in dem unermüdlichen Ringen um die Gewinnung des revolutionären Flügels der USPD für das Programm und die Politik der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Es entsprach dem Wesen der radikalistischen kleinbürgerlichen Elemente, daß sie sich entschieden gegen die Einheitsfront der deutschen Arbeiterklasse wandten. Auf dem 2. Parteitag trat besonders Laufenberg gegen gemeinsame Aktionen wie überhaupt gegen jede Zusammenarbeit mit den Arbeitern der USPD auf.<sup>39</sup>

Der Kampf gegen die linksopportunistischen Erscheinungen in der KPD stand deshalb im untrennbaren Zusammenhang mit den Bemühungen der Partei, die Mehrheit der Arbeiterklasse für gemeinsame Aktionen gegen die Anschläge der konterrevolutionären Kräfte zu gewinnen, dieser Kampf diente der Herstellung der Einheit der deutschen Arbeiterklasse. Indem die KPD in den eigenen Reihen die Stellung zu den Gewerkschaften und zum parlamentarischen Kampf klärte, schuf sie gleichzeitig ein festeres Verhältnis zu den Arbeitern in der USPD. Die Einheitsfrontangebote der KPD fielen bei diesen Arbeitern auf fruchtbaren Boden.

Der 3. Parteitag der KPD beschäftigte sich sehr ernsthaft mit der Zusammenarbeit der Kommunisten mit den Arbeitern der USPD. In der Entschließung des Parteitages „Zur Politik der USPD“ wurden alle Parteimitglieder verpflichtet, „jede Gelegenheit zu benutzen, um in den Kreisen der unabhängigen Arbeiter“ mit aller Schärfe die arbeiterfeindliche Politik der rechten Führer der USPD wie Kautsky, Hilferding u. a. zu geißeln.<sup>40</sup>

Clara Zetkin wandte sich auf dem folgenden, auf dem 4. Parteitag scharf gegen die Sektierer und erklärte, „daß wir uns in revolutionärer Solidarität verbunden fühlen mit den breiten Massen, die noch nicht so geschult und noch nicht so grundfest sind, daß sie sich von der USPD-Organisation lösen und zu uns kommen“<sup>41</sup>.

Die revolutionäre Kampfgemeinschaft zwischen den kommunistischen und unabhängigen Arbeitern wurde vor allem in den gemeinsamen Aktionen gegen den Kapp-Putsch und in der Solidaritätsaktion „Hände weg von Sowjetrußland“ geschmiedet. Eine derartige Politik der KPD entsprach völlig den Hinweisen Lenins in „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“: „Denn die ganze Aufgabe der Kommunisten besteht darin, daß sie es verstehen, die Rückständigen zu überzeugen, unter ihnen zu arbeiten, und sich nicht

---

<sup>39</sup> Vgl. Bericht über den 2. Parteitag der KPD vom 20. bis 24. Oktober 1919, S. 34.

<sup>40</sup> Bericht über den 3. Parteitag der KPD vom 25. bis 26. Februar 1920. Hrsg. von der KPD, S. 8.

<sup>41</sup> Bericht über den 4. Parteitag der KPD vom 14. bis 15. April 1920. Hrsg. von der KPD, S. 58.

durch ausgeklügelte, kindische ‚linke‘ Losungen von ihnen abzusondern.“<sup>42</sup>

Das unermüdliche Ringen der Kommunistischen Partei um die Einheit der Arbeiterklasse wurde mit der Vereinigung des linken Flügels der USPD mit der KPD im Dezember 1920 gekrönt. Das war ein wichtiges Ereignis in der deutschen Arbeiterbewegung, wurde doch damit die Einheit des revolutionären Flügels in der deutschen Arbeiterbewegung wiederhergestellt. Bewährte Führer wie Ernst Thälmann, Wilhelm Florin, Walter Stöcker u. a. kamen zur KPD. Durch die unmittelbare Hilfe Lenins, insbesondere auch durch sein Werk „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“, konnte die KPD immer besser ihre Rolle als Führerin der Arbeiterklasse und der ganzen Nation verwirklichen.

Ungeachtet dieses bedeutenden Fortschritts, gab es für die deutschen Kommunisten in ihrer Entwicklung zu einer marxistisch-leninistischen Partei noch große Arbeit zu leisten. Die Aneignung des Leninismus war ein schwieriger Prozeß, der noch einige Jahre in Anspruch nahm. In grundsätzlichen Auseinandersetzungen mit den „Ultralinken“ und den rechten Brandleristen entwickelte sich die KPD zu einer marxistisch-leninistischen Kampforganisation, zu einer Partei neuen Typus. Von grundlegender Bedeutung war dabei die Bildung des leninistischen Zentralkomitees unter dem Vorsitz von Ernst Thälmann im Oktober 1925.

In den folgenden Jahren setzte sich der Leninismus in der kommunistischen Bewegung in Deutschland endgültig durch. Unter Führung von Ernst Thälmann entwickelte sich die KPD zur marxistisch-leninistischen Massenpartei und wurde nach der KPdSU zur bedeutendsten Sektion der III. Internationale.

Vierzig Jahre sind seit dem Erscheinen von Lenins Werk „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ verflossen. Das waren vierzig Jahre des Triumphs der Leninschen Ideen. Die Erfahrungen des Aufbaus des Sozialismus in der UdSSR, die Entwicklung der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, die sozialistischen Revolutionen sowie der Aufbau des Sozialismus in den volksdemokratischen Ländern Europas und Asiens haben in glänzender Weise die grundlegenden Thesen in Lenins Arbeit bestätigt. Gestützt auf diese Thesen und bereichert durch die neuen Erfahrungen, konnten die Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien auf ihrer Beratung vom 14. bis 16. November 1957 in Moskau erklären: „Die Erfahrungen der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder haben vollkommen die Richtigkeit der These der marxistisch-leninistischen Theorie gezeigt, wonach die Prozesse der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus auf einer Reihe von grundlegenden Gesetzmäßigkeiten beruhen, die allen Ländern, die den Weg des Sozialismus einschlagen, eigen sind. Diese Gesetzmäßigkeiten wirken überall, doch

<sup>42</sup> W. I. Lenin: Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus. In: Werke, Bd. 31, S. 39.



gibt es eine Vielfalt von nationalen Besonderheiten und Traditionen, die sich geschichtlich herausgebildet haben und die unbedingt berücksichtigt werden müssen.“<sup>43</sup>

Die schöpferische Anwendung der marxistisch-leninistischen Grundfragen, die Lenin in seinem Werk „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ dargelegt hat, bildete stets einen Wesenszug der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Für unsere Partei war und ist es ein unumstößlicher Grundsatz, daß sich die Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Partei beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung von den allgemeingültigen Gesetzen der sozialistischen Revolution, von den „grundlegenden Prinzipien des Kommunismus“<sup>44</sup> leiten lassen muß.

Die Anwendung dieser allgemeingültigen Prinzipien fand in erster Linie in der Entwicklung und ständigen Festigung der volksdemokratischen Staatsmacht, im Aufbau des volkseigenen Sektors in der Industrie bei vorrangiger Entwicklung der Schwerindustrie, in der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft und in der sozialistischen Revolution auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur seinen sichtbaren Ausdruck. Gleichzeitig schenkte die Partei dem Hinweis Lenins stärkste Beachtung, daß diese grundlegenden Gesetzmäßigkeiten, „in den Einzelheiten richtig modifiziert und den nationalen und nationalstaatlichen Verschiedenheiten richtig angepaßt, auf sie richtig angewendet werden müssen“<sup>45</sup>.

Lenin stellte in den Mittelpunkt seiner Arbeit, daß die Errichtung der Diktatur des Proletariats und die Einbeziehung breiter Schichten des Volkes beim Aufbau des Sozialismus ein zäher und langwieriger Kampf ist, der ohne eine disziplinierte und kampfgestählte Partei nicht erfolgreich geführt werden kann. Durch die Vereinigung der KPD mit der SPD im April 1946 und die Entwicklung der SED zur marxistisch-leninistischen Partei wurde diese Grundvoraussetzung bei uns, auf dem Gebiet der DDR, erfüllt. Mit der Gründung der SED wurde die Einheit der Arbeiterbewegung auf der Grundlage der Lehren von Marx, Engels und Lenin hergestellt. „Jetzt konnte“, wie es in den Thesen des Politbüros des ZK zum 10. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik heißt, „die Arbeiterklasse endlich ihre historische Mission erfüllen: die Nation von der imperialistischen Tyrannei und Kriegspolitik befreien und auf den Weg der Entfaltung der Schöpferkräfte des Volkes, des gesellschaftlichen Fortschritts und der steten Hebung des Lebensniveaus führen.“<sup>46</sup>

Die Einheit der Arbeiterklasse war zugleich das Kraftzentrum für den Zusammenschluß aller anderen friedliebenden und demokratischen Kräfte des Volkes. Gestützt auf diese Einheit entwickelte unsere Partei

<sup>43</sup> Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder (Moskau, 14. bis 16. November 1957), S. 13.

<sup>44</sup> W. I. Lenin: Werke, Bd. 31, S. 736.

<sup>45</sup> Ebenda.

<sup>46</sup> Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1959, Heft 4, S. 666.

seit ihrer Existenz entsprechend den Hinweisen Lenins eine kühne und umsichtige Politik zur Gewinnung aller patriotisch gesinnten Schichten, um die bürgerlich-demokratische Revolution zu vollenden und in die sozialistische Revolution hinüberzuleiten.

Ein hervorragendes Beispiel für die schöpferische Anwendung der Leninschen Grundsätze, wie sie insbesondere in der Arbeit „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ enthalten sind, gibt der Erste Sekretär unserer Partei, Genosse Walter Ulbricht. Ausgehend von den Beschlüssen des V. Parteitages der SED, formulierte er die nationale Grundfrage des deutschen Volkes in unserer Epoche: Der Kern der nationalen Frage in Deutschland besteht in der Beseitigung des deutschen Imperialismus und Militarismus. Ohne Kampf gegen den deutschen Militarismus ist eine friedliche Wiedervereinigung unmöglich.<sup>47</sup>

Diese Aufgabenstellung ergab sich aus „einer nüchternen, streng objektiven Einschätzung *aller* Klassenkräfte des betreffenden Staates (und der ihn umgebenden Staaten sowie aller Staaten der ganzen Welt)“ und aus „der Berücksichtigung der von revolutionären Bewegungen gesammelten Erfahrungen ...“<sup>48</sup>, wie sie Lenin von einem marxistisch-leninistischen Politiker forderte. Sie ergab sich aus den Erfahrungen der letzten fünfzig Jahre deutscher Geschichte, in denen die imperialistischen und militaristischen Kräfte unser Volk zweimal in die Katastrophe verheerender Kriege gestürzt haben, und aus der Tatsache, daß gegenwärtig in Westdeutschland dieselben Kräfte einen Atomkrieg vorbereiten.

Der eindringlichen Lehre in Lenins „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“, daß ohne einheitliches und geschlossenes Auftreten der Arbeiterklasse der Sieg über den Imperialismus unmöglich ist, entsprachen die ständigen Hinweise Walter Ulbrichts: Jeder Schritt zur friedlichen Lösung der deutschen Frage hängt ab von der Entwicklung der Aktionsgemeinschaft der Arbeiterklasse, von der Verständigung zwischen SED, KPD und SPD sowie der Gewerkschaften in den aktuellen Fragen der Erhaltung des Friedens und der Entwicklung und Stärkung der Volksbewegung gegen den Atomtod.

Eine solche Aufgabenstellung entspricht auch dem tatsächlichen Bewußtseinsstand der Mehrheit der westdeutschen Arbeiterklasse. Gerade auf diese Frage weist Lenin nachdrücklich hin, wenn er schreibt: „Aber zugleich seid ihr verpflichtet, den *tatsächlichen* Bewußtseins- und Reifegrad eben der ganzen Klasse (und nicht nur ihrer kommunistischen Avantgarde), eben der ganzen werktätigen Masse (und nicht nur ihrer fortgeschrittensten Vertreter) *nüchtern* zu prüfen.“<sup>49</sup>

<sup>47</sup> Vgl. Neues Deutschland (B), 28. Dezember 1958.

<sup>48</sup> W. I. Lenin: Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus. In: Werke, Bd. 31, S. 44.

<sup>49</sup> Ebenda.

Große Teile der Arbeiter in Westdeutschland und anderer Schichten sind gegenwärtig bereit, gemeinsam mit den Werktätigen unserer Republik gegen die Atomkriegspolitiker aufzutreten. Die Politik unserer Partei ist darauf gerichtet, diesen westdeutschen Arbeitern, Bauern, Vertretern der Intelligenz u. a. zu helfen, eine konsequente Position im Kampf gegen den Militarismus und für den Frieden einzunehmen. Es gilt, die nationale Grundfrage des deutschen Volkes durch den Abschluß eines Friedensvertrages und die Bändigung des westdeutschen Militarismus zu lösen. Dazu ist ein einheitliches Auftreten aller patriotischen Kräfte in Deutschland, in erster Linie der Arbeiterklasse, nötig.

1920 schrieb W. I. Lenin sein geniales Buch. Vierzig Jahre Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung beweisen die Richtigkeit der Leninschen Ideen. Diese vierzig Jahre demonstrieren die Unbesiegbarkeit des Marxismus-Leninismus.



## Der Kampf der KPD um die Einbeziehung der Bauern in die antiimperialistische, antimilitaristische Kampffront

Zum Europäischen Bauernkongreß im März 1930 in Berlin

Nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus durch die Völker der Sowjetunion hat die geeinte Arbeiterklasse unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Kampfpartei im Bündnis mit den werktätigen Bauern und anderen Schichten der Werktätigen im Osten Deutschlands „die größte Revolution der deutschen Geschichte vollbracht“<sup>1</sup>. Die Grundlagen des Imperialismus und Militarismus und damit die Basis für Faschismus und Aggressionskriege wurden in einem Teil Deutschlands beseitigt. Aus dem vom Hitlerfaschismus hinterlassenen Chaos schufen Arbeiter und Bauern in gemeinsamer Arbeit die Deutsche Demokratische Republik, mit der zum erstenmal in der Geschichte „auf deutschem Boden eine Staatsmacht der Arbeiter und Bauern, ein friedliebender, wahrhaft demokratischer deutscher Staat“<sup>2</sup> entstand.

Gemeinsam gingen Arbeiter und Bauern zum Aufbau des Sozialismus über, im festen Bündnis vereint kämpfen sie für den Schutz ihrer Errungenschaften, für die Sicherung einer friedlichen, glücklichen Zukunft für sich und die nachfolgenden Generationen, für die Wiedergeburt Deutschlands als einheitlicher, friedliebender, demokratischer Staat.

Während die Arbeiter und Bauern in der Deutschen Demokratischen Republik — befreit von Ausbeutung, Not, Elend und Existenzangst — mit ihren Produktionserfolgen ihren Staat stärken und den Lebensstandard der Bevölkerung ständig verbessern, müssen Zehntausende westdeutscher Kleinbauern hart um die Erhaltung ihrer Existenz ringen, die durch die Adenauersche Atomkriegspolitik gefährdet wird. Wenn — nach offiziellen Bonner Angaben — von 1949 bis 1959 z. B. 219 300 Kleinbauernwirtschaften bis zu 10 ha im Bonner „Rechtsstaat“ liquidiert wurden, so erhellt das den wahren Charakter jenes laut gepriesenen „Grünen Planes“, der es im Namen der „Freiheit“ den Großen gestattet, die Kleinen zu schlucken. Die verstärkte Militarisierung des wirtschaftlichen und politischen Lebens in Westdeutschland durch die revanchehungrigen und kriegslüsternen Imperialisten und Militaristen wird den Ruin weiterer Klein- und Mittelbauern zur Folge haben.

Die hervorragenden Erfolge, die seit 1945 auf dem Gebiet der DDR

<sup>1</sup> Walter Ulbricht: Des deutschen Volkes Weg und Ziel. In: Einheit, 1959, Heft 9, S. 1169.

<sup>2</sup> Thesen des Politbüros des ZK zum zehnten Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1959, Heft 4, S. 663.

errungen wurden, sind das Ergebnis eines jahrzehntelangen Kampfes der KPD und des fortgeschrittenen Teils der Arbeiterklasse gegen Imperialismus, Militarismus, Faschismus und Krieg, das Ergebnis des Kampfes der Partei um die Herstellung eines festen Bündnisses, einer gemeinsamen Kampffront der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft.

Als im Herbst 1929 die Weltwirtschaftskrise auch Deutschland erfaßte, als sich die Widersprüche des Kapitalismus zuspitzten, als sich die Gegensätze zwischen den imperialistischen Staaten rapide vertieften und die Gefahr eines Krieges gegen den damals einzigen Arbeiter-und-Bauern-Staat der Welt, die Sowjetunion, bedrohlich anwuchs, schlugen der deutsche Imperialismus und Militarismus einen verschärften innen- und außenpolitischen Kurs ein. Sie suchten die Lasten der Krise auf die Werktätigen abzuwälzen, die bereits das doppelte Joch der Ausbeutung durch das deutsche und ausländische Monopolkapital zu tragen hatten, und gingen dazu über, die politischen und sozialen Rechte der Werktätigen weiter abzubauen und auf ihre Kosten in Faschismus und Krieg einen Ausweg aus der Krise zu suchen. Die deutschen Imperialisten und Militaristen reichten sich noch aktiver in die internationale Antisowjetfront ein und trugen durch wütende antikommunistische Hetze, forcierte Aufrüstung, Revanchegeschrrei und Gebietsforderungen ihren Teil zur Vorbereitung eines Krieges gegen die Sowjetunion bei, durch den sich alle imperialistischen Staaten aus dem eisernen Würgegriff der Wirtschaftskrise zu befreien hofften.

Ebenso wie der Reichsverband der deutschen Industrie auf seiner Tagung im September 1929 in Düsseldorf und in seiner Denkschrift „Aufstieg oder Niedergang?“ vom Dezember 1929 das Programm der verschärften Ausbeutung der Werktätigen und des Abbaus ihrer demokratischen Rechte und Freiheiten, die ihnen in der Verfassung der Weimarer Republik hatten zugestanden werden müssen, entwickelte,<sup>3</sup> erhob auch der Reichslandwirtschaftsrat auf seiner Tagung im September 1929 in Münster im Interesse und auf Druck der Junker Forderungen nach „Rentabilisierung“ der Landwirtschaft, die durch Senkung der Löhne, Steuererlaß, Minderung der „Soziallasten“ und Rationalisierung erzielt werden sollte.<sup>4</sup>

Die Verwirklichung dieser Forderungen mußte die Lage der werktätigen Bauern weiter verschlechtern.<sup>5</sup> Sie sollten die Auswirkungen

<sup>3</sup> Vgl. Veröffentlichungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Nr. 48, Oktober 1929, und Nr. 49, Dezember 1929.

<sup>4</sup> Vgl. Die Internationale, 1930, Heft 17, S. 526.

<sup>5</sup> In diesem Zusammenhang ist es wichtig festzustellen, daß sich fast die Hälfte des Bodens und zugleich sein bester, ertragsfähigster Teil im Besitz der Großgrundbesitzer und Großbauern befand. An der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Deutschland waren 77 Prozent der Betriebe als Zwerg- und Kleinbetriebe mit 17,6 Prozent, 18,7 Prozent der Betriebe als Mittelbetriebe mit 35,8 Prozent, 3,9 Prozent der Betriebe als Großbauernbetriebe mit 26,4 Prozent und 0,2 Prozent der Betriebe als Großbetriebe mit 20,2 Prozent Anteil beteiligt (vgl. Die Internationale, 1930, Heft 19/20, S. 606, und Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Hrsg. vom Statistischen Reichsamt, 48. Jg., Berlin 1929, S. 60–61).

der Wirtschaftskrise, die die Agrarkrise vertiefte und selbst durch die Agrarkrise verschärft wurde, tragen. Die chronische Agrarkrise, die der allgemeinen Krise des Kapitalismus immanent ist, war in den zwanziger und dreißiger Jahren in der europäischen und damit auch in der deutschen Landwirtschaft besonders tiefgehend. Hier machten sich die Schäden der Kriegsjahre, die besonders ausgeprägte technische Rückständigkeit, mangelnde Kapitalinvestitionen, große Steuerlasten infolge enormer Verschuldung Deutschlands und die Reparationstribute auf das nachhaltigste bemerkbar.

Die Agrarkrise traf besonders schwer die kleinen und mittleren Bauern.<sup>6</sup> Sie konnten nicht wie die Junker und Großbauern moderne Maschinen und Produktionsverfahren anwenden, erhielten Kredite nur zu unerschwinglichen Zinspreisen, litten unter erschwerten Absatzbedingungen, mußten zu niedrigeren Preisen verkaufen und waren zudem in den Jahren 1914–1918 mehr durch die Kriegs- und Zwangswirtschaft betroffen worden als Junker und Großbauern. Hinzu kam, daß Monopolkapital und Junkertum, im Besitz der Staatsgewalt, alle Lasten des verlorenen Krieges auf die Arbeiter und werktätigen Bauern abwälzten.<sup>7</sup>

Während die werktätigen Bauern immer stärker in ihrer Existenz bedroht wurden und mehr und mehr verelendeten, sorgten die Großgrundbesitzer dafür, daß die Regierung durch die Unterstützung mit Millionenbeträgen die Agrarkrise zu einem einträglichen Geschäft machte, ohne daß sie einen Finger zu rühren brauchten. Die sozialdemokratisch geführte Koalitionsregierung unter Hermann Müller griff mit ihrer Zoll-, Kredit-, Preis- und Steuerpolitik der „notleidenden Landwirtschaft“, sprich: dem Großgrundbesitz, tatkräftig unter die Arme. Sie ließ Millionensubventionen aus den Steuergroschen der Werktätigen den Großagariern zufließen. Auch die Großbauern profitierten davon. Daneben bereicherten sich die Junker aus den Etatmitteln, die eine beträchtliche Höhe hatten. Eine bürgerliche Wirtschaftszeitschrift mußte eingestehen, daß z. B. dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft „die fast unkontrollierte Verwendung großer Millionenbeträge“ möglich war.<sup>8</sup> Das Ministerium verfügte über etatmäßige Fonds in Höhe von etwa 40 Millionen Mark. Außer diesen Fonds konnte das Ministerium über die Verwendung weiterer Millio-

<sup>6</sup> Erfolgt z. B. vom Januar bis zum September 1928 1185 Zwangsversteigerungen von Bodenbesitz unter 20 ha mit einer Gesamtfläche von 3784 ha, so waren es im gleichen Zeitraum des Jahres 1929 1709 Versteigerungen mit insgesamt 6465 ha. Sowohl 1928 als auch 1929 machte der Bodenbesitz mit einer Fläche unter 2 ha mehr als die Hälfte aller Zwangsversteigerungen aus (vgl. Informations-Material, Nr. 7, August 1930. Hrsg. vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands, o. O. u. J., S. 10).

<sup>7</sup> Der Steuerwert eines Hektars war, um nur ein Beispiel zu nennen, bei einem Besitz bis zu 5 ha auf 2004 Mark festgelegt, bei einem Besitz von 5–20 ha auf 1239 Mark und bei einem Besitz, der 1000 ha umfaßte, auf 665 Mark (vgl. ebenda).

<sup>8</sup> Die Wirtschaftskurve mit Indexzahlen der Frankfurter Zeitung. Unter Mitwirkung von Ernst Kahn, Frankfurt am Main, Juni 1930, Heft II, S. 158.



nenbeträge, z. B. aus den Gewinnen des Maismonopols, bestimmen, die „der öffentlichen und parlamentarischen Kontrolle entzogen“ waren.<sup>9</sup> Schon dieses eine Beispiel zeigt, wie der Korruption und der „Vetternpolitik“ die Tore weit geöffnet waren. Aber auch das Reichsverkehrs-, das Reichswehr-, das Reichsarbeitsministerium sowie das Reichsministerium für die besetzten Gebiete unterstützten die Großagrarien. Daneben stellten öffentliche und Privatbanken hohe Beträge zur Verfügung. Die kurzfristigen und mittleren Kredite für die Landwirtschaft, d. h. den Großgrundbesitz, wuchsen von 7,353 Milliarden Mark am 30. Juni 1929<sup>10</sup> auf 7,589 Milliarden Mark am 31. März 1930.<sup>11</sup>

Von all diesen Millionen bekamen die werktätigen Bauern nichts. Als ihre Not und ihr Protest gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung ständig anwuchsen, organisierte die herrschende Klasse unter großem propagandistischen Aufwand 1928/1929 die „Ostpreußenhilfe“, die mit fast 100 Millionen Mark der Landwirtschaft in Ostpreußen auf die Beine helfen sollte. Daß auch diese Aktion — ebenso wie das ab Juli 1930 wirksam werdende Osthilfeprogramm — ein glatter Betrug an den werktätigen Bauern war und zur Sanierung der Junker diente, mußte selbst ein Blatt der Finanzbourgeoisie, die „Berliner Börsen-Zeitung“, zugeben. Es berichtete, daß von den Umschuldungshypotheken in Ostpreußen 3 Prozent die Betriebe bis 20 ha erhielten, 44 Prozent die von 20–200 ha, 53 Prozent die Betriebe über 200 ha.<sup>12</sup> Trotz der riesigen staatlichen Subventionen stieg die Verschuldung der Landwirtschaft von 10,8 Milliarden Mark 1928 auf 11,6 Milliarden Mark im Jahre 1930.<sup>13</sup>

Die Folgen der chronischen Agrarkrise führten zum Aufbegehren gegen Monopolkapital und Großgrundbesitz, die Träger des Imperialismus und Militarismus, zur stärkeren Differenzierung und zur Verschärfung der Klassengegensätze auf dem Lande, wie das z. B. in den spontanen Protestkundgebungen gegen die Junker und die Regierung in Schleswig-Holstein im Sommer 1929 zum Ausdruck kam. Eine weitere Zuspitzung des Klassenkampfes auf dem Lande erfolgte, als durch die Wirtschaftskrise die Agrarkrise noch vertieft wurde und sich das Gespenst des Ruins vor Millionen werktätigen Bauern erhob.

Um die ganze Bedeutung des Differenzierungsprozesses und der Zuspitzung der Klassengegensätze zu ermessen, muß man berücksichtigen, daß einer Ausbeuterschicht von etwa 40 000 Großgrundbesitzern, 20 000 kapitalistischen Großpächtern und 700 000 Großbauern 3,3 Millionen Mittelbauern sowie 2,35 Millionen Kleinbauern, 4,7 Millionen Zwergbauern und -pächter und 3,2 Millionen Landarbeiter gegenüber-

<sup>9</sup> Ebenda.

<sup>10</sup> Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung. Hrsg. vom Institut für Konjunkturforschung, 5. Jg., Heft 2, Teil A, S. 55.

<sup>11</sup> Ebenda, Heft 3, Teil A, S. 52.

<sup>12</sup> Zit. in: Informations-Material, Nr. 7, August 1930, S. 11.

<sup>13</sup> Vgl. A. Petruschow: Agrarverhältnisse in Deutschland und die Agrarreform, Berlin 1948, S. 58.

standen.<sup>14</sup> Wenn man dieses Kräfteverhältnis auf dem Lande beachtet, werden die großen Aufgaben deutlich, vor denen die Kommunistische Partei bei der Organisierung einer breiten Kampffront gegen den nach Ausbruch der Krise verschärften Angriff der deutschen Imperialisten und Militaristen auf die sozialen Rechte und demokratischen Freiheiten der Werktätigen, gegen Faschismus und Krieg stand. Erschwert wurde die Lösung dieser Aufgaben dadurch, daß die Gegensätze zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft, die die Klassenpolitik der Imperialisten und Militaristen unter Hinweis auf die verschiedenen ökonomischen Interessen ständig zu vertiefen suchte, nur langsam zu überwinden waren. Eine weitere Schwierigkeit bestand in der stark ausgeprägten Zersplitterung und weitverbreiteten Resignation unter den Klein- und Mittelbauern, so daß sie vielfach dem Einfluß der in der „Grünen Front“ zusammengeschlossenen reaktionären Junker- und Bauernorganisationen unterlagen und auch die Masse der Mitglieder dieser Organisationen stellten. Die großagrarischen Organisationen versuchten systematisch, die werktätigen Bauern für ihre Ziele einzuspannen und ihnen weiszumachen, daß eine Änderung ihrer Notlage nur durch die Erhöhung der Zölle und Preise möglich wäre. Dieser Argumentation schenkten viele Bauern Gehör. Nur allmählich setzte sich die Erkenntnis durch, daß gerade dieser Weg den Interessen der Arbeiterklasse und auch denen der werktätigen Bauern zuwiderlief und ihre Lage weiter verschlechtern mußte.

Andererseits zeigten der verschärfte Klassenkampf und die Tatsache, daß breite bäuerliche Schichten in Bewegung geraten waren, die großen Möglichkeiten, die die Partei hatte, um auf dem Lande weiter vorzudringen, den Bauern die gemeinsamen Ziele, die sie mit den Arbeitern verbanden, zu erläutern und der Arbeiterklasse neue Bundesgenossen zuzuführen. Die Lösung der nationalen Hauptaufgabe, die Entmachtung des deutschen Imperialismus und Militarismus, für die die KPD eine breite Front aller demokratischen, antiimperialistischen Kräfte zu schaffen suchte, sind „unmöglich, wenn der Klassenkampf nicht ins Dorf hineingetragen wird, wenn die kommunistische Partei des städtischen Proletariats die werktätigen Massen des Dorfes nicht um sich schart, wenn das Proletariat diese Massen nicht erzieht“<sup>15</sup>.

Seit ihrer Gründung setzte sich die KPD für die Interessen der werktätigen Bauern und für ein festes Bündnis zwischen Arbeiterklasse und werktätiger Bauernschaft ein. Ihr Agrarprogramm des Jahres 1919 z. B. zeigte den Bauern die Ziele, die die Partei im Interesse der Millionen werktätigen Bauern mit ihrer Agrarpolitik verfolgte, und orientierte sie auf den Kampf gegen den gemeinsamen Feind, gegen den deutschen Imperialismus und besonders gegen den Hauptträger des deutschen Militarismus, das Junkertum. Besonders seit der Zeit, als an der Spitze der KPD ein leninistisches Zentralkomitee unter

<sup>14</sup> In die Zahlen sind die mitarbeitenden Familienangehörigen eingeschlossen (vgl. Die Internationale, 1930, Heft 19/20, S. 606–607).

<sup>15</sup> W. I. Lenin: Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 774.

Ernst Thälmann stand, kämpfte die Partei erfolgreich, um gewisse sektiererische Überbleibsel in der Stellung zu den Bauern und fehlerhafte Einschätzungen in der Agrarfrage zu überwinden. Immer besser gelang es ihr, Arbeiter und werktätige Bauern zum gemeinsamen Kampf zusammenzuführen, wie es z. B. die Fürstenteignungskampagne 1925/1926 zeigte und wie es die Ereignisse in den Jahren 1929/1930 veranschaulichen.

Im Juni 1929 beschloß der XII. Parteitag der KPD, daß die Partei „mit verstärkter Kraft das Bündnis des revolutionären Proletariats mit allen Werktätigen schmieden“<sup>46</sup>, die „Vernachlässigung der Propaganda in den kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Schichten, die zum Rekrutierungsfeld der Faschisten wurden“, überwinden und konsequent die Interessen der werktätigen Bauern vertreten müßte.<sup>47</sup>

Die KPD erhob diese Forderungen in der richtigen Erkenntnis, daß der Differenzierungsprozeß auf dem Lande durch die ökonomische und politische Entwicklung beschleunigt werden und sich der Klassenkampf zuspitzen mußte. Die Notwendigkeit, verstärkt um die Einbeziehung der Bauern in die Kampffront gegen Militarismus, Faschismus und Krieg zu ringen, ergab sich für die Partei auch aus der Tatsache, daß die Faschisten infolge ihrer von der Schwerindustrie finanzierten Demagogie auf dem Lande ein Reservoir ihrer ständig wachsenden Anhängerschaft fanden. Da sich in einer Reihe europäischer Länder ähnliche Bedingungen wie in Deutschland entwickelten, bemühte sich die KPD von Anfang an um die breiteste internationale Zusammenarbeit.

Zur Lösung dieser Aufgabe ergriff die KPD bereits anläßlich des Internationalen Antifaschistenkongresses am 9./10. März 1929 in Berlin die Initiative, als sie in Verbindung mit den Bruderparteien eine Zusammenkunft der Bauerndelegierten dieses Kongresses organisierte, an der 24 Vertreter aus neun europäischen Staaten teilnahmen. Hier wurde beschlossen, einen Kongreß der werktätigen Bauern Europas einzuberufen, um gemeinsame Maßnahmen zu beraten, wie man den Faschismus auf dem Lande bekämpfen, die organisatorische und politische Beherrschung der werktätigen Bauern durch die Großagrarien brechen und die Landbevölkerung für die fortschrittlichen Bauernorganisationen<sup>48</sup> gewinnen könnte. Es wurde ein „Provisorisches Komitee zur Vorbereitung des Europäischen Bauernkongresses“ gewählt, das aus sieben Mitgliedern bestand<sup>49</sup> und zum erstenmal vom 3. bis 6. Juli

<sup>46</sup> Waffen für den Klassenkampf. Beschlüsse des XII. Parteitages der KPD, o. O. u. J., S. 27.

<sup>47</sup> Ebenda, S. 31.

<sup>48</sup> Solche Organisationen waren in Deutschland der „Bund schaffender Landwirte“, der „Badische Pächter- und Kleinbauernverband“, der „Rheinische Pächter- und Kleinbauernverband“, der „Bund der Kleinlandwirte in Mecklenburg-Strelitz“ und andere, die im Reichsbauernbund zusammengeschlossen waren, dessen Vorsitz Ernst Putz innehatte.

<sup>49</sup> Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin, Archiv (abgekürzt IML, Archiv), Akte 10/342, Bl. 17.



1929 in Berlin tagte. An seinen Beratungen nahmen als deutsche Vertreter der kommunistische Reichstagsabgeordnete und hervorragende Führer der fortschrittlichen Bauern, Ernst Putz, sowie zwei weitere Mitglieder fortschrittlicher Bauernorganisationen teil, ferner Vertreter aus Polen, Frankreich, Rumänien und der Tschechoslowakei sowie u. a. der italienische ehemalige Abgeordnete und Bauernführer Guido Miglioli und der ehemalige albanische Ministerpräsident Fan Noli. Das Ergebnis der Tagung war die Erweiterung der Mitgliederzahl des Komitees, die Festlegung, in den Staaten der Beratungsteilnehmer Nationalkomitees sowie Bezirks- und Ortskomitees zur Vorbereitung des Kongresses zu bilden, und die Aufforderung an die Organisationen der werktätigen Bauern in Skandinavien, Belgien, Österreich und der Schweiz, Delegierte in das internationale Vorbereitungskomitee zu entsenden.<sup>20</sup>

Wie in den 20 europäischen Staaten, in denen Nationalkomitees oder andere Organe den Kongreß vorbereiteten, begann auch in Deutschland eine intensive Arbeit für den Kongreß. Im folgenden wird besonders die Zeit der Vorbereitung des Europäischen Bauernkongresses in Deutschland behandelt, um ein Beispiel dafür zu geben, wie die KPD versuchte, der Bauernbewegung Weg und Ziel zu weisen, wie sich diese Bewegung entfaltete und wie sie durch die unermüdliche Aktivität der Partei zum Bestandteil der breiten antiimperialistischen, antimilitaristischen Kampffront der Werktätigen wurde, an deren Aufbau die Partei besonders intensiv arbeitete angesichts der Bestrebungen der herrschenden Klasse, auf Kosten des deutschen Volkes in Faschismus und Krieg die Rettung aus dem ökonomischen Bankrott zu suchen.

Von entscheidender Bedeutung für die Vorbereitung des Kongresses war die Tatsache, daß die Vertreter der verschiedensten Weltanschauungen durch die Gründung eines deutschen Nationalkomitees zusammengefaßt wurden und ihre Arbeit gemeinsam auf die Hauptaufgaben konzentrierten. Die Gründung des deutschen Nationalkomitees erfolgte am 5. Januar 1930 in Würzburg. An ihr waren über tausend Bauern aus Süddeutschland und Bauerndelegationen aus allen Teilen des Reiches beteiligt.

Vitus Heller, der Vorsitzende der Christlich-sozialen Reichspartei, die Einfluß vor allem auf die Mittelschichten im katholischen Süddeutschland ausübte, ging in seiner Rede besonders auf die Notlage der werktätigen Bauern in Bayern, Baden und Württemberg ein und forderte, daß der werktätige Bauer den reaktionären Agrarorganisationen den Rücken kehren und sein Schicksal selbst in die Hand nehmen müßte.<sup>21</sup> Der Führer der italienischen Bauernpartei, Miglioli, der als Gast teilnahm, bezeichnete — ausgehend von den Erfahrungen der Mussolini-Diktatur — Faschismus und Krieg als die Todfeinde der Bauern. Die Diskussionsbeiträge der Bauern demonstrierten, daß in ihren Reihen die auf eigenen Erfahrungen basierenden Erkenntnisse über die Ursachen ihrer Notlage und über die Mittel und Wege zur Verhinderung

<sup>20</sup> Ebenda, Bl. 17/18 und 20.

<sup>21</sup> Ebenda, Bl. 46.

der von den Verderbern des deutschen Volkes erstrebten verhängnisvollen Entwicklung wuchsen. Sie wandten sich gegen die verschärfte Ausbeutung der werktätigen Bauern durch das Monopolkapital und den Großgrundbesitz, traten gegen den faschistischen Terror und die Vorbereitung eines Krieges auf und setzten sich mit der Politik der reaktionären Junker- und Bauernorganisationen auseinander. Den Europäischen Bauernkongreß, der im März 1930 durchgeführt werden sollte, begrüßten sie als Auftakt für die Schaffung einer internationalen Einheitsfront aller werktätigen Bauern.

In der Diskussion prallten die Klassegegensätze zwischen den werktätigen Bauern und den Gutsbesitzern, Großbauern sowie Führern der reaktionären Agrarorganisationen hart aufeinander. Die reaktionären Agrarführer hatten diese Konferenz der fortschrittlichen Kräfte nicht negieren können. Sie mußten sich an ihr beteiligen, um ihren Einfluß zu erhalten. Als sie bemerkten, daß sie sich nicht durchzusetzen vermochten, suchten sie die Konferenz zu sprengen. Ein Gutsbesitzer forderte provokatorisch die Teilnehmer auf, weiterhin der Führung der reaktionären Agrarorganisationen zu folgen. Daraufhin erhoben sich die Bauernvertreter zum Protest. In diesem Augenblick stürmten 40 Polizisten in den Saal, bereit, die Versammlung auseinanderzuschlagen — wie das von den Großgrundbesitzern beabsichtigt war, um die Gründung eines Nationalkomitees zu verhindern. Der Versammlungsleitung und der Disziplin der Teilnehmer war es zu verdanken, daß diese Provokation fehlschlug und das Nationalkomitee gewählt wurde.

Das Nationalkomitee zur Vorbereitung des Europäischen Bauernkongresses bestand aus 18 Mitgliedern, von denen 6 das Präsidium bildeten. In ihm waren Kleinbauern, Siedler, Pächter und Mittelbauern vertreten.<sup>22</sup> Die Polizei hob in ihrem Lagebericht hervor, daß der Vorsitzende des Reichsbauernbundes, Ernst Putz, maßgeblichen Einfluß auf das Komitee und die Vorbereitung des Europäischen Bauernkongresses in Deutschland hatte.<sup>23</sup> Die anwesenden Vertreter der Großgrundbesitzer- und Großbauernorganisationen boykottierten das Komitee, dessen Wahl sie nicht hatten verhindern können.<sup>24</sup> Die Versammlung schloß mit einem Aufruf an alle werktätigen Bauern, Siedler und Pächter, überall lokale Komitees zur Vertretung ihrer Interessen und zur Vorbereitung des Kongresses zu wählen.

Die Gründung des deutschen Nationalkomitees war ein entscheidender Schritt vorwärts in der Zusammenfassung aller Kräfte, die zum Kampf gegen die Katastrophenpolitik der deutschen Imperialisten und Militaristen bereit waren. Sie zeigte, daß sich auf dem Lande die Bildung einer breiten Kampffront anbahnte, die über den Rahmen der kleinbäuerlichen Bewegung hinausging. Das Neue bestand darin, daß auch Teile der Mittelbauern in Bewegung geraten waren und ihre Ver-

<sup>22</sup> Ebenda, Akte 10/342, Bl. 88/89.

<sup>23</sup> Ebenda, Bl. 43.

<sup>24</sup> Ebenda, Bl. 48.

treter in das Komitee entsandt hatten. Das war ein Zeichen dafür, daß auch sie ihre Passivität zu überwinden begannen, daß sie sich nicht nur neutral verhielten, sondern sogar — wenn auch noch zögernd — Partei ergriffen gegen den Großgrundbesitz und sich dem Kampf gegen Imperialismus und Militarismus anschlossen, weil sie in ihnen die Urheber ihrer wirtschaftlichen Not und der Einschränkung ihrer politischen Freiheit sahen.

Die Gründung des deutschen Nationalkomitees sowie der Aufruf „An alle arbeitenden Bauern Deutschlands“, den die Versammlung billigte, waren ein Beweis für die Erkenntnis, die sich auch bei einem Teil der werktätigen Bauern durchzusetzen begann, daß Imperialismus und Militarismus mit den Lebensinteressen der ganzen Nation nicht vereinbar sind, daß dem verhängnisvollen Treiben dieser volksfeindlichen Kräfte mit einheitlichen Kampffaktionen entgegengetreten werden muß und daß die Junker- und Großbauernorganisationen wie auch der Faschismus den werktätigen Bauern keinen Ausweg zeigen können.

Die KPD stand jetzt vor der Aufgabe, verstärkt in die kleinbäuerlichen Schichten einzudringen, die fortschrittlichen Mittelbauern zu erfassen und die sich entwickelnde Bauernbewegung auf die Herstellung des Bündnisses mit der Arbeiterklasse zu lenken, um damit einmal die antiimperialistische und antifaschistische Kampffront zu stärken und zum anderen eine Voraussetzung und einen Anziehungspunkt zu schaffen, um weitere werktätige Schichten in diese Front einzubeziehen. Es wurde notwendig, in kameradschaftlicher Diskussion mit den Vertretern der anderen Weltanschauungen, z. B. der kleinbürgerlichen christlich-sozialen Bewegung, die — wie sich das auch auf der Gründungsversammlung des Nationalkomitees widerspiegelte — starken Einfluß ausübte, eine gemeinsame Basis für den Kampf gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die werktätigen Bauern, gegen die Faschisierungs- und Kriegspolitik des deutschen Imperialismus und Militarismus zu finden und gemeinsam neue Organisationsformen und Kampfmethoden zu entwickeln.

Die Partei war sich bewußt, daß große Anstrengungen unternommen werden mußten, um vor allem zu verhindern, daß der Faschismus die wachsende Unzufriedenheit und politische Aktivität breiter Bauernschichten für seine volksfeindlichen Ziele ausnutzte.

Wenn auch auf der Gründungsversammlung des deutschen Nationalkomitees der Faschismus richtig eingeschätzt und von den Delegierten die Notwendigkeit seiner Bekämpfung erkannt wurde, so übersah die Partei nicht, daß erst ein verhältnismäßig kleiner Teil der Bauern die Situation so klar erfaßt hatte und daß gerade die Nazis die Wirtschaftskrise für ihre demagogische Propaganda ausnutzten, um ihren Einfluß besonders unter den ideologisch zurückgebliebenen Schichten auf dem Lande weiter zu verstärken.<sup>25</sup> Schon allein das Ergebnis der Landtags-

<sup>25</sup> Vgl. Internationale Presse-Korrespondenz, 10. Dezember 1929, S. 2693–2694.



und Kommunalwahlen im November/Dezember 1929 war in dieser Hinsicht ein nicht zu übersehendes Alarmzeichen.<sup>26</sup>

Die KPD erkannte, daß es jetzt galt, stärker als je der Bewegung der Bauern, die sich besonders seit Beginn des Jahres 1930 ausdehnte, Richtung und Ziel zu geben. Sie legte Ende Januar 1930 fest, daß die Fragen der Bauernbewegung innerhalb der Partei, in Mitgliederversammlungen, besonders in ländlichen Ortsgruppen, in Parteiarbeiter- und Landobleutekonferenzen, in Belegschafts- und Erwerbslosenversammlungen, in Kundgebungen, besonders in Landorten und auf Märkten, erläutert und geklärt werden sollten. Ferner forderte sie die Parteiorganisationen auf, ihre Vertreter in die lokalen Komitees zu entsenden und darauf hinzuarbeiten, die Bauernbewegung „in eine revolutionäre Bewegung umzugestalten“, sowie sich verstärkt dafür einzusetzen, sie „in die Bahn des revolutionären Kampfbündnisses der Arbeiter und Bauern unter der Hegemonie des Industrieproletariats und unter der Führung der Kommunistischen Partei zu lenken“.<sup>27</sup>

Daß die Partei eine richtige Politik gegenüber den Klein- und Mittelbauern verfolgte und sich für die Erweiterung der demokratischen Rechte und Freiheiten der Werktätigen als Basis für den Kampf um die Entmachtung der antidemokratischen Kräfte des vereinigten Monopolkapitals und Junkertums und um die Verwirklichung des sozialistischen Endziels einsetzte, zeigte ihre Stellungnahme zu den Zielen, die die Gründungsversammlung des Nationalkomitees der Bauernbewegung gab, sowie die Schaffung einer gemeinsamen Kampfbasis mit der Christlich-sozialen Reichspartei. Im Aufruf der Würzburger Tagung „An alle arbeitenden Bauern Deutschlands“ wurde folgendes fixiert:

1. Land den landarmen und landlosen Bauern durch den Kampf für die entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes.
2. Beseitigung des Pachtwuchers der Junker und Großbauern durch die Überführung des Pachtlandes in die Hände derjenigen, die es eigenhändig bearbeiten.<sup>28</sup>
3. Steuerfreiheit für die Kleinbauern.
4. Völlige Entschuldung der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe.
5. Herstellung der Rentabilität der bäuerlichen Wirtschaft durch Senkung der Produktionskosten, Ausschaltung des Zwischenhandels, Be-

<sup>26</sup> Bei der Wahl zum Provinziallandtag in Preußen 1929 konnten die Nazis gegenüber der Landtagswahl im Vorjahr über eine halbe Million Stimmen gewinnen. In Thüringen steigerten sie ihren Stimmenanteil auf 200 Prozent gegenüber 1927. Auch in Sachsen, Bayern, Hessen usw. konnten die Faschisten erhebliche Stimmengewinne erzielen (IML, Archiv, Akte 10/512, Bl. 120).

<sup>27</sup> IML, Archiv, Akte 10/342, Bl. 36.

<sup>28</sup> Welchen Umfang der Pachtwucher angenommen hatte, ging daraus hervor, daß die Pachtzinsen, verglichen mit denen der Vorkriegszeit, um durchschnittlich 140 Prozent gestiegen waren (vgl. Die Internationale, 1930, Heft 19/20, S. 608). Der Höhe der Pachtzinsen gegenübergestellt werden muß die Tatsache, daß 1929/30 die Preise für Getreide, Rinder, Schweine usw. ständig fielen (vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Hrsg. vom Statistischen Reichsamt, 49. Jg., Berlin 1930, S. 282–284, und ebenda, 50. Jg., Berlin 1931, S. 267–269).

seitigung der Zölle, Steigerung der Absatzmöglichkeiten, die erreicht werden sollten durch Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit, bessere Entlohnung der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Streichung der hohen Minister- und Beamtengehälter, Pensionen und Dividenden.<sup>29</sup>

Die KPD betonte, daß sie diese Forderungen für richtig hält und sie unterstützt, obwohl deren Verwirklichung „die Verstärkung bzw. den Ausbau der individuellen bäuerlichen Wirtschaftsform zur Folge hat“. Daß die Partei es verstand, aus der Entwicklung in der Sowjetunion und aus der Politik der KPdSU — unter Berücksichtigung der nationalen Besonderheiten in der Agrarfrage in Deutschland — Schlußfolgerungen zu ziehen und eine richtige, marxistisch-leninistische Bündnispolitik zu verfolgen, bestätigte sie durch das Eintreten für diese Ziele, das sie für notwendig erachtete, um „in den revolutionären Kämpfen und in der proletarischen Revolution die werktätigen Bauernmassen als Freunde und Mitkämpfer der revolutionären Arbeiterschaft zu gewinnen“. Auch „aus politischen, wirtschaftlichen und produktionstechnischen Gründen ist diese Stellung der Partei gegenüber den auf die Stärkung der bäuerlichen Individualwirtschaft hinzielenden Forderungen notwendig“, hieß es in einer Sonderinformation des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD vom 28. Januar 1930 zur Vorbereitung des Europäischen Bauernkongresses.<sup>30</sup>

Die Unterstützung dieser Forderungen durch die KPD entsprach voll auf den Prinzipien des Leninismus<sup>31</sup> und lag im Interesse der Herstellung des Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern sowie der ideologischen Erziehung der Bauernmassen und deren Einbeziehung in eine breite antiimperialistische, antimilitaristische und antifaschistische Kampffront. Auch wenn die Kommunisten mit bestimmten kleinbürgerlichen Forderungen der Bauern nicht übereinstimmen, ist es, so lehrte Lenin, ihre Pflicht, „sie durchzuführen, weil sie die Forderung der überwältigenden Mehrheit der Bauern ist. Die Ideen und Forderungen der Mehrheit der Werktätigen aber müssen von ihnen selbst überwunden werden; diese Forderungen kann man weder ‚aufheben‘ noch ‚überspringen‘.“<sup>32</sup>

Die Partei verfolgte also unter der Führung Ernst Thälmanns eine Politik, die geleitet war von dem Bestreben, Voraussetzungen zu schaffen für die Lösung des Grundwiderspruchs in Deutschland durch die Entmachtung von Imperialismus und Militarismus und den Aufbau

<sup>29</sup> IML, Archiv, Akte 10/342, Bl. 38.

<sup>30</sup> Ebenda, Bl. 38/39.

<sup>31</sup> Vgl. z. B. den „Ursprünglichen Entwurf der Thesen zur Agrarfrage“, den Lenin für den II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale vorbereitete, in dem festgestellt wird: Die proletarische Staatsmacht garantiert „sowohl der Klein- als auch der Mittelbauernschaft, daß ihre Grundstücke ihnen nicht nur erhalten bleiben, sondern auch um die gesamte, von ihnen sonst gepachtete Fläche vergrößert werden (Aufhebung des Pachtzinses)“. Lenin wies ferner darauf hin, „daß die umwohnenden Klein- und mitunter auch Mittelbauern kostenlos einen Teil der Ländereien der exproprierten Expropriateure zugewiesen erhalten“ können (W. I. Lenin: Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, S. 778 u. 781).

<sup>32</sup> Ebenda, S. 486.

eines friedlichen, demokratischen Deutschlands. Eine dieser Voraussetzungen war die Herstellung eines Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern gegen Imperialismus, Militarismus und Faschismus. Dem diente auch das Eintreten für die Forderungen der Bauern. Auch in der folgenden Zeit hielt die Partei an den Grundsätzen ihrer Politik gegenüber den Bauern fest, wie es im Bauernhilfsprogramm vom Mai 1931 und im Aufruf vom 11. Juni 1945 zum Ausdruck kam. Die in diesen Wochen sichtbare umfassende Umwälzung auf dem Lande und das 8. Plenum des ZK der SED zeigen den Erfolg dieser Politik der Partei.

Um der Bauernbewegung eine wirklich breite Basis geben, die Anhänger aller Weltanschauungen zusammenschließen und auch bürgerliche Organisationen in die antiimperialistische, antimilitaristische Kampffront einbeziehen zu können, verständigte sich die Partei mit der Christlich-sozialen Reichspartei über den Kampf gegen Großgrundbesitz und Kapitalismus, gegen die reaktionären Bauernorganisationen und die drohende Kriegsgefahr. Sie forderten „die Befreiung der arbeitenden Bauern vom Joch der jetzigen Gesellschaftsordnung, . . . ein Bündnis der Arbeitenden in Stadt und Land“. Das bedeutete im einzelnen: „Kampf um eine menschliche Existenzmöglichkeit für die arbeitenden Bauern, Bäuerinnen und Bauernjugend. Gegen die drückenden Steuerlasten, gegen die wucherische Ausbeutung durch das Kredit-system, gegen die ungerechten Pachtverhältnisse, für die Verbesserung der sozialen und kulturellen Lage der Klein- und armen Bauern sowie ihrer Familienangehörigen.“<sup>33</sup>

Diese Vereinbarung bewies — wie auch die Stellung der KPD zu den Würzburger Forderungen —, daß die Partei eine wahrhaft nationale Politik betrieb, die den Interessen aller demokratischen Kräfte entsprach. Zugleich zeigte sie, daß die Anziehungskraft der Arbeiterklasse ständig wuchs, daß das Proletariat unter Führung der KPD in der Lage war, breite Schichten um sich zu scharen, und daß die Kampffront gegen die Todfeinde der Nation durch weitere antiimperialistische, antifaschistische Kräfte gestärkt wurde. Das war nur deshalb möglich, weil sich die KPD als einzige Partei im Interesse des ganzen deutschen Volkes konsequent für wahre Demokratie und Freiheit einsetzte und einen unermüdlichen Kampf für die Sammlung aller Gegner der Imperialisten, Militaristen und Faschisten führte.

Nach der Gründung des deutschen Nationalkomitees entwickelte sich die Bauernbewegung auf höherer Basis weiter. Ausdruck dessen war die Überwindung der zersplitterten, spontanen Protestbewegung durch die Schaffung fester organisatorischer Stützpunkte, lokaler Komitees, die im ständigen Kampf gegen die Junker und Großbauern erfolgte, die deren Gründung zu verhindern bzw. deren Tätigkeit zu sabotieren versuchten. Trotz dieses Widerstandes entstanden Anfang 1930 in vielen Gebieten und Orten Deutschlands, wie im Oderbruch, in Ostpreußen, in der Lausitz, in Bayern usw., Bauernkomitees.<sup>34</sup>

<sup>33</sup> IML, Archiv, Akte 10/342, Bl. 39.

<sup>34</sup> Vgl. ebenda, Bl. 92/93.



„Die bäuerliche Komiteebewegung“, so schätzte die Partei ein, „ist der Ausdruck des Suchens der breiten Bauernmassen nach neuen Organisations- und Kampfformen. Die Komiteebewegung ist ein Symptom für die Loslösung der breiten Bauernmassen vom Großgrundbesitz und damit eine wichtige Erscheinung im Prozeß des Zerfalls der ‚Einheit der Landwirtschaft‘ (Komiteemitglieder nur werktätige Klein- und Mittelbauern). Diese Komitees sind überparteiliche Einrichtungen, also Organe der Einheitsfront der werktätigen Bauern, deren Hauptaufgabe die Erfassung breitester arbeitender Bauernmassen, einschließlich der werktätigen Bäuerinnen und der Bauernjugend ist.“<sup>35</sup>

Die Komitees mobilisierten die Bauern zum Kampf für die in Würzburg erhobenen Forderungen und sorgten für die Verbreitung der Losungen, deren Verwirklichung der Europäische Bauernkongreß organisieren sollte.

Am 27. März 1930 wurde in Berlin der Erste Europäische Bauernkongreß eröffnet, auf dem 20 deutsche und 62 ausländische Delegierte aus 18 Staaten<sup>36</sup>, die zum Teil wegen des Terrors der herrschenden Klasse in ihren Ländern nur unter sehr schwierigen Bedingungen ihre Teilnahme ermöglichen konnten, anwesend waren. Ferner nahm eine Delegation deutscher Landarbeiter am Kongreß teil. Charakteristischen Aufschluß über die breite Bewegung nicht nur in Deutschland, sondern auch in den übrigen europäischen Ländern gab die soziale Zusammensetzung des Kongresses: 7 Delegierte waren Tagelöhner, 24 besaßen eine Wirtschaft bis zu 2 ha, 20 verfügten über einen Landbesitz von 2–5 ha, 10 von 5–10 ha, 7 von 10–15 ha, 4 waren in Berufen, die mit der Landwirtschaft zusammenhingen, beschäftigt. Ferner beteiligten sich am Kongreß 10 Vertreter der Intelligenz.<sup>37</sup>

Auf der Tagesordnung standen Beratungen über die Lage der werktätigen Bauernschaft und über die Aufgaben ihres Kampfes gegen Faschismus und imperialistische Kriegsvorbereitung sowie organisatorische Fragen. Zum ersten Punkt referierte der Sejm-Abgeordnete und Vorsitzende der polnischen Partei schaffender Bauern, Wojtowicz, der die Ursachen der Agrarkrise sowie die Notlage der werktätigen Bauern untersuchte und den Ausbau der Bauernkomitees zu Kampforganen aller Werktätigen auf dem Lande forderte. Zum zweiten Tagesordnungspunkt hielt Miglioli das Referat, der vor allem den Faschismus analysierte und hervorhob, daß er keine Lösung der Bauernfrage bringen könne.<sup>38</sup>

Die Referate und Diskussionsreden zeigten, daß der Kongreß die Ursachen der Agrarkrise richtig einschätzte. Während die großbürger-

<sup>35</sup> Ebenda, Bl. 37.

<sup>36</sup> Vgl. Die Kommunistische Internationale, 1930, Heft 14, S. 769. – Sowohl in der „Vossischen Zeitung“ vom 30. März 1930 als auch in einem Bericht des Berliner Polizeipräsidenten an den preußischen Innenminister (IML, Archiv, Akte 10/342, Bl. 95) ist die Rede von 145 Delegierten, unter denen sich – nach dem Polizeibericht – 77 ausländische Delegierte aus 20 Ländern befanden.

<sup>37</sup> Vgl. Die Kommunistische Internationale, 1930, Heft 14, S. 769.

<sup>38</sup> Vgl. Die Rote Fahne, 28. März 1930.

lichen Parteien und die reaktionären Bauernorganisationen die Agrarkrise als vorübergehend, als eine Erscheinung im Konjunkturzyklus bezeichneten, legte der Kongreß dar, daß die Agrarkrise ein Bestandteil der allgemeinen Krise des Kapitalismus war und in den Widersprüchen des Kapitalismus ihre Ursachen hatte. Der Kongreß stellte fest, daß Erhöhungen der Zölle und Preise für die Bauern keine Änderung der Notlage bringen könnten, sondern nur den Großgrundbesitzern und Großbauern eine weitere Bereicherung ermöglichten. Den Ausweg sah er nicht in der Veränderung der Absatzbedingungen, wie es die Großgrundbesitzer und Großbauern verlangten, sondern in einer Veränderung der Produktionsbedingungen. Er forderte deshalb Kampf gegen Monopolkapital und Großgrundbesitz und dessen entschädigungslose Enteignung, Kampf gegen die Erhöhung der Steuern und Pachtzinsen, gegen Klassenjustiz, Faschismus, nationale Unterdrückung und imperialistische Kriegsvorbereitung.

Auf dem Kongreß wurde der krisenhaften Entwicklung der kapitalistischen Landwirtschaft der stetige Aufschwung der Landwirtschaft der Sowjetunion als Beispiel für die Entwicklung unter den Bedingungen der Arbeiter-und-Bauern-Macht gegenübergestellt. Die Sympathie der Delegierten mit der Sowjetunion kam in der Annahme einer Grußadresse an den Vorsitzenden des Exekutivkomitees der UdSSR, Kalinin, zum Ausdruck, in der es u. a. hieß: „Der Europäische Bauernkongreß stellt fest, daß man der vereinigten Antisowjetfront der Imperialisten die festgefügte Einheitsfront der Bauernmassen, des Proletariats und der unterdrückten Nationalitäten für die Verteidigung der UdSSR entgegenstellen muß.“<sup>39</sup>

Besondere Bedeutung für den Erfahrungsaustausch über die Kampfmethoden der werktätigen Bauern hatten die Diskussionsreden der ausländischen Delegierten. Ein Vertreter Österreichs berichtete u. a. von der Gründung revolutionärer Dorfwehren, die dem Terror der faschistischen Heimwehren begegneten. Ein bulgarischer Delegierter sprach über den bewaffneten Widerstand von Bauern gegen die gewaltsame Steuereintreibung. In Griechenland verweigerten Soldaten bei der gewaltsamen Steuereintreibung den Schießbefehl und verbrüdernten sich mit den Bauern.<sup>40</sup> Diese Beispiele zeigten, daß sich in einer Anzahl europäischer Staaten der Klassenkampf auf dem Lande verschärfte und die werktätigen Bauern nach neuen, höheren Kampfformen strebten.

Das Ergebnis der Beratungen des Kongresses wurde in einer Plattform über die Methoden zur Mobilisierung der werktätigen Bauern und in Resolutionen zu den Tagesordnungspunkten niedergelegt.

Die Plattform stellte die Grundlage dar für die Organisation des Kampfes der werktätigen Bauern zur Verteidigung ihrer Lebensinteressen gegen Imperialismus, Faschismus und Militarismus und zur Befreiung von der Herrschaft des Kapitals und des Großgrundbesitzes. Deshalb wurde in ihr besonderes Gewicht auf den Aufbau eigener Mas-

<sup>39</sup> Die Kommunistische Internationale, 1930, Heft 14, S. 774.

<sup>40</sup> Vgl. Die Welt am Abend, 28. März 1930. — Die Rote Fahne, 29. März 1930.

senorganisationen der kampfentschlossenen Bauern gelegt, um die Mehrheit der Werktätigen auf dem Lande den reaktionären landwirtschaftlichen Organisationen und deren ideologischer Beeinflussung zu entreißen.<sup>41</sup> Die Plattform war auch ein Ausdruck für die Bestrebungen, eine einheitliche Kampffront der Bauern und der Landarbeiter, der Bäuerinnen und der Bauernjugend herzustellen. Ein Zeichen der Entschlossenheit der werktätigen Bauern, gemeinsam mit den Landarbeitern zu kämpfen, waren — neben der Annahme einer speziellen Resolution zur Landarbeiterfrage — die Forderungen in der Plattform nach Verkürzung der Arbeitszeit, Lohnerhöhung, Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Landarbeiter usw.

In einer der Resolutionen unterstrichen die Delegierten des Kongresses die Notwendigkeit, das Bündnis zwischen Arbeitern und werktätigen Bauern herzustellen, da nur durch gemeinsamen Kampf die volksfeindlichen Kräfte, besonders der Faschismus, zurückgeschlagen und die Lebensverhältnisse der Werktätigen auf dem Lande verbessert werden konnten. „Wir bekennen uns zu dieser Kampfmethod (dem Bündnis zwischen Arbeitern und werktätigen Bauern. — K. M.) ohne Vorbehalt und unbekümmert darum, daß dadurch unsere parteilose Bewegung von unseren Feinden als ‚bolschewistisch‘ bezeichnet wird.“<sup>42</sup>

Der Kongreß wählte ein Europäisches Bauernkomitee, in dem 24 Mitglieder 16 Länder vertraten. Er beauftragte dieses Komitee, den weiteren Kampf der Bauern im internationalen Rahmen zu koordinieren und in allen europäischen Ländern Dorfversammlungen, Bezirks- und Landeskongressen abzuhalten, um entsprechend den örtlichen Bedingungen Forderungen aufzustellen und den Kampf im Sinne der Plattform zu organisieren.

Die große Bedeutung des Europäischen Bauernkongresses bestand darin, daß zum erstenmal die wahren Vertreter der Bauern zusammenkamen und wichtige Beschlüsse für den weiteren Kampf, vor allem für das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und werktätiger Bauernschaft, faßten. Unter dem Einfluß der KPD und ihrer Bruderparteien versuchte der Kongreß, die in den europäischen Staaten in Bewegung geratenen Bauern auf ein gemeinsames Kampfziel zu orientieren. Der Kongreß legte Zeugnis davon ab, daß die Vertreter der verschiedensten weltanschaulichen Richtungen einmütig ihren Hauptfeind im Monopolkapital und Großgrundbesitz sahen und entschlossen waren, den Kampf gegen diese volksfeindlichen Kräfte aufzunehmen. Die Dokumente des Kongresses spiegelten den Differenzierungsprozeß und die Verschärfung des Klassenkampfes auf dem Lande wider und waren Richtlinien für die Fortsetzung und Verstärkung dieses Kampfes. „Die werktätigen Bauern“, so stellte Heinrich Rau fest, „haben begonnen zu erkennen, daß die Bourgeoisie sie gegen ihre eigenen Interessen mißbraucht. Die Entwicklung der Bauern zu aktiven Kämpfern in den Rei-

<sup>41</sup> Vgl. IML, Archiv, Akte 10/342, Bl. 96–97.

<sup>42</sup> Ebenda, Bl. 98.



hen der Revolution hat begonnen. Der Europäische Bauernkongreß zeigt in dieser Richtung einen Schritt vorwärts.“<sup>43</sup>

Welche Bedeutung der Europäische Bauernkongreß hatte, bewies auch die Reaktion der deutschen Imperialisten und Militaristen. Ihre gesamte Presse erging sich in einer wütenden Hetze gegen die Vorbereitung und Durchführung des Kongresses, den sie als „kommunistischen Bauernfang“ und als „von Moskau finanziert“ zu diskreditieren suchte. Sie glaubten ihn sprengen zu können, als sie am 28. März 1930 ein großes Aufgebot von politischer Polizei und Schupo in den Tagungssaal schickten und 26 ausländische Delegierte wegen „Paßvergehens“ verhaften und vom Schnellrichter aburteilen ließen. Nach Verbüßung der Strafe wurden die Delegierten ausgewiesen und ein Teil der Polizei des betreffenden Landes denunziert, die sie erneut in den Kerker warf. Die Polizeischikanen konnten nicht verhindern, daß der Kongreß seine Beratung fortsetzte und die Delegierten nach Abschluß der Tagung am 29. März 1930 ihren Organisationen Bericht erstatteten und sich aktiv in die Organisation des weiteren Kampfes einschalteten.

Die Berichterstattung über den Kongreß erfolgte in Deutschland vor allem in den von den Komitees organisierten Versammlungen, auf denen die Bauern den Kongreßbeschlüssen zustimmten. Aber auch Versammlungen des Reichslandbundes wurden dazu benutzt, wie z. B. Bezirksmitgliederversammlungen der Provinz Brandenburg und der Lausitz, auf denen sich Kongreßteilnehmer in längeren Ausführungen mit Landbundfunktionären auseinandersetzten, die den Kongreß verleumdet hatten.

Trotz der guten Erfolge in der Periode der Vorbereitung des Kongresses gelang es der Arbeiterklasse in der Folgezeit nicht, die Masse der Bauern als Bundesgenossen im Kampf gegen die Errichtung der faschistischen Diktatur zu gewinnen, da die rechten SPD-Führer, die den Kongreß ignoriert hatten, die Arbeiterklasse spalteten, die von ihnen beeinflussten Arbeiter irreführten, alle Aktionseinheitsangebote der KPD schroff zurückwiesen und die Bauern als natürliche Bundesgenossen der Arbeiter ablehnten.

Dennoch muß man den Kampf und die Erfolge der KPD 1929/1930 hoch bewerten. Die Bewegung zur Vorbereitung des Europäischen Bauernkongresses zeigte, daß der Druck der Monopolisten und Junker sowie der Wirtschaftskrise, die die Agrarkrise vertiefte, die Bauern zum Kampf und zum Bündnis mit der Arbeiterklasse drängte. Der Kampf gegen den gemeinsamen Feind der Arbeiter und Bauern war die Grundlage dieses Bündnisses antiimperialistischen, antimilitaristischen und antifaschistischen Charakters, bei dessen Herstellung die KPD 1929/1930 beträchtliche Fortschritte machte.

Der konsequente Kampf der Partei gegen die deutschen Imperialisten und Militaristen führte dazu, daß die Politik der KPD eine immer

<sup>43</sup> Internationale Presse-Korrespondenz, 1. April 1930, S. 726.

größere Anziehungskraft ausübte, so daß sich nicht nur Kleinbauern, sondern auch Mittelbauern dem Kampf anschlossen. Besonders hervorgehoben werden müssen die Bestrebungen der KPD, den Kampf der Klein- und Mittelbauern mit dem der Landarbeiter zu vereinen. Es ist das historische Verdienst der KPD, daß sie sich an die Seite der Werktätigen auf dem Lande stellte, deren Forderungen zu den ihrigen machte, ihnen den Ausweg aus ihrer Krisenlage zeigte und sie in die Kampffront gegen die Todfeinde der Nation einzureihen suchte.

Die Partei vertrat die Interessen der werktätigen Bauern zur gleichen Zeit auch in ihrer Parlamentstätigkeit. Ihre Abgeordneten Edwin Hoernle und Ernst Putz entlarvten die bauernfeindlichen Maßnahmen der Hermann-Müller-Regierung und der im Reichstag vertretenen bürgerlichen Parteien sowie deren demagogische Sympathieerklärungen für die werktätigen Bauern und suchten eine reale Hilfe für die Bauern durchzusetzen. Es erwies sich, daß allein die KPD die Interessen der Klein- und Mittelbauern im Reichstag wahrnahm.<sup>44</sup>

Das Beispiel der Politik der Partei gegenüber der sich entwickelnden Bauernbewegung 1929/1930 ist mit ein Beweis dafür, daß es die KPD immer besser verstand, die Lehren der Novemberrevolution in der Praxis zu verwirklichen und Lenins Hinweise für die marxistische Bündnispolitik zu beachten. Sie orientierte die Arbeiterklasse, die werktätigen Bauern und die Mittelschichten auf den Kampf gegen die Imperialisten und Militaristen, auf deren politische und ökonomische Entmachtung. Sie unterstrich dabei die führende Rolle der Arbeiterklasse und die Notwendigkeit der Herstellung eines festen Bündnisses zwischen Arbeitern und werktätigen Bauern. Durch ihre Politik trug sie wesentlich dazu bei, daß die Organisierung der Bauern gefördert wurde und sich deren Kampfkraft erhöhte. Die Bauernbewegung 1929/1930 demonstrierte, daß es die Partei verstand, die Prinzipien des proletarischen Internationalismus in die Tat umzusetzen und den Grundstein für eine internationale Kampffront der werktätigen Bauern zu legen.

Sie bewies, daß die KPD die einzige Kraft war, die eine breite anti-imperialistische Front aller Schichten des deutschen Volkes gegen die Todfeinde der Nation organisieren und führen konnte. „Die Kommunistische Partei Deutschlands wuchs und erstarkte als die große anti-imperialistische, demokratische und sozialistische Kraft. Sie konzentrierte alle Anstrengungen darauf, die Massen in einer großen anti-imperialistischen Einheitsfront zu sammeln und zu organisieren, sie in den Kampf zum Sturz der imperialistischen Kräfte zu führen und der wahren Demokratie im Innern zum Durchbruch zu verhelfen.“<sup>45</sup> Das war besonders wichtig angesichts der Versuche der deutschen Imperialisten und Militaristen, die demokratischen Rechte und Freiheiten der Werktätigen abzubauen und in Faschismus und Krieg den Ausweg aus

<sup>44</sup> Vgl. z. B. Verhandlungen des Reichstags, IV. Wahlperiode 1928, Bd. 427, Berlin 1930, S. 4480 ff.; 4629 ff.; 4642 ff.; 4658 ff.

<sup>45</sup> Walter Ulbricht: Des deutschen Volkes Weg und Ziel. In: Einheit, 1959, Heft 9, S. 1173.

der Krise zu suchen. Die KPD war die einzige Kraft, die das Banner der Demokratie hochhielt, während die deutschen Imperialisten und Militaristen die von ihnen gepriesene Demokratie selbst als Phrase entlarvten und damit demonstrierten, daß ihre Herrschaft die Demokratie ausschließt. Die Politik der Partei gegenüber den Bauern ist mit ein Beweis dafür, daß die KPD einen entschlossenen Kampf führte „gegen die Reaktion und für eine Demokratie, die den werktätigen Massen den entscheidenden Einfluß auf die Innen- und Außenpolitik des Staates sichert mit dem Ziel der Verwirklichung des Sozialismus“<sup>46</sup>. Dadurch, daß sich die KPD für die Verwirklichung der demokratischen Forderungen der Massen einsetzte und auch die Bauern auf die Lösung der historischen Aufgaben in Deutschland, die Zurückdrängung und Entmachtung der volksfeindlichen imperialistischen und militaristischen Kräfte, orientierte, um den Weg für eine wahrhaft demokratische, für eine sozialistische Entwicklung freizumachen, leistete sie einen wichtigen Beitrag im Kampf für die Demokratie. „Ein siegreicher Kämpfer für den Demokratismus kann das Proletariat nur unter der Bedingung werden, daß sich die Masse der Bauernschaft seinem revolutionären Kampf anschließt.“<sup>47</sup>

Ebenso wie die Partei die Arbeiterklasse in den Kampf gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus führte, orientierte sie die Bauern und die Mittelschichten auf die Beseitigung des Imperialismus und Militarismus als das Haupthindernis für eine friedliche, demokratische Entwicklung der ganzen Nation. Die Partei bereitete damit die Lösung des Grundwiderspruchs zwischen der imperialistischen Kriegspolitik der herrschenden Klasse und den friedlichen Interessen aller antiimperialistischen Kräfte vor. Ihre Politik war deshalb die einzig wahre nationale Politik, ihre Klasseninteressen entsprachen den Interessen des ganzen deutschen Volkes, dem sie den Ausweg aus Krise, Faschismus und Krieg, den Weg zu einem demokratischen Deutschland ohne Imperialismus und Militarismus wies. Dieser Weg hätte der ganzen Nation eine glückliche Zukunft gebracht und ihr den Terror der faschistischen Diktatur und das Elend und die Not des zweiten Weltkrieges erspart.

Nach der Befreiung vom Faschismus durch die Armeen der Völker der Sowjetunion ging die geeinte Arbeiterklasse im festen Bündnis mit den Bauern und anderen werktätigen Schichten unter Führung der einheitlichen, marxistisch-leninistischen Kampfpartei im Osten Deutschlands diesen Weg. Damit wurde ein Beispiel gegeben, wie in Gesamtdeutschland das nationale Grundproblem zu lösen ist — im Interesse und zum Nutzen der ganzen Nation.

<sup>46</sup> Wilhelm Pieck: Reden und Aufsätze. Auswahl aus den Jahren 1908–1950, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 380.

<sup>47</sup> W. I. Lenin: Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 398.



# Zur Einschätzung Lassalles und des Lassalleanismus in der bürgerlichen und rechtssozialdemokratischen Geschichtsschreibung

Wohl selten hat ein Politiker, der in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung eine Rolle gespielt hat, von seiten der bürgerlichen und rechtssozialdemokratischen Historiker eine derart große Anerkennung erfahren wie Ferdinand Lassalle. Seine Ideologie, sein Programm und seine Politik werden seit Jahrzehnten von allen Gegnern einer wirklich revolutionären Arbeiterbewegung als genial, meisterhaft und unerreicht bezeichnet und noch heute in vielen Punkten als Vorbild für die Ideologie und Politik einer Arbeiterpartei hingestellt.

Im folgenden soll versucht werden, eine kurze Einschätzung der wirklichen Rolle Ferdinand Lassalles und des Lassalleanismus in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu geben, die Darstellung der Rolle Ferdinand Lassalles in der bürgerlichen und rechtssozialdemokratischen Literatur mit der historischen Wahrheit zu konfrontieren und den Gründen nachzugehen, die zu dieser ebenso auffallenden wie unberechtigten Verherrlichung der Person und der Ideologie Ferdinand Lassalles geführt haben.

Als etwa zehn Jahre nach Niederschlagung der Revolution von 1848 ein neuer Aufschwung in der deutschen Arbeiterbewegung einsetzte und fortschrittliche deutsche Arbeiter erneut nach Schaffung einer selbständigen Organisation drängten, stießen sie Anfang der sechziger Jahre auf Schriften Ferdinand Lassalles. Diese Arbeiter waren meist neu zur Bewegung gekommen, nur wenige wußten vom Bund der Kommunisten und vom „Kommunistischen Manifest“, und so wandten sie sich vertrauensvoll um Rat und Hilfe an den Mann, dessen Schriften ihre Gedanken auszudrücken schienen.

Sie baten ihn, sich an die Spitze der wieder erwachenden Bewegung zu stellen, und forderten gleichzeitig, daß er fest und treu zur Sache des Proletariats stehe. In einem Brief, den sie ihm am 4. Dezember 1862 schrieben, hieß es: „Sie haben durch Ihre Broschüre (d. i. das „Arbeiterprogramm“. — H. J. F.) ... die Pflicht übernommen, nun vollkommen und treu zum Arbeiterstande zu halten, und wir bitten und fordern von Ihnen, daß Sie dieser Pflicht nachkommen.“<sup>1</sup>

Leider hat Lassalle diese für einen Arbeiterführer selbstverständliche Verpflichtung nicht erfüllt, er hat nicht „vollkommen und treu“ zur Arbeiterklasse gehalten. Zwar entwarf er das „Offene Antwort-

<sup>1</sup> Ferdinand Lassalle: Nachgelassene Briefe und Schriften. Hrsg. von Gustav Mayer, 6 Bde., Stuttgart und Berlin 1921–1925, Bd. V, S. 59/60.

schreiben“ und kam mit der sich daran anknüpfenden Agitation den Selbständigkeitsbestrebungen des deutschen Proletariats zu Hilfe. Zwar spielte er bei der organisatorischen Loslösung der Arbeiterbewegung von der Vormundschaft der liberalen Bourgeoisie eine positive Rolle und betonte die Notwendigkeit des selbständigen politischen Kampfes der Arbeiterklasse. Diese Taten waren es, die Marx und Lenin veranlaßten, vom „großen historischen Verdienst“ Lassalles zu sprechen.<sup>2</sup>

Aber Lassalle beging als Führer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins schwere politische Fehler und führte die unter seiner Leitung geschaffene Organisation auf einen falschen Weg. Weil Lassalle nicht von den entscheidenden Klasseninteressen des Proletariats ausging, sondern von einer kleinbürgerlich-idealistischen Position und von persönlichen Motiven, weil er in den Hauptfragen der damaligen Zeit, in der nationalen Frage, in der Bündnisfrage, in der Frage des Kampfes gegen die preußischen Junker und Militaristen, eine falsche und schädliche Taktik betrieb, war er unfähig, die Arbeiterbewegung auch ideologisch von der Bourgeoisie zu trennen.

Die hochgespannten Erwartungen, die die klassenbewußten deutschen Arbeiter an die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins geknüpft hatten, erfüllten sich nicht. Aus dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein entwickelte sich keine revolutionäre proletarische Partei, weil Lassalle die Traditionen des Bundes der Kommunisten negierte, weil er an Stelle des wissenschaftlichen Sozialismus seine eigenen unwissenschaftlichen, opportunistischen Theorien propagierte und an Stelle des demokratischen Zentralismus die Präsidialdiktatur setzte.<sup>3</sup> So wurde der nur organisatorisch selbständige Allgemeine Deutsche Arbeiterverein von Anfang an mit opportunistischen Ideen infiziert. Lassalle trug in die wiedererwachende deutsche Arbeiterbewegung kleinbürgerliche und utopisch-sozialistische Ideen hinein, erschwerte den Prozeß der Verbindung des wissenschaftlichen Sozialismus mit den sich neu bildenden Arbeiterorganisationen und schuf, ausgehend von seinem kleinbürgerlich-opportunistischen Programm, statt der dringend benötigten Partei der Arbeiterklasse nur eine Sekte. Damit verriet er objektiv die Interessen der Nation.

Für die Zukunft aber gab er mit seiner gesamten literarischen Hinterlassenschaft den Opportunisten aller Schattierungen immer wieder die Möglichkeit, bestimmte Argumente und Thesen aufzugreifen, die dem

---

<sup>2</sup> Vgl. W. I. Lenin: Protest russischer Sozialdemokraten. In: Marx/Engels/Lenin/Stalin: Zur deutschen Geschichte, Bd. II/1, Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 845. – Vgl. auch Karl Marx, der in einem Brief an J. B. v. Schweitzer am 13. Oktober 1868 schrieb: „Nach fünfzehnjährigem Schlummer rief Lassalle – und dies bleibt sein unsterbliches Verdienst – die Arbeiterbewegung wieder wach in Deutschland. Aber er beging große Fehler. Er ließ sich zu sehr durch die unmittelbaren Zeitumstände beherrschen.“ (Karl Marx/Friedrich Engels: Ausgewählte Briefe, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 246.)

<sup>3</sup> Vgl. dazu Günter Benser: Die alten Eisenacher, die heutige SPD und wir. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1959, Heft 3, S. 462/463.

revolutionären Marxismus entgegengesetzt waren. Während die Lehre von Marx, Engels und Lenin nur revolutionäre Schlußfolgerungen zuließ und deshalb für die Opportunisten unverfälscht nicht zu gebrauchen war, bot der eklektisch zusammengesetzte Lassalleanismus allen Gegnern der revolutionären Arbeiterbewegung ständig die Möglichkeit, kleinbürgerlich-opportunistische Ideen im Proletariat zu propagieren, ganz besonders in den Fragen der Staatstheorie, aber auch in der nationalen Frage, in Fragen der Strategie und Taktik usw.

Die rechten Führer der Sozialdemokratie und die bürgerlichen Ideologen, die von Anfang an bemüht waren, die Arbeiterklasse an den „eigenen“, den bürgerlichen Staat „heranzuführen“, konnten sich und können sich bei diesem Bemühen stets auf Lassalle berufen. Dessen Erbe war und ist im Sinne jeder opportunistischen Politik ausnutzbar, im Sinne der Unterordnung der Interessen der Arbeiterklasse unter die Interessen der Bourgeoisie, wie das erst kürzlich wieder in der Annahme des Godesberger Programms zum Ausdruck kam. In dem von Lassalle proklamierten „Heranführen“ der Arbeiterklasse an den bestehenden Ausbeuterstaat liegt auch die Ursache für die große Anerkennung, die bürgerliche und rechtssozialdemokratische Ideologen seit Jahrzehnten einem Manne wie Ferdinand Lassalle zollen.

Die große Gefahr, die der Lassalleanismus für die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung bedeutete, erkannten als erste Karl Marx und Friedrich Engels. Beide hatten seit 1848 die Entwicklung Ferdinand Lassalles außerordentlich kritisch verfolgt. Sie hatten ihm geholfen, solange sie annehmen konnten, daß er ein Kämpfer für den gesellschaftlichen Fortschritt war, der in diesem Kampf Fehler machte. Sie wandten sich eindeutig gegen ihn, als sich herausstellte, daß er mit Bismarck paktierte, daß er objektiv die Arbeiterbewegung verriet und ihrer Weiterentwicklung im Wege stand.

Seinen schärfsten Ausdruck fand der konsequente Kampf von Marx und Engels gegen den Lassalleschen Opportunismus in der berühmten Kritik des Gothaer Programmentwurfs, in der sie sowohl grundsätzlich als auch in allen Einzelheiten den Lassalleanismus theoretisch ad absurdum führten und seine Gefährlichkeit für die revolutionäre Arbeiterbewegung erläuterten. Es gibt aber auch sonst im Gesamtwerk der Klassiker unzählige Stellen, die zeigen, mit welcher Leidenschaft Marx und Engels den Kampf gegen diese Erscheinungsform des Opportunismus führten.<sup>4</sup>

Die bürgerlichen und reformistischen Ideologen haben bis in die Gegenwart hinein versucht, diesen prinzipiellen Kampf von Marx und Engels gegen den Lassalleanismus zu entstellen, ihn vor den Arbeitern geheimzuhalten oder ihn wenigstens zu bagatellisieren. So wurde unter

<sup>4</sup> Vgl. z. B. Marx an Kugelmann, 23. Februar 1865. In: Marx/Engels: Ausgewählte Briefe, S. 197–201. — Engels an Kautsky, 23. Februar 1891. In: Ebenda, S. 512–515. — Friedrich Engels: Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei. In: Marx/Engels/Lenin/Stalin: Zur deutschen Geschichte, Band II/1, S. 813–839.



Außerachtlassung aller prinzipiellen Kritik schon bald nach Lassalles Tode eine Lassalle-Legende geschaffen und immer wieder erneuert, die mit der historischen Wahrheit nichts zu tun hatte.

Wir werden noch nachweisen, daß es in der Beurteilung der Person und des Werkes Ferdinand Lassalles zwischen den bürgerlichen und den reformistischen Geschichtsschreibern zwar graduelle Unterschiede gibt, daß sie in manchen Fragen auch entgegengesetzter Meinung sind und voneinander abweichende Schlußfolgerungen ziehen. Aber in dieser einen Hauptfrage, in der Einschätzung der grundsätzlichen Kritik Lassalles durch Marx und Engels, sind sie sich ausnahmslos einig. Diese prinzipielle, wissenschaftliche Kritik wird abgeschwächt, verniedlicht, auf persönliche Dinge zurückgeführt oder einfach als zu grob und falsch abgetan.

Übereinstimmung besteht auch in einer zweiten Grundfrage. Sowohl die bürgerlichen als auch die reformistischen Historiker sind bemüht, die deutsche Arbeiterbewegung auf Lassalle zurückzuführen. Zwar kann kaum einer an der großen Bedeutung von Marx und Engels vorübergehen und so wird auch die historische Leistung der Klassiker je nach dem politischen Standort des Autors mehr oder weniger hervorgehoben, aber sowohl die bürgerlichen als auch die reformistischen Geschichtsschreiber stellen Lassalle als den „Erwecker und ursprünglichen Initiator“ der deutschen Arbeiterbewegung dar.

Eine solche Darstellungsweise entspricht völlig den Klasseninteressen der Bourgeoisie. Wenn man die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von ihren Anfängen an als eine Geschichte der Halbheiten und des „klugen“ Diplomatisierens, als eine Geschichte der Vorherrschaft der kleinbürgerlichen, opportunistischen Ideologie und Politik, als eine Geschichte der Bejahung des bürgerlichen Staates darstellt und möglichst viel von den revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung unterschlägt oder diskreditiert, dann ist es natürlich auch leichter, die Arbeiter *heute* von der angeblichen Notwendigkeit und Richtigkeit der opportunistischen Politik der rechten SPD-Führer zu „überzeugen“ und sie vom revolutionären Kampf abzuhalten.

Eine marxistische Darstellung der Frühzeit der deutschen Arbeiterbewegung muß demgegenüber der historischen Wahrheit gemäß von der sozialistischen Bewegung der vierziger Jahre ausgehen, muß ausgehen von der praktischen und theoretischen Tätigkeit von Marx und Engels, vom „Kommunistischen Manifest“ und von der Wirksamkeit des Bundes der Kommunisten, jener „zwar kleinen, aber wahrhaft proletarischen Partei“<sup>5</sup>, die auch Lassalle, zumindest im Rheinland, den Boden bereitete. Eine solche Darstellung muß schließlich auch zeigen, daß die wirkliche Massenpartei des deutschen Proletariats nicht durch Lassalle geschaffen wurde, sondern nur im Kampf gegen den Lassalleanismus entstehen konnte und entstanden ist.

<sup>5</sup> W. I. Lenin: August Bebel. In: Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung, Dietz Verlag, Berlin 1957, S. 280.

Leider hat selbst Franz Mehring, der große Historiker der deutschen Arbeiterklasse, in der Einschätzung dieser letzten Frage geirrt und die Rolle Lassalles nicht richtig dargestellt. Zwar kritisierte auch Mehring einzelne Seiten der Ideologie und Politik Lassalles, z. B. seine schädliche Taktik in den Jahren 1863/64, aber er bewertete diese groben Fehler nicht in ihrer ganzen Gefährlichkeit. Daß die organisierte deutsche Arbeiterbewegung durch Lassalle auf einen falschen Weg gedrängt wurde, daß in ihren Reihen opportunistische Theorien, besonders über das Wesen des bürgerlichen Staates, gezüchtet wurden, die auf Jahrzehnte hinaus irreführend wirkten, das hat Franz Mehring mit seiner scharfen Feder leider nie konsequent genug kritisiert. Trotz dieser Schwäche besteht natürlich ein gewaltiger Qualitätsunterschied zwischen dem revolutionären, marxistischen Historiker, der in Einzelfragen irrte, und den reformistischen und bürgerlichen Geschichtsschreibern, die an einer wahrheitsgetreuen Darstellung der Geschichte der Arbeiterbewegung aus klassenmäßigen Gründen überhaupt nicht interessiert sind.

Ausgehend von den tiefschürfenden und ausführlichen Einschätzungen der Klassiker des Marxismus-Leninismus, hat die marxistische Geschichtswissenschaft in der Deutschen Demokratischen Republik in den letzten Jahren ein objektives Lassalle-Bild erarbeitet und eine exakte und parteiliche Charakterisierung Lassalles und des Lassalleanismus gegeben. Ohne im einzelnen auf diese Schriften eingehen oder auch nur alle nennen zu können, sei hier vor allem auf die Arbeiten von Ernst Engelberg, Josef Schleifstein und Günter Benser verwiesen.<sup>6</sup>

In der bürgerlichen und rechtssozialdemokratischen Geschichtsschreibung gibt es wirklich kritische Arbeiten über Lassalle und den Lassalleanismus trotz einer zahlreichen Lassalle-Literatur nicht. Auch nachdem in den Jahren 1921 bis 1925 die große Lassalle-Nachlaß-Ausgabe Gustav Meyers erschienen war, die für die Lassalle-Forschung umfangreiches neues Material enthielt, änderte sich dieser Zustand nicht. Den bürgerlichen und reformistischen Historikern war das „überlieferte“ Lassalle-Bild viel zu wertvoll, als daß sie es durch ernsthafte Analyse und Kritik hätten an Glanz verlieren lassen wollen.

In dem organisatorisch selbständigen, ideologisch jedoch vollkommen verworrenen und vom Lassalleanismus durchdrungenen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein war schon zu Lebzeiten Lassalles, besonders aber nach dessen Tode, ein Personenkult erzeugt worden und eine Lassalle-Legende entstanden, die für die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung die schädlichsten Folgen hatte, und es bedurfte eines hartnäckigen Kampfes von Marx und Engels und der Internatio-

<sup>6</sup> Vgl. Ernst Engelberg: Die Rolle von Marx und Engels bei der Herausbildung einer selbständigen deutschen Arbeiterpartei. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1954, Heft 4 u. 5. — Ernst Engelberg: Deutschland 1849–1871 (Lehrbuch der deutschen Geschichte), Berlin 1959. — Josef Schleifstein: Franz Mehring. Sein marxistisches Schaffen 1891–1919, Berlin 1959. — Günter Benser: Die alten Eisenacher, die heutige SPD und wir. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1959, Heft 3.

nenalen Arbeiterassoziation, um dem wissenschaftlichen Sozialismus in der deutschen Arbeiterbewegung erneut Eingang zu verschaffen.

In diesem Kampf um die Durchsetzung des Marxismus bewährten sich vor allem August Bebel und Wilhelm Liebknecht. Unter ihrer Führung trennte sich die Arbeiterklasse von Liberalen und kleinbürgerlichen Demokraten und schuf sich 1869 in Eisenach die erste marxistische Massenpartei Deutschlands, die sich wie der Bund der Kommunisten zum wissenschaftlichen Sozialismus bekannte und Lassalleanismus wie kleinbürgerlich-demokratische Illusionen weitgehend überwand. Leider wurde die bei der Gründung der Eisenacher Partei noch nicht völlig abgeschlossene ideologische Klärung nicht zielstrebig zu Ende geführt, so daß 1875 der Kompromiß von Gotha möglich wurde. Die weiteren Kämpfe ließen die klassenbewußten deutschen Arbeiter jedoch immer stärker die Richtigkeit der Auffassungen von Marx und Engels erkennen, und im Kampf gegen das Sozialistengesetz eignete sich die deutsche Sozialdemokratie allmählich den wissenschaftlichen Sozialismus an.

Allerdings war es in dieser Zeit noch nicht möglich, die historische Rolle Lassalles in aller Klarheit darzustellen und die Lassalle-Legende, die tief eingewurzelt war, völlig zu zerstören. Die Bedingungen, unter denen die Partei während der Jahre des Sozialistengesetzes kämpfte, ließen ein solches Unternehmen nicht zu. Es galt damals, alle Kräfte auf die Beseitigung des Sozialistengesetzes zu konzentrieren, und so entstand in der Sozialdemokratie die Fiktion, daß die deutsche Arbeiterbewegung drei „gleichberechtigte“ Vorkämpfer habe: Marx, Engels und Lassalle.

Eine große Bresche in diese Auffassung schlug 1890/91, nach dem Sieg über das Bismarcksche Sozialistengesetz, die von Engels durchgesetzte Veröffentlichung der Marxschen Kritischen Randglossen zum Gothaer Programmentwurf. Mit dieser Veröffentlichung wurde vor der ganzen Partei schlagartig die völlige theoretische Haltlosigkeit des Lassalleanismus enthüllt. Das wenige Monate später angenommene Erfurter Programm zeugte dann auch ganz eindeutig vom Sieg des Marxismus. Jetzt war die Bahn frei für eine umfassende Auseinandersetzung mit der Ideologie Ferdinand Lassalles und mit der Lassalle-Legende.

Tatsächlich entstand in jener Zeit eine Schrift, die sich kritisch mit Lassalle und dem Lassalleanismus auseinandersetzte und in manchen Punkten gegen die Lassalle-Legende Stellung nahm. Sie stammte von Eduard Bernstein<sup>7</sup>, dem späteren „Theoretiker“ des Revisionismus, der damals noch Marxist zu sein vorgab und — in ständigem Kontakt mit Friedrich Engels — als Einleitung zu einer dreibändigen Ausgabe der Werke Lassalles einen Abriß seines Lebens und Wirkens schuf, der bei den eingefleischten alten Lassalleanern (z. B. Toelcke) sofort böses

---

<sup>7</sup> Ferdinand Lassalle: Reden und Schriften. Mit einer Einleitung hrsg. von Eduard Bernstein, Bd. I—III, Berlin 1893 ff.



Blut machte, von der Mehrheit der Partei jedoch, vor allem von Friedrich Engels, positiv aufgenommen wurde.<sup>8</sup>

Allerdings blieb Bernstein nicht lange seiner Überzeugung treu, sondern änderte sein Urteil über Ferdinand Lassalle rasch. Es war ja auch nicht zu erwarten, daß der Ideologe des Revisionismus ausgerechnet gegenüber Lassalle eine kritische Haltung beibehalten würde. So erschien 1902 in einem Aufsatz der Zeitschrift „Dokumente des Sozialismus“ eine Erklärung Bernsteins, die besagte, daß sein Urteil über Lassalle jetzt in verschiedenen Punkten ein anderes sei und daß seine erste Arbeit über Lassalle sehr große Mängel enthalte, weil er damals „der Person Lassalles nicht diejenige Liebe entgegengebracht habe, die für das Gelingen von Aufsätzen biographischer Natur so sehr erforderlich“ sei.<sup>9</sup>

Der Revisionist Bernstein konnte den opportunistischen Fehlern Lassalles nicht mehr kritisch gegenüberstehen; aus dem Kritiker Lassalles wurde der Apologet, der dem Arsenal des Lassalleanismus jetzt all das entnahm, was seine eigenen revisionistischen Anschauungen untermauern konnte, was der Verbreitung und Durchsetzung des Revisionismus diene. Ganz deutlich kam das in einer Schrift zum Ausdruck, die Bernstein anläßlich des 40. Todestages von Ferdinand Lassalle herausgab und in der es hieß: „Wo sich Abweichungen vorfinden (d. h. gegenüber der Schrift Bernsteins von 1892. — H. J. F.), sind sie die Folge davon, daß eingehendere Beschäftigung mit Lassalle sowie *meine eigene theoretische Entwicklung* (von mir hervorgehoben. — H. J. F.) mich Lassalle geistig näher geführt haben, sein Bild heute einheitlicher vor mir steht, als zur Zeit der Abfassung der vorerwähnten Abhandlung.“<sup>10</sup> In dieser Schrift verzichtete Bernstein auf jede Auseinandersetzung, bekannte sich offen zu den opportunistischen Auffassungen Lassalles und stellte im Vorwort fest, daß sich sein heutiges Urteil an manchen Stellen nahezu wörtlich mit der Einschätzung des bürgerlichen Lassalle-Biographen Hermann Oncken decke. Tatsächlich war die Übereinstimmung zwischen dem bürgerlichen und dem revisionistischen Ideologen verblüffend, und Bernsteins einzige Sorge war, man könne glauben, er habe Oncken plagiiert!

Zwischen dem liberalen Historiker und dem Wortführer der Revisionisten gab es keine wesentlichen ideologischen Unterschiede mehr. Bernstein hatte den Parteistandpunkt schon lange verlassen, den Gegensatz zwischen proletarischer und bürgerlicher Ideologie zu verwischen gesucht und sang jetzt der opportunistischen Staatstheorie

<sup>8</sup> Vgl. Engels an Kautsky, 3. Dezember 1891. In: Friedrich Engels. Briefwechsel mit Karl Kautsky. Hrsg. von Benedikt Kautsky, Wien 1955, S. 318.

<sup>9</sup> Vgl. Dokumente des Sozialismus, Bd. I, S. 158. — Indirekt machte Bernstein sogar Friedrich Engels für die angeblichen Mängel seiner ersten Schrift verantwortlich, indem er betonte, daß er damals in London nur mit wenigen Personen über die Rolle Lassalles habe sprechen können und stark unter dem Einfluß dieser Personen gestanden habe.

<sup>10</sup> Eduard Bernstein: Ferdinand Lassalle und seine Bedeutung für die Arbeiterklasse, Berlin 1904, S. 5.

Lassalles und der angeblichen Zauberkraft des allgemeinen Wahlrechts ein begeistertes Loblied.

Natürlich unterscheidet sich der Revisionismus des 20. Jahrhunderts grundlegend von dem Opportunismus Lassalles. Zeigte der Opportunismus in der vorimperialistischen Periode noch gewisse nationale Besonderheiten, hatte er in erster Linie in den in die Arbeiterbewegung hineinströmenden kleinbürgerlichen Elementen seine soziale Grundlage, so änderte sich das von Grund auf mit dem Übergang in das imperialistische Stadium des Kapitalismus. Der Opportunismus wurde jetzt zu einer internationalen Erscheinung. Die mit Hilfe der imperialistischen Extraprofiten hervorgebrachte Arbeiteraristokratie und bürokratisierte Schichten des Partei- und Gewerkschaftsapparats wurden zur sozialen Grundlage des Opportunismus, der jetzt, nachdem sich der wissenschaftliche Sozialismus in der internationalen Arbeiterbewegung durchgesetzt hatte, nicht mehr offen antimarxistisch aufzutreten wagte, sondern versuchte, unter dem Vorwand einer angeblich notwendigen Revision des Marxismus die Arbeiterklasse ihrer revolutionären Theorie zu berauben und sie dadurch vom Kampf für ihre Befreiung abzuhalten.

Wenn also auch Lassalleanismus und Revisionismus keineswegs gleichgesetzt werden dürfen, so findet man doch bei Bernstein manches wieder, was schon bei Lassalle von Marx und Engels erbittert bekämpft worden war, nicht zuletzt die opportunistische Staatsauffassung und die sogenannte „Realpolitik“, die Anpassung an die bestehende Staatsmacht. So ist es auch keineswegs verwunderlich, daß Bernstein 1919 in der 2. Auflage dieser Schrift mit aller Macht gegen Lenin und die Bolschewiki zu Felde zog und diese heftig beschimpfte, weil sie „die historische Mission der Unternehmer nicht anerkannten“ und den Ausbeutern das Wahlrecht entzogen.<sup>41</sup> Diese Tatsache, daß die Bolschewiki mit allen Mitteln die Herrschaft der Arbeiterklasse verteidigten, brachte einen solchen Erzopportunisten wie Bernstein natürlich in Harnisch.

Die ideologische Konzeption der Revisionisten unterschied sich in jener Zeit des beginnenden Imperialismus nicht wesentlich von der Konzeption liberaler Historiker. In der Haltung der Bourgeoisie gegenüber Lassalle hatte sich seit den sechziger und siebziger Jahren eine entscheidende Wandlung vollzogen. Als Lassalle 1863 seine Arbeiteragitation begonnen und die deutschen Arbeiter aufgerufen hatte, sich von der Bourgeoisie zu lösen, schien er dem deutschen Bourgeois ein äußerst gefährlicher Mann. Massenweise waren in der Presse, in Büchern und Broschüren Verleumdungen und Verdächtigungen über ihn ausgestreut worden. Heftige Kritik hatten solche reaktionären Historiker wie Heinrich von Sybel und Heinrich von Treitschke an Lassalle geübt.

Allmählich aber, und zwar vor allem in den Jahren der Herausbildung des Imperialismus, erkannte die Bourgeoisie, daß der Lassallea-

<sup>41</sup> Eduard Bernstein: Ferdinand Lassalle und seine Bedeutung für die Arbeiterklasse, 2. Aufl., Berlin 1919, S. 126.

nismus gar nicht ihr Hauptgegner war, daß sie im wissenschaftlichen Sozialismus den eigentlichen Gegner vor sich hatte, gegen den sich der Lassalleanismus sogar als Bundesgenosse ausspielen ließ. In dem Maße, wie der wissenschaftliche Sozialismus in der Arbeiterbewegung Fuß faßte, versuchte sie daher, den Opportunismus und damit auch den Lassalleanismus zu fördern und der Arbeiterklasse als erstrebenswerte Ideologie anzupreisen.

Typisch für diesen Versuch ist die erstmalig 1904 erschienene große Lassalle-Biographie des liberalen Historikers Hermann Oncken<sup>12</sup>. Oncken trug eine Fülle historischen Tatsachenmaterials zusammen, und sein Werk gilt noch heute in der bürgerlichen Geschichtsschreibung als „klassisch“. Aber auch dieser angeblich so „objektive“ Historiker vergaß keinen Augenblick, was seine Klasse von ihm erwartete: Seine Lassalle-Biographie sollte den Einfluß des Marxismus in der deutschen Sozialdemokratie zurückdrängen, den in der Sozialdemokratie nie völlig überwundenen Lassalle-Kult neu beleben und den aufkommenden Revisionismus in der Arbeiterbewegung fördern. Infolgedessen wertete Oncken den Opportunismus Lassalles als Zeichen bedeutender politischer Klugheit, sympathisierte mit dem „Realpolitiker“ und fand Worte höchster Anerkennung für Lassalles Verbindung mit Bismarck und seine Stellung zum Staat. Auch für Oncken war Lassalles der eigentliche Begründer der deutschen Sozialdemokratie. „Nach der rasch verflogenen Episode von 1848/49“, so heißt es in seinem Werk, „ist das Arbeiterprogramm der Ausgangspunkt der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland.“<sup>13</sup> Und an anderer Stelle: „Das Offene Antwortschreiben war schon die Tat. Darin war Lassalle einzig und original, allen anderen überlegen, in diesem Augenblicke auch seinem Meister Marx.“<sup>14</sup>

Lassalle wurde also von Oncken genauso verherrlicht wie von den Revisionisten, und auch noch in einer anderen Frage stimmten beide überein: Die Kritik von Marx und Engels wurde entwertet oder negiert. Oncken scheute sich nicht, sie mit der Behauptung abzutun, Marx und Engels seien auf die Erfolge Lassalles neidisch gewesen und hätten vielfach aus rein persönlichen Motiven Lassalle und den Lassalleanismus bekämpft. „Das Gefühl persönlicher Eifersucht gegen den Epigonen“, behauptete Oncken, „floß mit der sachlichen Rivalität zusammen, die angesichts der neuen Bewegung (d. h. des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. — H. J. F.) und ihrer Konsequenzen das eigene historische Erbe gefährdet sah.“<sup>15</sup>

Marx und Engels, die Schöpfer des „Kommunistischen Manifests“ und Leiter des „Bundes der Kommunisten“, Marx und Engels, die Führer der I. Internationale und Ratgeber der Arbeiter aller Länder,

<sup>12</sup> Hermann Oncken: Lassalle. Eine politische Biographie, Stuttgart und Berlin 1904.

<sup>13</sup> Ebenda, 4. Aufl., Stuttgart und Berlin 1923, S. 269–270.

<sup>14</sup> Ebenda, S. 312.

<sup>15</sup> Ebenda, S. 356.



hätten also Lassalles wegen um ihr „historisches Erbteil“ gebangt? Wir wissen genau, daß es Marx und Engels — beispielsweise im Gegensatz zu Lassalle — nie um persönlichen Ruhm und persönliche Anerkennung ging, sondern immer nur um die Sache. Die Ideologie, das Programm und die Taktik Lassalles waren jedoch so sehr gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtet, daß Marx und Engels unbedingt dagegen auftreten mußten. Ihr Kampf gegen Lassalle und den Lassalleanismus entsprang also nicht „persönlicher Eifersucht“, sondern der Sorge um die Zukunft der Arbeiterklasse, galt nicht dem „Gegenspieler“, sondern dem Opportunisten.

Aber das kann ein bürgerlicher Historiker natürlich nicht schreiben. Ihm kam es darauf an, die Person und das Werk Lassalles auf Kosten von Marx und Engels zu erhöhen. Unter Berufung auf Lassalle, den angeblichen Gründer der Partei, sollte die deutsche Sozialdemokratie aus ihrer oppositionellen Stellung gegen den bürgerlichen Staat herausgelöst und zur Mitarbeit an diesem Staat gewonnen werden. Das war die Absicht der Bourgeoisie, und deswegen vertrat Hermann Oncken die Ansicht, daß die Zukunft der sozialdemokratischen Bewegung davon abhängen werde, ob sie über Marx hinweg zu Lassalle zurückfinden werde.

Von einer ähnlichen Konzeption wie Hermann Oncken ging auch der Kieler Professor Bernhard Harms in seiner erstmalig 1909 erschienenen Schrift über Ferdinand Lassalle aus.<sup>16</sup> Auch Harms versuchte, den Einfluß des Marxismus in der Arbeiterbewegung zurückzudrängen und den Opportunismus unter Berufung auf Lassalle zu fördern. So wandte er sich gegen die Auffassung, daß Lassalles Werke „veraltet und überholt“ seien und forderte von der Sozialdemokratie eine Besinnung auf ihre „Traditionen“, damit „dereinst der lebendige Lassalle über den toten Marx ... triumphiert“ und man sagen könne: „Marx der Vergängliche — Lassalle der Bleibende“.<sup>17</sup>

Welche „Traditionen“ hier gemeint sind, ist klar: Die Traditionen des Opportunismus, des „demokratischen Sozialismus“, die Traditionen der Anpassung an die bestehende bürgerliche Gesellschaftsordnung. Die Arbeiterbewegung sollte sich vom Marxismus trennen und zum Opportunismus bekennen, damit sie für die Bourgeoisie ungefährlich wird. Deshalb hieß es bei Harms: „Es war für Lassalle ein großes Glück, daß er von dem Einfluß Marxens schließlich doch loskam“<sup>18</sup>, was heißen sollte: Es wäre auch für die Sozialdemokratie ein großes Glück, wenn sie sich endlich vom Marxismus trennen könnte. Lassalle landete nach der „Trennung“ von Marx bei Bismarck, die Reformisten später bei Hindenburg sowie die rechten SPD-Führer heute bei Adenauer und Strauß. Angesichts dieser verhängnisvollen Entwicklung ist es höchste Zeit, daß die sozialdemokratischen Arbeiter erkennen, daß das, was für die Bourgeoisie ein Glück ist, nämlich die Trennung der Arbeiter-

<sup>16</sup> Bernhard Harms: Ferdinand Lassalle und seine Bedeutung für die deutsche Sozialdemokratie, Jena 1909.

<sup>17</sup> Ebenda, S. 81.

<sup>18</sup> Ebenda, S. 64.

bewegung vom Marxismus, für die Arbeiterbewegung stets ein Unglück war und ist. Auch Bernhard Harms versuchte die Sozialdemokratie unter Berufung auf Lassalle von ihrer Opposition gegen den bürgerlichen Staat abzubringen. Darum hob er bei Lassalle vor allem seine Stellung zum preußischen Staat hervor: „Das ist das wahrhaft Staatsmännische an Lassalle“, schrieb Bernhard Harms, „daß er im Gegensatz zu Marx und Engels von vornherein seine ganze Gedankenwelt auf den Staat gerichtet hat, dessen Bürger er war. Alles, was er unternimmt, ... stellt er von vornherein unter preußisch-deutschen Gesichtswinkel.“<sup>19</sup>

Tatsächlich hatte sich Lassalle in einer Zeit, in der die Einigung Deutschlands „von unten“, auf revolutionär-demokratischem Wege, auf der Tagesordnung stand, an die Seite des reaktionären preußischen Staates gestellt, weil er glaubte, ihn gegen die Bourgeoisie ausnutzen zu können. Von Marx und Engels und vielen Arbeitern war das von vornherein als politisch schädlich und objektiv als Verrat an den Interessen der Klasse und der Nation gekennzeichnet worden. Harms aber entdeckte darin „staatsmännische Klugheit“ und empfahl den Arbeitern, ebenso zu handeln. Darum verfocht er auch die These, daß die Arbeiterklasse wohl eine eigene Partei brauche, aber nicht eine Kampfpartei im Sinne der achtziger Jahre, sondern eine Partei im Sinne des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Eine Partei also, die dem bestehenden Staat nicht kampftschlossen gegenübersteht, sondern die bereit ist, am bürgerlichen Staat mitzuarbeiten. Daß die Arbeiter dabei immer die Betrogenen sind, wie nicht zuletzt wieder das Beispiel der heutigen SPD und ihres Godesberger Programms beweist, sagte Professor Harms natürlich nicht.

Zum Chor der Lassalle-Verherrlicher gesellte sich später auch der Zentrist Karl Kautsky, der 1913 in einem größeren Aufsatz in der „Neuen Zeit“ erklärte: „*Nicht bloß die selbständige Organisation, sondern auch die geistige Selbständigkeit und Überlegenheit hat Lassalle dem deutschen Proletariat gebracht*, und er war der einzige, der sie ihm damals bringen konnte.“<sup>20</sup> Kautsky wußte genau, was Marx und Engels für die deutsche Arbeiterklasse bedeuteten; er wußte, daß nur die Verbindung von wissenschaftlichem Sozialismus und Arbeiterbewegung der Arbeiterklasse wirklich „geistige Selbständigkeit und Überlegenheit“ bringen konnte und kann, und er wußte auch, mit welcher Härte und Konsequenz Marx und Engels gegen den Lassalleanismus gekämpft hatten. Kautsky wußte, daß die deutsche Sozialdemokratie im Kampf gegen den Lassalleanismus entstanden war, er hatte selbst mehrfach die schädliche Theorie und Taktik des Lassalleanismus kritisiert und trotzdem pries er jetzt Lassalle als den Mann, der die deutsche Arbeiterbewegung auch theoretisch-ideologisch aus den Fesseln der Bourgeoisie befreit hätte. Der Zentrist Kautsky unterschied sich nicht mehr wesent-

<sup>19</sup> Ebenda, S. 117.

<sup>20</sup> Karl Kautsky: Lassalles historische Leistung. In: Die Neue Zeit, 31. Jg. 1912/13, Zweiter Band, S. 235.

lich von Oncken und den Revisionisten, und in der folgenden Zeit sank er völlig auf die Positionen der Reformisten herab.

Es war vor allem Lenin, der auch in dieser konkreten Frage — in der Stellung der Arbeiterbewegung zu Lassalle — den Marxismus gegenüber den Revisionisten und Zentristen verteidigte und in seinen Arbeiten „Protest russischer Sozialdemokraten“, „Was tun?“, „Unter fremder Flagge“ u. a. eine richtige marxistische Einschätzung Lassalles und des Lassalleanismus gab. Zwar erkannte auch Lenin das historische Verdienst Lassalles an, aber er zeigte doch sehr deutlich den verderblichen Opportunismus und die schädliche Taktik Lassalles, wenn er 1915 schrieb: „Lassalle paßte seine Haltung dem Sieg Preußens und Bismarcks . . . an. . . Lassalle schaute mehr nach oben als nach unten, er vergaßte sich in Bismarck.“<sup>21</sup> Mit dieser Kritik ist das Urteil über einen Arbeiterführer gesprochen, der sich im Kampf gegen die Bourgeoisie mit den Junkern und Militaristen verband.

In den Jahren nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution begann ein neuer Abschnitt in der Geschichtsschreibung über Lassalle. In dem Maße, wie sich der erste sozialistische Staat der Welt entwickelte, wie sich die kommunistischen und Arbeiterparteien und an ihrer Spitze die KPdSU als die wahren Erben und Fortsetzer des Werkes von Marx und Engels erwiesen, wie sich die Theorie des Marxismus-Leninismus in der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung durchsetzte, in dem Maße wandten sich die sozialdemokratischen Parteien offen vom wissenschaftlichen Sozialismus ab und propagierten Ideen des sogenannten demokratischen Sozialismus, d. h. des Opportunismus. Zur „Begründung“ ihrer schädlichen Ansichten, vor allem in den Fragen der Staatstheorie, beriefen sich die reformistischen Politiker und Historiker in Deutschland damals erneut auf Lassalle. Zwar gab es schon ein ganzes System des Revisionismus — und der Opportunismus der zwanziger Jahre kann nicht einfach auf den Lassalleanismus zurückgeführt werden —, aber Lassalles Ideen boten doch immer noch genügend Anknüpfungsmöglichkeiten für die Opportunisten, so daß eine direkte Lassalle-Renaissance, ein Neo-Lassalleanismus entstand, der 1925 seinen Höhepunkt anlässlich des 100. Geburtstages Lassalles erreichte. In klarer Frontstellung gegen die immer stärker werdende KPD, die ihren Einfluß ausdehnte und sich zur Partei neuen Typus entwickelte, beriefen sich die rechten sozialdemokratischen Führer auf Lassalle, um mit Hilfe seiner „Theorien“ den Einfluß der KPD und des wissenschaftlichen Sozialismus zurückzudrängen und die Arbeiterklasse zu verwirren.

Zu den eifrigsten Lassalle-Apologeten dieser Jahre gehörten die Reformisten Konrad Haenisch, Paul Kampffmeyer, Karl Renner, Hans Kelsen u. a. Konrad Haenischs Elaborat: „Lassalle. Mensch und Politiker“, spiegelte deutlich die Absage der Reformisten an die Prinzipien des Marxismus, des Klassenkampfes und der proletarischen

<sup>21</sup> W. I. Lenin: Unter fremder Flagge. In: Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung, S. 56.



Revolution wider. Mit überschwänglichen Worten wurden die groben Fehler Lassalles vertuscht, seine grundfalsche Taktik in der nationalen Frage gerechtfertigt und ihm noch als bleibendes Verdienst angerechnet, daß er frühzeitig die „historische Mission Bismarcks“ erkannt habe.

Dies alles schrieb Haenisch, um Teile der Arbeiterklasse vollends zu verwirren, um sie mit dem bestehenden bürgerlichen Staat „auszusöhnen“ und um auf diese Weise die Interessen der Arbeiterklasse denen der Bourgeoisie unterzuordnen. Da paßte Lassalles Kuhhandel mit Bismarck natürlich herrlich ins Konzept. Deshalb bekannte Haenisch, der eine Zeitlang sozialdemokratischer Kultusminister in Preußen gewesen war: „Aus meiner Liebe und Bewunderung für Lassalle mache ich kein Hehl“, <sup>22</sup> Lassalle sei der „Erwecker und erste Bannerträger“ der deutschen Arbeiterbewegung und sein „Offenes Antwortschreiben“ sehe man „mit Recht als die Geburtsurkunde der deutschen Sozialdemokratie“ an. <sup>23</sup>

Kein Wort findet sich mehr über das „Kommunistische Manifest“ und die übrigen Werke von Marx und Engels, kein Wort über den politischen Kampf der Schöpfer des wissenschaftlichen Sozialismus seit Mitte der vierziger Jahre. Haenisch brachte es sogar fertig, Lassalle und Bismarck als die fähigsten Politiker ihrer Zeit zu bezeichnen. Lassalle habe mit seinem „Offenen Antwortschreiben“ die Losungen ausgegeben, die der Tag erforderte. „Das vermochte in jenem geschichtlichen Augenblick kein anderer — das vermochte auch Karl Marx nicht. Dazu bedurfte es jener genialen politischen Instinktsicherheit, wie sie — von dem Bismarck der europäischen Politik abgesehen — unter den damals Lebenden nur Lassalle besaß.“ <sup>24</sup>

Lassalle, der große Politiker, und Marx, der Schreibtischgelehrte — diese Version, die auch heute noch von Reformisten und Revisionisten vertreten wird, findet sich auch bei Haenisch. Dabei ist es eine ungeheure Verhöhnung, wenn den Arbeitern gegenüber von der „genialen politischen Instinktsicherheit“ Lassalles gesprochen wird, von einer Instinktsicherheit, die so „genial“ war, daß sie den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein im Kampf gegen die Bourgeoisie an die Seite der Junker und der äußersten Reaktion führte. Wie kann man von politischem Instinkt sprechen, wenn man den Hauptfeind nicht nur verkennt, sondern sich sogar noch mit ihm verbündet? Bei dieser völligen Verdrehung der Tatsachen ist es nicht verwunderlich, daß Haenisch den konsequenten Kampf von Marx und Engels gegen den Lassalleanismus zu verschleiern sucht und ihn nicht auf seine klassenmäßigen Wurzeln, sondern auf psychologische Faktoren zurückführt.

Ähnlich wie Konrad Haenisch argumentierte Karl Renner. Dieser behauptete, daß der Ablauf der Geschichte zeige, daß Lassalle gegenüber Marx und Engels Recht behalten habe. Es sei nicht nötig, den

<sup>22</sup> Konrad Haenisch: Lassalle. Mensch und Politiker, 3. Aufl., Leipzig 1929, S. 9.

<sup>23</sup> Ebenda, S. 7.

<sup>24</sup> Ebenda, S. 96.

alten Staatsapparat zu zerschlagen, wie Marx und Engels es gefordert hatten, sondern es genüge, wenn die Arbeiterklasse „Vertrauensmänner“ in den Staatsapparat sende, um Krisen und Kriege in Zukunft zu vermeiden. Der Staat sei nicht, wie Marx und Engels lehrten, ein Machtinstrument der herrschenden Klasse, sondern er sei, wie Lassalle es gelehrt hätte, ein Mittel, um den Wohlstand aller zu fördern. Deshalb müßte man jetzt „an der Hand von Lassalle unsere noch ungelösten Probleme wieder zu studieren beginnen“<sup>25</sup>.

In dasselbe Horn stieß der reformistische Ideologe Hans Kelsen mit seinem Aufsatz „Marx oder Lassalle?“<sup>26</sup> Auch Kelsen versuchte unter Berufung auf Lassalle nachzuweisen, daß der bürgerliche Staat kein Instrument zur Unterdrückung einer Klasse durch die andere sei und daher auch nicht durch eine proletarische Revolution zerstört zu werden brauche. Vielmehr sei der Staat ein Vermittler zwischen den Klassen, der ihre Gegensätze ausgleiche. Kelsen stellte sich damit offen auf die Seite derer, die versuchten, Lassalles opportunistische Staatsauffassung zur herrschenden Auffassung in der Arbeiterbewegung zu machen, und behauptete, daß diese Auffassung den deutschen Arbeitern viel näher stünde als die marxistische. An den Schluß seiner Arbeit stellte er deutlich und unmißverständlich die Parole aller bürgerlichen Kräfte innerhalb und außerhalb der Arbeiterbewegung: „Zurück zu Lassalle.“<sup>27</sup>

„Zurück zu Lassalle“ — das war der Ruf vieler Opportunisten in den Jahren der Weimarer Republik. Dabei waren sie sogar bestrebt, selbst die positiven Seiten im politischen Wirken Lassalles, die durch ihn bewirkte organisatorische Verselbständigung der Arbeiterklasse, zu verschweigen. So wie in der Kommunistischen Partei Deutschlands der Marxismus-Leninismus immer stärker zur Richtschnur allen Handelns wurde und die Partei befähigte, eine den Lebensinteressen der deutschen Nation entsprechende Politik auszuarbeiten und zu verfolgen, so versuchten die rechten sozialdemokratischen Führer, geblendet vom bornierten Antikommunismus, immer massierter, Revisionismus und Opportunismus zur Alleinherrschaft in der SPD zu verhelfen. Die SPD-Führung lehnte alle Einheitsfrontangebote der KPD ab, ließ ihre Partei und die Klasse am 30. Januar 1933 im Stich und konnte schließlich nur noch vom Ausland her den völligen Bankrott der eigenen Politik feststellen.

Bevor wir uns nun der Einschätzung Lassalles und des Lassalleanismus in der heutigen bürgerlichen und sozialdemokratischen Literatur zuwenden, muß noch ein besonderes Wort zu dem bürgerlichen Historiker Gustav Mayer gesagt werden. Mayer hat sich mit der Herausgabe

---

<sup>25</sup> Karl Renner: Lassalles geschichtliche Stellung. In: Die Gesellschaft, II. Jg. 1925, Nr. 4, S. 314.

<sup>26</sup> Hans Kelsen: Marx oder Lassalle? In: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung. Hrsg. von Carl Grünberg, 11. Jg., Leipzig 1925, S. 261–298.

<sup>27</sup> Ebenda, S. 298.

des lange Jahre verschollen geglaubten Lassalle-Nachlasses unbedingt ein großes Verdienst erworben.<sup>28</sup> Durch seine unermüdliche Arbeit, die Veröffentlichung vieler Briefe und Aufzeichnungen Lassalles und viele sachliche Anmerkungen hat er den Wissenschaften einen großen Schritt vorwärtsgeholfen. Dabei hat Gustav Mayer auch das veröffentlicht, was Lassalle politisch außerordentlich schwer belastet, z.B. den Briefwechsel mit Bismarck.<sup>29</sup> Aber Gustav Mayer bleibt bei all seinen Verdiensten ein bürgerlicher, liberaler Wissenschaftler, der mit Lassalles Verhalten sympathisiert, es immer wieder entschuldigt und bei allen Einschätzungen immer vom subjektiven Wollen Lassalles und nicht von objektiven Kriterien ausgeht. Deshalb kann man den Wertungen und Urteilen Mayers in den meisten Fällen nicht folgen.

Auch in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg knüpften bürgerliche und sozialdemokratische Politiker und Ideologen nach „bewährtem“ Vorbild an die opportunistischen Auffassungen Ferdinand Lassalles an. Wer gehofft hatte, daß die rechten sozialdemokratischen Führer endlich aus den Katastrophen zweier Weltkriege gelernt hätten, sah sich enttäuscht. Nicht genug damit, daß sie sich nach wie vor vom wissenschaftlichen Sozialismus<sup>30</sup> abgrenzten, begannen sie jetzt auch noch, die anderen proletarischen Traditionen der Arbeiterbewegung über Bord zu werfen, und machten den Versuch, die Sozialdemokratie endgültig in eine für die Bourgeoisie ungefährliche Volkspartei zu verwandeln.

Zwei Ideologen dieses Schlages sind die sozialdemokratischen Historiker Walter Theimer und Wilhelm Matull. Horst Bartel und Wilhelm Wehling haben sich bereits in dieser Zeitschrift mit den Auffassungen dieser beiden „Historiker“ auseinandergesetzt und ihre Verfälschungen überzeugend widerlegt.<sup>31</sup> Theimer und Matull unterschlagen nach „bewährtem“ reformistischem Muster die Tätigkeit und Bedeutung des Bundes der Kommunisten und beginnen in ihren Schriften die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung nach einigen Hinweisen auf Stephan Borns „Arbeiterverbrüderung“ mit Lassalles Allgemeinem Deutschen Arbeiterverein. Was Theimer und Matull von ihren ideologischen Vorläufern unterscheidet, ist lediglich die noch geringere Sachkenntnis. So läßt beispielsweise Matull Bismarck schon 1861 zum preußischen Ministerpräsidenten avancieren<sup>32</sup>, verlegt bestimmte Reden und Schriften Lassalles, wie das „Arbeiterprogramm“, „Über Verfassungswesen“ und „Was nun?“, in das Jahr 1863<sup>32</sup> und behauptet unverfroren: „Berlin erwies sich als schwieriges Pflaster, brachte aber als

<sup>28</sup> Ferdinand Lassalle: Nachgelassene Briefe und Schriften. Hrsg. von Gustav Mayer, 6 Bde., Stuttgart und Berlin 1921–1925.

<sup>29</sup> Gustav Mayer: Bismarck und Lassalle. Ihr Briefwechsel und ihre Gespräche, Berlin 1928.

<sup>30</sup> Vgl. Horst Bartel/Wilhelm Wehling: Ein „neuer“ Versuch, die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu verfälschen. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1959, Heft 1, S. 199–214.

<sup>31</sup> Wilhelm Matull: Werden und Wesen der deutschen Sozialdemokratie, Berlin-Hannover 1957, S. 32.

<sup>32</sup> Ebenda, S. 36.



wertvollen Gewinn (für Lassalle. — H. J. F.) die Anhängerschaft Wilhelm Liebknechts.“<sup>33</sup>

Dabei hätte Matull bei Liebknecht ohne weiteres nachlesen können, daß dieser nur mit schweren Bedenken Mitglied des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins wurde, von Anfang an *gegen* das Programm und die Taktik Lassalles ankämpfte und niemals ein Anhänger Lassalles war.<sup>34</sup> Wenn man freilich die Meinung vertritt, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein an der Wiege der deutschen Arbeiterbewegung gestanden habe, dann paßt die angebliche Anhängerschaft Wilhelm Liebknechts gut ins Konzept.

Auch für Theimer ist der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein der eigentliche Anfang der deutschen Sozialdemokratie. „Der entscheidende Schritt zur politischen Verselbständigung der deutschen Arbeiterbewegung wurde unter Ferdinand Lassalle getan, der selbst von den Liberalen herkam“, behauptet Walter Theimer.<sup>35</sup> Die erste Behauptung ist uns von anderen reformistischen Historikern allzu gut bekannt, die zweite jedoch ist eine „Neuentdeckung“ Theimers. Daß Lassalle „von den Liberalen herkam“, haben nicht einmal die liberalen Historiker behauptet, und sie konnten das auch nicht tun. Lassalle war eine Zeitlang revolutionärer Demokrat und wurde dann kleinbürgerlicher Staatssozialist, aber er war niemals ein Liberaler.

Von derselben Unwissenschaftlichkeit und Unverfrorenheit zeugt Theimers Behauptung, der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein habe sich nach Lassalles Tod in eine lassalleanische und eine marxistische Richtung gespalten, wobei der Führer der letzteren — zusammen mit Wilhelm Liebknecht — August Bebel gewesen sei.<sup>36</sup> In Wirklichkeit wurde Liebknecht schon 1865 aus dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein ausgeschlossen, und Bebel war in seinem Leben überhaupt nie Mitglied der lassalleanischen Organisation, kann also auch niemals der Führer ihrer marxistischen Richtung gewesen sein. Auch diese völlig aus der Luft gegriffene Behauptung Theimers ist ein Versuch, den Beginn der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung auf Lassalle und den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein zurückzuführen und von Lassalle über Bebel und Liebknecht bis zur heutigen SPD eine Kontinuität, auch eine ideologische Kontinuität, zu konstruieren, die es nie gegeben hat.

In Wirklichkeit vollzog sich die Herausbildung der Eisenacher Partei nicht im Rahmen der lassalleanischen Organisation, sondern innerhalb des Verbandes Deutscher Arbeitervereine, und zwar mit starker Unterstützung seitens der I. Internationale, unter Anknüpfung an die revolutionären Traditionen des Bundes der Kommunisten und des „Kommunistischen Manifests“ und in ständigem Kampf gegen den Lassallea-

<sup>33</sup> Ebenda, S. 36.

<sup>34</sup> Vgl. Der Hochverratsprozeß wider Liebknecht, Bebel, Hepner vor dem Schwurgericht Leipzig, Berlin 1894, S. 74. — Ferner Gustav Mayer: Bismarck und Lassalle. Ihr Briefwechsel und ihre Gespräche, S. 53.

<sup>35</sup> Walter Theimer: Von Bebel zu Ollenhauer, München 1957, S. 8.

<sup>36</sup> Vgl. ebenda, S. 10.

nismus. Die wirkliche Kontinuität in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung liegt deshalb in der Entwicklung vom Bund der Kommunisten über die Eisenacher Partei, die revolutionäre Sozialdemokratie, den Spartakusbund, die Kommunistische Partei Deutschlands bis zu unserer Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der in Westdeutschland illegal kämpfenden KPD.<sup>37</sup>

Aber natürlich hat auch der Opportunismus in der deutschen Arbeiterbewegung seine „Traditionen“, nur darf man dann den Bogen nicht „von Bebel zu Ollenhauer“ spannen, wie Theimer das aus sehr durchsichtigen Gründen tut, sondern jene Entwicklungslinie reicht von Lassalle über Bernstein und Vollmar, Ebert und Scheidemann, Wels und Stampfer bis zu den heutigen rechten Führern der SPD.

Ähnlich wie Theimer und Matull argumentiert auch Walther G. Oschilewski. Auch ihm hat es die „faszinierende Persönlichkeit“ Lassalles angetan, der nach seiner Meinung „zu den großen Bewegern der deutschen Geschichte gehört, deren geistiges Leuchten bis in unsere Zeit hineinreicht“.<sup>38</sup> Auch für Oschilewski ist Lassalle der „Erwecker der modernen Arbeiterbewegung“, der durch sein Auftreten und seine Agitation das „politische Antlitz der Welt von Grund auf verändert“ habe.<sup>39</sup> Aber da waren doch noch Marx und Engels, an deren Wirken selbst Oschilewski nicht vorbeigehen kann, wenn er sie auch in seinem Buch in eine Reihe mit Stephan Born und Ferdinand Lassalle stellt. Wie bringt er es fertig, Lassalle derartig hervorzuheben und die politischen Veränderungen in der Welt vorwiegend auf Lassalles Konto zu schreiben? Ganz einfach! Oschilewski knüpft bei Leuten wie Konrad Haenisch an und stempelt Marx und Engels schlicht und einfach zu reinen Theoretikern: „Während Karl Marx, der ebenfalls von Hegel herkam, sich immer mehr der Ökonomie zuwandte, wurde der Philosoph Lassalle der politische Wegbereiter und Instrukteur der deutschen Arbeiterbewegung.“<sup>40</sup>

Und warum diese Verfälschung der Geschichte? Weil Oschilewski und mit ihm alle Reformisten mit dem Opportunisten Lassalle sympathisieren, weil ihnen die Bejahung des bürgerlichen Staates durch Lassalle sehr gelegen kommt und weil ihnen vor allem das Verhältnis Lassalle-Bismarck noch heute Vorbild für sozialdemokratische Politik ist. „Die Berührungen und Beziehungen zwischen Bismarck und Lassalle haben einen tiefen historischen Sinn“, heißt es bei Oschilewski. „Das Werk beider Männer war die Zusammenfassung der stärksten poli-

<sup>37</sup> Vgl. zur Herausbildung der Eisenacher Partei den Aufsatz von Günter Benser: Die alten Eisenacher, die heutige SPD und wir. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. 1959, Heft 3, S. 459–476. — Ferner Karl-Heinrich Leidigkeit: Wilhelm Liebknecht und August Bebel in der deutschen Arbeiterbewegung 1862–1869, Berlin 1957.

<sup>38</sup> Walther G. Oschilewski: Große Sozialisten in Berlin, Berlin-Grünwald 1957, S. 72.

<sup>39</sup> Ebenda.

<sup>40</sup> Ebenda, S. 79.

tischen Lebenskräfte der preußisch-deutschen Geschichte der letzten hundert Jahre.“<sup>41</sup>

Man hört direkt die flehentliche Bitte Oschilewskis: „Bitte, laßt uns doch mitarbeiten!“ Ihr, die Adenauer, Schröder und Strauß, und wir, die Mommer, Knoeringen und Oschilewski, repräsentieren die „stärksten politischen Lebenskräfte“ der Nation. Im Geiste Lassalles wollen auch wir handeln, und was Bismarck erkannte, das müßte doch auch Adenauer erkennen! Kein Wort davon, daß das reaktionäre Preußen und Bismarck der Hauptfeind jeder demokratischen Bewegung waren; kein Wort davon, daß die Politik der „loyalen“ Mitarbeit schon vielfach gescheitert ist; kein Wort auch davon, daß Lassalle zu seiner Zeit keineswegs ein Repräsentant „der stärksten politischen Lebenskräfte“ der Nation war, weil sich die Arbeiterklasse, deren Interessen zu vertreten er vorgab, erbittert dagegen wehrte, vor den Karren Bismarcks und der preußischen Militaristen gespannt zu werden.

Darum besteht auch der „tiefe historische Sinn“ der Beziehungen zwischen Bismarck und Lassalle einzig und allein darin, daß die Arbeiterklasse in Westdeutschland erkennt, daß man so wie Lassalle *nicht* handeln darf, daß man mit dem preußisch-deutschen Militarismus bei Strafe des eigenen Untergangs nicht kompromisseln darf, daß man ihn nie von innen demokratisieren kann, sondern daß man ihn rücksichtslos bekämpfen muß, weil er der Todfeind der Nation und jeder fortschrittlichen Bewegung ist. Und wenn es Politiker in den eigenen Reihen gibt, die noch heute unter Berufung auf Lassalle oder andere Opportunisten ein Bündnis mit der äußersten Reaktion, mit den Imperialisten und Militaristen, fordern, dann muß man ihnen unmißverständlich und unter Hinweis auf die Geschichte antworten, die hundertfach bewiesen hat, daß ein solches „Bündnis“ nur der Reaktion nutzt und der Arbeiterklasse zum Schaden gereicht.

Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist leider nicht arm an derartigen Beispielen. Da ist die Unterstützung des Bismarckschen Weges der „Revolution von oben“ durch die Führung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins; da ist die Burgfriedenspolitik im ersten Weltkrieg und der Verrat der reformistischen Führer in der Novemberrevolution; da ist das Bündnis mit der Bourgeoisie in den Jahren der Weimarer Republik und als Ergebnis der 30. Januar 1933, und da ist nicht zuletzt das Paktieren der Mommer, Brandt und Carlo Schmid mit den Adenauer, Schröder und Strauß. Darum müssen sich die westdeutschen Arbeiter heute nicht auf Lassalle und seine ideologischen Epigonen orientieren, sondern auf die revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung, auf den Kampf von Marx und Engels, Bebel und Liebknecht, auf den Kampf von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, Ernst Thälmann und Rudolf Breitscheid gegen Militarismus, Faschismus und Krieg. Nur diese bewährten Traditionen und ihre Weiterführung im Kampf für die Bändigung der westdeutschen Militaristen und Imperialisten verbürgen unserem Volk eine glückliche Zukunft.

<sup>41</sup> Ebenda, S. 89.



Zum Schluß sei noch auf die Schrift eines bürgerlichen Wissenschaftlers verwiesen, der sich vor einigen Jahren mit der Person und der Ideologie Lassalles auseinandergesetzt hat und der in wichtigen Fragen zu anderen Schlußfolgerungen kommt als die übrigen bürgerlichen und sozialdemokratischen Historiker. Es handelt sich um den Freiburger Juristen Thilo Ramm und sein Buch: *Ferdinand Lassalle als Rechts- und Sozialphilosoph*.<sup>42</sup>

Ramm hat die vorhandenen Quellen für seine Arbeit besser ausgenutzt als viele bürgerliche und reformistische Autoren vor ihm und nach ihm und dringt daher auch in die Ideologie und Politik Lassalles tiefer ein. Insbesondere erkennt er, daß Lassalle häufig anders gedacht hat als er schrieb, daß er seine wirklichen Absichten nicht immer aussprach, daß er die Gegner durch betont friedliches Auftreten täuschen zu können glaubte und oft „wider besseres Wissen“ Stellung nahm.<sup>43</sup> Anstatt jedoch diese zutiefst unehrliche Taktik, die die Anhänger auf einen falschen Weg führen mußte und auch geführt hat, ernsthaft zu kritisieren, verteidigt Ramm diese opportunistische Taktik Lassalles in der nationalen Frage, in der Frage des „sozialen Königtums“ und der Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe mit der Behauptung: „Das war für ihn die einzige Möglichkeit, die damals revolutionsmüde Masse zu einer Revolution geneigt zu machen.“<sup>44</sup>

Um Menschen, die angeblich nicht kämpfen wollten, zum Kampf anzustacheln, mußte Lassalle also ein Bündnis mit der Krone eingehen? Eine solche Argumentation stellt die Tatsachen auf den Kopf! In den Jahren, um die es hier geht, hatte der preußische Verfassungskonflikt seinen Höhepunkt erreicht. In Berlin und anderen Städten waren die ersten Barrikaden entstanden. Wie kann man da von einer „revolutionsmüden Masse“ sprechen, die erst durch allerlei Täuschungsmanöver Lassalles an die Revolution herangeführt werden mußte? Das Gegenteil ist richtig. Die Massen waren kampfbereit, aber es fehlte die revolutionäre Arbeiterpartei, die sich an die Spitze des Kampfes hätte stellen können.

In Wirklichkeit hat Lassalle durch seine schädliche Taktik die Entwicklung der revolutionären Bewegung gehemmt, weil er die einzige damals bestehende Arbeiterorganisation an die Seite Bismarcks führte. Dabei spielt es für die historische Beurteilung Lassalles gar keine Rolle, aus welchen Erwägungen und mit welchen Absichten er dieses Bündnis einging. Thilo Ramm aber geht völlig subjektivistisch an die Beurteilung dieser Dinge heran. Unter Außerachtlassung des objektiven Inhalts und der Auswirkungen von Lassalles Programm und Taktik kommt er zu der Schlußfolgerung, daß sich die bürgerlichen

<sup>42</sup> Thilo Ramm: *Ferdinand Lassalle als Rechts- und Sozialphilosoph*, Meisenheim-Wien 1953. — Vgl. auch die Besprechung von Engelberg/Weber in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 1956, Heft 3, S. 635/636.

<sup>43</sup> Ebenda, S. 26–28. — Vgl. auch Friedrich Engels: *Briefe an Bebel*, Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 188.

<sup>44</sup> Thilo Ramm: *Ferdinand Lassalle als Rechts- und Sozialphilosoph*, S. 120.

und reformistischen Historiker eigentlich zu Unrecht auf Lassalle berufen, „da dieser Revolutionär gewesen ist“<sup>45</sup>.

Diese Auffassung steht zwar in der bürgerlichen und sozialdemokratischen Literatur ziemlich allein da, aber sie ist genausowenig haltbar wie die These von der „revolutionsmüden Masse“. Lassalle und sein ideologisches Erbe wirkten sich in den entscheidenden sechziger Jahren auf den Kampf um die nationale Einigung auf demokratischem Wege und die Herausbildung einer revolutionären politischen Massenpartei in Deutschland hemmend aus. Die revolutionären Kräfte des Proletariats mußten sich ihren Weg gegen Lassalle und den Lassalleanismus bahnen, und die revolutionäre Arbeiterpartei ist erst im Kampf gegen Lassalles Programm und Taktik entstanden. Deshalb kann die Schlußfolgerung für alle sozialdemokratischen Genossen in Westdeutschland auch nicht heißen „Zurück zu Lassalle“, sondern nur: Anwendung der unverfälschten Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus und kompromißloser Kampf gegen die militaristischen und imperialistischen Kräfte, für ein demokratisches und friedliebendes Deutschland.

<sup>45</sup> Ebenda, S. 191.

## Der Kampf in der ungarischen Arbeiterbewegung gegen den lassalleanischen Einfluß (1867-1872)

Die ungarische Arbeiterbewegung ist im Vergleich zu den Arbeiterbewegungen anderer Länder — Englands, Frankreichs, Deutschlands — verhältnismäßig spät entstanden. Unter den Verhältnissen vorerst der Türkenherrschaft und sodann der mehrere Jahrhunderte währenden Unterdrückung durch die Habsburger Monarchie konnten sich die Keime des Kapitalismus nur langsam entwickeln. Obwohl die Revolution und der Freiheitskampf von 1848/49 die feudalen Verhältnisse auch in unserem Lande erschütterten, vollzog sich der Prozeß der Herausbildung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nur langsam und qualitativ. Da sich vor 1848 eine bedeutende kapitalistische Schicht nicht herausgebildet hatte, vollzog sich die Revolution unter Führung des Kleinadels. Diese Tatsache machte von vornherein eine konsequente bürgerliche Umgestaltung unmöglich. Die Niederschlagung der Revolution und des ungarischen Freiheitskampfes durch die österreichische und internationale Reaktion aber führte dazu, daß der Feudalismus in nahezu unbeschränktem Maße konserviert wurde. Es folgten Jahre der unbeschränkten Herrschaft des habsburgischen Absolutismus. Die Konservierung des Feudalismus und der vollständige Verlust der Unabhängigkeit des Landes hemmten die Entwicklung des Kapitalismus in Ungarn in außerordentlichem Maße.

1867 sah sich die österreichische Monarchie unter dem Druck der erstarkenden Bourgeoisie, vor allem aber infolge der Niederlage im Krieg von 1866 gezwungen, zu einer Einigung mit den ungarischen herrschenden Klassen zu gelangen. Österreich-Ungarn wurde zu einer Monarchie mit zwei Metropolen: die ungarischen herrschenden Klassen entsagten endgültig der Unabhängigkeit des Landes und erhielten dafür freie Hand zur Ausbeutung der auf dem Gebiet Ungarns lebenden Minderheiten und des ganzen ungarischen werktätigen Volkes.

Diese Abmachung und die mit ihr verbundene politische Konsolidierung boten für die Entwicklung kapitalistischer Produktionsverhältnisse günstigere Möglichkeiten, doch wurde diese Entwicklung durch die abhängige Lage des Landes von Österreich und durch den nahezu unangetastet gebliebenen Großgrundbesitz noch immer stark gehemmt. Ungarn blieb trotz der verhältnismäßig schnellen Entwicklung der kapitalistischen Industrie — die allerdings bald durch die Wirtschaftskrise der siebziger Jahre unterbrochen wurde — ein Agrarland. Eine bedeutende Großindustrie entwickelte sich erst von den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts an. Aber auch noch um die



Jahrhundertwende drückte der kleingewerbliche Charakter der Industrie den Stempel auf.

Das bestimmte natürlich auch die zahlenmäßige Stärke und Zusammensetzung der ungarischen Arbeiterklasse. Die Zahl der Arbeiter war im Verhältnis zur Zahl der Gesamtbevölkerung des Landes auch noch in den siebziger und achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts verschwindend gering<sup>1</sup> und die Arbeiterbewegung dementsprechend schwach.

Obwohl die Arbeiter schon zur Zeit der Revolution und des Freiheitskampfes von 1848/49 mit selbständigen ökonomischen Forderungen aufgetreten waren und wirtschaftliche Kämpfe auch in den Jahren des Absolutismus stattfanden, gab es bis zum Ende der sechziger Jahre keine organisierte Arbeiterbewegung. Erst im Februar 1868 wurde in Ungarn die erste Arbeiterorganisation — der Allgemeine Arbeiterverein — gegründet.<sup>2</sup> Die mutigen Initiatoren dieser ersten ungarischen Arbeiterorganisation waren vorwiegend ungarische Arbeiter, die sich eine Zeitlang im Ausland aufgehalten hatten und nun, in die Heimat zurückgekehrt, die in den ökonomisch fortgeschritteneren Ländern gesammelten politischen Erfahrungen verbreiteten. Die wichtigste Lehre, die sie ihren Klassenbrüdern vermittelten, war die, daß das Proletariat eine selbständige und unabhängige Klassenorganisation braucht, um seine Interessen vertreten und für seine Befreiung kämpfen zu können. Große Hilfe bei der organisatorischen Verselbständigung der ungarischen Arbeiter erwiesen auch deutsche, österreichische und tschechische Facharbeiter, die nach Ungarn eingewandert waren.

Die starke agitatorische Wirkung, die Mitte der sechziger Jahre Ferdinand Lassalle und seine eklektizistische Theorie auf Teile der Arbeiterklasse in Deutschland und Österreich ausübte, brachte mit sich, daß auch die Vorkämpfer für eine selbständige ungarische Arbeiterbewegung zunächst und teilweise auf lange Zeit vom Lassalleanismus nachhaltig beeinflußt waren. Das spiegelte sich auch bereits in der ersten Proklamation wider, mit der der Allgemeine Arbeiterverein am 23. Februar 1868 vor die Öffentlichkeit trat.<sup>3</sup>

Die Pioniere der ungarischen Arbeiterbewegung hatten mit ungeheuren Schwierigkeiten zu kämpfen. Es galt nicht nur, sich der offenen Unterdrückungsversuche der herrschenden Klasse ständig zu erwehren, sondern auch die raffinierte Demagogie der ungarischen Bourgeoisie, die mit allen Mitteln die Arbeiter politisch irrezuführen und sich

<sup>1</sup> Sie betrug bei einer Bevölkerungszahl von 16–18 Millionen 1848 etwa 136 000, 1873 etwa 360 000, 1890 478 801, 1900 700 587. Davon arbeitete die Mehrzahl im Klein-gewerbe. Von den 360 000 Arbeitern, die es 1873 gab, waren nur 70 000 in Fabriken beschäftigt. Im Jahre 1900 arbeiteten 250 000 in Fabriken.

<sup>2</sup> Über die Anfänge der ungarischen Arbeiterbewegung vgl. Dezső Nemes: Die Geschichte des Allgemeinen Arbeitervereins 1868–1873, Budapest 1952. — Die vorliegende Studie stützt sich neben den Originalquellen hauptsächlich auf diese Arbeit.

<sup>3</sup> In dieser Proklamation hieß es u. a.: „Die Feuersäule, die uns führt, sei die Lehre Ferdinand Lassalles!“ Vgl. Arany Trombita, 27. März 1869. Zit. in: Ausgewählte Dokumente zur Geschichte der ungarischen Arbeiterbewegung, Bd. 1, Budapest 1951, S. 74.

ideologisch zu unterwerfen suchte, zu durchschauen und vor den Massen zu entlarven. Um diesen konzentrierten Angriffen der Bourgeoisie erfolgreich widerstehen zu können, war neben der selbständigen Organisation der Arbeiterklasse ihre ideologische Unabhängigkeit von höchster Bedeutung. Ideologische Klarheit aber konnte nur auf der Grundlage einer revolutionären, von allen bürgerlichen Einflüssen befreiten Weltanschauung erreicht werden. Es liegt auf der Hand, daß der Lassalleanismus diese Aufgabe nicht erfüllen konnte, daß allein die Aneignung des Marxismus die junge ungarische Arbeiterbewegung und ihre erste selbständige Organisation, den Allgemeinen Arbeiterverein, befähigen konnte, eine wahrhaft revolutionäre Klassenpolitik durchzuführen. So erklärt sich, warum die Auseinandersetzungen mit lassalleanischen Auffassungen eine der wichtigsten und für die spätere Entwicklung des Klassenkampfes außerordentlich bedeutungsvollen historischen Erscheinungen in der jungen ungarischen Arbeiterbewegung sind.

Die Verbreitung des Lasalleanismus in Ungarn, seiner schädlichen Thesen von den „Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe“, vom „ehernen Lohngesetz“ und „freien Volksstaat“, wurde nicht nur durch den unmittelbaren Einfluß der Arbeiterbewegung der benachbarten Länder, hauptsächlich Österreichs, sondern auch durch mehrere andere Faktoren gefördert, vor allem durch die Ähnlichkeiten, die sich in der Entwicklung Ungarns, Österreichs und Deutschlands zeigten. Die Entwicklung des Kapitalismus befand sich zwar in verschiedenen Stadien, aber in allen drei Ländern hemmten die feudalen Überreste die ungehinderte Entfaltung der kapitalistischen Großindustrie, und deswegen war die Arbeiterklasse überall von stark kleingewerblicher Zusammensetzung. In allen drei Ländern war das werktätige Volk, wenn auch nicht in gleichem Maße, seiner politischen Rechte beraubt. Der Pseudoparlamentarismus, obwohl er die arbeitenden Massen von der unmittelbaren Ausübung der politischen Rechte ausschloß, nährte dennoch die lassalleanische Illusion von der Schaffung des „wirklichen Volksparlaments“ und den Wunderglauben an die unbegrenzten Möglichkeiten des allgemeinen Wahlrechts.

In hohem Maße wurde die Verbreitung des Lassalleanismus dadurch gefördert, daß die Gründer und Führer des Allgemeinen Arbeitervereins deutsch sprachen und auf diese Weise die sozialistischen Ideen zum erstenmal über die in deutscher Sprache erschienenen Agitationsschriften Lassalles und durch unmittelbare Kontakte mit den österreichischen und deutschen Arbeitskameraden kennengelernt hatten.

Das Beispiel der österreichischen und deutschen Arbeiterbewegung wirkte um so stärker, als der liberale Flügel der ungarischen Bourgeoisie — die Linke der 48er und Unabhängigkeitspartei — die gleiche Stellung gegenüber der Arbeiterbewegung einnahm wie die liberale Bourgeoisie Deutschlands und Österreichs. Um die selbständige Organisation des Proletariats zu verhindern und um gegenüber der nach dem Ausgleich von 1867 sich immer mehr festigenden Regierungspartei in den Reihen der Arbeiter Unterstützung zu finden, verkündete eine

Gruppe ungarischer Liberaler, den Lehren von Schulze-Delitzsch folgend, die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Selbsthilfe der Arbeiter durch die Schaffung verschiedener Konsumgenossenschaften und Arbeitersparkassen. Da die Schulze-Delitzsch entlehnten Ideen sich mit den spontanen wirtschaftlichen Bestrebungen der auf der Anfangsstufe des Klassenbewußtseins stehenden Arbeiter trafen, konnten die bürgerlichen Liberalen vorübergehend Teile des Proletariats für sich gewinnen. Wie die deutsche und österreichische mußte auch die ungarische Arbeiterbewegung zunächst gegen die bürgerliche Bevormundung kämpfen. In Deutschland und Österreich traten in diesem Kampf zunächst die Lassalleaner hervor; sie riefen in den sechziger Jahren wieder die ersten selbständigen Klassenorganisationen der Arbeiterschaft ins Leben. Da die Kampfaufgaben gleichartig waren, folgten die Führer der ungarischen Arbeiterschaft dem Beispiel ihrer deutschen und österreichischen Arbeiterbrüder und übernahmen in diesem Zusammenhang auch viele Losungen der Lassalleaner. Zwar ist bekannt, daß sich in Deutschland seit Mitte der sechziger Jahre unter Führung von Bebel und Liebknecht eine marxistische Arbeiterpartei herauszubilden begann, doch wirkte sich dieser für die deutsche wie für die internationale Arbeiterbewegung bedeutsame historische Vorgang zunächst noch nicht unmittelbar auf die ungarische Arbeiterbewegung aus.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß sich Lassalle bei der Organisation einer selbständigen Arbeiterbewegung gewisse Verdienste erworben hat. Karl Marx drückte das 1868 in einem Brief an Schweitzer neben einer Einschätzung und Kritik der großen Fehler Lassalles folgendermaßen aus: „Nach fünfzehnjährigem Schlummer rief Lassalle — und dies bleibt sein unsterbliches Verdienst — die Arbeiterbewegung wieder wach in Deutschland.“<sup>4</sup> Und in bezug auf Ungarn können wir sagen, daß die moderne Arbeiterbewegung, die erste sozialistische Arbeiterorganisation, von den Lassalleanern geschaffen wurde. Die Leitung des Allgemeinen Arbeitervereins begann die Arbeiter zu organisieren, sie begann die Arbeiter über die Ursachen ihrer schweren Lage aufzuklären, und sie eröffnete den Kampf um die politischen Rechte des Proletariats. Als ihre Hauptaufgabe betrachtete sie die Erringung des allgemeinen Wahlrechts, der Vereins- und Versammlungsfreiheit sowie der Pressefreiheit. Für diese bürgerlich-demokratischen Forderungen mobilisierte sie die Arbeiter. So wichtig diese Forderungen waren, so waren sie doch nur ein Teil der objektiv vor der ungarischen Arbeiterbewegung stehenden Aufgaben. Die spezifisch proletarischen Aufgaben — Sturz der Ausbeuterordnung und Errichtung der Herrschaft des Proletariats sowie die Organisation der politischen und ökonomischen Tageskämpfe der Arbeiter — stellte der Allgemeine Arbeiterverein nicht. Aber diese Aufgaben zu proklamieren und wissenschaftlich zu begründen war die wichtigste Voraussetzung, um die Arbeiterbewegung

<sup>4</sup> Karl Marx/Friedrich Engels: Ausgewählte Briefe, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 246. — Vgl. zur Einschätzung Lassalles im vorliegenden Heft Hans Jürgen Friederici: Zur Einschätzung Lassalles und des Lassalleanismus in der bürgerlichen und rechtssozialdemokratischen Geschichtsschreibung, bes. S. 294/295.



zu verselbständigen und eine selbständige revolutionäre Partei des Proletariats zu schaffen. Auch in Ungarn hemmten die lassalleanischen Ansichten die Organisation einer solchen Partei.

Die Ähnlichkeiten und Übereinstimmungen zwischen der lassalleanischen Bewegung in Deutschland und dem ungarischen Allgemeinen Arbeiterverein dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß gleichzeitig wichtige Unterschiede vorhanden waren. Die Schädlichkeit der Lehre und Politik Lassalles bestand in Deutschland bekanntlich vor allem darin, daß er zwar einen Teil der Arbeiterklasse der Bevormundung durch die Bourgeoisie entzog, dafür aber mit der damals reaktionärsten Klasse, den preußischen Junkern, paktierte und die Arbeiterklasse dadurch vom notwendigen Kampf gegen den damaligen Hauptfeind, die feudalen und militaristischen Kräfte, abhielt. In Ungarn äußerte sich der lassalleanische Einfluß in anderer Weise. Wie in Deutschland verhinderte er auch in Ungarn, daß die junge Arbeiterbewegung nicht nur ihre organisatorische, sondern auch ihre politische Selbständigkeit errang. Im Gegensatz zu den Anbiederungsversuchen Lassalles an das feudale Junkertum dienten die demokratischen Forderungen des ungarischen Allgemeinen Arbeitervereins eindeutig der Herbeiführung bürgerlich-parlamentarischer Verhältnisse. Insofern kann man von gewissen progressiven Zügen des Lassalleanismus in einer bestimmten kurzen Etappe der ungarischen Arbeiterbewegung sprechen. Aber das Fehlen einer klaren proletarischen revolutionären Strategie und Taktik — bewirkt durch die unwissenschaftliche, idealistische „Theorie“ Lassalles — führte dazu, daß der Allgemeine Arbeiterverein nicht den notwendigen nächsten Schritt, die vollständige politische und ideologische Verselbständigung der Arbeiterbewegung von der Bourgeoisie, vollzog, sondern vielmehr lange Zeit in einer kompromißlerischen Politik verharrete, die den Befreiungskampf des Proletariats hemmte.

Wie bereits erwähnt, führte der Allgemeine Arbeiterverein den Kampf bloß um die bürgerlich-demokratischen Freiheiten, selbständige Arbeiterforderungen — außer der Schaffung einer Klassenorganisation der Arbeiterschaft — befanden sich nicht in seinem Programm. Der Allgemeine Arbeiterverein überschätzte stark — und das wurde auch durch die Lehren Lassalles bewirkt — die bürgerlichen Freiheiten, in erster Linie das allgemeine Wahlrecht, und unterschätzte die Rolle des wirtschaftlichen Kampfes bei der Organisation der Arbeiterklasse und bei der Steigerung ihres Klassenbewußtseins und ihrer Kampfbereitschaft. Er suchte, statt in dem um politische Freiheiten eingeleiteten Kampf das Gewicht auf die Organisation und Erziehung der Arbeiterschaft zu legen, Bundesgenossen in den Kreisen der herrschenden Klassen. Versuche, bei der ungarischen Regierung Unterstützung zu finden, scheiterten natürlich. Deshalb suchten die Führer des Allgemeinen Arbeitervereins — hauptsächlich Antal Ihrlinger vertrat diese Politik — den linken Flügel der bürgerlichen Parteien als Bundesgenossen zu gewinnen. Die politische Tätigkeit des Allgemeinen Arbeitervereins be-

schränkte sich daher am Ende der sechziger Jahre auf die Abhaltung von Volksversammlungen, in denen die Vertreter der bürgerlichen Linken die führende Rolle spielten. Diese liberalen Führer unterstützten den um die bürgerlich-demokratischen Freiheiten eingeleiteten **Kampf**, und der Arbeiterverein unterstützte sie bei der Erlangung ihrer **aktuellen politischen Ziele**.

Es ist richtig und liegt im Interesse der Arbeiterklasse, mit einzelnen fortschrittlichen bürgerlichen Parteien oder Gruppen zusammenzuarbeiten, um gewisse Forderungen zu verwirklichen. Wenn dieses zeitweilige Bündnis die führende Rolle der Arbeiterpartei sichert und nicht mit prinzipiellen Konzessionen verbunden ist, kann es die Entwicklung der proletarischen Bewegung in vieler Hinsicht fördern. Die Verbindung des Allgemeinen Arbeitervereins mit dem linken Flügel der bürgerlichen Parteien entsprach nicht diesen Bedingungen. Der damalige Entwicklungsgrad der ungarischen Arbeiterbewegung ließ das auch gar nicht zu, denn ihr fehlten noch die organisierte Kraft, die Kampferfahrung und vor allem die feste theoretische Grundlage.

Deswegen öffnete das mit den bürgerlichen Politikern der Linken geschlossene Bündnis dem bürgerlichen Einfluß Tür und Tor. So machten die Lassalleaner, wenn sie auch anfänglich die ungarische Arbeiterbewegung von der offenen, groben Form der bürgerlichen Bevormundung befreit hatten, Platz für eine andere, verfeinerte Form des bourgeoisen Einflusses, wodurch die Entwicklung der ungarischen Arbeiterbewegung für lange Jahre in falsche Bahnen gelenkt wurde.

Die Entwicklung des Allgemeinen Arbeitervereins und seines Masseneinflusses wurde auch durch andere — gleichfalls der lassalleanischen Theorie entspringende — Fehler gehemmt. Als sich der Allgemeine Arbeiterverein konstituierte, entwickelte sich in der ungarischen Arbeiterbewegung auch eine andere Richtung, die sogenannte Selbsthilfebewegung, die eine Gruppe der bürgerlichen Liberalen — wie bereits erwähnt — unter ihren Einfluß zu bringen suchte. Die Führer der Selbsthilfebewegung versuchten, die spontane wirtschaftliche Bewegung des Proletariats durch Gründung von Konsum- und Spargenossenschaften sowie Krankenunterstützungsvereinen in reformistische Bahnen zu lenken. Dieser Richtung, die das Proletariat vom Klassenkampf abzulenken suchte, wurde durch die ablehnende Haltung des Allgemeinen Arbeitervereins zu den wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiterklasse erleichtert, die Arbeiter irrezuführen. Aufgabe des Allgemeinen Arbeitervereins wäre gewesen, den spontanen wirtschaftlichen Kampf auf die Stufe der Bewußtheit zu heben und, indem er das auf die Schaffung verschiedener Unterstützungsvereine gerichtete Streben unterstützte, die Selbsthilfebewegung zu entwickelteren Formen des Kampfes um wirtschaftliche und politische Forderungen zu führen. Die Unterstützung und Führung des ökonomischen Kampfes — das war eine Aufgabe, deren Lösung den Allgemeinen Arbeiterverein nicht nur auf ideologischem und politischem, sondern auch auf organisatorischem Gebiet gestärkt hätte. Mit der Aufnahme spezifischer Arbeiterforderungen in

das Programm hätten für den Allgemeinen Arbeiterverein nicht nur die Anhänger der Selbsthilfebewegung, sondern auch jene Arbeitermassen gewonnen werden können, die einen Ausweg aus ihrer unterdrückten Lage suchten, aber diesen Ausweg weder in der Selbsthilfe noch in der lassalleanischen Staatshilfe sahen.

Die Leiter des Allgemeinen Arbeitervereins aber lehnten jeglichen wirtschaftlichen Kampf des Proletariats ab. Das war eine Folge der Theorie des lassalleanischen „ehernen Lohngesetzes“, deren praktische Auswirkungen sich in der ungarischen Arbeiterbewegung ebenso schädlich offenbarten wie in der deutschen. Wiederholt erklärten sie: „Wir werden unsererseits niemals zu Streiks, d. h. Massenarbeitseinstellungen, anspornen, denn eine Gegenüberstellung und eine nüchterne Erwägung der bei einem solchen Anlaß vorkommenden Umstände überzeugen uns davon, daß man die Arbeiterfrage keineswegs durch Streiks... lösen kann, vielmehr kann einzig und allein die Abschaffung des Lohnsystems... die endgültige Lösung vorbereiten.“<sup>5</sup>

Dieser Standpunkt der Leitung des Allgemeinen Arbeitervereins verhinderte weitgehend den Zusammenschluß und die Organisierung des Proletariats. Die Praxis der Arbeiterbewegungen der entwickelteren Länder lehrte, daß man das Proletariat anhand seiner wirtschaftlichen Interessen am leichtesten organisieren kann, zunächst nach Sparten und Berufsorganisationen, und daß man auf diesem Wege dann die Arbeiter an die politische Arbeiterpartei heranführen kann. Diesen Weg schlug Engels in seinem Brief über die Organisierung der amerikanischen Arbeiter vor. So schrieb er an Sorge: „Also mit Trade-Unions usw. muß es anfangen, wenn's Massenbewegung sein soll, und jeder weitere Schritt muß ihnen durch eine Niederlage aufgezwungen werden.“<sup>6</sup>

Die Führer des Allgemeinen Arbeitervereins erkannten nicht, welche organisatorische und politische Kraft sich in den wirtschaftlichen Bewegungen des Proletariats barg. Wenn sie auch das Zustandekommen von Organisationen der Arbeiterschaft — hauptsächlich von Selbstbildungsvereinen und Gesellenvereinen — unterstützten, so dachten sie ihnen bloß die Aufgabe zu, den Arbeitern eine Elementarbildung, handwerkliche Fertigkeiten und die von den bürgerlichen Liberalen verbreiteten sozialwissenschaftlichen Lehren zu vermitteln. So ging die politische Organisierung der Arbeiterschaft verhältnismäßig langsam vorwärts.

Die Entwicklung der ungarischen Arbeiterbewegung war also davon abhängig, ob sich in den Reihen der ungarischen organisierten Arbeiter eine Kraft, eine Gruppe herausbilden würde, die den Allgemeinen Arbeiterverein auf die Höhe seiner Aufgaben bringen würde, d. h., die den bürgerlichen Einfluß auf die Arbeiter bekämpfen und alle Anstrengungen unternehmen würde, um die politischen und wirtschaft-

<sup>5</sup> Általános Munkás Ujság, 1. Mai 1870.

<sup>6</sup> Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. a. an F. A. Sorge und andere, Stuttgart 1906, S. 329.



lichen Kämpfe der Arbeiter zu vereinigen und anzuleiten. Die weitere Entwicklung der ungarischen Arbeiterbewegung konnte also nur im Kampf gegen den Lassalleanismus erfolgen.

Die späte und gehemmte Entwicklung der ungarischen Arbeiterklasse und die verhältnismäßige Zurückgebliebenheit der Arbeiterbewegung machten es selbst den klassenbewußtesten, fortschrittlichsten Kräften des Proletariats unmöglich, auf ideologischer Ebene den Kampf gegen den Lassalleanismus aufzunehmen. Es fehlte ihnen hierzu die entsprechende marxistische Bildung, das theoretische Wissen. Die Vermischung des Lassalleanismus mit den Grundelementen der marxistischen Lehre erschwerte gleichfalls die theoretische Klärung, nicht nur in Ungarn, sondern auch in der erheblich weiter entwickelten deutschen Arbeiterbewegung. Das hatte zur Folge, daß selbst die fortgeschrittensten Arbeiter den Unterschied zwischen dem Marxismus und dem Lassalleanismus nicht klar erkannten. Der Kampf gegen den Lassalleanismus wurde in unserem Lande nicht auf theoretischem, sondern auf praktischem Gebiet geführt, die sich herausbildende Opposition kämpfte nicht gegen die lassalleianischen Ansichten, sondern gegen deren praktische Folgen. Sie kämpfte gegen die Anbiederung an die liberale Bourgeoisie und um die Anerkennung und Unterstützung der wirtschaftlichen Kämpfe des Proletariats.

Die Opposition gegen die lassalleianische Politik des Allgemeinen Arbeitervereins bildete sich nicht innerhalb des Vereins heraus, sondern entstand als selbständige Organisation. Im August 1869 — fast zur gleichen Zeit, da der Eisenacher Kongreß tagte — konstituierte sich der Pest-Budaer Arbeiterbildungsverein. Er wählte zwar noch einen bürgerlich-liberalen Politiker, Ede Horn, zu seinem provisorischen Präsidenten, aber der Versuch der bürgerlichen Kräfte, diese Arbeiterorganisation vollständig in die Hand zu bekommen, gelang nicht. Schon auf der konstituierenden Generalversammlung der neuen Organisation stellte sich heraus, daß die fortgeschrittensten Arbeiter nicht geneigt waren, sich der Führung der Bourgeoisie zu unterwerfen, und nicht willens waren, die Arbeiterbewegung allein auf Selbsthilfe im bürgerlichen Sinne zu beschränken.

In der Debatte, die sich in der Gründungsversammlung über die Frage „Selbsthilfe oder Staatshilfe“ entwickelte, legte der Metallarbeiter Antal Stróbl den Standpunkt der fortgeschrittensten Arbeiter dar. Aus den Worten Stróbls geht hervor, daß diese Gruppe der Arbeiter unter dem Ausdruck „Selbsthilfe“ nicht bloß das auf die Gründung verschiedener Hilfsvereine und Sparkassen gerichtete Streben, sondern den Kampf gegen das Kapital in allen Formen, darunter auch den politischen Kampf verstand. Der Ausdruck „Selbsthilfe“ bedeutete bei der von Stróbl vertretenen Gruppe Kampf um ein selbständiges Auftreten des Proletariats. Oder mit anderen Worten: diese Arbeiter verfochten bereits den Gedanken, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann. Stróbl trat für die Vereinigung aller Arbeiterorganisationen zu einer selbständigen sozialistischen

Organisation ein, die im Interesse des Proletariats den wirtschaftlichen und politischen Kampf gegen die Ausbeutung und Unterdrückung führt.

Obwohl die fortgeschrittenste Arbeitergruppe den richtigen Weg beschritt, sah sie nicht klar die vor der Arbeiterbewegung stehenden Aufgaben und konnte sie auch nicht sehen, da sie die Lehren des Marxismus damals noch nicht kannte. Später gingen aus dieser Gruppe die Begründer der marxistischen Arbeiterpartei Ungarns hervor.

Ein großer Teil der an der konstituierenden Versammlung teilnehmenden Arbeiter begriff damals die Worte Stróbls noch nicht. Die Versammlung wählte Ede Horn zum provisorischen Präsidenten des Arbeiterbildungsvereins und nahm Satzungen an, in denen keine Forderungen politischen Charakters enthalten waren.

Nachdem mit Hilfe Ede Horns bei der Regierung eine schnelle Genehmigung der Satzungen erwirkt worden war — was durchaus nicht schwer war, hatte doch die Regierung schon begriffen, daß eine unter bourgeois-liberaler Führung stehende Arbeiterorganisation keine Gefahr für die bestehende gesellschaftliche „Ordnung“ darstellte —, trat schon Ende August 1869 die Generalversammlung zur Wahl der ordentlichen Leitung zusammen. Wie schnell der Kampf um politische Rechte in den Reihen der Mitgliedschaft populär geworden war, zeigte das Ergebnis der Präsidentenwahl: zum definitiven Präsidenten wurde nicht der Liberale Horn, sondern der Arbeiter Stróbl gewählt.

Von großer Wirkung auf die Entwicklung des Pest-Budaer Arbeiterbildungsvereins war ein wichtiges Ereignis in der internationalen Arbeiterbewegung, der Kongreß zu Eisenach, auf dem die marxistische Richtung in der deutschen Arbeiterbewegung sich als selbständige Organisation, als Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands, konstituierte. Von der großen Bedeutung des Eisenacher Kongresses sowie der Anziehungskraft der marxistischen Lehren zeugt die Tatsache, daß der Arbeiterbildungsverein die Eisenacher Partei als Beispiel und Vorbild ansah, ja sich selbst als „Eisenacher Richtung“ bezeichnete. Er sympathisierte vor allem deshalb mit der Eisenacher Partei, weil diese im Gegensatz zum Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein den ökonomischen Kampf des Proletariats nicht ablehnte. Die fortgeschrittensten Mitglieder des Arbeiterbildungsvereins wurden durch das Programm der Eisenacher Partei in ihren richtigen Bestrebungen, die ökonomischen Kämpfe der Arbeiter zusammenzufassen und auf ein Ziel zu lenken, bestärkt. Ein Führer des dem Arbeiterbildungsverein feindlich gegenüberstehenden Allgemeinen Arbeitervereins, Zsigmond Politzer, erklärte auf seine Weise, welche große Autorität die Eisenacher Partei in Ungarn und speziell beim Arbeiterbildungsverein genoß. Er schrieb: „Der neue Verein (gemeint ist der Arbeiterbildungsverein. — E. S.-V.) hat die auf das Gebiet der Selbsthilfe gerichteten Bestrebungen durchaus nicht ausgeschlossen und, um dies vor den sozialistisch gesinnten Arbeitermassen zu rechtfertigen, sich in das Ansehen des Eisenacher Kongresses gehüllt.“<sup>7</sup>

<sup>7</sup> Ausgewählte Dokumente zur Geschichte der ungarischen Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 60.

Obwohl der Arbeiterbildungsverein noch nicht als marxistische Partei anzusehen war, hatte er schon durch die bloße Tatsache seiner Existenz der lassalleanischen Richtung einen Schlag versetzt. Seine Gründung bewies, daß sich in der Arbeiterklasse gegen die praktischen Folgen des Lassalleanismus ein organisierter Widerstand herausbildete. Wenn diese Organisation auch noch nicht fähig war, den lassalleanischen Einfluß in Ungarn in prinzipiellen Diskussionen zu besiegen, so wies sie doch durch ihre Existenz, durch ihre Agitation und praktische Arbeit, durch ihre Entwicklung im Geiste des proletarischen Internationalismus der ganzen ungarischen Arbeiterbewegung den Weg, wie der Lassalleanismus überwunden und eine richtige Arbeiterpolitik betrieben werden konnte.

Während sich der Arbeiterbildungsverein die wirtschaftlichen Forderungen des Eisenacher Programms zu eigen machte und nach kurzer Zeit unter dem Einfluß der I. Internationale das Eisenacher Programm insgesamt annahm, verschloß sich der Allgemeine Arbeiterverein auch noch nach dem Eisenacher Kongreß dem Kampf um wirtschaftliche Forderungen. Die Mitglieder des Arbeiterbildungsvereins zogen daher bis zu einem gewissen Grade mit Recht eine Parallele zwischen dem deutschen und dem ungarischen Allgemeinen Arbeiterverein sowie zwischen ihrer eigenen Organisation und der Eisenacher Partei. Selbst Zsigmond Politzer mußte das zugeben. In seiner schon vorhin zitierten Schrift hob er hervor: „Die sich in Deutschland herausentwickelnde Eisenacher Richtung hat die Existenzberechtigung des neuen Arbeiterbildungsvereins unterstützt.“<sup>8</sup>

Der Pest-Budaer Arbeiterbildungsverein konnte aber um diese Zeit noch nicht den Anspruch erheben, die gleiche Rolle in Ungarn zu spielen wie die Eisenacher Partei in Deutschland. Um dieses Ziel zu erreichen, mußten sich vor allem seine Führer mit den marxistischen Lehren vertraut machen und die Mitglieder zum aktiven Kampf um die Erfüllung der politischen und wirtschaftlichen Forderungen erziehen. Erst wenn diese Aufgabe gelöst war, konnten sie in Ungarn die Rolle ausfüllen, die die Eisenacher Partei in Deutschland bei der Verbreitung der Lehren des Marxismus, bei der Bekämpfung der lassalleanischen Anschauungen spielte. Bei dieser Entwicklung des Arbeiterbildungsvereins zu einer marxistischen Partei leisteten in der zweiten Hälfte des Jahres 1869 die I. Internationale und deren ungarische Mitglieder entscheidende Hilfe.

1869 waren in Ungarn bereits drei Sektionen der I. Internationale tätig: die Pester, die Pozsonyer und die Temesvárer. Mit der Leitung der Sektionen betraute der Generalrat der Internationale Károly Farkas, der geschulteste und aktivste Vertreter des Marxismus in Ungarn. Der Metallarbeiter Károly Farkas hatte sich im Ausland mit den marxistischen Lehren vertraut gemacht und wurde in Genf Mitglied der Internationale. Er kannte einzelne Publikationen der Internationalen Arbeiterassoziation sowie das „Kommunistische Manifest“, Marx' Arbeit über den „Kommunistenprozeß zu Köln“ und andere marxistische

<sup>8</sup> Ebenda.



Schriften. Er besaß alle Voraussetzungen, um in Ungarn zum Initiator der marxistischen Arbeiterbewegung zu werden.

Károly Farkas arbeitete zuerst in Temesvár, wo er die Sektion der I. Internationale organisierte und die Bewegung der Temesvárer Arbeiter leitete. Im Sommer 1869 kam er nach Pest, vermutlich in der Absicht, die Pester Sektion zu stärken. Er wurde in Pest nicht Mitglied des weit größeren Allgemeinen Arbeitervereins, sondern trat dem Arbeiterbildungsverein bei. Seiner Tätigkeit ist es zu danken, daß der Arbeiterbildungsverein sich zu einer wirklich sozialistischen Organisation zu entwickeln begann.

Károly Farkas gewann zunächst die Leitung des Vereins für die Ideen der Internationale. Antal Stróbl, Károly Eisel und andere Führer wurden in kurzer Zeit Mitglieder der Internationalen Arbeiterassoziation und vertraten die Lehren des Marxismus. Große Sorgfalt verwandte Károly Farkas darauf, den Mitgliedern des Vereins die Ziele der Internationale nahezubringen. In einer Nummer des „Vorbote“ schrieb er über seine Tätigkeit: „Vor einigen Wochen ergriff ich auf der Monatsversammlung des Arbeiterbildungsvereins das Wort, oder richtiger: wurde ich gebeten, das Wort zu ergreifen. Ich hielt es für zweckmäßig, ausschließlich über die Tätigkeit unseres Verbandes (der Internationale) einen Vortrag zu halten, und so sprach ich über seinen Zweck und seine Grundprinzipien, über seine Bildung und weitere Entwicklung, über seinen Wert, seinen Inhalt und seine Macht, mit einem Wort über alles, was ich bisher auf Grund meiner unmittelbaren Verbindung kennenlernte und wußte. Seitdem ich die Fragen des ‚Wie, Wann und Aber‘ entsprechend dargelegt habe, ist in der Denkweise, den Gefühlen und den Handlungen der Mitglieder des Vereins eine völlige Änderung eingetreten.“<sup>9</sup>

Károly Farkas beurteilte die Wirkung richtig, die die Wahrheit der marxistischen Lehren, die Berichte über die Ziele und die Tätigkeit der Internationale auf die Mitglieder des Arbeiterbildungsvereins ausübten. Der schon auf hohem Niveau stehenden Aufklärungsarbeit Farkas' und der Anziehungskraft der marxistischen Lehren war es zu danken, daß der Arbeiterbildungsverein sich im Mai 1870 offen der I. Internationale anschloß und damit dem Beispiel der Eisenacher Partei folgte.

Der Einfluß der I. Internationale kam um diese Zeit auch im Allgemeinen Arbeiterverein kraftvoller zur Geltung. Einige Führer des Arbeitervereins gehörten schon früher der Internationale an, doch waren sie noch stark vom Lassalleanismus beeinflusst. Die Mitglieder des Arbeiterbildungsvereins strebten danach, den Einfluß der Internationale auch im Allgemeinen Arbeiterverein zu stärken. Károly Farkas hatte zum Allgemeinen Arbeiterverein die engsten Verbindungen und entwickelte eine intensive Agitations- und Erziehungsarbeit. Er verhalf

<sup>9</sup> Vorbote, 10. Februar 1870. Zit. in: Dezső Nemes: Die Geschichte des Allgemeinen Arbeitervereins 1868–1873, S. 86.

z. B. den Mitgliedern des Vereins zu den Publikationen der Internationale.

Für die Verstärkung der Kontakte des Allgemeinen Arbeitervereins mit der Internationale war der Aufenthalt des deutschen Sozialdemokraten Friedrich Wilhelm Raspe in Ungarn sehr bedeutsam. Raspe war anfangs Lassalleaner gewesen, gehörte zu dieser Zeit aber bereits zu den Anhängern von Marx. Über seine Tätigkeit berichtete der ungarische Innenminister an das österreichisch-ungarische Außenministerium folgendes: „Im Sommer 1869 ebte die Arbeiterbewegung sichtlich ab. Aber im Herbst kam Friedrich Wilhelm Raspe aus Wien herüber und machte die Arbeiter durch die lebhafteste Agitation neuerdings mobil. Er gründete hier geheime Arbeiterklubs und schuf zwischen den hiesigen Arbeitern sowie den deutschen und den schweizerischen Arbeiterparteien enge Beziehungen. So brachte er Ihrlinger (einen Führer des Allgemeinen Arbeitervereins. — E. S.-V.) mit den Mitgliedern des Braunschweiger Parteiausschusses, Bracke, Bonhorst und Geib, sowie Essl (gleichfalls ein Führer des Allgemeinen Arbeitervereins. — E. S.-V.) in Leipzig mit Bebel und Liebknecht zusammen. . . . Der Pester Aufenthalt Raspes war mit bedeutsamen Folgen verbunden, denn er verstand es, bei den Arbeitern das Gefühl eines solidarischen Vorgehens mit den extremen Richtungen in Deutschland und Frankreich zu wecken.“<sup>10</sup>

Raspe schuf während seines Aufenthaltes in Ungarn einen engeren Kontakt zwischen den Mitgliedern der Internationale und den Leitern des Allgemeinen Arbeitervereins. Dieser Kontakt führte dazu, daß der lassalleanische Einfluß in gewissem Maße zurückgedrängt wurde, ohne daß jedoch die Führer des Allgemeinen Arbeitervereins mit ihren falschen Ansichten und ihrer schädlichen Praxis vollständig gebrochen hätten. Gerade in den beiden wichtigsten Fragen, der Beseitigung des bürgerlichen Einflusses und der Stellung zu den ökonomischen Kämpfen, trat auch in dieser Zeit noch keine Änderung ein.

Ende 1869 und Anfang 1870 belebte sich die ungarische Arbeiterbewegung. Anfang 1870 gab es in mehreren Berufszweigen Streiks, und die Bestrebungen der Arbeiter, sich zu organisieren, wurden stärker. Der Aufschwung der Arbeiterbewegung und die Tätigkeit Friedrich Wilhelm Raspes führten dazu, daß im Frühjahr 1870 die Frage der Vereinigung beider Arbeiterorganisationen aufgeworfen wurde. Die Diskussionen um die Vereinigung ließen die theoretischen und ideologischen Gegensätze zwischen dem Arbeiterbildungsverein und dem Allgemeinen Arbeiterverein noch klarer zutage treten. Im Allgemeinen Arbeiterverein gab es noch viele Führer und Mitglieder, die sich jeder Form der sogenannten Selbsthilfe, d. h. des wirtschaftlichen Kampfes, schroff widersetzen. Diese Gruppe war auch nicht geneigt, die Existenzberechtigung eigener Hilfsorgane der Arbeiter anzuerkennen, und griff

<sup>10</sup> Landesarchiv, Akten des Ministerpräsidiums, 1871—VI.—1066. Zit. in: Ausgewählte Dokumente zur Geschichte der ungarischen Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 196.

daher die im April 1870 geschaffene Allgemeine Arbeiterkranken-, -unterstützungs- und -invalidenkasse, die der Arbeiterbildungsverein unter der Führung von Károly Farkas organisiert hatte, an. Diese Institution, die die in Ungarn vollkommen fehlende Arbeitersozialversicherung ersetzen wollte, war nicht nur für die Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter und für die Unterstützung der kranken und invaliden Arbeiter von Nutzen, sondern spielte als unter Arbeiterselbstverwaltung stehende Institution auch bei der Erziehung des Proletariats und bei der Verbreitung der sozialistischen Ideen eine bedeutende Rolle. Mit ihren Angriffen auf diese Institution vertieften die Führer des Allgemeinen Arbeitervereins die Gegensätze zum Arbeiterbildungsverein und verhinderten die Vereinigung. In entscheidendem Maße trug dazu auch die Haltung des Präsidenten des Allgemeinen Arbeitervereins, Mihály Táncsics<sup>11</sup> bei, der bei der Regierung um finanzielle Unterstützung für den Allgemeinen Arbeiterverein ersuchte.

Die Mitglieder des Arbeiterbildungsvereins — aber auch selbst des Allgemeinen Arbeitervereins — waren über das Ansuchen um eine Staatshilfe empört. Die Führung des Allgemeinen Arbeitervereins sah sich daher gezwungen, den alten Táncsics zur Niederlegung seiner Präsidentenwürde zu veranlassen. Trotzdem kam die Vereinigung nicht zustande. Jedoch trugen die Debatten, die sich um die Vereinigung der beiden Arbeiterorganisationen entwickelten — wenn sie damals auch noch zu keinem greifbaren Ergebnis führten — dazu bei, die Schädlichkeit der lassalleanischen Ansichten vor den Arbeitern zu entlarven. Sie führten dazu, daß die Mitglieder des Allgemeinen Arbeitervereins sich auch selbst gegen die Folgen der lassalleanischen Dogmen zu wenden begannen. Als Aufgabe blieb also bestehen, die Vereinigung im Ergebnis des siegreichen Kampfes gegen den Lassalleanismus auf dem Boden des Marxismus zustande zu bringen.

Der Aufschwung in der internationalen Arbeiterbewegung im Jahre 1870 begünstigte die Verbreitung der marxistischen Lehren, stärkte den Einfluß der Internationale in den Reihen des Allgemeinen Arbeitervereins und trug dazu bei, die lassalleanischen Anschauungen zurückzudrängen. Im März 1870, also kurz vor Ausbruch des deutsch-französischen Krieges, nahm auch in Ungarn die Aktivität des politischen Lebens zu. Auf Initiative der Mitglieder der Internationale, vor allem Károly Farkas', und der Leitung des Arbeiterbildungsvereins wurde einige Zeit später in Budapest eine Volksversammlung einberufen, um

<sup>11</sup> Mihály Táncsics, ein revolutionärer Demokrat, spielte in der Revolution und im Freiheitskampf von 1848 als Führer des plebejisch-demokratischen Flügels eine bedeutende Rolle. Die ungarische Arbeiterklasse hatte Táncsics als einen aufrichtigen Vertreter der Interessen des werktätigen Volkes ins Herz geschlossen. Der alte Táncsics konnte aber auch nach 1848 nicht über den revolutionären Demokratismus hinausgelangen, konnte sich die Lehren des Marxismus nicht mehr zu eigen machen. Es war von den Führern des Allgemeinen Arbeitervereins ein Fehler, daß sie Táncsics, statt sich auf ein Bündnis mit ihm zu beschränken, zum Präsidenten des Vereins wählten, obwohl der alte Revolutionär zu wiederholten Malen seine mit den Zielen der sozialistischen Arbeiterbewegung durchaus nicht übereinstimmenden Ansichten zum Ausdruck brachte.



gegen das Terrorurteil im Prozeß gegen die Wiener Arbeiterführer zu protestierten und zugleich gegen den dynastischen Krieg Preußen-Deutschlands und Frankreichs Stellung zu nehmen. Die Volksversammlung, deren großer Erfolg vom Erstarken der Arbeiterbewegung zeugte, war nicht nur deshalb von Bedeutung, weil sie den richtigen, vom proletarischen Internationalismus bestimmten Standpunkt der organisierten Arbeiter Ungarns gegenüber dem Deutsch-Französischen Krieg widerspiegelte, sondern auch deshalb, weil zum erstenmal in Ungarn die Arbeiter selbständig zu den wichtigsten Fragen der Außenpolitik Stellung nahmen und die wahren Interessen der Nation zum Ausdruck brachten.

Die Volksversammlung zeugte auch von der inneren Festigung der Arbeiterbewegung. Auf Initiative des Arbeiterbildungsvereins wurde die Versammlung — und kurz darauf auch andere Aktionen — von den beiden Arbeiterorganisationen gemeinsam organisiert und gemeinsam einberufen. Es war seit langer Zeit die erste Versammlung in Ungarn, die dank der Zusammenarbeit der beiden Arbeiterorganisationen und nicht mit Unterstützung der liberalen Bourgeoisie abgehalten wurde. Die Initiative des Arbeiterbildungsvereins ebnete den Weg zu einem selbständigen Auftreten des Proletariats und war ein erfolgreicher Schritt im Kampf gegen den bürgerlichen Einfluß.

Die erfolgreichen Anfänge einer Zusammenarbeit der beiden Organisationen setzten die Vereinigungsfrage erneut auf die Tagesordnung. Die ungarische Regierung verfolgte die Entwicklung der Arbeiterbewegung mit immer größerer Besorgnis. Sie leitete gegen den Arbeiterbildungsverein ein Verfahren ein, um dessen revolutionäre Tätigkeit zu unterdrücken und die Vereinigung der beiden Organisationen zu verhindern.

Die Repressalien gegen den Arbeiterbildungsverein und die Vereinigungsbestrebungen schüchterten die Leitung des Allgemeinen Arbeitervereins ein und warfen ihn in seiner ideologischen Entwicklung zurück. Der Arbeiterverein beschritt wieder den Weg des Bündnisses mit den bürgerlich-liberalen Kräften. Das zeigte die gemeinsam mit den linken Liberalen im Dezember 1870 veranstaltete Arbeiterversammlung. Im Mittelpunkt der Beratungen dieser Volksversammlung stand der preußisch-deutsche Eroberungskrieg gegen die französische Republik. Die bürgerliche Linke in Ungarn unterstützte um diese Zeit die französische Republik gegen die preußischen Eroberer. Sie nahm eine fortschrittliche, demokratische Stellung ein, die jedoch weit entfernt von der Stellungnahme des internationalistischen Proletariats war. Die Entschließung der Versammlung stellte fest, daß sich der Charakter des Krieges geändert hatte, und verurteilte die Annexion Elsaß-Lothringens, identifizierte aber die Regierung Thiers mit dem französischen Volk und forderte die ungarische Regierung zu ihrer Unterstützung auf. Zu dieser Stellungnahme hatte die ungarische bürgerliche Linke ihre Angst vor der zunehmenden Stärke des französischen Proletariats bewogen. Der Allgemeine Arbeiterverein protestierte also zu Recht gegen

den annexionswütigen preußischen Militarismus, beging aber einen schweren Fehler, als er seine politische Selbständigkeit aufgab und — selbst in Illusionen über den Klassencharakter der republikanischen französischen Regierung befangen — die bürgerlichen Linken bei der Verteidigung der volksverräterischen Regierung Thiers unterstützte.

Die Rückkehr des Allgemeinen Arbeitervereins zur Politik der Anpassung an das liberale Bürgertum löste nicht nur in den Reihen des Arbeiterbildungsvereins Protest aus, sondern stieß auch in den Reihen des Allgemeinen Arbeitervereins selbst auf eine Opposition. Diese oppositionelle Bewegung wurde jedoch durch das Verbot des Arbeiterbildungsvereins im Dezember 1870 durch die Regierung nicht wirksam. Mit der Zwangsauflösung des Arbeiterbildungsvereins verlor sie ihre Stütze. Während die Regierungsorgane keine Einwände dagegen erhoben hatten, daß der Allgemeine Arbeiterverein sich mit dem linksgerichteten Bürgertum verbündete, antworteten sie auf die vom Geist des proletarischen Internationalismus erfüllten Bestrebungen des Arbeiterbildungsvereins mit Repressalien und Verboten. Das war für die klassenbewußten Arbeiter der beste Beweis, daß allein die Politik des Arbeiterbildungsvereins wirklich den Interessen des Proletariats entsprach.

Die Führung des Allgemeinen Arbeitervereins geriet immer stärker in die Hände der bürgerlich-demokratischen Intellektuellen, die sich ihm kurz zuvor angeschlossen hatten. Anfang 1871 bildete sich innerhalb des Allgemeinen Arbeitervereins eine „Fachabteilung der Geistesarbeiter“ heraus, der hauptsächlich junge Intellektuelle angehörten. Die „Fachabteilung“ vertrat die Meinung, daß die Arbeiterpartei nicht von Arbeitern, sondern von den geschulten, mit ideologischen Kenntnissen gewappneten Intellektuellen geführt werden müsse. Diese Ansichten vertrat auch, wie Karl Marx in einem Brief an Friedrich Engels vom 9. April 1863 sarkastisch einschätzte, Ferdinand Lassalle: „... die Arbeiter müssen für *allgemeines Wahlrecht* agitieren und dann Leute wie ihn ‚mit der blanken Waffe der Wissenschaft‘ in die Abgeordneten-kammer schicken.“<sup>12</sup>

Die Politik der „Fachabteilung der Geistesarbeiter“ (binnen kurzer Zeit wurden alle ihre Mitglieder in die Leitung des Vereins gewählt) führte dazu, daß sich der bürgerlich-liberale Einfluß auf die Arbeiterklasse noch mehr verstärkte. So wurde der Verein zum Träger jener Petitionskampagne, die die ungarischen linken Liberalen im Frühjahr 1871 mit materieller Unterstützung des französischen Gesandten in Wien gegen die Annexion Elsaß-Lothringens ins Leben riefen. Verstärkt bemühte man sich um die Unterstützung der Regierung: am 11. Februar 1871 veranstaltete die Leitung des Allgemeinen Arbeitervereins einen Ball, zu dem auch die Mitglieder der Regierung eingeladen wurden. Der Präsident des Vereins, Antal Strausz, bat die Regierung sogar um

<sup>12</sup> Karl Marx/Friedrich Engels: Ausgewählte Briefe, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 169.

finanzielle Unterstützung des Allgemeinen Arbeitervereins, eine Bitte, der auch aus naheliegenden Gründen entsprochen wurde.

Diese durch und durch opportunistische Politik führte bereits bei einem Teil der Mitglieder, ja sogar der Leitung zur Herausbildung einer Opposition. Ihr Kampf wurde vom Arbeiterbildungsverein unterstützt, der nach dem behördlichen Verbot teils illegal, teils aber im Rahmen der Krankenkasse tätig war. Die revolutionären, internationalistischen Arbeiter fanden sich auch nach dem Verbot zu illegalen Konferenzen und Treffen zusammen. Sie traten auch in den Versammlungen des Arbeitervereins auf und waren bemüht, die von kleinbürgerlichem Geist erfüllten Debatten in kämpferische, sozialistische Kundgebungen zu verwandeln.

Die internationale Entwicklung erleichterte diesen Kampf. Im März 1871 errichteten die Pariser Arbeiter die erste Diktatur des Proletariats der Welt, die Pariser Kommune. Die Pariser Kommune, die auch ein Ausdruck des Aufschwungs der internationalen Arbeiterbewegung war, trug zur weiteren Belebung der europäischen Arbeiterbewegung bei. Die Nachricht von dem heldenhaften Kampf der Kommunarden erfüllte auch die ungarischen Arbeiter mit Freude und Stolz und spornte sie zum kraftvollen Kampf um ihre eigenen Forderungen an. Im Frühjahr 1871 wurde Budapest von einer Streikwelle überflutet, und bald darauf trat auch die Arbeiterschaft mehrerer Provinzstädte in den Streik. Die Streikenden gedachten überall ihrer französischen Brüder, deren Beispiel sie in ihrem eigenen Kampf anfeuerte.

Die Pariser Kommune hatte auch auf den Allgemeinen Arbeiterverein große Wirkung. Die Tatsache, daß in Paris die Arbeiter die Macht erobert hatten, stärkte das Selbstbewußtsein und die Kraft der Arbeiterbewegung. Die Kundgebungen der Budapester Arbeiter veranlaßten die Führer des Allgemeinen Arbeitervereins, auf das kampfbereite Proletariat gestützt, den Kampf um die bürgerlich-demokratischen Freiheiten verstärkt fortzusetzen. Zur Zeit der Pariser Kommune wurden die Beziehungen der Internationale sowie der deutschen und der österreichischen Arbeiterbewegung zum Allgemeinen Arbeiterverein wieder enger. Sein Organ, „Brüderlichkeit“, veröffentlichte Berichte französischer Sozialisten und übernahm auch einige wichtige Nachrichten aus der internationalen Arbeiterpresse. Zu dieser Zeit trafen in Ungarn mehrere österreichische sozialistische Agitatoren ein, die die Führer des Allgemeinen Arbeitervereins ermutigten, dem Beispiel der sozialistischen Arbeiterbewegung der entwickelteren Länder zu folgen.

Die Führer des Allgemeinen Arbeitervereins näherten sich zu dieser Zeit wieder den Mitgliedern des Arbeiterbildungsvereins. Es kam erneut zu gemeinsamen Aktionen der beiden Organisationen. Der Allgemeine Arbeiterverein und der Arbeiterbildungsverein organisierten gemeinsam die große politische Kundgebung zur Befreiung der anläßlich des Schneiderstreiks verhafteten Arbeiter.



Die mit der bisherigen Leitung unzufriedenen Mitglieder des Allgemeinen Arbeitervereins führten um diese Zeit einen heftigen Kampf gegen die Kapitulationspolitik ihrer Führer vor der liberalen Bourgeoisie. In kurzer Zeit gelang es ihnen, den zuvor starken Einfluß der „Fachabteilung der Geistesarbeiter“ zurückzudrängen. Erleichtert oder sogar erst ermöglicht wurde das durch den Anschluß verschiedener neuer proletarischer Kräfte an den Allgemeinen Arbeiterverein. Diese Entwicklung führte dazu, daß die neu gebildete Fachvereinsabteilung, der mehrere Mitglieder des Arbeiterbildungsvereins und auch Károly Farkas angehörten, die Führung im Allgemeinen Arbeiterverein übernahm. Da die meisten Organisationen, die sich dem Arbeiterverein in dieser Zeit anschlossen, eigene Hilfs- und Unterstützungsvereine hatten, sah sich die Leitung des Allgemeinen Arbeitervereins gezwungen, die Hilfsvereine, ja sogar die lange bekämpfte Krankenkasse anzuerkennen. Ebenfalls erkannte sie nun, vor allem durch die großen Streikkämpfe im März 1871 überzeugt, den Wert der wirtschaftlichen Kämpfe und die Notwendigkeit ihrer Verbindung mit dem politischen Kampf an. Das war ein großer Sieg der revolutionären Richtung über die lassalleanischen Lehren.

Von der kämpferischen Haltung der ungarischen organisierten Arbeiter zeugt die im Juni 1871 gemeinsam von beiden Arbeiterorganisationen veranstaltete große Kundgebung zum Gedenken der Märtyrer der Pariser Kommune. Mit der Revolutionierung des Allgemeinen Arbeitervereins begann sich die Möglichkeit herauszubilden, die Einheit der organisierten Arbeiter auf der prinzipiellen Grundlage des Programms der Internationale herzustellen. Die der Niederschlagung der Pariser Kommune folgende allgemeine Terrorwelle, die auch die ungarische Arbeiterklasse nicht verschonte, verhinderte jedoch die Verwirklichung dieser Einheit. Die Regierung leitete gegen den Allgemeinen Arbeiterverein einen Prozeß ein und verbot schließlich die weitere Tätigkeit des Allgemeinen Arbeitervereins.

Die revolutionären Kräfte in der ungarischen Arbeiterbewegung erzielten also — obwohl sie ihren Kampf nicht auf prinzipiell-theoretischem, sondern nur auf praktischem Gebiet führten — Anfang der siebziger Jahre bei der Zurückdrängung des lassalleanischen Einflusses große Erfolge. Die marxistischen Lehren verbreiteten sich nicht nur in den Reihen der dem Arbeiterbildungsverein angeschlossenen Arbeiter, sondern auch im Allgemeinen Arbeiterverein. Die ungarische Arbeiterbewegung und ihre Organisation beschritten in zunehmendem Maße den Weg der politischen Verselbständigung.

Zu Beginn der siebziger Jahre gelang es, den bürgerlichen Einfluß auf die Arbeiterbewegung in starkem Maße zurückzudrängen. Zur Zeit der Pariser Kommune übernahmen die fortgeschrittensten Arbeiter im Allgemeinen Arbeiterverein die Führung und vertraten eine Politik im Interesse der Arbeiterklasse. Sie brachen mit der der Theorie des lassalleanischen „ehernen Lohngesetzes“ entspringenden Geringschätzung der wirtschaftlichen Kämpfe und der gewerkschaftlichen Organi-

sationen. Diese Entwicklung des Allgemeinen Arbeitervereins erleichterte die Schaffung einer sozialistischen Massenpartei in Ungarn. Die Arbeiterbewegung näherte sich, nicht zuletzt durch die Hilfe der internationalen Arbeiterbewegung, immer mehr dem Niveau der marxistischen Kräfte in der österreichischen und deutschen Arbeiterbewegung an.

Der Kampf gegen den Lassalleanismus führte aber in unserem Lande zu keinem vollen Erfolg. Wenn auch der fortgeschrittenste Flügel der Arbeiterbewegung einen erfolgreichen Kampf gegen die praktischen Folgen des Lassalleanismus führte — die opportunistische Ideologie selbst wurde nicht prinzipiell zerschlagen. Das hatte für die Entwicklung der ungarischen Arbeiterbewegung sehr nachteilige Folgen. Die irrigten lassalleanischen Thesen vermischten sich mit richtigen marxistischen Ansichten, und wenn auch ein Teil der ersteren im Laufe der Zeit überwunden wurden, so verwirrten doch auch noch in späteren Jahren Reste des Lassalleanismus das Bewußtsein der organisierten Arbeiter und führten zeitweise zu einer opportunistischen Politik.

Als Anfang der siebziger Jahre der Allgemeine Arbeiterverein verboten wurde, war der erste Abschnitt des Kampfes gegen den lassalleanischen Einfluß abgeschlossen. Gegen die Überreste des Lassalleanismus und den sich hieraus nährenden Opportunismus mußte der revolutionäre Flügel der ungarischen Arbeiterbewegung noch lange Jahrzehnte kämpfen. In den achtziger Jahren wurde dieser Kampf von der Gruppe der radikalen Sozialisten Ungarns und später von der revolutionären Richtung innerhalb der 1890 gebildeten Sozialdemokratischen Partei Ungarns geführt. Diese oppositionellen Gruppen aber erkannten — obwohl sie den Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus nahestanden — nicht immer in voller Klarheit die vor der ungarischen Arbeiterbewegung stehenden Aufgaben und besaßen auch nicht die entsprechende theoretische Schulung, um prinzipiell gegen die opportunistische Verzerrung der marxistischen Lehren zu kämpfen. Der organisierte und konsequente Kampf um die Reinheit der marxistischen Lehren, um die revolutionäre Führung der Arbeiterbewegung erhielt eine neue Qualität, als die revolutionären Kräfte der ungarischen Arbeiterbewegung die Ungarische Kommunistische Partei schufen. Die Kommunistische Partei führte die ungarische Arbeiterklasse zum Siege und kämpft auch heute in brüderlicher Gemeinschaft mit allen kommunistischen und Arbeiterparteien der Welt gegen jede Entstellung der marxistischen Lehren.

OTTO BRAUN

## Zur Herausgabe der Werke W. I. Lenins in deutscher Sprache

Beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik findet auch eine tiefgreifende sozialistische Umwälzung der Ideologie statt, die zur Herausbildung des neuen, sozialistischen Bewußtseins führt. Das ist ein notwendiger, gesetzmäßiger gesellschaftlicher Prozeß. Er vollzieht sich auf der Grundlage der neuen sozialökonomischen Verhältnisse und politischen Bedingungen und wird durch die Partei der Arbeiterklasse mit Hilfe der Arbeiter-und-Bauern-Macht und der gesellschaftlichen Organisationen bewußt gelenkt und geleitet.

Von größter Bedeutung für die ideologische und politische Erziehung nicht nur der Parteimitglieder, sondern auch der Volksmassen ist die Propagandaarbeit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in deren Mittelpunkt das Studium des dialektischen Materialismus und seine richtige Verbindung mit den Aufgaben auf allen Gebieten des sozialistischen Aufbaus stehen, wie sie der V. Parteitag der SED und die nachfolgenden Tagungen ihres Zentralkomitees festgelegt haben. Das Rüstzeug für diese theoretische Aneignung und praktische Anwendung des Marxismus-Leninismus liefern die Werke der marxistischen Klassiker, unter denen die Werke W. I. Lenins einen hervorragenden Platz einnehmen, denn Lenin hat in den dreißig Jahren seines politischen Wirkens auch alle Fragen der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus grundsätzlich gestellt und beantwortet. Die Geschichte der russischen Arbeiterbewegung, die über die bürgerlich-demokratische Revolution zur sozialistischen Revolution, zur Gründung und zur Verteidigung des Sowjetstaates und zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaft führte, kennt, wie Lenin selbst 1920 rückschauend schrieb, „an Reichtum der Erfahrung nicht ihresgleichen“<sup>1</sup> in der Welt. Diese Erfahrung wird, gedanklich verarbeitet und verallgemeinert, durch Lenins Werke vermittelt.

Selbstverständlich begann der Prozeß der sozialistischen Bewußtseinsbildung in Deutschland nicht erst mit der Änderung des materiellen Seins in der Deutschen Demokratischen Republik. Er reicht vielmehr weit zurück bis zu Marx und Engels, zu den Anfängen der deut-

---

<sup>1</sup> W. I. Lenin: Werke, Bd. 31, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 10.



schen Arbeiterbewegung. Aber wir alle wissen aus der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, daß die revolutionäre Theorie und Praxis seit Ende des vorigen Jahrhunderts zunehmend durch den Revisionismus und Opportunismus verdrängt und verschüttet wurde — eine Entwicklung, die in den offenen Verrat der „offiziellen Führer“ der SPD in und nach dem ersten Weltkrieg ausmündete und die erst durch die Herausbildung einer wahrhaft revolutionären, marxistischen Partei, der Kommunistischen Partei Deutschlands, die den Marxismus-Leninismus auf ihr Banner schrieb, überwunden wurde. Entscheidend wirkte sich hierbei der Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland 1917 aus, der auch insofern eine Wende in der deutschen Arbeiterbewegung bedeutete, als nun die Werke Lenins zum erstenmal und in steigendem Maße einem großen Leserkreis in Deutschland zugänglich wurden. Zwar waren schon während des ersten Weltkrieges einige deutschsprachige Arbeiten Lenins, von ihm hauptsächlich in der Schweiz geschrieben, in den linken Zeitschriften „Vorbote“, „Jugend-Internationale“ u. a. sowie als Flugschriften oder Broschüren veröffentlicht worden, aber ihre Verbreitung beschränkte sich infolge der erschwerten Kampfbedingungen für die deutschen Linken auf einen verhältnismäßig kleinen Kreis. Erst nach der deutschen Novemberrevolution und der Gründung der KPD Ende 1918 wurden die ersten Schriften und Reden Lenins aus dem Russischen ins Deutsche übersetzt und in verhältnismäßig hohen Auflagen herausgegeben. Große Verdienste erwarben sich hierbei die verstorbene Genossin Frida Rubiner und der Genosse Hermann Duncker.

Nach unvollständigen Angaben erschienen bereits 1918/19 mindestens acht Arbeiten Lenins, darunter „Staat und Revolution“ (Bern 1918, Berlin 1919), „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ (Leipzig 1919), „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“ (drei Ausgaben in verschiedenen Berliner Verlagen 1918 und 1919) und die von Lenin deutsch geschriebenen Schriften „Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale“ und „Krieg und Revolution“ (beide Zürich 1918).

1920/21 erschienen, abgesehen von Neuauflagen der bereits erwähnten Schriften, nach ebenfalls unvollständigen Angaben etwa fünfzehn weitere Arbeiten, darunter „Die große Initiative“ (Bern 1920), „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ (Leipzig 1920), „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ (Hamburg 1921), „Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?“ (Wien 1921) und „Über die Naturalsteuer“ (Moskau 1921).

Für die Zeit der Weimarer Republik (1919—1933) konnten bisher insgesamt 47 Titel erfaßt werden — tatsächlich dürften es mehr sein —, die in deutschen Verlagen, eingeschlossen den Verlag für Literatur und Politik, Wien—Berlin, erschienen sind. Es handelt sich dabei sowohl um Einzelausgaben als auch und vor allem um Sammelbände zu bestimmten Problemen. Im gleichen Zeitraum erschienen in Verlagen der Sowjetunion, hauptsächlich in der Verlagsgenossenschaft ausländischer

Arbeiter in der UdSSR, Moskau—Leningrad, etwa siebzehn Titel, vorwiegend Einzelausgaben. Über die Auflagenhöhe aller dieser Ausgaben läßt sich nichts nachweisen. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß die Auflagen einzelner dieser Werke, besonders der drei obengenannten Werke „Staat und Revolution“, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“, in die Dutzende mit Hunderttausenden von Exemplaren gingen.

Beginnend mit dem Jahre 1928, wurde systematisch an die Übersetzung und Herausgabe der „Sämtlichen Werke W. I. Lenins“ nach der 2. und 3. russischen Ausgabe gegangen. Von den dreißig Bänden erschienen deutsch insgesamt neunzehn, davon fünfzehn von 1928 bis 1933 im Verlag für Literatur und Politik, die restlichen vier von 1935 bis 1940 in der Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR bzw. im Moskauer Verlag für fremdsprachige Literatur. Die weitere Arbeit an dieser Ausgabe wurde durch den zweiten Weltkrieg unterbrochen und nie wieder fortgesetzt. Nicht erschienen sind die Bände I, II, IX, XI, XIV, XVI, XXIV, XXVII, XXVIII, XXIX und XXX. Die relativ kleinen Auflagen, besonders der vier in der Sowjetunion erschienenen Bände, waren sofort vergriffen, und die nach der Vernichtung der marxistisch-leninistischen Literatur im faschistischen Deutschland erhalten gebliebenen wenigen Exemplare gelten heute als Seltenheiten.

Anfang der dreißiger Jahre wurde die deutsche Ausgabe der vom Marx-Engels-Lenin-Institut beim ZK der KPdSU (B) herausgegebenen „Ausgewählten Werke in 12 Bänden“ in Angriff genommen. Nur die Bände 3, 4 und 5 erschienen noch in Deutschland, alle übrigen von 1933 bis 1939 in der Sowjetunion. Auch die Bände dieser deutschen Ausgabe, die übrigens, was die Qualität der Übersetzung und Redaktion betrifft, hinter der deutschen Ausgabe der Sämtlichen Werke zurücksteht, sind heute außerordentlich selten geworden.

Von 1933 bis 1945 war der Besitz marxistisch-leninistischer Literatur in Deutschland bekanntlich gleichbedeutend mit einem Todesurteil, zumindest aber mit Zuchthausstrafe oder KZ-Haft. Alles, was die faschistischen Barbaren erlangen konnten, wurde vernichtet und auf diese Weise ein fast vollständiges Vakuum geschaffen. Diese furchtbare Lücke konnte durch Neuauflagen im Ausland, besonders in der Sowjetunion, natürlich nicht ausgefüllt werden. Doch waren diese Ausgaben besonders für die deutschen Emigranten, die der russischen oder einer anderen fremden Sprache nicht mächtig waren, von unschätzbarem Wert. Soweit festgestellt werden konnte, erschienen in dieser Zeit — genauer: bis 1941 — in der Sowjetunion 27 Titel Leninscher Arbeiten in deutscher Sprache, davon einige mehrmals. Aus dem westlichen Ausland gibt es keine Unterlagen.

Nach 1945 galt es, so schnell wie möglich die ideologische Verwüstung in den Hirnen der Menschen in Deutschland zu beseitigen und das Vakuum an marxistisch-leninistischer Literatur auszufüllen. Fak-

tisch konnte das nur in der damaligen sowjetischen Besatzungszone und jetzigen Deutschen Demokratischen Republik geschehen, denn in den westlichen Besatzungszonen und gar im jetzigen Westzonenstaat waren und sind der Erwerb und Besitz marxistisch-leninistischer Literatur mit dem Erstarken des klerikalen Militarismus, zumal nach dem Verbot der KPD, wieder ein recht schwieriges und gefährliches Unterfangen. Aber auch im demokratischen Teil Deutschlands stieß die Herausgabe der Werke W. I. Lenins auf ein großes Hindernis: den Mangel an geschulten und erfahrenen Übersetzern und Redakteuren, von denen ja nicht nur Beherrschung der deutschen Literatursprache, Kenntnis der russischen Sprache, Kultur, Literatur usw. verlangt wird, sondern vor allem auch gründliches Wissen in der Theorie des Marxismus-Leninismus sowie in der Geschichte der russischen und internationalen Arbeiterbewegung. Es mußte daher zunächst wohl oder übel auf die alten Ausgaben zurückgegriffen werden. Das geschah denn auch durch den Verlag des Zentralkomitees der SED, den Dietz Verlag in Berlin. Wertvolle Hilfe leistete dabei der Verlag für fremdsprachige Literatur in Moskau, der von 1945 bis 1955 nicht weniger als 27 Titel größerer und kleinerer Arbeiten Lenins herausgab, vor allem aber schon während des Großen Vaterländischen Krieges des Sowjetvolkes die deutsche Ausgabe der „Ausgewählten Werke in zwei Bänden“ vorbereitete und 1946/47 in zwei Auflagen herausbrachte. Diese Ausgabe erschien seither im Dietz Verlag in sechs Auflagen mit 230 000 (Bd. I) bzw. 215 000 (Bd. II) Exemplaren. Die fünfte Auflage wurde auf Grund von Empfehlungen des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU (B) überarbeitet und erweitert. Man kann wohl sagen, daß diese zweibändige Ausgabe buchstäblich zum Handbuch jedes Partei- und Staatsfunktionärs in der DDR und zu einem der wichtigsten Lehrmittel der Parteischulung geworden ist.

Außerdem gab und gibt der Dietz Verlag zwei Buchreihen heraus, die fast ausschließlich Werke der marxistischen Klassiker umfassen: die „Bücherei des Marxismus-Leninismus“, in der bisher 55 Titel, davon 21 von W. I. Lenin erschienen sind, und die „Kleine Bücherei des Marxismus-Leninismus“, die bisher 82 Titel, davon 32 von W. I. Lenin umfaßt. Die Auflagen der wichtigsten Titel, besonders der „Bücherei“, sind imponierend. So erschienen bisher in dieser Reihe „Was tun?“ in fünf Auflagen mit 205 000 Exemplaren, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ in vier Auflagen mit 175 000 Exemplaren, „Materialismus und Empiriokritizismus“ in sechs Auflagen mit 140 000 Exemplaren, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ in fünf Auflagen mit 535 000 Exemplaren, „Staat und Revolution“ in sechs Auflagen mit 188 000 Exemplaren und „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ in vier Auflagen mit 230 000 Exemplaren. Zu nennen wären in dieser Reihe auch die Sammelbände „Über die Pariser Kommune“ (drei Auflagen mit 235 000 Exemplaren) und „Über den Kampf um den Frieden“ (drei Auflagen mit 80 000 Exemplaren). Letzthin sind in



diese Reihe auch neue, bisher unveröffentlichte Titel aufgenommen worden, so Marx/Engels/Lenin: Über proletarischen Internationalismus, Lenin: Marxismus und Staat u. a.

Außer den aufgezählten Titeln erschienen mindestens vierzehn Arbeiten Lenins in anderen Verlagen der DDR über spezielle Probleme, die dem Profil des jeweiligen Verlages entsprechen, und mehrere Sonderausgaben des Dietz Verlages. Ferner gibt es erfreulich viele Arbeiten über Lenin, teilweise Übersetzungen, teilweise aber auch Originalarbeiten in deutscher Sprache. Die Statistik weist hier 26 Bücher bzw. Broschüren aus, die in verschiedenen Verlagen der DDR erschienen sind, wozu mindestens 44 größere Aufsätze in Zeitungen und Zeitschriften kommen. Am weitesten verbreitet ist das seinerzeit vom Marx-Engels-Lenin-Institut beim ZK der KPdSU (B) herausgegebene Buch „Wladimir Iljitsch Lenin, ein kurzer Abriß seines Lebens und Wirkens“ (drei Auflagen mit 160 000 Exemplaren).

Erst nachdem der vordringliche „Nachholebedarf“, wie es in der deutschen Buchhändlersprache heißt, mehr oder minder gedeckt war, und nachdem mit der Gründung des Marx-Engels-Lenin-Instituts, des nunmehrigen Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED auch die Kaderfrage wenigstens eine vorläufige und teilweise Lösung gefunden hatte, konnte systematisch darangegangen werden, die Werke W. I. Lenins vollständig nach der 4. russischen Ausgabe herauszubringen, so daß seit 1955 die Bände in kontinuierlicher, wenn auch langsamer Folge auf den Büchermarkt kommen.

Inzwischen brachte das Institut eine Reihe von Einzelausgaben und Sammelbänden heraus, darunter so wichtige Bände wie: Lenin über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung, Marx/Engels/Lenin/Stalin: Zur deutschen Geschichte, Lenin/Stalin: Zu Fragen der sozialistischen Industrie, Lenin/Stalin: Zu Fragen der Landwirtschaft, Lenin/Stalin: Über die Gewerkschaften, W. I. Lenin: Über den Parteiaufbau, W. I. Lenin: Gegen den Revisionismus, u. a. Nach Gründung der Nationalen Volksarmee Anfang 1956 unterstützte das Institut auch den neuen Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung und lieferte u. a. die Texte für Lenins Konzept „Clausewitz' Werk ‚Vom Kriege‘, Auszüge und Randglossen“, und zum Teil für die russisch 1957, in deutscher Übersetzung 1958/59 erschienene zweibändige Ausgabe „W. I. Lenin über Krieg, Armee und Militärwissenschaft“.

Was die Herausgabe der Werke W. I. Lenins nach der 4. russischen Ausgabe betrifft, die unter Einschluß der nach dem XX. Parteitag der KPdSU beschlossenen fünf Ergänzungsbände nun insgesamt vierzig Bände umfaßt, wozu noch drei zusätzliche Bände mit den wichtigsten Materialien aus den „Lenin-Sammelbänden“ kommen, so wurde hier zunächst chronologisch vorgegangen, d. h. mit Band 1 begonnen. 1956 erfolgte dann eine Umstellung in der Reihenfolge, nachdem das Politbüro des ZK der SED beschlossen hatte, daß die Bände, in denen die für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus in Deutschland brennenden Fragen des Krieges, der Revolution, des Staates, des

sozialistischen Aufbaus usw. behandelt werden, vorgezogen werden sollen. Demgemäß wurde die in Arbeit befindliche erste Reihe, bestehend aus den Bänden 1 bis 12, redaktionell abgeschlossen und dann unter Auslassung der zweiten Reihe (die Bände 13 bis 20) zur Arbeit an den Bänden 21 bis 33 übergegangen. Bis Ende 1959 sind die Bände 3 bis 12 (die Bände 1 und 2 sind zwar redaktionell abgeschlossen, aber zurückgestellt, weil sie vor der Insatzzgabe noch einer letzten Durchsicht bedürfen) und die Bände 23, 24, 28 und 31 erschienen, insgesamt also vierzehn Bände, wozu noch die „Hefte zum Imperialismus“ kommen, die vorerst als Einzelband erschienen, jedoch als Band 39 in den „Werken“ vorgesehen sind.

Das Tempo der Herausgabe ist, wie das Politbüro des ZK der SED Mitte 1957 feststellte, gemessen an den erhöhten Anforderungen der Parteipropaganda, noch ungenügend, die Qualität der erschienenen Bände steht indes, wie allseits anerkannt wird, auf einem hohen Niveau. Um die Herausgabe — bei Aufrechterhaltung der bisherigen Qualität — zu beschleunigen, sind vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED und seiner Lenin-Abteilung in den letzten Jahren eine Reihe von Maßnahmen getroffen worden. Dazu gehören die Vereinfachung der Bestätigung für den Druck, die Gewinnung neuer qualifizierter Mitarbeiter und vor allem die methodische Qualifizierung der vorhandenen Mitarbeiter. Letztere geschieht unter anderem auch durch den 1958 erstmalig praktizierten Austausch geeigneter Nachwuchskräfte mit dem Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU. Am wichtigsten ist jedoch die Mobilisierung der inneren Reserven, insbesondere durch wissenschaftlich begründete und rationelle Arbeitsmethoden, verbunden mit regelmäßigen Arbeitsbesprechungen und Produktionsschulungen, sowie die systematische Förderung der Selbständigkeit und Verantwortlichkeit aller Mitarbeiter durch allseitige und ständige Anleitung in der konkreten Arbeit, durch theoretische, politische und sprachliche Weiterbildung und auch durch kontrollierte Parteiarbeit nicht nur im Institut, sondern vor allem in der Propaganda- und Massenarbeit außerhalb des Instituts.

In diesem Zusammenhang sei betont, daß die Herausgabe der Bände, wie die Erfahrung einwandfrei gezeigt hat, keinesfalls darin bestehen kann, die bisher zu verschiedenen Zeiten erschienenen Ausgaben einfach nachzudrucken oder durch flüchtige Redaktion der 4. russischen Ausgabe anzugleichen. Abgesehen von dieser notwendigen Angleichung ist in allen Fällen eine sehr gründliche Quellenforschung, Redaktion und Kontrolle unerlässlich, weil die bisherigen Ausgaben nicht wenig inhaltliche Fehler aufweisen und teilweise auch sprachlich unbefriedigend sind, ganz zu schweigen von den erforderlichen Neuübersetzungen, die weit über ein Drittel der Werke ausmachen. Von besonderer Wichtigkeit ist, daß jetzt auch zum erstenmal erfolgreich der Versuch unternommen wird, die ganze Terminologie des Gesamtwerkes von Lenin zu vereinheitlichen.

Die Arbeitsmethoden, die sich hieraus ergeben, wurden in der Lenin-

Abteilung des Instituts auf Grund langjähriger Erfahrungen der besten Kader in Richtlinien fixiert, kurz „Technologie“ genannt, die für sämtliche Mitarbeiter verbindlich sind und als Leitfaden für die Anlernung neuer Mitarbeiter dienen. Alle Arbeiten an einem Band sind aufgeschlüsselt in fünf Hauptprozesse:

1. Herstellung der Textgrundlage auf Grund alter oder neuer Übersetzungen durch einen Hilfsredakteur (wissenschaftlichen Assistenten) unter Anleitung des für den Band verantwortlichen Redakteurs (wissenschaftlichen Mitarbeiters) an Hand eines eingehenden Quellenstudiums und genauen Textvergleichs mit der 4. russischen Ausgabe;

2. Redaktion dieser Textgrundlage durch den verantwortlichen Redakteur, ebenfalls an Hand der 4. russischen Ausgabe;

3. Kontrollredaktion nach Abschrift und Kollationierung des Manuskripts, in der Regel durch zwei Kontrollredakteure, ausnahmsweise auch durch einen, und ihre Auswertung mit vorläufiger Endredaktion durch den verantwortlichen Redakteur;

4. Durchsicht durch den Abteilungsleiter (vereinfachtes Verfahren an Stelle der früheren Durchsicht durch eine Kommission des Politbüros) und satzreife Endredaktion durch den verantwortlichen Redakteur;

5. Arbeit an den Korrekturbogen bis zur Druckunterschrift.

An jedem Band arbeitet somit eine Brigade, bestehend aus einem verantwortlichen Redakteur, ein bis zwei Kontrollredakteuren und einem Hilfsredakteur, deren Aufgabenbereiche und Zusammenarbeit genau festgelegt sind. So hat zum Beispiel der verantwortliche Redakteur unbedingt die nachstehenden Arbeitsprozesse einzuhalten:

1. Redaktion (siehe oben die Punkte 1 und 2);

2. Nachbearbeitung des abgeschrieben und kollationierten Manuskripts (im allgemeinen ohne Vergleich mit dem Russischen);

3. Auswertung der Kontrollredaktion und vorläufige Endredaktion;

4. Besprechung aller offenen oder strittigen Fragen mit Kontrollredakteur bzw. Abteilungsleiter und satzreife Endredaktion;

5. Kontrollesung der Korrekturbogen.

Für jeden Band wird eine Dokumentation angelegt, die sämtliches neue Quellenmaterial (das von den alten Ausgaben, in denen nicht selten deutsch- oder fremdsprachige Texte aus dem Russischen rückübersetzt oder frei redigiert worden waren, oft abweicht), Lösungen strittiger oder schwieriger Fragen, allgemeinverbindliche Termini usw. enthält und das Wesentliche im sogenannten Schlußprotokoll zusammenfaßt. Zur Erleichterung und Rationalisierung der gesamten Arbeit sind eine ausgedehnte Kartei, die laufend die Dokumentation zu jedem Band auswertet, eine Handbibliothek der wichtigsten Quellen- und Nachschlagewerke und ein Dokumentenarchiv, hauptsächlich aus Fotokopien bestehend, angelegt worden. Diese sollen in Zusammenarbeit mit der Bibliothek des Instituts zu einem vollständigen Lenin-Kabinett ausgebaut werden. Außerdem sind an Hand der bisher erschienenen



Bände gemeinsam mit dem Dietz Verlag redaktions- und editionstechnische Regeln aufgestellt worden, die der „Technologie“ beigegeben und gleichfalls für sämtliche Mitarbeiter verbindlich sind.

Was über die Vereinheitlichung der Terminologie gesagt worden ist, gilt in gewissem Sinne auch für die phraseologischen Probleme in Lenins Werken, für die Ausdrucksmittel und die Bilder, die der Literatur, der Folklore, der Geschichte usw. entnommen sind, wie überhaupt für die spezifische Sprache, den Stil usw. Anders ausgedrückt: Nicht nur der Sinn, sondern auch die Form der Werke Lenins soll möglichst getreu wiedergegeben werden. Das ist nur möglich, wenn die Mitarbeiter eine richtige Auffassung von der Übersetzung als Wissenschaft und Kunst haben, wie sie von den Klassikern des Marxismus begründet und von der sowjetischen Übersetzungsschule, wenn man sich so ausdrücken darf, weiterentwickelt worden ist. Jeder Mitarbeiter ist angehalten, sich diese Grundsätze anzueignen und sie in der Praxis anzuwenden. Ausgangspunkt ist hierbei die Marxsche These der Einheit von Gedanken und Sprache, die den Inhalt des durch die Sprache Ausgedrückten in den Grenzen der menschlichen Praxis allgemeingültig macht, wobei jedoch ein Widerspruch auftritt zwischen der Gleichheit der Denkgesetze einerseits und der Verschiedenheit der konkreten Sprachen, nationalen Kulturen, sozialen Bedingtheiten anderseits, dessen Auflösung eben die Aufgabe der Übersetzung ist. Daraus ergibt sich als erste Schlußfolgerung, daß die allgemeingültigen Gedanken und, da wir ja eine literarisch adäquate Übertragung anstreben, die Bilder zu übersetzen sind, nicht aber die Sprachform, die man, den Gesetzen der eigenen Sprache folgend, nachschaffen muß. Und als zweite Schlußfolgerung ergibt sich, daß der Übersetzer und Redakteur unbedingt vom Inhalt ausgehen muß, der die Form bestimmt, wodurch allein die Einheit von Inhalt und Form, von Gedanken und Sprache zu erreichen ist. Diese beiden Forderungen bilden die Grundlage beim Herangehen an alle Leninschen Texte. Das bedeutet, daß wir sowohl die buchstäbliche oder wortwörtliche Übersetzung als auch die sogenannte „freie“ Übertragung strikt ablehnen. Die Wortwörtlichkeit entspricht mechanischer Übertragung der einen Sprachform in die andere, bis zur blinden Übernahme von Normen der fremden Sprache, und führt unweigerlich zum Formalismus, d. h. zum Primat der Form über den Inhalt. „Freie“ Übersetzung dagegen mißachtet die spezifische Ausdrucksweise Lenins und birgt damit gleichfalls die Gefahr in sich, den Sinn zu entstellen. Unser Ziel, auf das wir alle Mitarbeiter orientieren, ist also die adäquate Übersetzung, die sinn- und formgetreue Wiedergabe des Leninschen Originals mit gleichwertigen Mitteln der deutschen Sprache, und zwar ausgehend vom Kontext, da ja eine Wechselwirkung zwischen dem Teil und dem Ganzen besteht. Wir schulen uns dabei an dem großen Vorbild von Marx und Engels, vor allem aber Lenins, dessen kritische Bemerkungen zu Fragen der Übersetzung, die in seinen Werken so zahlreich verstreut sind, wir studieren und dessen nicht

weniger zahlreiche eigene Übersetzungen wir analysieren. Das ist mit ein wesentliches Element der Qualifizierung unserer Kader.

Soviel zur Herausgabe der Werke W. I. Lenins in deutscher Sprache. Die Lenin-Abteilung des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED hat in den vergangenen Jahren reiche Erfahrungen gesammelt und wissenschaftliche Grundlagen für die Herausgabe der Werke erarbeitet. Sie sieht heute ihre Hauptaufgabe darin, die deutsche Ausgabe der Werke W. I. Lenins noch mehr zu verbessern und vor allem ihr Erscheinen zu beschleunigen. Trotz aller Schwierigkeiten, deren größte darin besteht, daß es immer noch an genügend vielen und genügend guten Mitarbeitern mangelt, kann das Erscheinen der Bände 21, 22, 25 und 27 im Jahre 1960 und der Bände 20, 26, 30 und 32 im Jahre 1961 bereits als gesichert gelten. In ihrem Perspektivplan sieht die Lenin-Abteilung des Instituts vor, im Verlauf des Siebenjahrplans der Deutschen Demokratischen Republik bis 1965 das Gesamtwerk W. I. Lenins — zum erstenmal in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung — entsprechend der 4. russischen Ausgabe vollständig vorzulegen.

O. D. WEIZMANN

## Ernst Thälmann in Leningrad

Ernst Thälmann, der Führer der deutschen Werktätigen, hat die Sowjetunion zum erstenmal im Jahre 1921 besucht. Er gehörte damals zu den Delegierten der KPD für den III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Auf dem Kongreß traf er mit dem Führer des Weltproletariats, Wladimir Iljitsch Lenin, zusammen. Diese Begegnung hinterließ in ihm für sein ganzes weiteres Leben einen unauslöschlichen Eindruck.

Nach Deutschland zurückgekehrt, berichtete Ernst Thälmann mit großer Liebe und Wärme von den Reden W. I. Lenins auf dem Kongreß, über Moskau und über seine Begegnungen mit den Werktätigen der sowjetischen Hauptstadt.

Danach weilte Ernst Thälmann wiederholt in der UdSSR. Als treuer Freund der Sowjetunion und Kämpfer für die Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen dem deutschen Volk und den Sowjetvölkern traf er in Werken und Fabriken mit sowjetischen Arbeitern, mit Kolchosbauern, mit Soldaten, Matrosen und Offizieren der Sowjetarmee und der Roten Flotte zusammen. Jeder Besuch in der

Sowjetunion vermittelte Thälmann neue Erfahrungen des revolutionären Kampfes.

„Die Kommunistische Partei Deutschlands muß die Geschichte der russischen Revolution in all ihren Epochen und Kämpfen studieren und sich die Erfahrungen der Bolschewiki zu eigen machen“, sagte Thälmann.<sup>1</sup>

Am 5. September 1928 traf eine Gruppe ausländischer Arbeiter in Leningrad ein, an ihrer Spitze der Vorsitzende der KPD, Ernst Thälmann, und der Redakteur des Zentralorgans der französischen Kommunistischen Partei, Marcel Cachin, die an den Arbeiten des VI. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale in Moskau teilgenommen hatten.

Mehrere hundert Arbeiter und Arbeiterinnen hatten sich auf dem Bahnsteig des Moskauer Bahnhofs versammelt, um die Gäste zu begrüßen. Der Zug fuhr ein. Thälmann verließ den Wagen, und Dutzende Hände streckten sich ihm entgegen. „Wir sind stolz darauf, mit dem Proletariat zusammenzutreffen, das als erstes die Bourgeoisie stürzte und das rote Banner des Sozialismus aufpflanzte“, sagte Thälmann, als er sich an die ihn begrüßenden Arbeiter wandte. „Ich bin fest überzeugt, daß das Weltproletariat das Vermächtnis Iljitschs erfüllen und die Herrschaft des Kapitalismus stürzen wird. Wir begrüßen das siegreiche Proletariat der Stadt Lenins.“<sup>2</sup>

Am selben Tage besuchten die Gäste den Smolny, das Werk „Krasny Putilowez“ (heute Kirow-Werk) sowie die Fabriken „Krasnoje Snamja“ und „S. Chalturin“. Um 16 Uhr traf die von Ernst Thälmann geleitete Gruppe der chinesischen und deutschen Delegierten in der Fabrik „Krasny Putilowez“ ein. In den meisten Abteilungen war die Arbeit bereits beendet und, um nicht die Durchführung der Abteilungsversammlungen zu stören, wurde beschlossen, an diesem Tage kein allgemeines Werkmeeting einzuberufen. Die Delegierten besichtigten das Martinwerk, das Walzwerk, die Werkzeugabteilungen und machten sich mit der Arbeit der Traktorenabteilung und der Lokomotivbauabteilung bekannt. In freundschaftlichem Gespräch mit den Arbeitern und bei der Besichtigung des Werkes vergingen etwa zwei Stunden.

Am nächsten Tag veröffentlichte die „Leningradskaja Prawda“ die folgenden Begrüßungsworte Ernst Thälmanns an die Leningrader Arbeiter und Arbeiterinnen: „Durch Vermittlung der ‚Leningradskaja Prawda‘ richte ich an die Arbeiter und Arbeiterinnen Leningrads kameradschaftliche, revolutionäre Grüße. An Sie alle, die Sie an der Wiege des Roten Oktobers gekämpft und die Diktatur des Proletariats geschaffen haben, sind diese heißen, revolutionären Grüße gerichtet.

Die Kommunistische Partei Deutschlands und der Rote Frontkämpferbund insbesondere haben mich bevollmächtigt, Ihnen diesen Gruß im Roten Leningrad zu überbringen.

<sup>1</sup> Die Rote Fahne, 20. Dezember 1925.

<sup>2</sup> Krasnaja Gaseta, 6. September 1928.



Es lebe die revolutionäre Arbeiterklasse Leningrads!  
Es lebe die Leningrader Organisation der KPdSU (B)!  
Es lebe die Kommunistische Internationale!  
Es lebe die proletarische Revolution!

Ernst Thälmann.<sup>3</sup>

Am 6. September besuchten die Mitglieder der chinesischen, deutschen und kanadischen Delegation das Werk „Krasny Treugolnik“. Hunderte Arbeiter versammelten sich, um die teuren Gäste zu begrüßen. Nach den Ansprachen Ernst Thälmanns und der Vertreter der anderen Delegationen nahm die sowjetische Arbeiterin Schustowa das Wort, die jedem Delegierten eine rote Rose überreichte.<sup>4</sup>

Am selben Tage traf Ernst Thälmann mit Werktätigen der Bezirke Wassili-Ostrow und Wyborger Seite zusammen. Im Saal der Marineschule hielt er eine Ansprache und begrüßte die Werktätigen von Wassili-Ostrow. Die letzten Worte seiner Ansprache „Es lebe das Rote Leningrad“ wurden von den mehr als tausend Anwesenden begeistert aufgegriffen. Arbeiter des Werkes „Krasny Gwosdilschtschik“, der Baltischen Werft und des Kasizki-Werkes antworteten Thälmann in kurzen Ansprachen. Einer der ältesten Arbeiter des „Krasny Gwosdilschtschik“, Golubjow, überreichte den Gästen einen gewaltigen Nagel, um den ein Eisenband geschlungen war, das die Inschrift trug: „Schlagt in das Herz der Bourgeoisie einen tödlichen Nagel.“<sup>5</sup>

In einer Ansprache, die Ernst Thälmann noch am Abend im Kulturhaus der Wyborger Seite hielt, sagte er: „Als wir in den Fabriken und Werken Moskaus und Leningrads weilten, haben wir gesehen, wieviel ihr erreicht habt. Eure Erfolge versetzen die Weltbourgeoisie in Wut, und sie beeilt sich, einen eisernen Ring des Krieges um euch zu ziehen. Aber das Weltproletariat wird die Republik der Sowjets nicht zerstören lassen und den imperialistischen Krieg unweigerlich in den Bürgerkrieg verwandeln. Ein glänzendes Vorbild dafür habt ihr, die Petersburger Proletarier, der ganzen Welt im Jahre 1917 gegeben. Euer Beispiel werden wir voll und ganz nutzen.“<sup>6</sup>

Breitschultrig, mit offenem Hemdkragen, seine leidenschaftlichen Worte mit ausdrucksvollen Gesten begleitend, so stellte sich Ernst Thälmann den Leningratern vor. „Man spürt den Roten Frontkämpfer!“, schrieb die „Leningradskaja Prawda“ über seine Ansprache vor den Werktätigen der Wyborger Seite.

<sup>3</sup> Leningradskaja Prawda, 6. September 1928.

<sup>4</sup> In der Betriebszeitung „Krasny Treugolnik“ vom 24. September 1928 wurden zwei Fotografien veröffentlicht, die Ernst Thälmann den Arbeitern des Werkes geschenkt hatte. Eine von ihnen zeigt die machtvolle Demonstration des Roten Frontkämpferbundes in Berlin im Jahre 1928, die 5½ Stunden dauerte. Ernst Thälmann grüßt von der Tribüne aus die Demonstranten. Die andere Fotografie zeigt eine Demonstration der Werktätigen Berlins vor dem Zentralhaus der KPD.

<sup>5</sup> Vgl. Leningradskaja Prawda, 7. September 1928. — Krasnaja Gaseta, 7. September 1928.

<sup>6</sup> Krasnaja Gaseta, 7. September 1928.

Über die Aufgaben, die der VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale den Werktätigen der ganzen Welt gestellt hatte, sagte Thälmann: „Der Kongreß hat allen Kommunistischen Parteien die Aufgabe gestellt, das stählerne Bollwerk der Revolution, die UdSSR, zu schützen. Das beste Beispiel im Kampf gegen den imperialistischen Krieg ist für uns das Rote Leningrad, das im Jahr 1917 die Bourgeoisie stürzte und das Banner der Sowjets aufpflanzte.“<sup>7</sup>

Am Morgen des 7. September fuhr Ernst Thälmann gemeinsam mit anderen Delegierten nach Kronstadt. In einer Ansprache an die Besatzung des Schlachtschiffes „Oktjabrskaja Revoluzija“ erklärte er: „Es ist für mich eine große Freude, unter revolutionären Matrosen zu sprechen und in eurer Person die Verteidiger des Oktober kennenzulernen.“<sup>8</sup>

Auf Vorschlag der Matrosen wurde Ernst Thälmann zum Ehren-Steuermann des Schlachtschiffes „Oktjabrskaja Revoluzija“ gewählt und ihm eine Uniform der Roten Matrosen übergeben. Bei der Auszeichnung sagte er: „Ihr zeichnet mit dem Titel eines Ehren-Steuermanns nicht mich aus, sondern die ganze Kommunistische Partei, den Kommunistischen Jugendverband und die ganze Arbeiterklasse Deutschlands.“<sup>9</sup>

Über das Schicksal dieser Uniform berichtet die treue Lebensgefährtin und Mitkämpferin Ernst Thälmanns, Rosa Thälmann, folgendes: „Das uns so teure Geschenk der Matrosen aus Leningrad habe ich bis zum Jahre 1944 in Hamburg aufbewahrt. Aber die Nazihenker raubten die Uniform und auch ein wertvolles und prächtiges Schachspiel aus feinstem Porzellan, ein persönliches Geschenk J. W. Stalins an unseren Ernst Thälmann. Die Nazibanditen glaubten, damit die Erinnerung an Ernst Thälmann auslöschen zu können. Aber das kann niemand auf der Welt!“<sup>10</sup>

Am selben Tage besuchte Ernst Thälmann den legendären Kreuzer „Aurora“, dessen Kanonenschüsse am 7. November 1917 den Beginn einer neuen Ära in der Geschichte der Menschheit, der Ära des Zusammenbruchs des Imperialismus und der Errichtung einer neuen, sozialistischen Gesellschaft, verkündet hatten. Die Besatzung des Kreuzers veranstaltete zu Ehren der Delegierten des VI. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale einen festlichen Abend; die Matrosen und Offiziere der „Aurora“ wählten Ernst Thälmann zum Ehrenmitglied der Besatzung.

Vor dem Verlassen des Schiffes schrieb Ernst Thälmann in das Gästebuch einen begeisterten Gruß an die Matrosen der „Aurora“: „Die Delegierten des VI. Weltkongresses überbringen euch die teuersten revolutionärsten Grüße. Es ist für uns alle ein gewaltiges Erlebnis, einige

<sup>7</sup> Leningradskaja Prawda, 7. September 1918.

<sup>8</sup> Smena, 8. September 1928.

<sup>9</sup> Ebenda.

<sup>10</sup> Ernst Thälmann. Erinnerungen an meinen Vater. Von Irma Vester-Thälmann. Eingeleitet von Wilhelm Pieck, Berlin 1954, S. 24–25.

Stunden bei euch Roten Matrosen des Kreuzers ‚Aurora‘ verweilen zu können.

Unter den revolutionären Arbeitern und den Matrosen kam eine neue revolutionäre Hoffnung auf, als die ersten Schüsse in das zaristische Petersburg hineingefeuert wurden. Die Rotgardisten, die mit großer Leidenschaft und noch größerer Energie in den Straßen Petersburgs Barrikaden bauten, schöpften neuen Mut, weil sie wußten, daß von Kronstadt her die Roten Matrosen halfen, das schreckliche zaristische Regime niederzuwerfen und auf einem Sechstel des Erdballs die Diktatur des Proletariats aufzurichten.“

Thälmann verwies darauf, daß die Kapitalisten einen Feldzug gegen die Sowjetunion vorbereiten, und erklärte, daß ein Krieg gegen die Sowjetunion in einen Bürgerkrieg gegen die eigenen Unterdrücker umgewandelt werden muß. Er schloß seinen Gruß mit den Worten: „Unser Kampfesruf, unser Kampfsignal, unsere Kampfeslosung, unsere Tat wird in dieser Stunde heißen: ‚Aurora!‘“<sup>11</sup>

Über diesen Besuch Ernst Thälmanns auf dem Kreuzer „Aurora“ schrieb der bekannte Leningrader Dichter W. Asarow das Gedicht „Auf der ‚Aurora‘“, das wir im Anschluß an diesen Beitrag veröffentlichen.

Am 8. September, um 14 Uhr, besuchte Ernst Thälmann zum zweitenmal das Werk „Krasny Putilowez“. Im Hof, gegenüber dem Walzwerk, war schnell eine Tribüne errichtet worden. Tausende Arbeiter versammelten sich zu einem allgemeinen Werkmeeting.

„Die deutsche Delegation richtet flammende revolutionäre Grüße an die Arbeiter des Putilow-Werkes“, sagte Thälmann, „es ist für uns die größte Freude, zu euch, den Vorkämpfern des bewaffneten Aufstands, zu sprechen, zu denen, die als erste ihre Herren verjagt haben. ... Ich überbringe euch zugleich den Gruß des Roten Frontkämpferbundes und der Roten Jungfront. Sie haben geschworen, alles einzusetzen für den Sieg des Sozialismus, für den Schutz eures Landes, eurer und unserer Heimat.“<sup>12</sup>

„... Wir sagen den Arbeitermassen des Westens, daß das Deutschland der Bourgeoisie und der Bankiers nicht unser Vaterland ist. Das einzige Vaterland der Proletarier der ganzen Welt ist die UdSSR ...

Der Rote Frontkämpferbund und die Kommunistische Partei Deutschlands erklären, daß sie Schulter an Schulter mit euch für die Verteidigung der UdSSR eintreten werden.“<sup>13</sup>

<sup>11</sup> Eine Fotokopie dieser Eintragung und ihre Übersetzung ins Russische kann man jetzt in der Filiale des Marinemuseums auf dem Kreuzer „Aurora“ neben dem Porträt Ernst Thälmanns sehen, das der Mannschaft des Schiffes von Rosa Thälmann als Geschenk geschickt wurde. Auszüge aus dieser Eintragung finden sich in Willi Bredel: Ernst Thälmann. Beitrag zu einem politischen Lebensbild, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 136. — Ernst Thälmann. Erinnerungen an meinen Vater. Von Irma Vester-Thälmann. Eingeleitet von Wilhelm Pieck, S. 24.

<sup>12</sup> Krasnaja Gaseta, 9. September 1928.

<sup>13</sup> Leningradskaja Prawda, 9. September 1928.



Die Antwortrede hielt der Arbeiter Kostin. Nach Beendigung des Meetings nahmen die Arbeiter unter Hurrarufen Thälmann auf die Schultern.

Eine Reportage über den Besuch Ernst Thälmanns im Kirow-Werk und über das Meeting sowie eine Fotografie der Tribüne, von der Thälmann und andere Delegierte sprachen, wurden in der Zeitung „Krasny Putilowez“ vom 15. September 1928 veröffentlicht.

Am selben Tage, am 8. September, sprachen Ernst Thälmann und Marcel Cachin zum Leningrader Parteiaktiv im Urizki-Palast. Ernst Thälmann, der auf der Tribüne in Matrosenuniform erschien, wurde von den mehr als 3000 Anwesenden mit stürmischem Beifall begrüßt. Thälmann überbrachte dem „Leningrader Aktiv der Bolschewiki“ den flammenden Gruß der deutschen Kommunisten und sprach über seine Eindrücke auf dem VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. „... Auch qualitativ nahmen an dem Kongreß schon nicht mehr dieselben Parteien teil wie vor drei bis vier Jahren“, sagte er, „heute sind wir gestählter, erfahrener. Ein Beispiel dafür ist die Kommunistische Partei Chinas...“

Uns, den Delegierten, gibt außerdem die Reise in die Sowjetunion neue Impulse. Hier schöpfen wir Mut und gewinnen neue Kräfte...

Wir wissen, daß eure Schwierigkeiten Schwierigkeiten des Wachstums, Schwierigkeiten auf dem Wege zum Sozialismus sind.

Die Lügenkampagne gegen die UdSSR findet unter unseren Proletariern keinerlei Echo mehr. Der Lügenkordon ist zerschlagen.

Das Beispiel der UdSSR öffnet ihnen die Augen dafür, daß man ein Land auch ohne Kapitalisten regieren kann. Und wir werden denselben Weg gehen, den die russischen Proletarier gegangen sind.<sup>14</sup>

Zum Schluß seiner Ansprache erklärte Ernst Thälmann, daß die Hauptaufgabe der Kampf gegen den Krieg sei, der unter der Leninischen Losung „Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg“ geführt werden müsse.<sup>15</sup>

Die Rede Ernst Thälmanns wurde wiederholt von stürmischem Beifall unterbrochen. Nach ihm ergriff Marcel Cachin das Wort.

Am selben Tage verabschiedeten die Leningrader einen Teil der Delegierten des VI. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale mit Marcel Cachin an der Spitze, die in ihre Heimat zurückkehrten.

Um 17.00 Uhr versammelten sich auf dem Leutnant-Schmidt-Kai die Werktätigen des Wassili-Ostrow- und des Petrograder Bezirks. Die Abschiedsworte sprach Marcel Cachin.

„Genossen!“, sagte er, „in Leningrad habe ich die Stimme verloren. Aber nicht nur die Stimme, ich lasse hier mein Herz zurück. Von hier nehme ich die besten Erinnerungen mit. Hier habe ich ebensolche revolutionären Arbeiter gesehen wie auch in Paris. Ich reise zu ihnen und werde ihnen euren flammenden, brüderlichen Gruß überbringen.“

<sup>14</sup> Leningradskaja Prawda, 8. September 1928.

<sup>15</sup> Krasnaja Gaseta, 8. September 1928.

Es lebe der Bund der Proletarier der großen Städte Paris und Lenin-grad!<sup>16</sup>

Leningrader Komsomolzen überreichten Marcel Cachin und den anderen Abreisenden riesige Blumensträuße. Ernst Thälmann umarmte Marcel Cachin. Die letzten festen Händedrucke wurden gewechselt. Über die Newa erklangen die feierlichen Töne der internationalen proletarischen Hymne, der „Internationale“. Der Laufsteg wurde eingezogen und der Dampfer fuhr langsam die Newa hinunter. Leningrader Arbeiter begleiteten auf dem Schlepper „West“ die Abreisenden weit bis zum Seekanal.

Am 9. September hielt Ernst Thälmann im Volkshaus eine große Rede in der Versammlung des Parteiaktivs der Petrograder Seite. „Die revolutionäre kommunistische Bewegung wächst, verbreitet sich, erfaßt immer neue und neue Schichten des Proletariats und der werktätigen Bauernschaft“, sagte Ernst Thälmann, „... die UdSSR ist nicht nur euer Vaterland, sie ist das Vaterland auch der deutschen Proletarier, sie ist das Vaterland der Werktätigen der ganzen Welt.“<sup>17</sup>

Nach Thälmann sprachen Vertreter des italienischen und des chinesischen Proletariats. Nach dem Gesang der „Internationale“ ergriff Thälmann zum zweitenmal das Wort: „Ich verabschiede mich von euch, Genossen, mit dem internationalen proletarischen Gruß: Rot Front!“<sup>18</sup> Als Antwort ertönten lange nicht verstummende Hurrarufe.

Am 10. September traf Ernst Thälmann mit den Arbeitern der Münzstätte zusammen, die dem Führer der deutschen Kommunisten eine Plakette zur Erinnerung an das 200jährige Bestehen des Werkes und eine Sparbüchse überreichten.

Am 11. September, um 14.00 Uhr, besuchte der Führer der KPD das Werk „Elektrosila“. Nach der Besichtigung des Betriebes, die etwa drei bis vier Stunden dauerte, fand im Garten des Werkklubs ein Meeting statt, an dem etwa 4000 Werktätige teilnahmen.

„Euer Werk wächst. Ich habe mich heute davon überzeugt“, sagte Thälmann, an die Arbeiter des „Elektrosila“ gewandt, „ihr müßt daran denken, daß jeder Schritt in eurer Rationalisierung ein Schlag gegen die internationale Bourgeoisie ist.“<sup>19</sup>

Zur Begrüßung der deutschen Delegation sprachen der Pionier Babuschkina und Arbeiter des Werkes.

Am 12. September weilte Ernst Thälmann als Gast bei den Schiffbauern. Er sprach zu den versammelten Arbeitern: „Unter allen Umständen ist der beste Teil des deutschen Proletariats immer hinter euch und mit euch. Die Karte der Kapitalisten wird immer wieder gestochen werden, denn das wache Auge der Kommunistischen Partei verfolgt sorgsam jede Regung des Feindes.“

<sup>16</sup> Krasnaja Gaseta, 9. September 1928.

<sup>17</sup> Leningradskaja Prawda, 11. September 1928.

<sup>18</sup> Ebenda.

<sup>19</sup> Leningradskaja Prawda, 13. September 1928.

Es lebe die III., die Kommunistische Internationale und die Weltrevolution! Hurra!<sup>20</sup>

Am 13. September versammelten sich etwa 3000 Leningrader auf dem Leutnant-Schmidt-Kai. An diesem Tage reisten der Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands, Ernst Thälmann, und der Sekretär der KPD-Organisation im Ruhrgebiet, Wilhelm Florin, ab.<sup>21</sup> In seinen Abschiedsworten an die Versammelten sagte Ernst Thälmann: „Genossen! Im Namen der deutschen Kongreßdelegation, im Namen des Roten Frontkämpferbundes bringe ich euch meinen flammenden revolutionären Gruß. Wir haben zehn Tage in Leningrad verbracht, der Wiege der Oktoberrevolution. Wir haben hier das schnelle Wachstum der sozialistischen Gesellschaft gesehen, das ständige Erstarken des revolutionären Bewußtseins verspürt. Wir reisen in der Überzeugung ab, daß der Sieg der Revolution nicht nur bei uns, in Deutschland, nahe ist, sondern auch in der ganzen Welt, in der Überzeugung, daß der Tag nicht fern ist, da Hamburger Schiffe unter der roten Flagge der Revolution in den Leningrader Hafen einfahren werden. Ich werde dem Proletariat Hamburgs, dem Proletariat ganz Deutschlands euren Gruß überbringen. Es lebe die Weltrevolution!“<sup>22</sup>

Nach ihm sprachen Arbeiter der Leningrader Werke, Vertreter der Sowjetarmee und der Roten Flotte. Arbeiter der Druckerei „Petschatny Dwor“ überreichten Thälmann Bücher, eine Arbeiterin des Werkes „Krasny Parus“ eine Jungfront-Uniform. Als letzte sprach eine Arbeiterin des „Gossnak“. Thälmann umarmte und küßte sie. — „In ihrer Person küsse ich euch alle, das ganze revolutionäre Proletariat Leningrads“, sagte er. „Es lebe die internationale Revolution mit dem Ruf: Rot Front! Rot Front! Rot Front!“<sup>23</sup>

Dann verließ der Dampfer „Herzen“ die Anlegestelle. Thälmann winkte mit einem Blumenstrauß. Bis zum Ausgang ins Meer wurde der Dampfer von einem Schlepper voller Arbeiter begleitet.

Am Tage nach der Abreise Ernst Thälmanns erschien in der „Leningradskaja Prawda“ sein Artikel „Rot Front“. In ihm hieß es: „Der Aufenthalt in Leningrad, die Bekanntschaft mit dem vorwärtsdrängenden Aufbau des proletarischen Leningrads, mit seiner stürmischen Arbeitsenergie, mit seinem revolutionären Enthusiasmus und unauslöschlichen kämpferischen Internationalismus hat bei allen Delegierten einen tiefen Eindruck hinterlassen.

Unvergesslich wird allen Delegierten der wahrhaft brüderliche Empfang bleiben, den ihnen die Leningrader Arbeiter und Arbeiterinnen bereiteten. Wir fühlten uns nicht in einer fremden Stadt, sondern mitten im Herz unseres sozialistischen Vaterlandes, in der stählernen

<sup>20</sup> Ebenda.

<sup>21</sup> Wilhelm Florin war Mitglied des Politbüros des ZK der KPD und einer der nächsten Freunde und Mitkämpfer Ernst Thälmanns; nach der Machtergreifung der Nazis lebte er in der Sowjetunion und kämpfte aktiv gegen Faschismus und Krieg. Er starb am 5. Juli 1944 und wurde in Moskau bestattet.

<sup>22</sup> Leningradskaja Prawda, 14. September 1928.

<sup>23</sup> Ebenda.



Wiege der kommunistischen Weltrevolution. Der Besuch der Leningrader Fabriken und der großen Bezirksversammlungen, der brüderliche Kontakt mit den Truppenteilen der Roten Arbeiter-und-Bauern-Armee und den ruhmvollen Kronstädter Matrosen hat alle Mitglieder der Delegation mit neuem Kampfesmut erfüllt und in höchstem Maße ihren unerschütterlichen Glauben an den Sieg der proletarischen Revolution in den Ländern des Kapitalismus gefestigt...

Unsere Partei wird die Auswertung der Beschlüsse des VI. Kongresses mit Berichten über den Besuch unserer Kongreßdelegation in Leningrad verbinden.

Es lebe das Rote Leningrad, die Festung der Weltrevolution!

Wir grüßen die Leningrader Arbeiter, die Vorkämpfer für die Sache des Proletariats, mit dem proletarischen Kampfgruß: Rot Front!

Es lebe der sozialistische Aufbau in der Sowjetunion, der die Grundlagen der Kapitalherrschaft in allen Ländern untergräbt!

Es lebe die KPdSU (B), der Bannerträger des kämpfenden internationalen Proletariats!

Es lebe die Kommunistische Internationale, die Leninsche Weltpartei!<sup>24</sup>

Die Leningrader und mit ihnen das ganze Sowjetvolk bewahren und hegen die Erinnerung an die kühne Persönlichkeit Ernst Thälmanns. Einer Reihe Industriebetriebe Leningrads und Kollektivwirtschaften des Leningrader Gebiets wurde der Name des Führers der deutschen Werktätigen verliehen.

Touristen aus aller Welt sehen, wenn sie den legendären Kreuzer „Aurora“ besuchen, neben den Erinnerungen an den Großen Oktober die Eintragung Ernst Thälmanns im Gästebuch des Kreuzers aus dem Jahre 1928 und das Porträt Thälmanns, das Rosa Thälmann 1949 der Mannschaft des Kreuzers schenkte.

An dem Tage, da die Werktätigen der ganzen Welt den 42. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution feierten, wurde in Leningrad ein Beschluß der Mansfelder Kumpel bekannt, dem Sowjetvolk eine Statue Ernst Thälmanns zu schenken, mit der Bitte, sie in der Stadt Puschkin aufzustellen. Dieser Vorschlag ging von den Bergleuten der Erzgrube aus, die den Namen Thälmanns trägt.

Das Denkmal wird in der Stadt Puschkin unweit des Platzes Aufstellung finden, von wo die Faschisten während des Großen Vaterländischen Krieges das Monument Wladimir Iljitsch Lenins raubten und es zum Einschmelzen nach Deutschland schleppten.<sup>25</sup>

Das Denkmal Ernst Thälmanns, zu dessen Anfertigung ausschließlich Mittel verwandt werden, die von den Mansfelder Bergarbeitern

<sup>24</sup> Ebenda.

<sup>25</sup> Zur Geschichte der Rettung des Lenin-Denkmal vgl. Robert Büchner: Zur Geschichte der Rettung und Aufstellung des Lenin-Denkmal in Eisleben. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1960, Sonderheft zum 15. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus, S. 212 ff.

in freiwilligen Sonderschichten erarbeitet werden, wird dem Sowjetvolk am 8. Mai 1960, am Vorabend des Tages des Sieges über das faschistische Deutschland, am 15. Jahrestag der Befreiung Deutschlands, übergeben werden.

Während seines Aufenthaltes in Leningrad sagte Ernst Thälmann: „Wir werden denselben Weg gehen, den die russischen Proletarier gegangen sind.“<sup>26</sup> Seine Worte haben sich erfüllt: in der Deutschen Demokratischen Republik, in dieser westlichsten Bastion des Sozialismus, haben die Werktätigen unter der Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hervorragende Erfolge beim sozialistischen Aufbau errungen. Der unermüdliche Kampf der Deutschen Demokratischen Republik für die Festigung des Friedens entspricht den Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes.

In seiner Rede auf dem V. Parteitag der SED sagte Genosse N. S. Chruschtschow: „In der Deutschen Demokratischen Republik vollzog sich das, wovon die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Karl Marx und Friedrich Engels, die mutigen Kämpfer für die Freiheit und das Glück des deutschen Volkes, die hervorragenden Vertreter der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, August Bebel und Franz Mehring, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, Ernst Thälmann, Clara Zetkin und viele andere, geträumt haben.

Die Tatsache, daß Deutschland den Weg des Sozialismus beschritten hat, ist von welthistorischer Bedeutung.“<sup>27</sup>

Nicht fern ist der Tag, da in der Stadt Puschkin an der Kreuzung des Oktober- und des Sowjet-Boulevards das Denkmal des Führers der deutschen Arbeiterklasse, Ernst Thälmann, errichtet werden wird.

Unlängst beendete die XVIII. Puschkiner Bezirksparteikonferenz ihre Arbeit. Die Mitteilung des Sekretärs des Bezirkskomitees der KPdSU, W. A. Iwanow, über den Beschluß der Mansfelder Bergleute, der Stadt Puschkin ein Denkmal Ernst Thälmanns als Geschenk zu übergeben, wurde von den Delegierten der Konferenz mit stürmischem Beifall aufgenommen. Die Konferenz nahm einmütig ein Grußschreiben an die Werktätigen der Stadt Eisleben an, in dem es heißt: „Teure deutsche Genossen! Die Delegierten der Puschkiner Bezirksparteikonferenz richten heute mit dem Gefühl herzlicher Dankbarkeit ihre Blicke auf den Platz Eislebens, wo sich stolz das Denkmal W. I. Lenins erhebt.

Wir danken allen den mutigen und freiheitsliebenden Menschen, die in den Jahren der faschistischen Aggression das Denkmal des Genius' der Großen Oktoberrevolution, des Inspirators und Organisators des Aufbaus eines besseren Lebens in der Welt, unseres geliebten Iljitsch vor der Schändung bewahrt haben.

Wir begrüßen warm die Initiative der Werktätigen der Stadt Eisleben, die beschlossen haben, ein Denkmal des treuen Sohnes des deut-

<sup>26</sup> Leningradskaja Prawda, 8. September 1928.

<sup>27</sup> N. S. Chruschtschow: UdSSR und DDR untrennbar verbunden, Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 5.

schen Volkes, Ernst Thälmanns, zu schaffen und in unserer Stadt aufzustellen. Wir bringen unsere Verbundenheit und tiefe Dankbarkeit allen Genossen zum Ausdruck, die an dieser edlen Sache mitwirken.

Wir wünschen Ihnen, teure Genossen, weitere große Erfolge beim Aufbau des Sozialismus in Ihrem Lande.<sup>28</sup>

Die Denkmale Wladimir Iljitsch Lenins in Eisleben und Ernst Thälmanns in Puschkin werden ein prächtiges Symbol der unzerstörbaren Freundschaft zwischen den Sowjetvölkern und dem deutschen Volk sein.

#### AUF DER „AURORA“

Schwer rollt das Meer, rollt auf, rollt nieder ...  
Die Wolkendecke — brodelnd, grau und dick,  
Im Dunst schwimmt Leningrad dort hinten,  
Septemberkühle streicht das Meer.

Und das Matrosenherz trinkt wieder  
Der Meeresbrise Würze und der Blick  
Des Horizontes Steigen, Sinken.  
Die Schiffsmaschine wummert schwer.

Im Nebel ragen Dächer, Spitzen,  
Schiffsrumpfe schaukeln dort an Trossen,  
Die alten Kirchenkuppeln zeigen  
Stolz ihre goldenen Gewänder.

Und vor uns zischen Wellen, spritzen.  
Dort — Kronstadt! Vorwärts jetzt, Genossen!  
Das Tor der Heimat; hier verzweigen  
Sich Routen wie geknüpft Bänder.

Und Thälmann sieht mit frohen Augen,  
Wie rote Fahnen prasselnd wehen;  
Der dünne Faden der Befehle  
Fliegt übers Deck und schwebt zurück.

Glashell und schlank gellt die Fanfare:  
Aufs Deck, Matrosen, angetreten!  
Und Thälmann greift sich an die Kehle —  
„Ist dir nicht wohl?“

„Doch, Freunde. Glück!“

<sup>28</sup> Leningradskaja Prawda, 5. Dezember 1959.



Zum Gruß den deutschen Proletariern,  
Dem Freund in Köln, in Mainz und Hamburg,  
Steigt ein „Hurra“ vom Panzerkreuzer  
Hinauf ins trübe Wolkenzelt,  
Und mit ihm fliegen Herzen, Hirne  
Hin zu den kämpfenden Genossen,  
Zu denen, die um Freiheit ringen,  
Um Frieden, Wahrheit in der Welt.

Hell wie zum Kampf tönt die Fanfare!  
Und Thälmann geht zu dem Geschütz,  
Des Mündung dem Palast des Winters  
Den eisenharten Frühling sang.

Er spricht zur Mannschaft der „Aurora“:  
„Hier, dieses Rohres roter Blitz —  
Der Funke war es, der ins Pulver  
Der Proletarierklassen sprang.“

Und leise, gleichsam zur Liebkosung,  
Berührt die harte Hand den Stahl;  
Sie spricht ein schweigendes Vermächtnis:  
Entschlossen ballt sie sich zur Faust.

Er war das Sinnbild unsres Willens,  
War unsrer Zukunft Siegesmal,  
So lebt er weiter im Gedächtnis,  
Wie auch die Zeit vorüberbraust.

Daß er uns doch nicht mehr verließ!  
Wir dachten nicht an Abschiedslieder,  
Da sank der Anker schwer ins Naß.  
Auch dir fiel's schwer, du schaust noch, stehst —

Du gingst entschlossen. „Thälmann, grüße,  
Wenn du nach Haus kommst, unsre Brüder!“  
Wir bangten um euch, wußten, daß  
Du schwerer Zeit entgegengehst.

*Wsewolod Asarow*

Nachgedichtet von *Wolfgang Berga*

A. A. Strutschkow

Gemeinsam mit den Mitarbeitern des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU und dem großen Kreis seiner Genossen und Freunde betrauern wir Genossen Alexej Alexejewitsch Strutschkow, Stellvertretender Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU und Mitglied des Redaktionskollegiums der Zeitschrift „Fragen der Geschichte der KPdSU“, der am 3. Dezember 1959 nach schwerer Krankheit im Alter von 60 Jahren starb.

Genosse A. A. Strutschkow stand seit 1918 in den Reihen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und diente seiner Partei in den Jahren des Bürgerkrieges als Kommissar in der Roten Armee. In verschiedenen Parteifunktionen wirkte er, besonders im Altai, auf organisatorischem, kulturpolitischem und propagandistischem Gebiet. An den Fronten des Großen Vaterländischen Krieges kämpfte er als Kommissar einer Freiwilligen-Brigade und wurde durch zahlreiche Auszeichnungen geehrt. Nach dem Sieg über die faschistischen Aggressoren übte Genosse A. A. Strutschkow wichtige Funktionen beim Zentralkomitee der KPdSU aus, seit 1953 wirkte er als Stellvertretender Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU. Als Autor zahlreicher Aufsätze und Schriften und besonders als Herausgeber mehrerer wertvoller Dokumentenbände über die Geschichte der KPdSU förderte er anleitend und anregend die Erforschung und Propagierung der ruhmreichen Traditionen der Partei Lenins.

Das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED verliert in Genossen A. A. Strutschkow einen guten Ratgeber und Freund.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

*Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED*

# Aus der Arbeit der Kommissionen für die Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung

---

## Zu einigen Veröffentlichungen zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung anläßlich des 10. Jahrestages der Gründung der DDR

Die Thesen des Politbüros des ZK zum zehnten Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik haben allen auf dem Gebiet der Zeitgeschichte tätigen Historikern die Orientierung für die Erforschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung nach der Zerschlagung des verbrecherischen Hitlerfaschismus gegeben.

In den Thesen heißt es unter anderem: „Die Deutsche Demokratische Republik ist heute unwiderrufliche Realität. Die großartigen schöpferischen Leistungen der Arbeiter, der Bauern und der Intelligenz, die gemeinsame Arbeit aller Schichten der Bevölkerung im sozialistischen Aufbau und der enge Zusammenschluß mit den Ländern des sozialistischen Lagers, vor allem der mächtigen Sowjetunion, haben unsere Republik zur festen, unerschütterlichen Bastion aller friedliebenden und patriotischen Kräfte ganz Deutschlands im Kampf um die Erhaltung des Friedens und die Schaffung eines friedliebenden, demokratischen, einheitlichen deutschen Staates gemacht. Sie hat dem ganzen deutschen Volk den geschichtlichen Weg in eine Zukunft des Friedens und der Völkerfreundschaft, der Freiheit und des Wohlstandes eröffnet.“<sup>1</sup>

Angesichts dieser Feststellung haben auch die Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei den Bezirks- und Kreisleitungen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands eine besondere Verpflichtung. Für sie gilt es, sich auf die Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung nach 1945, der Herausbildung und Festigung unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse zu konzentrieren.

Bei der Vorbereitung des 10. Jahrestages der Gründung unserer Republik wurde von den örtlichen Kommissionen in den Bezirken und Kreisen eine große, wertvolle wissenschaftliche und zugleich politisch-erzieherische Arbeit geleistet. Wie bereits zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution und der Gründung der KPD wurden auch diesmal eine ganze Reihe von Arbeitsergebnissen veröffentlicht, die z. T. recht unterschiedlichen Charakter tragen. Bei den Publikationen kam es vor allem darauf an nachzuweisen, daß die nationale Grundaufgabe, die Zerschlagung des volksfeindlichen Imperialismus und Militarismus, in der DDR gelöst wurde. Von den einzelnen Kommissionen mußte darum erforscht werden, wie die historischen Beschlüsse unserer Partei — die Beschlüsse von Brüssel und Bern, das Aktionsprogramm der KPD vom 11. Juni 1945, die Beschlüsse der II. Parteikonferenz vom Jahre

<sup>1</sup> Thesen des Politbüros des ZK zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1959, Heft 4, S. 663/664.



1952 und die des V. Parteitages — von der Arbeiterklasse unter Führung der örtlichen Parteiorganisationen im Bündnis mit allen Werktätigen verwirklicht wurden. Bei den Vorbereitungen zum 10. Jahrestag arbeiteten in zahlreichen Kreisen die Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung aktiv in den von den staatlichen Organen gebildeten „Gemeinsamen Kommissionen „10 Jahre DDR“ mit. Von diesen Kommissionen wurden in fast allen Kreisen Ausstellungen vorbereitet und eine Reihe von Broschüren herausgegeben<sup>2</sup>, die im wesentlichen agitatorischen Charakter tragen.

Bei diesen Broschüren beschränkten sich die Verfasser darauf, lediglich die ökonomische Entwicklung, die Erfolge beim Aufbau der neuen, sozialistischen Gesellschaftsordnung anhand einzelner Institutionen, Einrichtungen oder Betriebe zu zeigen. Vielfach wurde dabei umfangreiches Bildmaterial verwendet. Das ist eine gute Methode, um den Lesern das Neue, oft schon als selbstverständlich Empfundene unserer Entwicklung deutlich zu machen. Diese Broschüren erheben jedoch nicht den Anspruch, zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung beizutragen. Als besonders wertvoll ist unter diesen Veröffentlichungen die Stralsunder Publikation hervorzuheben, die durch eine Chronologie über die wichtigsten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen örtlichen Ereignisse der Zeit von 1945 bis 1958 über den Rahmen einer Agitationsschrift hinausgeht.

Daneben liegen eine Reihe von Publikationen vor, in denen die Entwicklung der örtlichen Arbeiterbewegung im Mittelpunkt steht. Die Kommissionen haben sich dabei vielfältiger Methoden bedient: teils wurden vor allem die vorhandenen Materialien in den örtlichen Archiven, teils die Lokalzeitungen und sonstige Presseorgane, teils wurden Erinnerungen von Parteiveteranen und Aktivisten der ersten Stunde gesammelt und publiziert. Publikationen dieser Art brachten die Bezirke Karl-Marx-Stadt, Halle, Leipzig und Erfurt und die Kreise Schönebeck a. d. E. (Bezirk Magdeburg), Eberswalde (Bezirk Frankfurt a. d. O.), Weißenfels (Bezirk Halle), Herzberg (Bezirk Cottbus) und Forst (Bezirk Cottbus) heraus. Besonders die Broschüren der Bezirkskommissionen enthalten wertvolle Forschungsergebnisse.

Die Karl-Marx-Städter Broschüre<sup>3</sup> behandelt den Prozeß der Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Sie schließt mit dem Gründungsparteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ab. Die Broschüre enthält eine Arbeit von Hansjörg Model und drei Erinnerungsberichte von Arbeiterveteranen. Im Mittelpunkt steht das Ringen der Chemnitzer Kommunisten, Sozialdemokraten und parteilosen Werktätigen um die Einheit der Arbeiterklasse. Die Broschüre ist ein wertvoller Beitrag zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Parteiorganisationen, wobei die lokale Entwicklung gut mit den zentralen Beschlüssen der beiden Arbeiterparteien, beispielsweise mit dem Aktionsprogramm der KPD vom 11. Juni 1945 oder mit den Beschlüssen der „Sechziger-Konferenz“, verbunden wurde. Die Broschüre gibt anhand der örtlichen Ereignisse eine sehr eingehende Darstellung der einzelnen Etappen bis zur Gründung der SED. Quellenbelege und Dokumente, zum Teil als Faksimiles, erhöhen ihren wissenschaftlichen Wert.

<sup>2</sup> Die Bibliographie dieser Broschüren vgl. im Anschluß an diesen Beitrag.

<sup>3</sup> Schafft die Einheit. Die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in Chemnitz. Hrsg. von der Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der SED, Abteilung Propaganda und Agitation, 1959, 120 S.

Historisch und politisch-erzieherisch äußerst wertvoll ist die Hallenser Broschüre<sup>4</sup> zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR, in der 26 Parteiveteranen und Aktivisten der ersten Stunde mit ihren Erlebnisberichten die Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens im Bezirk bis 1949 vielseitig, gründlich und in lebendiger Form schildern. Die Broschüre knüpft damit an die bereits zur Tradition gewordene Veröffentlichung von Erinnerungsbänden des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED an.<sup>5</sup>

Die Leipziger Publikation<sup>6</sup> umfaßt die Periode vom Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung im Bezirk Leipzig bis zum Beginn des Siebenjahresplanes. Es wurde eine Fülle von wichtigem Quellenmaterial ausgewertet. Leider wurde die Form der Darstellung dem wertvollen Inhalt nicht ganz gerecht. So vermißt der Leser mitunter einen klaren Aufbau sowie eine lebendige und anschauliche Sprache.

In der Erfurter Broschüre<sup>7</sup> werden die wichtigsten politischen, ökonomischen und kulturellen Entwicklungsetappen des Bezirks seit 1945 dargestellt. Es wird geschildert, welche Schwierigkeiten überwunden und welche harten Auseinandersetzungen mit dem Klassenfeind geführt werden mußten, um unter Führung der Partei der Arbeiterklasse im Bündnis mit den übrigen werktätigen Schichten die großen Erfolge des sozialistischen Aufbaus im Bezirk zu erzielen. Das veröffentlichte statistische Material über die Entwicklung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion des Bezirkes sowie die angeführten Beispiele der Schöpferkraft unserer Werktätigen beim Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung lassen diese Broschüre für alle in der Propagandarbeit Tätigen zu einer bedeutenden Hilfe werden. Der Wert der Arbeit wird durch die schwache theoretische Durchdringung jedoch etwas herabgemindert.

Auch die Publikationen zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR, die von den Kreiskommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung herausgegeben wurden, enthalten eine Fülle wertvoller Forschungsergebnisse über die Entwicklung der Kreise seit der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus.

Die Broschüre der Kreiskommission Schönebeck (Elbe)<sup>8</sup> gibt in 40 Beiträgen verschiedener Autoren ein interessantes und aufschlußreiches Bild dessen, was in den vergangenen fünfzehn Jahren im Kreisgebiet geleistet und erreicht wurde. Dazu wurden sowohl unmittelbare Erlebnisberichte wie auch Beiträge einzelner Institutionen und Organisationen (VEB, LPG, Sportbewegung usw.) veröffentlicht.

<sup>4</sup> Wie die Arbeiter-und-Bauern-Macht entstand. Erlebnisberichte aus Sachsen-Anhalt. Hrsg. vom Bezirksausschuß der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Halle (Saale) 1959, 262 S.

<sup>5</sup> Vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED wurde zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR der Erinnerungsband „Wir sind die Kraft. Der Weg zur Deutschen Demokratischen Republik. Erinnerungen“, Dietz Verlag, Berlin 1959, herausgegeben. Vgl. die Rezension des Bandes in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1959, Heft 4, S. 849–853.

<sup>6</sup> Zehn Jahre Kampf und Erfolg. Über den sozialistischen Aufbau im Bezirk Leipzig. Hrsg. von der Abteilung Propaganda und Agitation bei der Bezirksleitung Leipzig der SED unter Mitarbeit der Bezirkskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, 1959, 120 S.

<sup>7</sup> Unsere Republik – unser Bezirk – unser Leben! Hrsg. von der Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse Bezirk Erfurt, 1959, 55 S.

<sup>8</sup> 1949–1959, 10 Jahre für Frieden, Einheit, Sozialismus. Kreis Schönebeck (Elbe). Hrsg. von der Kreiskommission zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung des Kreises Schönebeck in Zusammenarbeit mit der Abteilung Propaganda bei der Kreisleitung der SED, 1959, 112 S.

In den Berichten über die Entwicklung der volkseigenen Betriebe — das trifft auch für die Weißenfelder<sup>9</sup> und Eberswalder Broschüre<sup>10</sup> zu — sind die ersten Ansätze zu Betriebschroniken vorhanden. Hier steht von den Kreiskommissionen die Aufgabe, arbeitsfähige Betriebskommissionen zu schaffen, die mit Unterstützung der Kreiskommissionen beginnen sollten, die Geschichte des Kampfes der Arbeiter in den Betrieben zu erforschen. Hier in den Produktionsstätten entbrannte der Klassenkampf am unmittelbarsten. Ein guter Anfang mit der Untersuchung dieses wichtigen Teilgebietes der Entwicklung der örtlichen Arbeiterbewegung wurde mit der bereits vorliegenden Chronik des VEB Gummiwerkes „John Scheer“ in Schönebeck gemacht.<sup>11</sup>

Zwei Publikationen zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR liegen aus dem Bezirk Cottbus vor. In der Herzberger Broschüre „... und der Zukunft zugewandt“<sup>12</sup>, wurden Veteranenberichte und Archivmaterialien des Rates des Kreises und der Stadt ausgewertet. Es wurden die wichtigsten Etappen bis zur Vereinigung der beiden Arbeiterparteien im April 1946 festgehalten. Die zweite Broschüre brachte die Kommission der Kreisleitung Forst<sup>13</sup> heraus, in der die Entwicklung des Kreises von 1945 bis 1959 gezeigt wird.

In fast allen hier genannten Publikationen wurden umfangreiches Bildmaterial und faksimilierte Dokumente veröffentlicht. Sie stellen eine wertvolle Bereicherung unserer Kenntnisse über die Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung nach 1945 dar. Dennoch entsprechen noch nicht alle Broschüren den gestellten Anforderungen.

Im folgenden soll versucht werden einzuschätzen, wie einige Grundfragen unserer Entwicklung nach 1945 in den einzelnen Broschüren behandelt wurden.

Von großer Bedeutung für die Nachkriegsentwicklung in Deutschland ist das Potsdamer Abkommen. Die Verwirklichung dieses Abkommens der Antihitlerkoalition erforderte, die Macht der Monopole zu brechen, den Faschismus und Militarismus auszurotten und eine friedliche, demokratische Entwicklung in Deutschland zu gewährleisten. Die Potsdamer Beschlüsse entsprachen darum zutiefst den Interessen des deutschen Volkes. Sie wurden von den antifaschistisch-demokratischen Kräften in der damaligen sowjetischen Besatzungszone konsequent verwirklicht. Es ist unverständlich, daß das Potsdamer

<sup>9</sup> Festaussage zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR. Hrsg. vom Rat des Kreises und von der Kreisleitung der SED, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Weißenfels, 1959, 72 S.

<sup>10</sup> 10 Jahre sozialistischer Aufbau im Kreis Eberswalde. Hrsg. vom Rat des Kreises Eberswalde zum 10. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik, 1959, 83 S.

<sup>11</sup> Unser Gummiwerk gestern und heute. Eine Chronik des VEB Gummiwerk „John Scheer“, Jugendbetrieb Schönebeck (Elbe). Zusammengestellt von Heinz Döschner und Horst Howald. Hrsg. von der Werkleitung des Gummiwerkes „John Scheer“, 1959, 40 S. — Etwas Neues zeigte sich im RAW „8. Mai“ in Eberswalde, wo eine Brigade, die um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit“ kämpft, ihr Tagebuch veröffentlichte: Tagebuch der Brigade V. Parteitag des RAW „8. Mai“ Eberswalde, 1959, 12 S.

<sup>12</sup> „... und der Zukunft zugewandt“. Zur Geschichte des Kreises Herzberg/Schweinitz (1945/1946). Hrsg. von der Kreisleitung Herzberg der SED, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, 1959, 31 S.

<sup>13</sup> „Auferstanden aus Ruinen...“. Ein Beitrag zur Geschichte des Kreises Forst von 1945–1959. Hrsg. von der SED-Kreisleitung Forst (Lausitz) in Verbindung mit der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, 1959, 62 S.



Abkommen in einzelnen Publikationen nicht beachtet wurde. In der Herzberger Broschüre wird bei der Behandlung der Oder-Neiße-Friedensgrenze nur ungenügend auf das Potsdamer Abkommen eingegangen.<sup>14</sup> In der Schönebecker Publikation werden die Potsdamer Beschlüsse nicht einmal erwähnt.

Mit der Befreiung vom Joch des Hitlerfaschismus wurde ein neues Blatt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und des deutschen Volkes aufgeschlagen. Die Soldaten und Offiziere der Roten Armee halfen als Klassenverbündete der deutschen Arbeiter und als nationale Verbündete des deutschen Volkes den antifaschistisch-demokratischen Kräften beim Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung. Mit ihrer tatkräftigen Unterstützung wurden die völkerbefreienden Ideen des Marxismus-Leninismus in einem Drittel Deutschlands verwirklicht.

In den einzelnen Broschüren befinden sich eine Vielzahl von Beispielen der großzügigen Unterstützung, die die Sowjetunion dem deutschen Volk gab. So berichten in der Hallenser Broschüre Robert Siewert von der engen, freundschaftlichen Zusammenarbeit der antifaschistisch-demokratischen Kräfte mit den Offizieren der sowjetischen Militäradministration der Provinz Sachsen-Anhalt bei der Demokratisierung und Bildung von Selbstverwaltungsorganen,<sup>15</sup> Karl John von der Hilfe der sowjetischen Freunde beim Wiederaufbau der durch den Krieg völlig zerstörten Leuna-Werke,<sup>16</sup> Gustav Zabel vom Erfahrungsaustausch mit sowjetischen Neuerern<sup>17</sup> und Ludwig Einicke von der Herausbildung und Festigung der deutsch-sowjetischen Freundschaft, die zu einer Herzenssache eines jeden fortschrittlichen und friedliebenden Deutschen wurde.<sup>18</sup>

Unter dem Titel „Die große Freundschaft“<sup>19</sup> wird in der Leipziger Broschüre von den Freundestaten der Sowjetregierung gegenüber dem deutschen Volk, vom gemeinsamen Widerstandskampf deutscher und sowjetischer Antifaschisten im Nationalkomitee „Freies Deutschland“, Gruppe Leipzig, und von der Wiedereröffnung der Leipziger Herbstmesse und dem Neuaufbau Leipziger Großbetriebe mit Unterstützung der Sowjetunion berichtet. In den Publikationen aus Herzberg<sup>20</sup>, Karl-Marx-Stadt<sup>21</sup> und Schönebeck<sup>22</sup> werden die Hilfe der Sowjetunion bei der Überwindung der Ernährungsschwierigkeiten und die großzügige Unterstützung der deutschen Landwirtschaft durch die Lieferung landwirtschaftlicher Maschinen eingehend gewürdigt.

In den Thesen des Politbüros des ZK zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR wird festgestellt, daß die „Gründung der SED ... die größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, ein Sieg des Marxismus-Leninismus“<sup>23</sup>, ist. Die Herausgeber der Karl-Marx-Städter Bro-

<sup>14</sup> „... und der Zukunft zugewandt“, S. 13.

<sup>15</sup> Robert Siewert: Für ein besseres Leben! In: Wie die Arbeiter-und-Bauern-Macht entstand, S. 50–74.

<sup>16</sup> Karl John: So halfen uns die sowjetischen Freunde in den Leuna-Werken „Walter Ulbricht“. In: Ebenda, S. 102–111.

<sup>17</sup> Gustav Zabel: Durchbruch zur Neuererbewegung im Maschinenbau. In: Ebenda, S. 112–117.

<sup>18</sup> Ludwig Einicke: Das neue, demokratische Deutschland braucht neue Menschen! In: Ebenda, S. 183–203.

<sup>19</sup> Die große Freundschaft. In: Zehn Jahre Kampf und Erfolg, S. 67–72.

<sup>20</sup> „... und der Zukunft zugewandt“, S. 11/12.

<sup>21</sup> Kurt Schumann: Die Sicherung der Ernährung der Bevölkerung – dringendste Aufgabe der ersten Tage und Wochen. In: Schafft die Einheit, S. 113–120.

<sup>22</sup> 1949–1959. 10 Jahre für Frieden, Einheit, Sozialismus, S. 63.

<sup>23</sup> Thesen des Politbüros des ZK zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1959, Heft 4, S. 665.

schüre haben ihrer Veröffentlichung diesen Gedanken zugrunde gelegt. Die Auseinandersetzungen mit den revisionistischen Auffassungen der rechten sozialdemokratischen Führer schafften Klarheit darüber, daß die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien nur auf dem Boden des revolutionären Marxismus erfolgen konnte. In der Broschüre wird die Chemnitzer Gruppe der Einheitsgegner schonungslos entlarvt.<sup>24</sup> Dabei wird auch ihre politische Konzeption eingeschätzt. Dazu heißt es unter anderem: „Es waren SPD-Mitglieder und Funktionäre, die bereits vor 1933 auf dem rechten Flügel der Partei standen und nichts aus der Vergangenheit gelernt hatten oder zumindest nichts lernen wollten.“<sup>25</sup> Diese Gruppe der Einheitsgegner hatte starke Positionen in der Industrie- und Handelskammer und der Konsumgenossenschaft. Sie stützte sich in ihrem spalterischen Treiben auf die Reste der alten Arbeiteraristokratie und der ehemaligen Gewerkschaftsangestellten.<sup>26</sup> Auf dem Wege zur Vereinigung wurden diese Einheitsgegner isoliert und von aufrechten, vom Einheitswillen beseelten Sozialdemokraten, zu denen unter anderen Erich Mückenberger, Horst Nendel und August Friedel gehörten, vor den Arbeitern restlos entlarvt.

Leider vermißt der Leser am Schluß dieser Arbeit eine eingehende Würdigung der nationalen Bedeutung der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien, durch die die wichtigste Voraussetzung für den Sieg der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und den Übergang zur sozialistischen Revolution geschaffen wurde.

In der Herzberger Broschüre bleiben die ideologischen Auseinandersetzungen mit einheitsfeindlichen Auffassungen und sektiererischen Tendenzen, die der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien entgegenstanden, unberücksichtigt. Es genügt nicht, dazu lediglich aus einem Beschluß der Kreisleitung der KPD zu zitieren.<sup>27</sup> Der gleiche Mangel zeigt sich in den Broschüren von Weißenfels<sup>28</sup> und Leipzig<sup>29</sup>, wo ebenfalls nicht auf die stattgefundenen Auseinandersetzungen zur Klärung wichtiger Probleme eingegangen wird, sondern nur einige Beschlüsse erwähnt werden.

In der Forster Publikation wird geschildert, wie sich unmittelbar nach der Zerschlagung der faschistischen Diktatur im Juli 1945 Kommunisten und Sozialdemokraten zusammenfanden, um eine Ortsgruppe der Vereinigten Kommunistischen Partei zu gründen.<sup>30</sup> Aus der geschichtlichen Vergangenheit der deutschen Arbeiterbewegung hatten die kommunistischen und sozialdemokratischen Genossen die Lehren gezogen. In ihrem ehrlichen Bestreben, die verhängnisvolle Spaltung der deutschen Arbeiterklasse schnellstens zu überwinden, gingen sie über die notwendige Herstellung der Aktionseinheit hinaus und schufen sofort die organisatorische Einheit. Diese Maßnahme war jedoch verfrüht. Es galt, vor der Vereinigung die wichtigsten ideologischen Fragen auf der Grundlage des Marxismus zu klären, so daß es im Herbst 1945 zur Bildung einer neuen Ortsgruppe der SPD kam<sup>31</sup>, bis im Frühjahr

<sup>24</sup> Schafft die Einheit, S. 38–41.

<sup>25</sup> Ebenda, S. 38.

<sup>26</sup> Vgl. ebenda, S. 39.

<sup>27</sup> „... und der Zukunft zugewandt“, S. 28.

<sup>28</sup> Festaussage zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR, S. 3–9.

<sup>29</sup> 10 Jahre Kampf und Erfolg, S. 20. – Zur Vereinigung der beiden Arbeiterparteien in Leipzig vgl. Klaus Drobisch: Der Kampf um die Einheitspartei der Arbeiterklasse in Leipzig 1945/1946. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1960, Sonderheft, S. 129 ff.

<sup>30</sup> „Auferstanden aus Ruinen...“, S. 16.

<sup>31</sup> Ebenda, S. 19.

1946 in der gesamten damaligen sowjetischen Besatzungszone die Bedingungen für die Vereinigung herangereift waren.

Wohl niemand ist berufener, über die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien im Bezirk Halle-Merseburg zu berichten, als Bernard Koenen, der als langjähriger Funktionär der KPD in diesem Gebiet tätig war und heute Erster Sekretär der Bezirksleitung Halle der SED ist. Bernard Koenen geht in seinem Beitrag in der Hallenser Broschüre<sup>32</sup> sehr eingehend auf die kameradschaftliche Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten bei der Entwicklung eines demokratischen Lebens ein. Nach den Beschlüssen der „Sechziger Konferenz“ sprachen sich nicht nur die Mitglieder der beiden Arbeiterparteien für den organisatorischen Zusammenschluß aus, sondern auch die parteilosen Arbeiter in den Betrieben forderten die Einheit. Eine Reihe von Orts- und Betriebsgruppen der KPD und SPD begannen mit der organisatorischen Vereinigung von unten.<sup>33</sup> Am 31. März fand der gemeinsame Bezirksparteitag Halle-Merseburg statt, auf dem Otto Grotewohl über „Die Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei in Gegenwart und Zukunft“ referierte.<sup>34</sup>

Mit diesem historischen Schritt wurde auch im Industriebezirk Halle-Merseburg „die von den Reformisten und Revisionisten zu Beginn des Zeitalters des Imperialismus in die Arbeiterbewegung hineingetragene Spaltung für immer überwunden“<sup>35</sup>. Mit der Herstellung der Aktionseinheit und schließlich der organisatorischen Einheit der Arbeiterklasse war diejenige gesellschaftliche Kraft gewachsen, die als einzige in der Lage ist, alle patriotisch-demokratischen Kräfte des Volkes um sich zu scharen, die Nation aus der Katastrophe zu führen und eine neue, wahrhaft demokratische Ordnung zu errichten.

Die Kommunistische Partei Deutschlands hatte mit ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945, in schöpferischer Anwendung der allgemeingültigen Prinzipien des Marxismus-Leninismus, allen Werktätigen eine klare Orientierung auf eine antifaschistisch-demokratische Umwälzung in Deutschland gegeben, die die bürgerlich-demokratische Revolution vollendete und die Grundlagen des Imperialismus und damit die Wurzeln aller imperialistischen Kriege im östlichen Teil Deutschlands beseitigte. Die KPD zeigte mit ihrem historischen Programm der deutschen Arbeiterklasse „den Weg der Aufrichtung eines antifaschistisch-demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk“<sup>36</sup>.

In allen Publikationen der Bezirke und Kreise, die zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR herausgegeben wurden, wurde versucht, den komplizierten Prozeß der Herausbildung und Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung sowie des neuen Staatsbewußtseins der werktätigen Bevölkerung herauszuarbeiten. Das gelang nicht immer. In der ersten Etappe der volksdemokratischen Revolution vollzogen sich tiefgehende politische, ökonomische und ideologische Veränderungen. Unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse begann in dieser Periode der Prozeß der Herausbildung einer festen moralisch-politischen Einheit der Bevölkerung unserer Republik.

<sup>32</sup> Bernard Koenen: Wie entstand die Einheit der Arbeiterparteien? In: Wie die Arbeiter-und-Bauern-Macht entstand, S. 31–45.

<sup>33</sup> Ebenda, S. 42–45.

<sup>34</sup> Ebenda, S. 49.

<sup>35</sup> Thesen des Politbüros des ZK zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1959, Heft 4, S. 666.

<sup>36</sup> Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 18.



Die Durchführung der demokratischen Reformen und vor allem die Gründung der DDR führten zu einer grundlegenden Wende der politischen und ökonomischen Entwicklung Deutschlands. Diese Grundgedanken fanden in der Darlegung der örtlichen Ereignisse in dieser ersten Etappe der volkdemokratischen Revolution oft nur ungenügenden Ausdruck. Während in den meisten Broschüren die demokratische Bodenreform richtig als wichtige revolutionäre Maßnahme zur Entmachtung des Militarismus und zur Herstellung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft gewertet und mit einer Fülle von Beispielen belegt wurde<sup>37</sup>, ist das bei anderen wichtigen Ereignissen oft nicht der Fall. So wurde z. B. die Enteignung der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher in der Forster Broschüre lediglich in einem Satz erwähnt.<sup>38</sup> Das ist ein großer Mangel. Durch die Überführung dieser Betriebe in Volkseigentum erhielt die antifaschistisch-demokratische Ordnung eine feste sozialökonomische Grundlage, und der spätere Übergang zum Aufbau des Sozialismus wurde wesentlich erleichtert. Es werden auch keine Beispiele gebracht, um die Feststellung auf S. 45, daß durch eine beharrliche Überzeugungsarbeit anfänglich vorhandene pessimistische, kleinbürgerliche Ansichten überwunden wurden, zu belegen. Es wird nicht gezeigt, wie sich bei den Arbeitern, werktätigen Einzelbauern oder Angehörigen der Intelligenz die Einstellung zur antifaschistisch-demokratischen Ordnung und zum Arbeiter-und-Bauern-Staat änderte. Das am Beispiel der Aktivistenbewegung oder der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft im Kreis zu zeigen, hätte den Wert der Broschüre bedeutend erhöht. Auch im Kreis Forst wird es hervorragende Arbeiter gegeben haben, die der Hennecke-Bewegung zum Durchbruch verhalfen, oder Genossenschaftsbauern, die anfänglich nichts von ihrem Eintritt in eine landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft wissen wollten und heute gute Vorsitzende ihrer Genossenschaft sind.

Eine ähnliche Erscheinung zeigt sich in den Broschüren von Schönebeck, Leipzig und Forst bei der Behandlung der Wahlen im Herbst 1946. Hier werden nur einige Fakten mitgeteilt, ohne auf die große Bedeutung der Wahlen einzugehen. Die damaligen Wahlen waren die ersten nach der faschistischen Diktatur und für die deutsche Arbeiterklasse und das deutsche Volk in der damaligen sowjetischen Besatzungszone eine Bewährungsprobe. Nach der Schaffung der demokratischen Selbstverwaltungsorgane, der Durchführung der demokratischen Bodenreform und der Enteignung des Monopolkapitals war eine wirklich demokratische Grundlage für allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlen gegeben. In den Wahlergebnissen konnte sich das wahre Kräfteverhältnis widerspiegeln. Die Wahlen zeigten, daß das deutsche Volk die Lehren aus der Geschichte gezogen hatte.

In einigen Broschüren (Leipzig, Eberswalde, Schönebeck) wird bei den Darlegungen über die Periode nach 1949 die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse nicht richtig herausgearbeitet. Die großen ökonomischen Erfolge, die in den Vordergrund gestellt werden, konnten doch aber nur unter der Führung der Partei errungen werden.

Einige Fehler in den Broschüren zeigen, daß es unbedingt notwendig ist, bei den kollektiven Beratungen über das fertiggestellte Manuskript auch einzelne Formulierungen genauestens zu prüfen. So wird beispielsweise in der Leipziger Broschüre behauptet, der III. Deutsche Volkskongreß für Frieden

<sup>37</sup> Vgl. „Auferstanden aus Ruinen...“, S. 23/24. — „... und der Zukunft zugewandt“, S. 20–23. — Wie die Arbeiter-und-Bauern-Macht entstand, S. 58–74. — 10 Jahre Kampf und Erfolg. S. 20–24. — 1949–1959. 10 Jahre für Frieden, Einheit Sozialismus, S. 61/62.

<sup>38</sup> „Auferstanden aus Ruinen...“, S. 26.

den und Einheit im Mai 1949 habe die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik angenommen.<sup>39</sup> Das ist natürlich falsch. Was auf dem III. Deutschen Volkskongreß angenommen wurde, war der Entwurf der Verfassung für eine einheitliche deutsche demokratische Republik, für *ganz* Deutschland. Nach den Spaltungsmaßnahmen der westdeutschen Imperialisten und Militaristen diene dieser Entwurf als Grundlage für die Verfassung unserer Republik. Die Formulierung in der Leipziger Broschüre stellt die gesamt nationale Bedeutung und Rolle der Volkskongreßbewegung, verwischt die wahren Ursachen der Spaltung Deutschlands und *desorientiert* dadurch die Leser.

In der Forster Broschüre wird der heutige Bonner Spionageminister Lemmer als Vorsitzender der SPD angesprochen.<sup>40</sup> Lemmer war damals leitender Funktionär der CDU in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands und floh, als er mit seiner volksfeindlichen Politik scheiterte, in die Westzonen.

Der faschistische Putschversuch der Imperialisten am 17. Juni 1953 war nicht nur eine bloße Provokation, wie er in der Schönebecker Broschüre dargestellt wird.<sup>41</sup> Es war der Versuch faschistischer Elemente zum Sturz unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht und zur Wiedererrichtung der Herrschaft des Imperialismus und Militarismus. Dank der richtigen Politik der Partei der Arbeiterklasse, die von der werktätigen Bevölkerung unterstützt wurde, schlug dieser Putsch fehl.

In der Herzberger Broschüre ist unter anderem davon die Rede, daß ein Flugzeug in den ersten Monaten nach der Befreiung den Herzbergern das „Neue Deutschland“ brachte.<sup>42</sup> Sicher wird die „Deutsche Volkszeitung“ gemeint sein, da das „Neue Deutschland“ erst nach dem Vereinigungsparteitag im April 1946 erschien. So wie diese angeführten Beispiele, gibt es eine Reihe von Unkorrektheiten, die bei einer genaueren Bearbeitung der Manuskripte hätten vermieden werden können.

Neben den genannten Broschüren erschienen auch in den örtlichen Presseorganen, in den Betriebszeitungen und in den Heimatzeitschriften des Deutschen Kulturbundes zum 10. Jahrestag kleinere Beiträge zur örtlichen Geschichte.

Die hier kurz besprochenen Veröffentlichungen sind trotz der erwähnten Mängel eine wertvolle Bereicherung der bisher vorliegenden Forschungsergebnisse zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung. Zum erstenmal begannen die örtlichen Kommissionen in ihrer Mehrheit mit der Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung in der Periode der Herausbildung und Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht. Eine systematische Erforschung der Zeitgeschichte sollte auch weiterhin, vor allem im Hinblick auf den 15. Jahrestag der Befreiung und den 15. Jahrestag der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zur SED — neben der Erforschung der revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterklasse im Kampf gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus in den Jahren der Weimarer Republik und des Hitlerfaschismus —, Schwerpunkt der Forschungsarbeit der Kommissionen sein. Ihre Ergebnisse werden den örtlichen Parteiorganen bei der sozialistischen Bewußtseinsbildung der werktätigen Bevölkerung eine unmittelbare Hilfe sein.

*Hans Maur*

<sup>39</sup> 10 Jahre Kampf und Erfolg, S. 35.

<sup>40</sup> „Auferstanden aus Ruinen...“, S. 27.

<sup>41</sup> 1949–1959. 10 Jahre für Frieden, Einheit, Sozialismus, S. 68.

<sup>42</sup> „... und der Zukunft zugewandt“, S. 19.

## *Zu einigen Veröffentlichungen zum 10. Jahrestag*

*Wir veröffentlichen nachfolgend eine Bibliographie der Publikationen, die von verschiedenen örtlichen Institutionen zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR herausgegeben wurden und die im vorstehenden Beitrag nicht erwähnt wurden.*

- 10 Jahre DDR. Radebeul, Industrie-, Garten- und Rebenstadt. Hrsg. von der Gemeinsamen Kommission „10 Jahre DDR“, 1959, 32 S.
- 10 Jahre DDR. Stadt Wehlen. Hrsg. von der Kommission zur Vorbereitung des 10. Jahrestages der DDR des Rates der Stadt Wehlen, 1959, 24 S.
- Unser Werk — Gestern — Heute — Morgen. Hrsg. von der Werkleitung des VEB Funkwerk Erfurt, 1959, 64 S.
- 10 Jahre DDR. Hrsg. von der Gemeinsamen Kommission zur Vorbereitung des 10. Jahrestages der DDR Bezirk Frankfurt (Oder), 1959, 70 S.
- 10 Jahre DDR, 1949—1959. Kreis Greiz. Hrsg. von der Gemeinsamen Kommission „10 Jahre DDR“, 1959, 40 S.
- Gustel Beer: Die ersten Schritte der antifaschistisch-demokratischen Kräfte des Kreises Rudolstadt zum neuen Leben. Hrsg. von der Bildungsstätte bei der Kreisleitung Rudolstadt der SED, 1959, 82 S.
- Einer von 215. Beiträge zur Entwicklung des Kreises Rudolstadt in den Jahren 1949—1959. Hrsg. von der Gemeinsamen Kommission „10 Jahre DDR“, 1959, 70 S.
- 10 Jahre DDR. VEB Geologische Bohrungen und Ausrüstungen. Hrsg. von der Gemeinsamen Kommission „10 Jahre DDR“ Aschersleben, 1959, 23 S.
- 10 Jahre DDR. 10 Jahre Institut für Kulturpflanzenforschung Gatersleben. Hrsg. von der Gemeinsamen Kommission „10 Jahre DDR“ Aschersleben unter Verwendung eines Manuskripts vom Institut für Kulturpflanzen Gatersleben, 1959, 24 S.
- Reinstedt. Der Weg zum vollgenossenschaftlichen Dorf. Hrsg. von der Kommission „10 Jahre DDR“ Aschersleben, 1959, 23 S.
- Volkes eigen. Eine Brigade und ihr Werk, VEB Werkzeugmaschinenfabrik Aschersleben. Hrsg. von der Gemeinsamen Kommission „10 Jahre DDR“, 1959, 36 S.
- Befreites Leuna (1945—1950). Die Geschichte des Kampfes der Leuna-Arbeiter, Teil II. Hrsg. von der Kreisleitung der SED VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht“. Ausgearbeitet in Zusammenarbeit mit der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung von einem Autorenkollektiv des Lehrstuhls Geschichte der Arbeiterbewegung am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1959, 315 S.
- 10 Jahre DDR. 10 Jahre Kampf um Kupfer, Sonderausgabe der SED-Kreisleitung VEB-Mansfeld-Kombinate, Illustrierte, 1959.
- Flöha in seinen schwersten Tagen, 3. und 4. Sonderheft der Zeitschrift „Deine Heimat“. Hrsg. vom Rat des Kreises, 1959.
- Alles Dein. Ein Bildbericht zum 10. Jahrestag der DDR über die sozialistische Aufbauarbeit im Kreise Delitzsch. Hrsg. von der Gemeinsamen Kommission „10 Jahre DDR“, 1959, 85 S.
- 10 Jahre Aufbauarbeit im Kreis Genthin. Hrsg. von der Gemeinsamen Kommission zur Vorbereitung und Durchführung des 10. Jahrestages der Gründung der DDR, 1959, 52 S.
- Magdeburg. Hrsg. von der Gemeinsamen Kommission zur Vorbereitung des 10. Jahrestages der DDR, 1959, 48 S.
- Das Erbe von Karl Marx liegt in guten Händen. Das Karl-Marx-Werk in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, Sonderdruck der Betriebszeitung



## *Zur Arbeit der Kommissionen für die Geschichte der Gewerkschaften*

„Das Sprachrohr“, Organ der Betriebsparteiorganisation des VEB Meßgeräte- und Armaturenwerk „Karl Marx“, Magdeburg-Buckow, 1959, 56 S.

10 Jahre sozialistischer Aufbau im Kreis Wernigerode. Hrsg. im Auftrag der Gemeinsamen Kommission „10 Jahre DDR“, 1959, 48 S.

VEB Straßenbau Greifswald. 10 Jahre DDR und wir. Hrsg. von der Kommission zur Vorbereitung des 10. Jahrestages der DDR, 1959, 39 S.

Heinz-Gerd Rackow: Die Grundlagen der Kommunalpolitik der Stadt Rostock in der Periode von 1945 bis zur Gründung der DDR. Hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung der SED Rostock, 1959, 78 S.

10 Jahre DDR. 10 Jahre Aufbau Rostocks. Hrsg. von der Nationalen Front Rostock Stadt und Rat der Stadt Rostock, 1959, 31 S.

725 Jahre Stralsund. 10 Jahre Arbeiter-und-Bauern-Macht. Bearbeitet vom Stadtarchiv Stralsund, 1959, 172 S.

10 Jahre DDR. 10 Jahre sozialistischer Aufbau in Güstrow. Hrsg. vom Rat der Stadt, 1959, 16 S.

Zehn Jahre Deutsche Demokratische Republik. 10 Jahre Nähmaschinenwerk Wittenberge. Hrsg. von der Betriebsparteiorganisation der SED des VEB Nähmaschinenwerk Wittenberge, 1959, 29 S.

Gestern — Heute — Morgen. 10 Jahre Arbeiter-und-Bauern-Macht im Kreis Ilmenau. Hrsg. vom Kreisausschuß der Nationalen Front, 1959, 24 S.

10 Jahre sozialistische Entwicklung im Kreis Hildburghausen. Hrsg. von der Kreisagitationskommission zur Vorbereitung und Durchführung des 10. Jahrestages der Gründung unserer DDR, 1959, 29 S.

10 Jahre DDR. Ein Bergmann erzählt aus seinem Leben. Hrsg. vom VEB Eisenmanganwerk Schmalkalden, 1959, 56 S.

10 Jahre DDR — 10 Jahre Erfolge für Frieden, Wohlstand und Glück, Fest-illustrierte des Kreises Schmalkalden. Hrsg. von der Gemeinsamen Kommission „10 Jahre DDR“, 1959, 16 S.

10 Jahre DDR. Hrsg. von der Gemeinsamen Kommission „10 Jahre DDR“, Suhl 1959, 16 S.

## Partei und Gewerkschaften müssen bei der Erforschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zusammenarbeiten!

Die Herausgabe der „Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ durch das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED ist zweifellos von vielen alten Genossen, die sich mit der Niederschrift ihrer persönlichen Erinnerungen befassen, sehr begrüßt worden. Sie hilft ihnen, die große Bedeutung ihrer Arbeit zu erkennen, und übermittelt ihnen wertvolle Erfahrungen und Hinweise. Sie ist aber nicht nur eine Hilfe für die Genossen, die sich in den Kommissionen der Partei mit der Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung beschäftigen, sondern auch eben-

so sehr eine große Unterstützung für die Genossen, die in den *gewerkschaftlichen* Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der Gewerkschaften tätig sind.

In den bisher erschienenen Heften wurde diese bedeutende Seite der Arbeit leider noch nicht erwähnt. Angesichts der Bedeutung der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung für die allgemeine Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung scheint es mir aber notwendig, einige Ausführungen dazu zu machen.

Der Bundesvorstand des FDGB hat schon vor längerer Zeit einen Beschluß gefaßt, wonach bei allen Leitungen des FDGB und der Industriegewerkschaften „Arbeitskreise verdienter Gewerkschaftsveteranen“, die mindestens vierzig Jahre gewerkschaftlich organisiert sind, gebildet werden sollen. Der Beschluß stellt den Arbeitskreisen folgende Aufgaben:

1. Unterstützung der Jugendausschüsse bei den jeweiligen Gewerkschaftsleitungen, u. a. durch Übermittlung der Erfahrungen der Gewerkschaftsveteranen aus den früheren Kämpfen der Gewerkschaften;

2. Aufnahme von Verbindungen mit westdeutschen Gewerkschaftsveteranen, um enge Kontakte herzustellen und Aussprachen über den gemeinsamen Kampf für den Frieden, gegen die atomare Aufrüstung Westdeutschlands und über die Errungenschaften unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates zu organisieren;

3. Sammlung von Material über die Geschichte der vor 1933 bestandenen Gewerkschaften, über ihre Kämpfe und Erfahrungen, insbesondere auf örtlicher Ebene und aus den Betrieben, und Weiterleitung an die Zentralvorstände;

4. Kontrolle über die Durchführung der Beschlüsse des Bundesvorstandes über die Ehrung und Interessenvertretung der alten Gewerkschaftler.

Entsprechend dieser Aufgabenstellung wurden innerhalb der Arbeitskreise Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der Gewerkschaften gegründet. Im folgenden soll über einige Erfahrungen der Kommission beim Bezirksvorstand Dresden der IG Metall/Metallurgie bei der Erforschung der Geschichte der sächsischen Metallarbeiter berichtet werden.

Die deutschen Metallarbeiter haben eine ruhmreiche, revolutionäre Tradition. Deshalb ist die Erforschung ihrer Geschichte ein wertvoller Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Die gründliche und allseitige Erforschung der Geschichte der Metallarbeiter und die daraus resultierenden Lehren können uns bei der Erziehung der Jugend zum sozialistischen Bewußtsein sehr helfen. Sie sind eine wichtige Waffe im Kampf um die Erfüllung unserer Gegenwartsaufgaben.

Die Gewerkschaften sind die größte Massenorganisation der deutschen Arbeiterklasse. Die Geschichte der Gewerkschaften kann darum nicht isoliert von der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung erforscht werden. Deshalb ist die engste Verbindung der Gewerkschaftskommissionen mit den Kommissionen für die Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung unbedingte Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit. In jeder Bezirkskommission der Partei sollte mindestens auch ein Vertreter der Gewerkschaftskommission mitarbeiten. Wichtig ist auch der Austausch von Forschungsmaterial und -ergebnissen.

Wie sind wir nun an die Erforschung der Geschichte der Metallarbeiter herangegangen? Unsere Kommission nahm sich vor, zunächst einmal die großen Streiks und Aussperrungen der sächsischen Metallarbeiter nach dem Jahrhundertwende zu erforschen. Anhaltspunkte dazu fanden wir in dem

Jahrbüchern des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV) und den Geschäftsberichten des DMV, Bezirksleitung Sachsen. Es galt jedoch vor allem, einen größeren Kreis von Kollegen zu erfassen, die an diesen Kämpfen teilgenommen haben. Zu diesem Zweck entwarfen wir mit Unterstützung des Zentralvorstandes einen Fragebogen.

Um die wichtigsten Streikämpfe, die ganz Sachsen erfaßten, zu erforschen, führten wir im Dezember 1958 eine Tagung mit Delegierten der Kommissionen aus allen drei sächsischen Bezirken in Dresden durch. Das vorläufige Ziel unserer Arbeit war die Erforschung der großen Wirtschaftskämpfe der Former und Gießereiarbeiter in den Jahren 1906 und 1911.

Die Fragebogen wurden von den Kreisvorständen und Betriebsgewerkschaftsleitungen den Gewerkschaftsveteranen ausgehändigt. Ein Teil von ihnen ist ausgefüllt wieder in unsere Hände gelangt. Es ist erstaunlich und zugleich erfreulich, mit welcher Liebe und Sorgfalt diese alten Kollegen und Genossen nicht nur den Fragebogen gewissenhaft ausgefüllt, sondern darüber hinaus reichhaltige Ergänzungen und ausführliche persönliche Erinnerungen hinzugefügt haben.

Diese Erinnerungen sind nicht nur ein Spiegelbild der opfervollen Kämpfe einzelner Kollegen gegen die Willkür kapitalistischer Ausbeuter, sondern geben auch wertvolle Hinweise für die Erforschung und Darstellung der Geschichte unserer heutigen sozialistischen Großbetriebe. Die Partei- und Gewerkschaftsleitungen in den Betrieben sollten sich deshalb in Zusammenarbeit mit den Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung mehr als bisher der Erforschung der Betriebsgeschichte zuwenden und die sich daraus ergebenden vielfältigen Möglichkeiten für die sozialistische Erziehung der Werktätigen nutzen.

Trotz dieser guten Ansätze und Erfolge gibt es einige Faktoren, die unsere Arbeit hemmen. So sind nach 1945 eine ganze Anzahl Genossen, die vor 1933 Funktionäre der Metallarbeitergewerkschaft waren, über große Erfahrungen in der Gewerkschaftsarbeit verfügen und führend an großen Wirtschaftskämpfen teilgenommen haben, Mitglied einer anderen Gewerkschaft geworden bzw. übernahmen im Auftrag der Partei wichtige Aufgaben im Staatsapparat und in der Wirtschaft. Wir möchten hier die Gelegenheit benutzen, um diese Kollegen und Genossen aufzurufen, die Kommissionen ihrer alten Gewerkschaftsverbände durch ihre Mitarbeit zu unterstützen.

Unsere Arbeit wird auch durch die mangelhafte Publizierung schon erzielter Teilresultate unserer Forschungsarbeit gehemmt.

Unsere zentrale wie auch die lokale Partei- und Gewerkschaftspresse, einschließlich der großen Zahl der Betriebs- und Dorfzeitungen — auch im Bezirk Dresden —, befassen sich noch zuwenig mit der Veröffentlichung solcher Materialien.

Viele Genossen und Kollegen könnten durch regelmäßige Publizierung bestimmter Ergebnisse unserer Forschungsarbeit — wobei wir auch an den Betriebsfunk in großen volkseigenen Betrieben denken — den Anstoß erhalten, selbst zur Feder zu greifen und ihre Erinnerungen niederzuschreiben.

Ich hoffe und wünsche, daß meine Gedanken über die Zusammenarbeit zwischen Partei und Gewerkschaften bei der Erforschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung den Genossen und Kollegen in anderen Bezirken eine Anregung sind, um auch ihre Meinungen und Erfahrungen an dieser Stelle zu veröffentlichen.

*Kurt Schumann*



## Ein Dokument aus den Anfängen der Gewerkschaftsbewegung in der Kaliindustrie (1897/98)

Die deutschen Bergarbeiter schufen sich im Jahre 1890 ihre erste gewerkschaftliche Organisation. An der Gründungstagung des Verbandes deutscher Bergleute, die im letzten Monat des Bestehens des Sozialistengesetzes vom 15. bis 19. September 1890 in Halle (Saale) stattfand, nahmen als Vertreter des Magdeburg-Harzer Reviers die Funktionäre Richter (Aschersleben) und Fritsche (Staßfurt) teil. Richter brachte auf dieser Tagung die Klagen der Kalikumpel über geringe Löhne, schlechte Lebensverhältnisse und Maßregelungen wegen Teilnahme an sozialdemokratischer Agitation vor.<sup>1</sup>

Der durchschnittliche Wochenverdienst eines Kalibergmanns betrug in den Jahren 1890 bis 1897 21,85 Mark. Dem standen 24,40 Mark je Woche als minimale Lebenshaltungskosten für eine fünfköpfige Arbeiterfamilie gegenüber. Die Löhne lagen somit unter dem Existenzminimum, während die Dividenden der AG Kaliwerke Aschersleben für die gesamte Periode mit Ausnahme zweier Jahre gleichbleibend 10 Prozent je Jahr betrugen.<sup>2</sup>

Am 22. März 1890 hatten auf den Werken Achenbach (preußischer Fiskus, Staßfurt), Ludwig II und Neustaßfurt Teilstreiks stattgefunden. Diese Streiks waren noch nicht organisiert, jedoch für das politische Erwachen der Bergarbeiter und ihr spontanes Aufbegehren kennzeichnend.<sup>3</sup>

Die Belegschaftsstärke der Kali- und Steinsalzwerke betrug in diesen Jahren 3000 bis 4000 Mann.<sup>4</sup> In den Orten Atzendorf, Börnecke, Löderburg, Neundorf und Staßfurt waren in den Jahren 1891/92 etwa 2000 Berg- und Fabrikarbeiter einschließlich der Braunkohlenarbeiter im Bergarbeiterverband organisiert. 1894 ging die Mitgliederzahl in diesem Gebiet auf insgesamt 200 zurück, weil die Polizei die Mitgliederlisten des Verbandes den Werksbesitzern übergeben und diese Maßregelungen der Arbeiter vorgenommen hatten. 1897 wurde der Verband

<sup>1</sup> Vgl. auch Otto Hue: Die Bergarbeiter, Bd. 2, Stuttgart 1913, S. 413.

<sup>2</sup> Vgl. Zeitschrift für Berg-, Hütten- und Salinenwesen im preußischen Staate, Berlin, Jg. 1891–1898, statistischer Teil. — Kaliwerke Aschersleben Act.-Ges., Sonderabdruck aus: Deutschlands Kali-Industrie, Berlin 1906, S. 16.

<sup>3</sup> Vgl. Otto Hue: Die Bergarbeiter, Bd. 2, S. 413.

<sup>4</sup> Vgl. Zeitschrift für Berg-, Hütten- und Salinenwesen im preußischen Staate, Berlin, Jg. 1891, statistischer Teil.

reorganisiert und in Aschersleben und Staßfurt Ortsgruppen gebildet.<sup>5</sup> In Staßfurt fand am 9. Dezember 1897 eine Delegiertenversammlung des Berg- und Fabrikarbeiterverbandes statt, die eine Agitationskommission wählte. Die Gewerkschaftsfunktionäre des Verbandes kamen aus den Reihen der Sozialdemokratischen Partei. Von der 2. Delegiertenversammlung des Verbandes des Reviers Magdeburg-Harz vom 18. September 1898 in Aschersleben ist eine Niederschrift, eine Art Kurzprotokoll, erhalten, von der sich eine Handkopie in den Akten der Kaliwerke Aschersleben<sup>6</sup> befindet. Diese Niederschrift veröffentlichten wir nachstehend in gekürzter Form. Es ist nicht mehr feststellbar, wer der Verfasser des Kurzprotokolls war.

Die ebenfalls im Anhang abgedruckte Resolution der Ascherslebener Delegiertenversammlung<sup>7</sup> vom 18. September 1898 atmet den Geist des unversöhnlichen Klassenkampfes. In ihr wurde gegen die Versuche, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu schmälern, und insbesondere gegen das von Wilhelm II. in seiner Rede in Bad Oeynhausen angekündigte Antistreikgesetz konsequent Stellung genommen. Der Streik wurde zu einem entscheidenden Kampfmittel des Proletariats erklärt, mit dem die Arbeiterklasse der Macht des Monopol- und Finanzkapitals entgegenzutreten müsse.

Der Bericht der Agitationskommission und auch die Resolution fordern als Hauptaufgabe, feste Organisationen der Kalikumpel zu schaffen. Entschieden traten die versammelten Gewerkschafter gegen alle Versuche auf, das Koalitionsrecht der Arbeiter einzuschränken oder völlig aufzuheben. Sie erkannten, daß die Organisation die Hauptwaffe des Proletariats im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung ist. In diesem Sinne sind auch die Bemerkungen am Schluß des Berichtes der Agitationskommission zu verstehen, in denen gegen die Ansicht polemisiert wird, daß man mit dem Streik am ehesten zum Ziele kommt. Diese Bemerkungen richten sich offensichtlich gegen gewerkschaftsfeindliche Anschauungen, nach denen zur Führung eines Streiks keine geschlossene feste Organisation nötig sei.

Die kapitalistischen Unternehmer in der Kaliindustrie erkannten klar die Gefahr, die eine starke Organisation der Arbeiter für sie bedeutete. Sie versuchten 1897 wie auch später, die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Kalikumpel zu unterdrücken. In einer Arbeitsordnung der Kaliwerke Aschersleben vom 18. März 1897 hieß es u. a.: „Sozialistische Umtriebe auf dem Werk und in der Grube sowie die Teilnahme daran sind verboten. Das Lesen und Verbreiten sozialistischer Schriften auf dem Werk ist strengstens untersagt.“<sup>8</sup>

Gegenüber einer Mitgliederzahl von 2000 organisierten Arbeitern in den Jahren 1891/92 war im September 1898 nach den Berichten der

<sup>5</sup> Vgl. Otto Hue: Die Bergarbeiter, Bd. 2, S. 449, 489.

<sup>6</sup> Wirtschaftsarchiv der Kaliindustrie, Erfurt, AII, KA, 8, GF, Nr. 137.

<sup>7</sup> Vgl. im vorliegenden Heft S.

<sup>8</sup> Wirtschaftsarchiv der Kaliindustrie, Erfurt, AII, KA, 7, SG, Nr. 9a.

Delegierten erst wieder eine Mitgliederzahl von 400 bis 500 erreicht. Der durchschnittliche Wochenverdienst der Kaliarbeiter lag auch 1897 mit 22,74 Mark noch unter dem Existenzminimum. Desto höher ist die große Opferbereitschaft der organisierten Kumpel aus dem Kali- und Braunkohlenbergbau einzuschätzen, wie sie aus dem nachfolgenden Bericht über die freiwilligen Beiträge und Sammlungen für die Zeit vom 1. April bis zum 15. September 1898 deutlich wird.

Eine große Rolle im Bericht der Agitationskommission und den Berichten der Delegierten spielt die mehrfach erhobene Forderung, jederlei Mißstände in den Betrieben aufzudecken. Richtig wurde an die unmittelbaren Erfahrungen der Arbeiter im kapitalistischen Betrieb angeknüpft. Was der Berichterstatter Helmholz (Staßfurt) über die „Ausbeutung der Mißstände“ sagte, bejahte auch Lenin mit den Worten: „... die ökonomischen Enthüllungen (Enthüllungen über die Zustände in den Fabriken) waren und bleiben auch jetzt noch ein wichtiger Hebel im ökonomischen Kampf. Und diese Bedeutung werden sie behalten, solange der Kapitalismus besteht, der notwendigerweise die Selbstverteidigung der Arbeiter hervorruft.“<sup>9</sup>

Das Dokument vermittelt nicht nur einen Eindruck von dem schweren, opfervollen Kampf der Kalikumpel gegen Ausbeutung und Unterdrückung, einem Kampf, der im Magdeburg-Harzer Revier nach der Zerschlagung des Faschismus durch die Sowjetunion und der Enteignung der Kali-Magnaten damit gekrönt wurde, daß die Kumpel als Herren der von ihnen geschaffenen Reichtümer die Fabriken und Bergwerke in die eigenen Hände nahmen. Dieses Zeugnis aus der Frühgeschichte der Gewerkschaftsbewegung vermittelt uns auch die für unsere westdeutschen Klassenbrüder höchst aktuelle Lehre, daß die Gewerkschaften niemals durch Zusammenarbeit und „gütliche“ Kompromisse mit den Unternehmern, sondern allein durch eine von den Grundinteressen der Klasse ausgehende Arbeiterpolitik der wahre Interessenvertreter der Arbeiterklasse sein können.

**Kurt Ohlendorf**

*Versammlung der Berg- und Fabrikarbeiter in „Schräbers Lokal“  
am 18. September 1898 von 3—<sup>3</sup>/<sub>4</sub> 7 Uhr.<sup>10</sup>*

Nach Eröffnung der Versammlung wird die Tagesordnung vorgelesen:

1. Bericht der Agitationskommission,
2. Bericht der Delegierten,
3. Diskussion,
4. Wahl der Agitationskommission,
5. Knappschaftswesen,
6. Anträge und Verschiedenes.

<sup>9</sup> W. I. Lenin: Was tun? In: Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 157.

<sup>10</sup> Die Orthographie und Interpunktion wurden modernisiert, im Original abgekürzte Wörter wurden ausgeschrieben.



Büro: Fritsche (Staßfurt), Vorsitzender,

Just und Teichfischer (Aschersleben).

Sodann wird die Präsenzliste der Delegierten festgestellt:

Aschersleben: 3, Bernburg: 6, Staßfurt: 6, Aken: 4, Hecklingen: 1, Neundorf: 1, Zetsch: 1, — 7 Orte mit 22 Delegierten.

#### *1. Bericht der Agitationskommission:*

Referent *Helmholz, Staßfurt*, führte folgendes aus:

Kameraden! Als Sekretär der Agitationskommission liegt es mir ob, Ihnen Bericht zu erstatten über die Tätigkeit, welche die Agitationskommission bisher ausgeübt hat, und ferner Ihnen einen Überblick zu geben über die Art und Weise, wie wir in nächster Zeit agitieren wollen, über die Aufgaben, welche sich die Agitationskommission für die nächste Zeit zu stellen hat. Sie wissen, daß die erste Versammlung der Delegierten der Berg- und Fabrikarbeiter am 19. Dezember vorigen Jahres in Staßfurt getagt hat. Damals war die Organisation eine sehr schwache, und es hat erst gründlicher und aufopfernder Tätigkeit bedurft, um einen wirklichen Stamm von organisierten Kameraden zu schaffen. Als wir darangingen, die Berg- und Fabrikarbeiter zu einer Organisation heranzuziehen, da wußten wir wohl, es wird uns große Schwierigkeiten machen, diese Aufgabe einigermaßen genügend zu erfüllen, einestheils durch die wirtschaftlichen Verhältnisse, anderenteils durch willkürliche Herrschaft in unserer Industrie und drittens durch mannigfache Behörden, welche sich uns in den Weg legen. Trotz alledem haben wir unsere Aufgabe, die unbedingt zu lösen war, erreicht: eine tatkräftige, lebenskräftige Organisation herbeizuführen, wo auch die Agitationskommission genehmigt worden ist. Die Agitationskommission wurde damit beauftragt, in unserer Gegend, dem sogenannten „Magdeburg-Harzer Revier“, für den Anschluß an den Verband der deutschen Berg- und Fabrikarbeiter in Bochum zu agitieren. Sie hat diese Aufgabe dadurch zu erfüllen gesucht, daß sie erst überall da, wo schon Organisationen bestanden, wo schon Zahlstellen des Verbandes bestanden oder Mitglieder in Gestalt von Einzelmitgliedern vorhanden waren, Versammlungen abhielt, ferner versuchte sie, wo schon eine große Anzahl Berg- und Fabrikarbeiter vorhanden, aber noch keine organisierten Kameraden waren, Wurzel zu fassen, Organisationen zu gründen... wenn wir genau wissen, wie es steht mit unserer Industrie, dann können wir darüber urteilen und die Mittel und Wege richtig einschlagen und verfolgen. Die Kali-Industrie hat ihren Hauptsitz in Staßfurt, weshalb dort auch die größte Zahl Berg- und Fabrikarbeiter tätig ist. Der große Streik, welcher im Rheinisch-Westfälischen Ruhrgebiet ausgebrochen war, der hatte den Bergleuten zunächst gezeigt, daß sie, solange sie unorganisiert sind, nichts erreichen können, daß sie tatkräftige Organisationen schaffen müssen. ... Die Organisation nahm einen kräftigen Aufschwung, aber durch mannigfache Schwierigkeiten wurde sie wieder zurückgedrängt von den Unternehmern, die ja ganz genau wissen, daß, sobald die Arbeiterschaft organisiert ist, sie ein mächtiger Teil des Unternehmertums ist<sup>11</sup>. Die Unternehmer streben mit allen Mitteln danach, die Organisation nicht hochkommen zu lassen. ... Der Hauptort ist Staßfurt und muß es sein, weil dort weitaus mehr Arbeiter sind als irgendwo, nämlich 5000–6000, und deshalb war es eine erfolversprechende Tätigkeit, hier zu agitieren. In Aschersleben hat sich die Zahl der organisierten Kameraden auch gehoben, doch nicht in dem Maße, wie in Staßfurt, die Tätigkeit und Agitation ist aber nicht so erfolgreich wie bei uns..., das liegt... im allgemeinen wohl daran, daß die Ascherslebener es versäumen, sich der Bewegung zu bedienen. Die Kaliindustrie hat gut

<sup>11</sup> So im Original.

prosperiert. ... Wie stellen sich nun unsere Löhne gegenüber den Unternehmergewinnen? Wie prosperiert unsere Industrie und welche kolossalen Summen fließen in Gestalt von Unternehmerprofit und Tantiemen in die Taschen der Unternehmer? Wie sehr berechtigt sind wir, erhöhte Löhne zu fordern? Ja, wenn man uns entgegenhalten könnte, daß die Kaliindustrie schlechte Geschäfte machte, die Kali-Fabriken arbeiteten so schlecht, daß sie kaum existieren könnten, dann würden wir uns bescheiden müssen. Aber es ist dies nicht der Fall, unsere Industrie ist wohl in der Lage, eine Verbesserung der Lage der Arbeiter herbeizuführen, aber da liegt eben der Hase im Pfeffer. Sie führen eben keine Verbesserung herbei, und da müssen wir uns zusammenschließen und die Organisation, welche wir geschaffen haben, weiter ausbreiten. ... Die Braunkohlengruben repräsentieren nicht ein so großes Kapital wie die Salzbergwerke. Demzufolge ist auch die Macht der Unternehmer in den Salzbergwerken größer und infolgedessen in der Salzindustrie schwieriger, eine Organisation der Arbeiter herbeizuführen. ... Wir dürfen uns nicht beschränken auf die Interessen der Kameraden, mit denen wir gemeinsam auf einer Grube arbeiten, sondern wir müssen darüber hinausgehen, Fühlung mit denen auf den anderen Gruben nehmen und mit ihnen zusammenstehen. Ich habe schon einen Bericht veröffentlicht über die Tätigkeit der Agitationskommission, welcher sich vom 19. Dezember 1897, dem Zeitpunkt ihrer Gründung, bis zum 1. September ausdehnt. Es sind damals eingegangen an freiwilligen Beiträgen aus Staßfurt 47,90 Mark, aus Aken 8,00 Mark, aus Aschersleben 5,00 Mark, Akendorf 10,00 Mark, Cochstedt, Scheidlingen, Börnecke 11,50 Mark und in Versammlungen 46,27 Mark, zusammen: 128,67 Mark. ... Auf die Zeit vom 1. April bis 15. September freiwillige Beiträge und Versammlungseinnahmen 165,25 Mark. ... Ich habe schon hervorgehoben, daß wir Geldmittel zur Verfügung haben müssen, und es ist deshalb danach zu trachten, daß dieselben auch aufgebracht werden. Es werden da so manche Groschen unnötig ausgegeben, z. B. für Bier, so daß es doch richtiger wäre, hie und da mal einen Groschen an die Kasse abzuführen, und ich kann es Ihnen nicht dringend genug ans Herz legen. (Redner schlägt der Versammlung vor, Beiträge zu erheben.) Hätten uns mehr Mittel zur Verfügung gestanden, so hätten wir auch mehr Flugblätter ausarbeiten können, dagegen konnten wir nur eines herausgeben, weil uns Mittel fehlten. Immerhin werden wir dafür sorgen müssen, daß dies von Zeit zu Zeit geschieht, am besten wäre es, wenn jedes Vierteljahr mindestens eines herausgegeben würde. Ferner muß klar gemacht werden, wie sich die wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Industrie entwickeln, es muß darauf hingewiesen werden, welche Ereignisse stattgefunden haben. ... Es kommen Mißstände ans Tageslicht, so etwas muß ausgebeutet werden, und das können wir durch das Verbandsorgan. ... Kameraden! Wenn wir nun in Zukunft agitieren wollen, daß unsere Organisation gestärkt wird, wenn wir dahin streben wollen, so viel Kameraden als möglich in den Verband zu bekommen, damit er leistungsfähig wird, so müssen wir alle unsere Kräfte anspannen. ... Wir haben in unserer Bewegung mit den verschiedensten Fragen zu rechnen. Ich erinnere Sie an die Frage der Reform der Berg-Inspektion. Sie ist von Wichtigkeit für Steinkohlenbergwerke (Rheinland, Westfalen, Schlesien), da passieren die großen Unglücke, denen im Laufe der Jahre Tausende von Menschenleben zum Opfer fielen. ... — Die Unternehmer geben nichts freiwillig, im Gegenteil, sie wollen ihren Profit immer noch vergrößern. Wenn sie den Arbeitern höhere Löhne bewilligen, bessere Bedingungen machen wollten, dann müßten sie ja ihren Profit etwas beschneiden, und deshalb setzen sie lieber Leben und Gesundheit der Arbeiter aufs Spiel. Darunter haben auch

die Braunkohlengrubenarbeiter zu leiden, die nicht durch schlagende, aber durch schlechte Wetter bedroht sind. (Redner zieht einen Unfall auf einem preußischen Schacht heran und hebt hervor, daß Bergrat Schreiber auf eine Anfrage nach den Ursachen es noch nicht der Mühe für wert erachtet hätte, zu antworten.) ... Dazu müssen wir alle Zeitungen benutzen, in welchen wir alles kritisieren müssen, und die Kameraden müssen dafür sorgen, daß der Kommission die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Geben wir uns alle die größte Mühe, dann werden wir auch das Ziel erreichen, das wir uns gesteckt haben, eine tatkräftige Organisation. Es ist töricht, wenn man glaubt, man kommt am ehesten zum Ziele durch den Streik. Im Gegenteil, wir wissen sehr wohl, daß der Streik eine zweischneidige Waffe ist, daß er nicht nur die Unternehmer schädigen, sondern auch uns verletzen kann. Deshalb wollen wir dahin wirken, daß sich die Organisation immer mehr ausdehne...

*Punkt II der Tagesordnung. Bericht der Delegierten.*

1. Aschersleben (Teichfischer)... Es wäre kein Unfall vorübergegangen, der nicht anständig kritisiert und nicht ausgeschlachtet sei, ebenso sei ein Flugblatt verbreitet, bei dem keine Dachluke verschont geblieben sei. 2. Bernburg... 3. Staßfurt (Referent Fritsche)... Das Unternehmertum sei ... nicht human und das Vertrauen zu demselben sei vollständig geschwunden. 4. Aken... 5. Hecklingen... 6. Akendorf... 7. Zetsch (Hirsch) berichtet längere Zeit über seine Gegend. Der Bergmann werde gründlich ausgenutzt und werde zum Arbeitstier hinabgedrückt, weshalb es im vorigen Jahr zum Streik gekommen wäre. Die Organisation sei in seiner Gegend geradezu gefürchtet. Er könne berichten, daß ihn ein höherer Beamter gebeten habe, Nachrichten und Kritik über Unfälle und über deren Ursachen erst bekanntzugeben, ehe dieselben in unserer Zeitung erscheinen würden...

*Punkt III der Tagesordnung — Diskussion...*

*Punkt IV der Tagesordnung. Wahl der Agitationskommission.*

Vorschläge: Fritsche (Staßfurt) (verzichtet ursprünglich, läßt sich aber zureden), Teichfischer, Ernst Wilhelmi, Hermes, Just, Hirsch, Meyer. Resultat (durch Stimmzettel): Wilhelmi 16, Hermes 15, Hirsch 18, Fritsche 16, Meyer 14 Stimmen.

*Punkt V der Tagesordnung. Knappschaftswesen.*

Hirsch (Zetsch) hält hierüber einen längeren Vortrag, worin er den Zuhörern mit Zahlen klarlegen wollte, was für Mißstände herrschen, zieht einzelne Ereignisse hervor und gipfelt seine Rede besonders darin, dahin zu streben, daß die Verwaltung der Kassen usw. in die Hände der Arbeiter gelange, welche doch dieselben unterhalten müßten. Ebenso freie Ärzteswahl.

*Punkt VI der Tagesordnung. Anträge und Verschiedenes.*

1. Antrag. Die Agitationskommission soll dahin streben, daß auf den Gruben und Bergwerken Wasch- und Badeanstalten errichtet werden. 2. Antrag...

*Resolution (Helmholz)*

Die hier in Aschersleben versammelten Vertreter der Berg- und Fabrikarbeiter des Magdeburg-Harzer Beckens protestieren mit aller Energie gegen die Versuche, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu schmälern, und gegen die



in der Rede des Kaisers zu Oeynhausen gemachte Ankündigung, ein Gesetz zu schaffen, nach welchem derjenige, der den anderen an der Arbeit zu hindern sucht oder zum Streik reizt, mit Zuchthaus zu bestrafen ist. Sie halten den Streik für das einzige Mittel, der immer größer werdenden Macht des Unternehmertums entgegenzutreten, und verlangen, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter im weitesten Umfange geschützt werde und daß diejenigen Unternehmer, welche schwarze Listen führen, daran gehindert werden.

*Just* fordert zur Anmeldung auf.

*Hirsch* zieht das Fazit und ruft: Lassen Sie uns scheiden mit den Worten Marx': „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

*Fritsche*: Es lebe die moderne Arbeiterbewegung, hoch, hoch, hoch!

## Bericht über die Konferenz

### „Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg“

Vom 14. bis 19. Dezember 1959 fand in Berlin in den Räumen der Volkshauskammer der Deutschen Demokratischen Republik eine von der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR einberufene Wissenschaftliche Konferenz statt, die sich mit dem Thema „Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg“ beschäftigte.

Die große aktuelle wissenschaftliche und politische Bedeutung der von der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR gewählten Thematik liegt auf der Hand. Es gibt wohl kaum ein zweites Ereignis in der jüngsten Geschichte, das in sich so viele komplizierte Probleme birgt, deren Aufdeckung und Beantwortung gerade heute von Millionen Menschen erwartet wird. Der vom Weltimperialismus hervorgebrachte und vom deutschen Imperialismus entfesselte zweite Weltkrieg war der furchtbarste aller Kriege, die die Geschichte der Menschheit kennt. Er übertraf sie alle, was das Ausmaß der Kriegsschauplätze, die Größe der Armeen, die Feuerkraft der Waffen, die Zahl der Opfer und auch die Ungeheuerlichkeit der vom deutschen Faschismus und seinen Verbündeten verübten Verbrechen anbetrifft. Heute, über zwei Jahrzehnte nach seinem Beginn und fast 15 Jahre nach seiner Beendigung, kämpfen die friedliebenden Kräfte, allen voran die Sowjetunion, die Deutsche Demokratische Republik und die anderen sozialistischen Staaten, dafür, endgültig einen Schlußstrich unter den zweiten Weltkrieg zu ziehen und den Krieg restlos aus dem Leben der Völker zu verbannen.

In diesem Kampf der Volksmassen ist die Wahrheit über den zweiten Weltkrieg, seine Vorbereitung, seinen Verlauf und seine Ergebnisse eine starke Waffe.

Bereits auf ihrer ersten Wissenschaftlichen Tagung, die in Leipzig im November 1957 stattfand, lenkte die deutsch-sowjetische Historikerkommission die Aufmerksamkeit der marxistischen Geschichtsforscher der DDR und der Sowjetunion sowie der anderen sozialistischen Länder auf die Notwendigkeit eines vertieften Studiums der Probleme des zweiten Weltkrieges. Damals mußte jedoch festgestellt werden, daß sich die Erforschung der Geschichte des zweiten Weltkrieges, vor allem in der DDR, noch in den ersten Anfängen befand und ein unverzeihliches Zurückbleiben zu verzeichnen war. In den letzten zwei Jahren ist die marxistische Geschichtswissenschaft in der Erforschung der Geschichte des zweiten Weltkrieges von der Defensive zur Offensive übergegangen. In der Sowjetunion und auch schon in der DDR und den anderen sozialistischen Ländern erschienen einige wertvolle Kollektivarbeiten, Monographien, Sammelbände und Dokumentenver-

öffentlichungen sowie Erinnerungen, populärwissenschaftliche Abrisse und zahlreiche Aufsätze, in denen grundsätzliche Fragen geklärt wurden.

Schon aus diesem Grund war die Berliner Historiker-Konferenz ein beträchtlicher Schritt vorwärts gegenüber der Leipziger Tagung. Die 8 Hauptreferate, 126 Kurzreferate und 58 Diskussionsbeiträge, die auf der Konferenz vorgetragen wurden, enthielten eine Fülle von Material und zahlreiche neue Erkenntnisse und theoretische Verallgemeinerungen. 54 weitere Beiträge, die aus verschiedenen Gründen nicht gehalten werden konnten, wurden dem Protokoll der Konferenz zugefügt.

Die Konferenz der deutsch-sowjetischen Historikerkommission erhielt durch die Beteiligung von Wissenschaftlern aus 21 Staaten — aus der Deutschen Demokratischen Republik, der Sowjetunion (darunter auch aus der Belorussischen und der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik), Albanien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, der Deutschen Bundesrepublik, Finnland, Griechenland, Großbritannien, Italien, Japan, der Mongolischen Volksrepublik, Norwegen, Österreich, Polen, Rumänien, Schweden, Spanien, der Tschechoslowakei und Ungarn — einen betont internationalen Charakter. Die Konferenz war durch die völlige Einmütigkeit gekennzeichnet, mit der die Referenten und Diskussionsredner aus den verschiedensten Ländern die Hauptprobleme des zweiten Weltkrieges bewerteten, die verbrecherische Politik der Kriegführung des deutschen Imperialismus verurteilten und jene Politiker und Geschichtsklitterer brandmarkten, die durch die Entstellung der Geschichte des zweiten Weltkrieges den „kalten Krieg“ weiter schüren und einen dritten Weltkrieg psychologisch vorbereiten wollen. Die über 500 Konferenzteilnehmer nahmen in der Schlußsitzung der Konferenz am 19. Dezember 1959 eine Erklärung an, in der sie nachdrücklich den Kampf der Regierungen der DDR, der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten sowie aller friedliebenden Kräfte der Welt für die internationale Entspannung und friedliche Koexistenz unterstützen und die Beseitigung aller Überreste des zweiten Weltkrieges durch den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland fordern.

Die große politische und wissenschaftliche Bedeutung der Konferenz wurde bereits zu Beginn durch das Grußschreiben des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an die Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR unterstrichen. In diesem Grußschreiben hieß es: „Das Thema ‚Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg‘, mit dem sich Ihre Konferenz beschäftigt, ist nicht nur von hohem wissenschaftlichen Interesse, sondern ebenso von großer politischer Aktualität. Im Interesse der Erhaltung des Friedens ist es notwendig, die Wurzeln des deutschen Imperialismus, seine Aggressivität und die Unvermeidlichkeit seiner Niederlage aufzudecken . . . Ihre wissenschaftliche Konferenz erfüllt eine hohe humanistische Aufgabe, sie leistet einen wertvollen Beitrag zur Sicherung des Friedens, wenn sie die Triebkräfte, die zum zweiten Weltkrieg führten, sichtbar macht, wenn sie Inhalt und Methodik der ideologisch-politischen Kriegsvorbereitung entlarvt und wenn sie durch eine exakte wissenschaftliche Analyse nachweist, daß die Niederlage des deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg gesetzmäßig war.“

Das ist gegenwärtig deshalb von so außerordentlicher Wichtigkeit, weil besonders in Westdeutschland ein ganzes Heer von Militärs, Geschichtsschreibern und anderen Ideologen damit beschäftigt ist, die wahren Zusammenhänge zu verdunkeln und die Niederlage des deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg als zufällig hinzustellen, um die Menschen ideo-



## Die Konferenz „Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg“

logisch für einen dritten Weltkrieg reif zu machen. Die historische Wahrheit und die Interessen der Erhaltung des Friedens erfordern daher dringend eine gründliche und unermüdliche Auseinandersetzung mit der imperialistischen Geschichtsschreibung über den zweiten Weltkrieg. Gleichzeitig ist ein wissenschaftliches Bild der Geschichte und der Lehren des zweiten Weltkrieges eine wichtige Quelle des Kraftbewußtseins der Friedenskräfte. Wir begrüßen deshalb sehr, daß sich die Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR in ihrer wissenschaftlichen Arbeit besonders dieser Thematik zugewandt hat.“

Die Konferenz wurde des weiteren begrüßt vom Präsidenten der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. *Johannes Dieckmann*, vom Staatssekretär für das Hoch- und Fachschulwesen der DDR, Dr. *Wilhelm Girmus*, vom Präsidenten der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Prof. Dr. *Werner Hartke*, und vom Vorsitzenden des Präsidiums der Deutschen Historiker-Gesellschaft, Prof. Dr. *Ernst Engelberg*.

Die Gesamthematik der Konferenz wurde sowohl in Plenarsitzungen als auch in den Sitzungen von vier verschiedenen Arbeitskreisen behandelt. Die Hauptreferate, die im Auftrag der Kommission der Historiker von deutschen und sowjetischen Wissenschaftlern übernommen worden waren, füllten den Hauptteil der Plenarsitzungen an den beiden ersten Tagen.

Prof. Dr. *J. Boltin*, Stellvertretender Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Moskau, sprach zum Thema „Über den Charakter des zweiten Weltkrieges“. Er erläuterte die Wandlung des zweiten Weltkrieges aus einem Krieg zwischen zwei imperialistischen Gruppierungen, der für beide Seiten einen ungerechten Charakter trug, zum antifaschistischen Befreiungskrieg der Völker gegen den deutschen Imperialismus. Diese Wandlung wurde eingeleitet durch die wachsende Rolle des antifaschistischen Freiheitskampfes der Völker. Vollauf setzte sich diese neue Qualität nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion durch, als die deutsch-sowjetische Front zum Hauptkriegsschauplatz wurde und der sozialistische Sowjetstaat als die entscheidende Kraft der Antihitlerkoalition am maßgeblichsten Ziele, Inhalt und Charakter des ganzen Krieges bestimmte. Die richtige Einschätzung des Charakters des Krieges – sowohl im ganzen als auch für die einzelnen Staaten, die am Kriege teilnahmen, und die verschiedenen Perioden – ist eine der Kernfragen, die bei der Erforschung der Geschichte des zweiten Weltkrieges analysiert werden muß. Nur die marxistisch-leninistische Wissenschaft ist imstande, eine exakte Antwort hierauf zu geben.

Mit einem weiteren Grundproblem befaßte sich Prof. Dr. *L. Stern*, Halle, in seinem Referat über die Gesetzmäßigkeit der Niederlagen des deutschen Imperialismus in den beiden Weltkriegen. Die Niederlage des deutschen Imperialismus im ersten und im zweiten Weltkrieg hatte ihre Ursache nicht in irgendwelchen zufälligen Momenten oder einzelnen Fehlentscheidungen von Generalen und Politikern. Sie war das Ergebnis des jeweiligen internationalen Kräfteverhältnisses, der ständig wirkenden und daher kriegsentscheidenden Faktoren. Im zweiten Weltkrieg wirkte zudem die grundlegende Gesetzmäßigkeit unserer Epoche: die Überlegenheit des Systems des Sozialismus über das System des Kapitalismus. In der Gegenwart ist angesichts des Bestehens des mächtigen sozialistischen Weltsystems die Perspektivlosigkeit der Aggressionspolitik des deutschen Imperialismus noch viel eindeutiger als dies bereits zur Zeit des ersten und zweiten Weltkrieges der Fall war. Um so verbrecherischer sind die wahnwitzigen und abenteuerlichen

Pläne eines Atomkrieges auf deutschem Boden, die von den Bonner Machthabern ausgeheckt werden.

Generalmajor *N. Pawlenko*, Moskau, bewies anhand zahlreicher Tatsachen und auf der Grundlage einer umfassenden Analyse der wichtigsten Schlachten und Abschnitte des Kriegsverlaufs, daß die Sowjetunion und ihre Streitkräfte die entscheidende Rolle bei der Niederschmetterung des faschistischen Kriegsblocks gespielt haben. Der Sieg der Sowjetarmee, der auf den Schlachtfeldern von Moskau bis Berlin den größten Teil der faschistischen Truppen, darunter ihre besten Eliteeinheiten, zerschlug, war nicht das Ergebnis einer zahlenmäßigen Überlegenheit. Er war die gesetzmäßige Folge der politischen, militärischen, wirtschaftlichen und ganz besonders auch moralischen Überlegenheit des sozialistischen Staates und seiner Feldherren und Soldaten über das imperialistische Deutschland und seine Kriegsmaschine.

Zum Thema „Der deutsche Militarismus und die Legende vom Präventivkrieg Hitlerdeutschlands gegen die Sowjetunion“ sprach als Gast der Historikerkommission der ehemalige Generalleutnant der deutschen Wehrmacht *J. Zuckertort*, Frankfurt (Oder). Auf der Grundlage zahlreicher Dokumente und schriftlicher Erklärungen ehemaliger Generale und Offiziere der faschistischen Armee sowie eigener Erlebnisse und Beobachtungen bewies er, daß Hitlerdeutschland von langer Hand einen Angriffskrieg gegen die Sowjetunion vorbereitet hatte. Während sich die Sowjetunion strikt an die Bestimmungen des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes hielt, wurden vom faschistischen Oberkommando konkrete Angriffspläne ausgearbeitet und durchgeführt. Das ganze Gerede vom Präventivkrieg diente der Goebbelspropaganda nur zur Rechtfertigung des verbrecherischen Angriffs auf die Sowjetunion und soll heute erneut der psychologischen Kriegsvorbereitung und der antikomunistischen Hysterie dienen.

Ein sehr wichtiges Thema beleuchtete Prof. Dr. *A. Jerussalimski*, Moskau, der sich in seinem Referat mit der Ideologie des deutschen Imperialismus auseinandersetzte. Bei aller Unterschiedlichkeit der Formen und Methoden ist der Grundgehalt der Ideologie des deutschen Imperialismus in allen Perioden der gleiche geblieben. Sie dient der Vorbereitung des Aggressionskrieges, mit dessen Hilfe das deutsche Finanzkapital seine expansionistischen Absichten verwirklichen will. Die Wiedergeburt des deutschen Imperialismus in den Westzonen war nach dem zweiten Weltkrieg vom Wiedererstehen seiner kriegerischen Ideologie begleitet. Die Ideologie des westdeutschen Imperialismus stellt in der Gegenwart ein Gemisch von altem nazistischem Ideengut und Gedanken des politischen Klerikalismus dar.

Der Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED *Ludwig Einicke*, Berlin, sprach über die antifaschistische Widerstandsbewegung und den Freiheitskampf der Völker im zweiten Weltkrieg und zeigte, daß sie als wichtige Faktoren für die Niederlage des deutschen Imperialismus zu bewerten sind. Die konsequenteste Kraft des Widerstandskampfes waren in allen Ländern die Kommunistischen Parteien, die als einzige ein den Lebensinteressen der ganzen Nation entsprechendes zielklares Programm des Kampfes besaßen und die auch die größten Opfer für die Befreiung ihrer Heimat vom faschistischen Joch brachten. Auch in Deutschland waren die Widerstandskämpfer die wahren nationalen Patrioten. In zahlreichen europäischen Ländern wuchs der antifaschistische Widerstandskampf gegen den deutschen Imperialismus in die volksdemokratische Revolution hinüber.

## Die Konferenz „Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg“

„Die weltgeschichtliche Bilanz des Sieges der freiheitliebenden Völker über den deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg“ war das Thema des Referats von Dr. A. Melnikow, Moskau. Die Sowjetunion und die mit ihr verbündeten Völker hatten die Weltzivilisation von der faschistischen Barbarei errettet. Das wichtigste Ergebnis dieses Sieges war die Entstehung des sozialistischen Weltsystems. Der Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems muß ebenfalls als Ergebnis des zweiten Weltkrieges gesehen werden. Die Rolle der Volksmassen in der Weltpolitik hat gewaltig zugenommen. Hiervon zeugt besonders das Wachstum der Friedensbewegung. Die tiefgehenden Veränderungen, die sich nach dem zweiten Weltkrieg vollzogen, haben heute dazu geführt, daß die endgültige Verbannung des Krieges aus dem Leben der Völker möglich geworden ist.

Dr. S. Doernberg, Berlin, behandelte in seinem Referat zum Thema „Die Deutsche Demokratische Republik — das Bollwerk des Kampfes gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus“ die grundlegenden Veränderungen, die sich in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg ergeben haben. Auch in Deutschland hat sich das Kräfteverhältnis als Ergebnis des Sieges der volksdemokratischen Revolution in einem Drittel Deutschlands und der Entstehung und Festigung der Deutschen Demokratischen Republik von Grund auf geändert. Den Aggressionsbestrebungen des deutschen Imperialismus ist ein fester Riegel vorgeschoben. Die DDR ist der geschichtsbestimmende Faktor in Deutschland. Sie weist den Weg zur Lösung der nationalen Lebensfragen des ganzen deutschen Volkes und leistet durch den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus einen wichtigen Beitrag im Kampf um die Sicherung des Friedens in Europa und im Wettbewerb zwischen den Weltsystemen des Sozialismus und des Kapitalismus.

Die Qualität der Hauptreferate war unterschiedlich. Insgesamt gesehen hatten die sowjetischen Beiträge ein beträchtlich höheres wissenschaftliches Niveau. Dies gilt sowohl für die faktenmäßige Fundierung als vor allem auch für die theoretische Durchdringung des Stoffes. So bildeten vor allem die Referate von J. Boltin und N. Pawlenko den Höhepunkt der gesamten Konferenz.

Bei den deutschen Hauptreferaten, die insgesamt den Erfordernissen der Konferenz im wesentlichen gerecht wurden, gab es einige Mängel, die nicht verschwiegen werden dürfen. So stellten sie nicht genügend klar jene Probleme heraus, die noch Gegenstand der Forschung sind, und regten daher nicht im gewünschten Maße zur Diskussion an. In dem Referat von S. Doernberg wäre es zweckmäßig gewesen, stärker die Auswirkungen der Deutschen Demokratischen Republik und ihres Kampfes für den Frieden auf Westdeutschland eingehend darzulegen. Das Referat widerspiegelte einen Mangel an unserer gesamten zeitgeschichtlichen Forschung: die noch ungenügend konkrete und wissenschaftlich fundierte Untersuchung der Erfolge, die die DDR im nationalen und internationalen Maßstab gerade in der letzten Zeit errungen hat.

Das Referat von L. Einicke litt daran, daß es zu sehr darstellend aufgebaut war, wobei es verständlicherweise auch nur die wichtigsten Ereignisse der Widerstandsbewegung skizzieren konnte. Das Referat hätte zweifellos noch mehr gewonnen, wenn in ihm stärker einige Probleme, die bei der Erforschung der Widerstandsbewegung beachtet werden müssen oder gegenwärtig noch umstritten sind, im Mittelpunkt gestanden hätten. Die führende Rolle der Kommunistischen Parteien in der antifaschistischen Widerstandsbewegung wurde im Referat mitunter vereinfacht, während die ganze Breite der



Widerstandsbewegung, an der Angehörige der verschiedensten Schichten und Menschen mit den unterschiedlichsten politischen Auffassungen im Kampf gegen den menscheitsfeindlichen deutschen Faschismus teilnahmen, nicht ausreichend gewürdigt wurde. Gerade heute aber, da die Schaffung einer äußerst breiten, bis tief in die Kreise der Bourgeoisie hineinreichenden Front gegen den Atomtod in der ganzen Welt und vor allem auch in Westdeutschland zu einer zwingenden Notwendigkeit geworden ist, müssen die Erfahrungen der umfassenden antifaschistischen Widerstandsbewegung in den Jahren des zweiten Weltkrieges noch eingehender, als das bisher geschehen ist, erforscht und dargestellt werden.

Erhebliche Mängel wies das Referat von L. Stern auf. Man muß der in der „Einheit“, Heft 1/1960, getroffenen Einschätzung beipflichten, daß die von L. Stern gemachten Ausführungen nicht befriedigen konnten und daß das Referat, was die Gründlichkeit in der Analyse der objektiven Faktoren, die die Niederlage des deutschen Imperialismus bedingten, und das Niveau der Beweisführung betrifft, hinter schon veröffentlichten Spezialarbeiten zurückblieb. Diese Mängel erklären sich in starkem Maße daraus, daß im Referat weitaus zuviel Raum allgemeinen Fragen der Politik des deutschen Imperialismus gewidmet wurde oder solchen Problemen, wie z. B. dem Charakter des Krieges und der Ideologie des deutschen Imperialismus, die in anderen Hauptreferaten ausführlicher und daher konkreter und fundierter behandelt wurden. Das Referat befaßte sich zuviel mit der deutschen Militärdoktrin und der bürgerlichen Geschichtsschreibung, dagegen aber zuwenig mit einer konkreten Analyse des Kräfteverhältnisses im ersten und zweiten Weltkrieg. Die tieferen Ursachen für die Gesetzmäßigkeit der Niederlagen des deutschen Imperialismus in den beiden Weltkriegen wurden daher nicht überzeugend aufgedeckt. An die Stelle einer Untersuchung der objektiven Ursachen, die zur Niederlage führten, trat, besonders bei der Behandlung des ersten Weltkrieges, eine Darstellung der Niederlage selbst und der wichtigsten Ereignisse, die sie dokumentierten.

Im Plenum wurden auch einige Kurzbeiträge gehalten. So sprachen Dr. J. Galan (Spanien), Generalmajor Prof. S. Okecki (Polen), Prof. Dr. E. Ragonieri (Italien), Generaloberst Prof. I. Kinoff (Bulgarien), Prof. Dr. A. Rothstein (Großbritannien) und andere über den Kampf der Völker ihrer Länder gegen den zweiten Weltkrieg und weitere Probleme. Prof. Dr. G. Kehnscherper von der Theologischen Fakultät der Universität Greifswald deckte in seinem Beitrag die verderbliche Rolle des klerikalen Militarismus in Westdeutschland auf. Prof. Dr. J. Chmelnitzkaja, Moskau, behandelte in ihrem Beitrag Probleme der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland zur Zeit des zweiten Weltkrieges.

Die weitaus meisten Kurzreferate und Diskussionsbeiträge wurden in den vier Arbeitskreisen gehalten, die während der Konferenz parallel tagten. Zu den Autoren der Kurzreferate in den Arbeitskreisen gehörten 69 Wissenschaftler aus der DDR, 20 Wissenschaftler aus der Sowjetunion und 25 Wissenschaftler aus weiteren 19 Ländern.

Die Arbeit der ersten Sektion, die das Thema „Die Vorbereitung des zweiten Weltkrieges durch den deutschen Imperialismus“ behandelte, stand unter Leitung von Dr. G. F. Sastawenko, Moskau, und Prof. Dr. G. Schilfert, Berlin.

Die überwiegende Mehrheit der Diskussionsredner setzte sich mit der Verfälschung und Entstellung des Anteils des deutschen Imperialismus bei der Kriegsvorbereitung durch bürgerliche, besonders westdeutsche Historiker

## Die Konferenz „Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg“

auseinander und wies anhand zahlreicher, bisher zum Teil unveröffentlichter Dokumente, die aus Archiven der Konzerne oder aus Akten des faschistischen Staatsapparates entnommen werden konnten, die enge Verbindung der deutschen Monopole mit der nationalsozialistischen Führung nach.

Einen breiten Raum nahmen die Beiträge ein, die sich die Aufgabe stellten, die Tätigkeit bestimmter Monopole bei der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges zu untersuchen, wobei in vielen Fällen nachgewiesen werden konnte, in welchem Maße sie bereits bei der Entfesselung des Krieges 1914–1918 beteiligt waren.

So brachte Dr. *Wolfgang Schumann*, Jena, den Nachweis, daß der Zeiß-Konzern in enger Verbindung mit der nationalsozialistischen Führung stand und mit Hilfe einer ausgedehnten Betriebsspionage speziell in Polen, der Tschechoslowakei und Frankreich lange vor dem Kriege die wichtigsten optischen Werke in diesen Ländern avisierte, um sie bei einer Besetzung sofort in Betrieb zu nehmen. Und tatsächlich folgten die Zeiß-Vertreter den faschistischen Truppen auf dem Fuße, um sich mit Hilfe des OKW die Betriebe einzuverleiben. Dr. *Hans Radandt*, Berlin behandelte anhand reichhaltigen Dokumentenmaterials die enge Verbindung der Deutschen Bank und der Daimler-Benz-AG mit dem nationalsozialistischen Staatsapparat. Die Spekulation auf die Besetzung der europäischen Länder und die Ausbeutung der dort befindlichen Erzgruben, die Vorbereitung des Raubes anderer Industrien war auch das Thema, das *Heinz Lüdemann*, Berlin, aufgriff, der die Rolle der Monopole bei der Schaffung des Reichszentrums der eisenerschaffenden Industrie (Salzgitter) untersuchte. Dr. *Edith Ruppel*, Österreich, behandelte die Wirtschaftsexpansion der deutschen Monopole gegenüber der eisenverarbeitenden und Hüttenindustrie Österreichs.

*Heinz Barthel*, Leipzig, befaßte sich mit der Geschichte des Wehrwirtschaftsstabes, seiner Rolle bei der Unterordnung der gesamten Volkswirtschaft für die Kriegsvorbereitung und der von ihm vorbereiteten Ausplünderung der für die Okkupation vorgesehenen Gebiete.

Die Versuche der westdeutschen Historiker, die Rolle der Generalität an der Kriegsvorbereitung zu negieren und zu verschleiern, wurden durch den Beitrag von Dr. *W. I. Fomin*, Moskau, widerlegt, der die Aktivität des Reichsverteidigungsrats untersuchte und den entscheidenden Anteil höchster Generale daran nachwies. Auch Dr. *G. F. Sastawenko*, Moskau, und Prof. Dr. *P. H. Shilin*, Moskau, wiesen anhand neuen Materials nach, wie der deutsche Generalstab bereits seit Juli 1940 half, den Überfall auf die Sowjetunion vorzubereiten, während *Kurt Schützle*, Berlin, die Rolle der Reichswehr in der Weimarer Republik analysierte, die die schrittweise Faschisierung der Armee begünstigte.

Neues Material brachten die Beiträge von Prof. *Uesegi*, Japan, der die Widersprüche innerhalb der herrschenden Klassen Japans und der Militärführung anlässlich der Verhandlungen über den Dreimächtepakt und die daraus resultierenden Widersprüche zwischen Deutschland und Japan untersuchte, von Prof. *Tusche Vlachow*, Bulgarien, der die Ursachen darlegte, warum Bulgarien ein treuer Satellitenstaat Hitlerdeutschlands war, und von *Pauli Martinmäki*, Finnland, der die Zusammenarbeit Finnlands und Hitlerdeutschlands im zweiten Weltkrieg bloßlegte. Einige Beiträge enthüllten die Beziehungen britischer und amerikanischer Diplomaten zum nationalsozialistischen Deutschland, so der Vortrag von Frau Dr. *Alice Teichowa*,

ČSR, der auf Grund bürgerlicher Quellen einen detaillierten Überblick über die Geheimverhandlungen Englands mit deutschen Regierungsstellen zur Zeit der Moskauer Verhandlungen im Jahre 1939 gab.

Prof. Dr. *Karl Obermann*, Berlin, legte ausführlich die Tätigkeit Papens, im Auftrage der Nationalsozialisten in Österreich Bedingungen für die Annexion zu schaffen, dar und entlarvte damit die Legende von der friedlichen Mission Papens.

Zum Thema „Die innenpolitische und ideologische Kriegsvorbereitung des deutschen Imperialismus“ sprachen Dr. G. N. *Goroschkowa*, Moskau, die die Rolle der antidemokratischen Innenpolitik des faschistischen Staates für die Kriegsvorbereitung analysierte, *Joachim Petzold*, Berlin, der den Einfluß der Dolchstoß-Legende insbesondere auf die chauvinistische Verhetzung der Reichswehr und in den Schulen aufdeckte. *Otto Falta*, ČSR, über die Rolle des Revisionismus, u. a. Dr. *Alfred Anderle*, Halle, erörterte in seinem Beitrag die Grundzüge der antibolschewistischen Hetze, die die Grundlage für die ideologische Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion wurde, und setzte sich dabei mit westdeutschen Schreiberlingen auseinander, die heute den gleichen Weg gehen wollen.

Ergänzt wurde die Diskussion über die Kriegsvorbereitung der Monopole durch Beiträge, die den entschiedenen Kampf der Kommunistischen Partei Deutschlands gegen Krieg und Faschismus darstellten, wie: Dr. *Ernst Laboor*, Berlin, über den Antikriegstag der deutschen Arbeiterklasse am 1. August 1929, *Kücklich/Krusch*, Berlin, über den Kampf der KPD gegen den Krieg von 1929 bis 1933, *Gerhard Winkler*, Berlin, über den gemeinsamen Kampf deutscher Emigranten und tschechoslowakischer Kommunisten bis 1938 und Dr. *Lothar Berthold*, Berlin, der die Bedeutung der Berner Konferenz der KPD (1939) eingehend analysierte und nachwies, daß in allen wichtigen Dokumenten der Antihitlerkoalition, die auf das künftige Deutschland hinweisen, die wichtigsten Punkte des Programms zur Rettung der deutschen Nation, das auf der Berner Konferenz beschlossen wurde, wiederkehren.

Der Arbeitskreis II unter der Leitung von Prof. Dr. *J. L. Chmelnitzkaja*, Moskau, und Prof. Dr. *Ernst Engelberg*, Leipzig, stand unter dem Thema „Der deutsche Imperialismus während des zweiten Weltkrieges und seine militärische, wirtschaftliche und moralisch-politische Niederlage“. Das Ziel des Arbeitskreises bestand darin, den Charakter und die Periodisierung des zweiten Weltkrieges sowie die Politik der Westmächte und der neutralen Länder gegenüber Hitlerdeutschland zu untersuchen, Probleme der faschistischen Kriegswirtschaft sowie der Politik und Kriegführung Hitlerdeutschlands von 1939 bis 1941 und von 1941 bis 1945 und die Widersprüche innerhalb des faschistischen Blocks zu behandeln.

Prof. Dr. *A. Rothstein*, Großbritannien, sprach über „Die moralische und politische Niederlage des Einflusses des deutschen Imperialismus in Großbritannien 1939 bis 1945“. Er zeigte anhand zahlreicher Beispiele die offene Unterstützung Nazideutschlands durch Teile der englischen Bourgeoisie und stellte die Rolle der Kommunistischen Partei Englands als wahrer Interessenvertreter des englischen Volkes dar. Prof. Dr. *E. Winter*, Berlin, behandelte das Thema „Der Vatikan und der deutsche Imperialismus im zweiten Weltkrieg“. Er deckte in seinen Ausführungen die reaktionäre Rolle des Vatikans auf, der bestrebt war, den deutschen Imperialismus als Stoßtrupp gegen die sozialistische Sowjetunion zu benutzen, weshalb er sich auch mit den antinationalen Kräften des 20. Juli 1944 verband, um die restlose Niederlage des deutschen Imperialismus und Militarismus zu verhindern. Dr. *Rapp-Lan-*



taron, Spanien, zerschlug die Legende der bürgerlichen Geschichtsschreibung, die die „Neutralität“ Spaniens im zweiten Weltkrieg als Verdienst des faschistischen Diktators Franco hinzustellen versucht, und bewies, daß allein auf Grund der außen- und innenpolitischen Schwäche des Franco-Regimes die Teilnahme des faschistischen Spaniens am Krieg nicht möglich war, obwohl Franco mit Hitler Besprechungen über den Kriegseintritt Spaniens führte und es Beispiele dafür gibt, daß er den Hitlerkrieg unterstützte.

L. A. Besymenski, UdSSR, nahm zur Frage der Separatverhandlungen Hitlerdeutschlands und der Westmächte durch Himmler und die SS Stellung, die einen Separatfrieden auf antisowjetischer Grundlage bezweckten und den Versuch darstellten, gemeinsam den Krieg gegen die Sowjetunion fortzusetzen. Diese imperialistische Zielstellung wurde durch den Kampf der Volksmassen und die fortschrittlichen Kräfte in der Antihitlerkoalition sowie durch die Siege der sowjetischen Streitkräfte zunichte gemacht. Besonders interessant waren die Ausführungen Besymenskis über die Verbindungen zwischen der Goerdeler-Beck-Gruppe und der SS vor und nach dem 20. Juli 1944, die im Antikommunismus eine gemeinsame Grundlage fanden.

Zum Themenkreis „Probleme der hitlerfaschistischen Kriegswirtschaft und Kriegführung“ sprachen Prof. Dr. Chmelnitzkaja, UdSSR, Dr. A. Schröter, DDR, A. Schnitter, DDR, und Prof. Dr. E. Engelberg, DDR. Bemerkenswert war der Beitrag von Prof. Dr. Chmelnitzkaja, die über „Die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland während des zweiten Weltkrieges“ referierte und dabei besonders den Einfluß der Siege der Roten Armee auf die faschistische Kriegswirtschaft hervorhob. Während Dr. Schröter hauptsächlich die Geschichtsfälschungen der westdeutschen Historiographie über die Fragen der faschistischen Kriegswirtschaftspolitik behandelte, sprach Prof. Dr. Engelberg „Zu einigen Problemen der hitlerfaschistischen Aufrüstung und Kriegswirtschaft“. Er deckte die Gesetzmäßigkeit der ökonomischen Niederlage Hitlerdeutschlands auf und entlarvte die reaktionäre bürgerliche Theorie der „verpaßten Gelegenheiten“, die die ökonomische Niederlage mit der Person Hitlers begründen will.

Bei der Behandlung des Themenkreises „Probleme der Politik und Kriegführung Hitlerdeutschlands“ sprach M. Malinowski, Polen, über den Anteil der polnischen Arbeiterklasse an der Verteidigung Warschaus im September 1939 und wies nach, daß im Gegensatz zur Haltung der reaktionären herrschenden Clique Polens, die das Land durch ihre antikommunistische Politik in den zweiten Weltkrieg stürzte und vor der faschistischen Kriegsmaschine kapitulierte, sich bereits während der Verteidigung Warschaus Elemente eines gerechten Befreiungskampfes der polnischen Nation unter Führung der Arbeiterklasse herausgebildet hatten. Oberstleutnant Stenzel, DDR, hob den Einfluß der Kriegsvorbereitung Hitlerdeutschlands zum Überfall auf die Sowjetunion auf die deutsche Kriegführung gegen England hervor und betonte, daß der Überfall auf die Sowjetunion zum Angelpunkt der gesamten faschistischen Kriegsplanung wurde. Generalmajor a. D. Dr. Korfes, DDR, gab eine kritische Betrachtung über die Strategie des deutschen Militarismus und betonte die Aktualität dieser Frage, da die westdeutsche Bundeswehr ihre militärische Erziehung und Planung auf faschistischer Grundlage fortsetzt. Zur „Großen Schlacht bei Moskau — ein Wendepunkt des zweiten Weltkrieges“ nahm Dr. E. I. Tamanow, UdSSR, Stellung, der die Niederlage der hitlerfaschistischen Truppen vor Moskau als ersten Wendepunkt des zweiten Weltkrieges bezeichnete, der die strategische Initiative in die Hände

der Roten Armee übergehen ließ. Die Schlacht vor Moskau zerschlug den Nimbus von der Unbesiegbarkeit der faschistischen Armeen und zeigte allen um ihre Freiheit ringenden Völkern, daß die Niederlage des deutschen Imperialismus unvermeidbar ist. Der Diskussionsbeitrag von *D. J. Melnikow*, UdSSR, über „Die Niederlagen des deutsch-faschistischen Heeres und die politische Krise innerhalb der faschistischen Führungskreise“ behandelte das interessante Problem der Widerspiegelung der Siege der Roten Armee in Deutschland sowohl im antifaschistischen Widerstandskampf als auch innerhalb der herrschenden Clique. Neben dem Beitrag von Oberstleutnant *Carisius*, DDR, der über die in der Geschichtswissenschaft der DDR bis jetzt vernachlässigte Frage der Bedeutung des Partisanenkampfes für den Ausgang des zweiten Weltkrieges sprach, sind noch die in der Diskussion gemachten Ausführungen von Generalmajor *N. G. Pawlenko*, UdSSR, über die militärische und politische Bedeutung der Stalingrader und Kursker Schlacht sowie des Kampfes um die strategische Initiative hervorzuheben.

Die Sektion III arbeitete unter der Leitung von Dr. *N. S. Samorukow*, Moskau, und Prof. Dr. *E. Paterna*, Berlin, und hatte „Die Innenpolitik und die Besatzungspolitik des deutschen Imperialismus und die antifaschistische Widerstandsbewegung in Deutschland und den besetzten Gebieten“ zum Thema.

Im Mittelpunkt der Aussprache standen Fragen der Okkupationspolitik des deutschen Imperialismus, die Verantwortlichkeit der reaktionärsten Kräfte des deutschen Finanzkapitals für die von den faschistischen Behörden betriebene Raub- und Vernichtungspolitik und vor allem die antifaschistische Widerstandsbewegung in Deutschland und anderen Ländern Europas. Zahlreiche deutsche und ausländische Wissenschaftler legten neue Forschungsergebnisse vor, die sich zum großen Teil auf bisher unbekannte Dokumente stützten. Einige Beiträge beschäftigten sich mit dem Klasseninhalt des deutschen faschistischen Staates. *Vera Köller*, DDR, sprach zur Ausplünderungspolitik des deutschen Faschismus in der Sowjetunion, untersuchte die Rolle der „Zentralhandelsgesellschaft Ost“ und wies nach, daß sie eines der zahlreichen Instrumente des deutschen Finanzkapitals zur Durchführung seiner schmutzigen Kriegsgeschäfte war. *Eva Seeber*, DDR, setzte sich mit westdeutschen Geschichtsfälschungen über die Rolle der Monopole bei der Ausbeutung ausländischer Zwangsarbeiter auseinander und wies nach, daß Sauckel im Auftrage der mächtigsten Monopole fremde Arbeitskräfte „beschaffte“. *Klaus Drobisch*, DDR, der über den Freundeskreis Himmlers sprach, zeigte anhand neuer Dokumente, wie die Vertreter der mächtigsten Konzerne regelmäßig mit Himmler die Aufgaben der SS berieten und Himmler Millionenbeträge zur Finanzierung dieser Kriegsverbrecherorganisation zuschoben. In engem Zusammenhang damit stand der Beitrag Dr. *Kaminskis*, Polen, über das Wesen der faschistischen Konzentrations- und Vernichtungslager. Dokumentarisch belegte er, wie die Konzentrationslager während des Krieges wirtschaftliche Funktionen zur Befriedigung der Unternehmerinteressen – insbesondere hinsichtlich billigster Arbeitskräfte – übernahmen. *Kaminski* verwies darauf, daß sich heute die Unternehmer hinter der SS zu verstecken suchen, und forderte die fortschrittlichen deutschen Historiker auf, die Probleme der KZ-Lager ausführlich zu bearbeiten und die wirklichen Initiatoren dieser faschistischen Ausbeutungs-, Folter- und Mordstätten zu entlarven. Prof. Dr. *Popiolek*, Polen, referierte über die barbarischen Methoden zur Ausrottung der polnischen Bevölkerung in Schlesien, und Dozent *Madajczyk*, Polen, über durchgeführte Aussiedlungen.

gen auf polnischem Gebiet. Beide Aktionen waren Bestandteil des Planes des deutschen Imperialismus, ganz Polen zu germanisieren. *Rudolf Graf*, DDR, charakterisierte Hermann Aubin, einen führenden Vertreter der reaktionären „Ostforschung“, als pseudowissenschaftlichen Apologeten und faschistischen Ideologen des deutschen Imperialismus und zeigte vorwiegend anhand dessen eigener Publikationen, wie er während des zweiten Weltkrieges der SS Argumente für jene Verbrechen in die Hand spielte, über die in der Sektion *Popiolek*, *Madajczyk* u. a. berichteten. Zu der von *Madajczyk* aufgeworfenen Frage, warum der deutsche Imperialismus die geplanten Aussiedlungen in der Umgebung von Birkenau nicht in vollem Umfange durchführen konnte und schließlich ganz einstellen mußte, sprach *Ludwig Einicke*, DDR.

In der Aussprache zu Fragen der antifaschistischen Widerstandsbewegung wurden manche Beiträge leider etwas zu isoliert von der allgemeinen Kriegslage vorgetragen, auch die Kämpfe der Partisanenverbände in den verschiedensten Ländern wurden zum Teil nicht in gebührendem Zusammenhang mit den Siegen der Roten Armee eingeschätzt. Jedoch vermittelte die Aussprache zu diesen Fragen viel neues Wissen und bereicherte die Erkenntnis über die hervorragende Rolle der Volksmassen bei der Niederringung des Hitlerfaschismus.

Von grundlegender Bedeutung war der Vortrag Dr. N. *Samorukows*, UdSSR, in dem er die zwei Taktiken innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung in der Periode vor der Entfesselung des zweiten Weltkrieges analysierte. Die Richtigkeit der Position der Kommunistischen Internationale wurde während der ganzen Diskussion immer wieder bestätigt. Unter Führung der Kommunisten entwickelten sich in zahlreichen europäischen Ländern nationale, antifaschistische Massenbewegungen, von deren Kampf und Erfolgen mehrere Beiträge ausländischer Tagungsteilnehmer berichteten. *L. E. Kisja*, Ukrainische SSR, sprach — z. T. aus eigener Erfahrung — über den Kampf des ukrainischen Volkes, setzte sich dabei mit westdeutschen Geschichtsfälschungen über die Partisanenbewegung auseinander und zeigte, daß diese auf der Grundlage der politisch-moralischen Einheit der Sowjetvölker sehr schnell zur Massenbewegung wurde. Zu diesem Thema sprach auch Prof. Dr. I. S. *Krawtschenko*, Belorussische SSR, der insbesondere die führende Rolle der Kommunistischen Partei der Sowjetunion in den belorussischen Partisaneneinheiten anschaulich machte. Über den antifaschistischen Kampf ihrer Völker sprachen außerdem N. P. *Gornenski*, Bulgarien, *Jorgi Sota*, Albanien, Generalmajor *Kuczera*, ČSR, *Bodan Kobuszewski*, Polen, Dr. *Franco Ferri*, Italien, *Panaetis Mawromatis*, Griechenland, und andere.

Alle Beiträge der ausländischen Teilnehmer veranschaulichten sehr deutlich die gemeinsamen Anstrengungen der europäischen Völker in ihrem gemeinsamen Kampf gegen den Hitlerfaschismus.

Im Arbeitskreis wurden auch neue Forschungsergebnisse über den Kampf deutscher Kommunisten und anderer Antifaschisten mitgeteilt. Dazu sprachen (alle folgenden DDR) *Wolfgang Kiesling* über die Rolle Ernst Schnellers bei der Organisierung des Widerstandes im KZ-Lager Sachsenhausen, *Lena Roggenbuck* über den Aufschwung der deutschen antifaschistischen Bewegung nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion, *Claire Quast* über den Kampf der KPD im westdeutschen Industriezentrum für die schnelle Beendigung des Krieges 1942, *Charlotte Bischoff* über die antifaschistische Widerstandsgruppe „Die innere Front“ und *Edith Zorn* über die Teilnahme deutscher Antifaschisten an der französischen Résistance.



Übereinstimmend hoben alle Referenten die brüderliche Zusammenarbeit und Solidarität deutscher Antifaschisten mit ausländischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen hervor. Mit großem Interesse wurden die Ausführungen des Generals *Okecki*, Polen, aufgenommen, der wertvolle Forschungsergebnisse über die Teilnahme deutscher Antifaschisten an der polnischen Widerstands- und Partisanenbewegung mitteilte. Nicht nur einzelne Deutsche, sondern auch ganze Gruppen haben in den Reihen der polnischen Volksgarde später der Volksarmee gekämpft.

Im Verhältnis zur ersten Wissenschaftlichen Konferenz der Historiker der DDR und der UdSSR im November 1957 bewies die zweite Tagung bei der Erforschung der europäischen antifaschistischen Widerstandsbewegung beachtliche Fortschritte. Wie mehrere Redner hervorhoben, ist die verstärkte Fortsetzung der Forschung jedoch unerlässlich. Die Tagung im Dezember hat dafür einen günstigen Ausgangspunkt geschaffen.

„Die Ergebnisse und Folgen des zweiten Weltkrieges und der Zerschlagung des deutschen Imperialismus“ — das war das Thema des IV. Arbeitskreises, der unter der Leitung von *L. N. Smirnow*, Stellvertretender Vorsitzender des Obersten Gerichts der UdSSR, Moskau, und Prof. *Ernst Hoffmann*, Berlin, tagte.

Dank der Tatsache, daß im Arbeitskreis nicht nur Historiker, sondern auch Juristen, Ökonomen, Philosophen und Literaturhistoriker mitarbeiteten, entwickelte sich eine vielseitige Diskussion. Der Höhepunkt der Diskussion war ohne Zweifel das Auftreten von *L. N. Smirnow*, der zum Thema „Der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß und seine Rolle bei der Entlarvung der Verbrechen des deutschen Imperialismus“ sprach. *Smirnow*, der in Nürnberg zur sowjetischen Anklagevertretung gehört hatte, legte überzeugend die historische Bedeutung des Nürnberger Prozesses dar. Er wies darauf hin, daß in Nürnberg der Zusammenhang zwischen dem Hitlerfaschismus und dem deutschen Monopolkapital eindeutig bewiesen wurde. Sowohl in bezug auf das materielle Recht als auch hinsichtlich der Prozeßführung hält der Nürnberger Prozeß jeder Kritik stand. Die in Nürnberg getroffene Feststellung, daß die Entfesselung eines Krieges das schlimmste internationale Verbrechen ist, hat große völkerrechtliche Bedeutung.

In der Diskussion um den Nürnberger Prozeß, an der sich auch Prof. Dr. *Alfons Steiniger*, Berlin, und Prof. Dr. *Karl Polak*, Berlin, beteiligten, wurden die Versuche reaktionärer Juristen, mit formaljuristischen Argumenten die Rechtmäßigkeit des Nürnberger Urteils anzufechten, überzeugend widerlegt.

Der Klärung völkerrechtlicher Fragen dienten neben der Debatte um den Nürnberger Prozeß die Beiträge von Prof. Dr. *Karl Polak* über die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz nach dem zweiten Weltkrieg, von Prof. Dr. *Steiniger* über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Liquidierung des Besatzungsregimes in Westdeutschland und von Prof. Dr. *Karl Bittel*, Berlin, über die vereinbarten gemeinsamen Maßnahmen der Alliierten gegen den deutschen Militarismus und für die friedliche Koexistenz.

Fragen der Geschichte der Arbeiterbewegung behandelten *Günter Benser*, Berlin, der sich mit einigen Verfälschungen der Entstehungsgeschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auseinandersetzte, *Franz Wohlgenuth*, Berlin, der über den Kampf um die Vereinigung von KPD und SPD und gegen die Restauration der imperialistischen Kräfte in Berlin 1945/46 sprach, und Dr. *Dieter Fricke*, Berlin, der das Godesberger Programm der

## Die Konferenz „Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg“

SPD behandelte, das er als ein Bekenntnis der rechten SPD-Führung zum westdeutschen klerikal-militaristischen Obrigkeitsstaat charakterisierte. Mit einem Problem der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung beschäftigte sich Gerhard Powik, Bernau, in seinem Beitrag über die Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit nach dem zweiten Weltkrieg.

Von den Beiträgen, die sich mit Fragen der volksdemokratischen Entwicklung in Ostdeutschland beschäftigen, seien hier die Ausführungen von Dr. G. N. Goroschkowa über die Rolle der Volksausschüsse im Kampf für die demokratische Erziehung der Massen 1948/49 genannt. Mit der demokratischen Bodenreform auf dem Gebiet der DDR und der reaktionären Agrarpolitik in Westdeutschland befaßten sich Siegfried Stein, Berlin, Kurt Groschoff, Berlin, und Alfons Schiener, Berlin. Über den Aufbau der neuen Staatsorgane und die Tätigkeit der Aktivisten der ersten Stunde sprachen Toni Nelles, Berlin, und Dr. Waltraud Robbe, Berlin. Fritz Köhler, Berlin, behandelte die Hilfe der UdSSR für das deutsche Volk bei der Lösung seiner Lebensfragen. Wertvolles Material über die Restauration des westdeutschen Imperialismus enthielten die Beiträge von Gerhard Mannschatz, Berlin, und Prof. Dr. Mottek, Berlin, die sich mit den Entflechtungsmanövern und der sogenannten Dekartellisierung befaßten, und von Dieter Zboralski, Berlin, über die Erhaltung militärischer Kader in Westdeutschland nach dem zweiten Weltkrieg.

Breiten Raum nahm in der Diskussion auch die Auseinandersetzung mit dem Revanchismus in Westdeutschland ein. An der Diskussion zu dieser Frage beteiligten sich Prof. Dr. Snejdarek, ČSR. Günter Wunsch, Berlin, Rudi Goguel, Berlin, und Prof. Dr. Basil Spiru, Leipzig. In ihren Beiträgen entlarvten die Redner sowohl den Charakter des westdeutschen Revanchismus wie auch seine Methoden. Dr. Hans Koch, Berlin, untersuchte die revanchistische Massensliteratur und andere Entstellungen des zweiten Weltkrieges, die in Westdeutschland in Massenaufgaben verbreitet werden.

So vielseitig sich die Diskussion auch gestaltete – alle Beiträge konnten hier nicht erwähnt werden –, so wurden doch einige zentrale Fragen insgesamt nicht gebührend in den Mittelpunkt gerückt. Wie Prof. Hoffmann im Bericht der Leitung des Arbeitskreises an das Plenum der Konferenz hervorhob, wurden die Entstehung und Entwicklung der DDR als Hauptergebnis der Niederlage des deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg und die entscheidende Bedeutung des Aufbaus des Sozialismus in der DDR für die Lösung der nationalen Lebensfrage unseres Volkes nur unzureichend behandelt.

Ein besonderer Höhepunkt der Konferenz war der Empfang, den die Regierung der DDR zu Ehren der Konferenz veranstaltete und auf dem der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED und Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats, Walter Ulbricht, das Wort ergriff.

Insgesamt gesehen bewies die Konferenz, daß die marxistischen Historiker, darunter vor allem auch die Wissenschaftler der Deutschen Demokratischen Republik, einen Durchbruch zur aktuellen Thematik erzielt haben. Die Konferenz hat zweifellos den wissenschaftlichen Institutionen unserer Republik einen neuen mächtigen Anstoß zur weiteren vertieften Erforschung politisch und wissenschaftlich hochaktueller Probleme der jüngsten Vergangenheit gegeben. Sie war ein gutes Beispiel, wie man in konkreter Form und wissenschaftlich fundiert die Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Geschichtsschreibung und Ideologie führen muß.

Der Erfolg der Konferenz ist in erster Linie der Zusammenarbeit von Wissenschaftlern der verschiedensten Länder zu verdanken, die sich erneut als sehr fruchtbar erwiesen hat. Ganz besonders waren es die sowjetischen Wissenschaftler, die durch ihre wertvollen Beiträge zu dem hohen Niveau der Konferenz beisteuerten. Es ist des weiteren hervorzuheben, daß sich an der Konferenz Wissenschaftler der verschiedensten Fachgebiete beteiligten. Diese Zusammenarbeit von Historikern, Ökonomen, Völkerrechtlern, Staatsrechtlern, Literatur- und Kunsthistorikern, Philosophen, Militärwissenschaftlern, Propagandisten und Veteranen der Arbeiterbewegung stellt eine neue Form der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften dar. Zugleich muß jedoch kritisch vermerkt werden, daß einige wissenschaftliche Institutionen, darunter das Deutsche Wirtschaftsinstitut und das Institut für Wirtschaftswissenschaften an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, trotz mehrfacher Aufforderungen keinen aktiven Anteil am Gelingen der Konferenz hatten. Die Berliner Historiker-Konferenz bestätigte erneut das Wachstum der jungen wissenschaftlichen Kader in unserer Republik. Ähnlich wie auf der Leipziger Tagung wurden die meisten Kurzreferate und Diskussionsbeiträge vom wissenschaftlichen Nachwuchs gehalten. Obwohl der Anteil der älteren Generation diesmal bereits beträchtlich stärker war als in Leipzig 1957, hätte die Konferenz zweifellos noch mehr an Bedeutung gewonnen, wenn eine noch größere Zahl unserer erfahrenen Wissenschaftler, vor allem auch aus den Reihen der Philosophen, Ökonomen und Literaturwissenschaftler, mit fundierten Beiträgen aufgetreten wären und dadurch den Kampf um die Aufdeckung der historischen Wahrheit und die Entlarvung der gefährlichen Machenschaften des westdeutschen Imperialismus und seiner Ideologen wesentlich unterstützt hätten.

Die Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR hat in einem speziellen Beschluß die Konferenz ausgewertet und festgestellt, daß sie die ihr gesteckten Ziele im wesentlichen erreicht hat. Die Konferenz trug einen offensiven und kämpferischen Charakter und bewies erneut die ideologische Geschlossenheit der Historiker der DDR und der Sowjetunion, ihre unerschütterliche Treue zu den unsterblichen Ideen des Marxismus-Leninismus, ihre feste Entschlossenheit, den unversöhnlichen Kampf gegen die reaktionäre Ideologie fortzusetzen.

Die Arbeit der Konferenz wies jedoch nach Meinung der Kommission auch einige Mängel auf. Ein Teil der Referate und vor allem der Kurzreferate war noch etwas zu allgemein, zu wenig konkret und trug daher mehr oder minder allgemein propagandistischen Charakter. Dies gilt vor allem für viele Kurzreferate des Arbeitskreises IV, was davon zeugt, daß die Erforschung der Probleme der Nachkriegsentwicklung Deutschlands noch ungenügend wissenschaftlich fundiert ist. Diese Mängel haben ihre Ursachen auch darin, daß während der Vorbereitung der Konferenz von den einzelnen wissenschaftlichen Institutionen nicht immer genügend hohe Anforderungen an die eingereichten Beiträge gestellt wurden. Nicht alle der gehaltenen Beiträge vermittelten wirklich neues Material oder neue wissenschaftliche Erkenntnisse. In anderen Beiträgen wiederum wurden lediglich Fakten vermittelt und keine theoretische Analyse getroffen. Es gab auch einige Kurzreferate, in denen spezielle Probleme untersucht wurden und die daher nur indirekt zur Hauptthematik der Konferenz Stellung nahmen. Darüber hinaus gab es eine Reihe von Mängeln in der wissenschaftlich-organisatorischen Vorbereitung der Konferenz. So konnten die ausführlichen Texte der Haupt-



## *Die Konferenz „Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg“*

referate erst im Laufe der Konferenz verteilt werden, während die Texte der Kurzbeiträge den Konferenzteilnehmern gar nicht ausgehändigt werden konnten. Obwohl diese Mängel nicht das Gesicht der Konferenz prägten, ist es notwendig, auf sie hinzuweisen, damit sie in Zukunft vermieden werden können.

Die Konferenz konnte verständlicherweise das Thema „Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg“ nicht restlos erschöpfen. Für die marxistischen Geschichtswissenschaftler unserer Republik gibt es daher eine ganze Reihe von Aufgaben, die, wie es auf der Konferenz deutlich wurde, noch erst im vollen Umfang gelöst werden müssen. Hierzu gehört eine weitere Analyse und wissenschaftlich allseitig fundierte, überzeugende Darstellung der Gesetzmäßigkeit der Niederlage des deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg. Sie ist eine der Grundfragen, deren Erforschung auch weiterhin vor den Geschichtswissenschaftlern stehen muß. Auch die bewußt und planmäßig organisierten Verbrechen des Hitlerfaschismus und die Rolle, die das Monopolkapital, der Generalstab, die nazistische Diplomatie u. a. m. hierbei spielten, müssen noch eingehender erforscht werden. Sehr wichtig ist es, das wirkliche Ausmaß der antifaschistischen Widerstandsbewegung, ihre Bedeutung, ihre Breite und den Anteil der einzelnen Schichten und politischen Kräfte weiter zu erforschen. Eine wichtige Aufgabe ist auch die Untersuchung der Rolle der sozialen Demagogie des Hitlerfaschismus und ihrer Auswirkungen. Schließlich ist es unbedingt notwendig, die Erforschung der deutschen Nachkriegsgeschichte wesentlich zu verstärken und sie auf ein wirklich wissenschaftliches Niveau zu heben. Dies gilt sowohl für die Untersuchung der grundlegenden Veränderungen, die sich im Kräfteverhältnis ergeben haben, der Probleme der volksdemokratischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus in der DDR, der nationalen und der internationalen Rolle der Deutschen Demokratischen Republik als der Bastion des Friedens im Herzen Europas als auch für die neuen ökonomischen, politischen und ideologischen Erscheinungen des westdeutschen Imperialismus.

Eine umfassende Einschätzung der Bedeutung der Historiker-Konferenz wird erst möglich sein, wenn ihre Materialien veröffentlicht sind. Die deutsche Sektion plant die Herausgabe der Materialien der Konferenz in einer fünfbändigen Ausgabe. Der erste Band soll bereits im Sommer d. J. erscheinen, die anderen Bände sollen dann in kurzen Abständen folgen. Außerdem werden die wichtigsten Beiträge in einer speziellen Schriftenreihe bereits zum 15. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom faschistischen Joch erscheinen und breiten Leserkreisen zugänglich sein.

Auf der Grundlage der Konferenzbeiträge und weiterer Forschungsarbeiten gilt es jetzt, eine politische Geschichte Deutschlands in der Periode des zweiten Weltkrieges und eine Geschichte der antifaschistischen Widerstandsbewegung in Deutschland in dieser Periode auszuarbeiten. Die Herausgabe dieser beiden für breiteste Leserkreise bestimmten Werke muß eine der wichtigsten Aufgaben der Geschichtswissenschaft unserer Republik in der allernächsten Zukunft sein. Mit diesen durch ein Kollektiv von Wissenschaftlern zu erarbeitenden Darstellungen werden die marxistischen Historiker unserer Republik eine Forderung erfüllen, die von unserer Partei bereits auf dem 2. Plenum des Zentralkomitees im Herbst 1958 erhoben wurde.

*Autorenkollektiv des Instituts für Marxismus-Leninismus und  
des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED*

## Über die Tätigkeit des Instituts für Parteigeschichte beim ZK der KPČ

Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei widmete der Erziehung der Volksmassen im Geiste des Marxismus-Leninismus stets die größte Aufmerksamkeit. Eine außergewöhnliche Rolle bei der Herausbildung eines neuen, des sozialistischen Menschen spielt die Propagierung der revolutionären Traditionen des tschechischen und slowakischen Volkes, vor allem aber des opferreichen und heldenmütigen Kampfes, den die Arbeiterklasse in den letzten Jahrzehnten gegen Ausbeutung und Hunger, Faschismus und Krieg unter Führung ihrer Kommunistischen Partei geführt hat. Um diese politisch wie wissenschaftlich höchst wichtige Aufgabe erfolgreich lösen zu können, beschloß das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei im Jahre 1950 die Einrichtung des Instituts für die Geschichte der KPČ.

Die erste Aufgabe, die das Zentralkomitee dem Institut stellte, war, sämtliche Reden und Schriften des bedeutendsten Führers und Theoretikers der tschechoslowakischen revolutionären Arbeiterbewegung, Klement Gottwalds, zu sammeln und zu veröffentlichen. Bisher sind 14 Bände erschienen. Die Reden und Schriften Klement Gottwalds sind ein Musterbeispiel für die schöpferische Verallgemeinerung und Anwendung der Lehren des Marxismus-Leninismus im Verlauf der entscheidendsten Etappen der Klassenkämpfe der tschechoslowakischen Arbeiterklasse. Die treffende Argumentation, deren Richtigkeit durch den Verlauf der historischen Entwicklung bestätigt wurde, die einfache Logik und Überzeugungskraft, die unerschütterliche Treue zu den Volksmassen und der feste Glaube an den endgültigen Sieg des Proletariats, die sich in jeder Arbeit des Genossen Gottwald widerspiegeln, üben eine tiefe Wirkung aus. Durch die Herausgabe der Werke Klement Gottwalds wurden Studium und Lehre der Parteigeschichte auf eine höhere Stufe gehoben.

Das Studium der Parteigeschichte wurde ferner erleichtert durch die Edition von Beschlüssen, Resolutionen, Aufrufen und anderen Dokumenten des ZK der KPČ sowie bedeutender Reden der Parteiführer. Diese Dokumentenbände enthalten gleichzeitig wichtige Beschlüsse der Kommunistischen Internationale sowie eine Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den einzelnen Perioden der bürgerlich-demokratischen Tschechoslowakischen Republik. Ein weiteres Mittel, die Volksmassen mit der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung vertraut zu machen, war die Herausgabe eines Albums, das in anschaulicher Form in Wort und Bild den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse und die führende Rolle der KPČ schildert.

Eine Intensivierung der propagandistischen Tätigkeit sowie eine einheitliche Einschätzung der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung unseres Landes wurden dadurch gehemmt, daß noch kein Lehrbuch der Geschichte der KPČ vorlag. Im Jahre 1955 begann das Institut entsprechend einem Beschluß des Zentralkomitees, zusammen mit der Parteihochschule Thesen zur Parteigeschichte auszuarbeiten. Es wurde ein Kollektiv, bestehend

aus über hundert Historikern, Ökonomen und in jahrzehntelangen Kämpfen erprobten Genossen, geschaffen, das in zwölf verschiedenen Arbeitsgruppen die Thesen für je eine Periode der Parteigeschichte vorbereitete. Im Februar 1957 erschienen diese Thesen in erster Auflage unter dem Titel „Überblick über die Geschichte der KPČ“ (Přehled dějin komunistické strany Československa) im Umfang von 221 Seiten, und zwar als Diskussionsgrundlage für einen begrenzten Leserkreis. Die kritischen Bemerkungen, die von Teilnehmern theoretischer Konferenzen, wissenschaftlichen Institutionen sowie Propagandisten zu den Thesen gemacht wurden, fanden in der im Januar 1958 erschienenen verbesserten Neuauflage Berücksichtigung. Als provisorisches Lehrmittel spielten diese Thesen bei der Propagierung und Einschätzung der Parteigeschichte eine positive Rolle.

Im gleichen Jahr begann das Institut die Ausarbeitung eines Lehrbuches der Geschichte der Partei. Zu diesem Zweck wurde ein aus elf Mitgliedern bestehendes Autorenkollektiv gebildet. Jedes Mitglied wurde mit der Abfassung von ein oder zwei Kapiteln des Lehrbuches betraut. Dadurch, daß die vorgelegten Entwürfe der einzelnen Mitarbeiter dieses Kollektivs gemeinsam beraten und diskutiert wurden, hatte jedes Mitglied die Möglichkeit, an der Lösung und Formulierung sämtlicher Probleme des Lehrbuches unmittelbar teilzunehmen. Dank dieser Methode wurde einerseits eine einheitliche Konzeption und eine Koordinierung der einzelnen Perioden und Kapitel erzielt, gleichzeitig aber ermöglichten diese Diskussionen im Autorenkollektiv, eine Reihe theoretischer und ideologischer Probleme zu lösen, die von den einzelnen Autoren schwerlich hätten gelöst werden können. Vor allem kam es darauf an, die Periodisierung unserer Parteigeschichte sowie solche wichtigen Fragen zu klären wie die Bedeutung des Parteitages in Neudorfel im Jahre 1874, der zur Gründung einer einheitlichen revolutionären Partei der Arbeiterklasse auf dem Gebiet Österreichs führte, des Hainfelder Parteitags 1888/89 und der Massenbewegung der Arbeiterklasse und der Werktätigen im Jahre 1905, die sich unter dem Einfluß der ersten russischen bürgerlichen Revolution entfaltete. Es kam zur Klärung der Frage des Charakters des zweiten Weltkrieges, der Politik der Partei in den Jahren 1939 bis 1941, zu einer gründlicheren Erläuterung des Charakters der nationalen demokratischen Revolution im Jahre 1945 und zur Lösung einer Reihe weiterer schwieriger Probleme, die in den Thesen nur angedeutet, aber nicht geklärt wurden. Gegenüber den Thesen, die mit dem Jahre 1948 abschließen, besteht ein großer Fortschritt des vorbereiteten Lehrbuches auch darin, daß in ihm die Darstellung der Parteigeschichte bis zum Jahre 1960 erweitert wird und der neuesten Geschichte, also der Klärung der revolutionären Ereignisse nach 1945 relativ mehr Raum gewidmet wird als den vorhergehenden Perioden. Dank der systematischen Vorarbeiten war es bereits möglich, einen vervielfältigten Vorabdruck des Lehrbuches der Parteigeschichte herzustellen. Gegenwärtig werden die kritischen Bemerkungen und Vorschläge wissenschaftlicher Institutionen und Einzelpersonen zum Lehrbuchentwurf geprüft. Nach Beseitigung der Mängel und Schwächen wird die endgültige Redaktion durchgeführt, so daß das Lehrbuch anläßlich des 40. Jahrestages der Gründung der KPČ im Frühjahr 1961 erscheinen wird. Um das Lehrbuch der Geschichte der KPČ zu popularisieren, wird das Institut gleichzeitig eine Reihe populärwissenschaftlicher Arbeiten veröffentlichen. Daneben werden die Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Parteigeschichte fortgesetzt. Bereits heute wird die Ausarbeitung eines mehrbändigen Lehrbuches der Parteigeschichte erwogen.

Von großer Bedeutung für die Arbeit unserer Historiker, Philosophen, Ökonomen und aller Propagandisten ist die Herausgabe der Schriften der



Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus, der wirksamsten Waffen im Kampf für eine neue sozialistische Gesellschaft, durch das Institut für Parteigeschichte. Die Edition der Werke W. I. Lenins wurde zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution abgeschlossen. Seitdem hat das Institut eine Reihe thematisch gegliederter Sammelbände sowie einzelne Schriften W. I. Lenins und das neue Lehrbuch der Geschichte der KPdSU herausgegeben. Gegenwärtig wird die Übersetzung und Veröffentlichung der Biographie Lenins und der Dokumente und Resolutionen der III. Internationale (2 Bände) vorbereitet. Ferner sollen in Übersetzung „Die Geschichte des Bürgerkrieges in Rußland“ (5 Bände) und „Die Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges“ erscheinen.

Im Jahre 1958 wurde mit der Herausgabe der Sämtlichen Werke von Karl Marx und Friedrich Engels begonnen. Bisher liegen die ersten 8 Bände vor bzw. befinden sich im Druck. Es ist geplant, in Zukunft jährlich drei Bände herauszugeben, so daß diese Ausgabe im Jahre 1965 mit der Publikation von insgesamt 23 Bänden zuzüglich zwei oder drei Bänden, die den Briefwechsel von Marx und Engels enthalten, abgeschlossen sein wird. In den nächsten zwei bis drei Jahren ist ferner die Herausgabe folgender Schriften geplant: Marx/Engels/Lenin: Zur Geschichte der tschechoslowakischen Arbeiterbewegung (2 Bände), Karl Marx: Theorien über den Mehrwert (Bd. II und III), ein Sammelband mit militärpolitischen Aufsätzen von Friedrich Engels, ein Sammelband mit Dokumenten der I. Internationale sowie die Biographien von Karl Marx und Friedrich Engels.

Da die Arbeiterbewegung der Tschechoslowakei ein untrennbarer Bestandteil der internationalen Arbeiterbewegung ist, widmete sich das Institut für Parteigeschichte in verstärktem Maße der Geschichte der Arbeiterklasse unserer Nachbarländer, um aus ihren Kampferfahrungen Lehren für unsere Arbeit ziehen zu können. Von besonderer Bedeutung ist dabei der systematische wissenschaftliche und ideologische Kampf gegen den westdeutschen Revanchismus und insbesondere die Fälschungen der sogenannten Ostforschung, durch die der westdeutschen Öffentlichkeit ein chauvinistisches Zerrbild der historischen Entwicklung der Tschechoslowakei aufgedrängt wird.

Das Institut für Parteigeschichte ist auch in der Redaktionskommission vertreten, die von der V. Internationalen Konferenz der Institute und Kommissionen für Parteigeschichte im August-September 1959 in Bukarest mit der Ausarbeitung eines Lehrbuches der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung betraut wurde. Es wurden bereits Vorkehrungen getroffen, um die dem Institut anvertrauten Aufgaben zu erfüllen.

In den nächsten zwei bis drei Jahren werden von unseren Historikern, die bereits eine Reihe von Studien und Monographien zu wichtigen Problemen der Parteigeschichte unserer Arbeiterbewegung publiziert haben, weitere wissenschaftliche Monographien zur Drucklegung vorbereitet. Hierbei geht es vor allem um die Klärung von Fragen, über die bisher nur lückenhafte Kenntnisse vorhanden sind, wie beispielsweise die Entwicklung der nationalen Frage in der Tschechoslowakei, die Verwirklichung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, die Agrarfrage, die Bedeutung der Kommunistischen Internationale für den Aufbau und die Festigung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, die politische Entwicklung in der Periode des Kampfes für den Schutz der Republik (1935–1939) sowie der nationalrevolutionären Befreiungskampf des tschechischen und slowakischen Volkes während des zweiten Weltkrieges.

Die Publikationen des Instituts werden ergänzt durch die Zeitschrift „Beiträge zur Geschichte der KPC“ (Přspěvky k dějinám KSČ), von der bereits

3 Hefte erschienen sind, sowie durch eine Reihe von Sammelbänden, in denen — chronologisch gegliedert — Dokumente aus den Perioden 1844—1874, 1875—1889, 1890—1905, 1906—1917, 1921—1929, 1938—1945, 1945—1948 veröffentlicht wurden. Ferner sind Dokumentenbände über das Echo der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Ost- und Mitteleuropa, über den Kampf der Werktätigen gegen das Münchener Diktat und eine Sammlung der Schriften Bohumír Šmerals vorgesehen.

Anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung der KPČ plant das Institut im Jahre 1961 einen Sammelband herauszugeben, in dem wichtige Probleme der gegenwärtigen Arbeit und der historischen Entwicklung der Partei behandelt werden. Ferner sind ein Sammelband mit Erinnerungen von Parteiveteranen über die Gründung der Partei und ihren Kampf während der vormünchener Republik sowie eine Darstellung der Parteigeschichte in Bildern vorgesehen.

Da der Verlauf der Klassenkämpfe nicht nur im Zentrum des Landes entschieden wurde, vielmehr der Kampf der Werktätigen in den einzelnen Gebieten des Landes bei der Darstellung der Geschichte mitgewertet werden muß, organisierte das Institut für Parteigeschichte in allen Bezirken die Erforschung der Entwicklung der örtlichen und regionalen Parteiorganisationen. Vor allem geht es darum, den Verlauf und die historische Bedeutung wichtiger Klassenschlachten, Streiks, Lohnkämpfe oder Arbeitslosen-Aktionen, aber auch die Geschichte der großen Betriebe in den wichtigsten Industriezentren des Landes in Studien und Monographien zu untersuchen und zu popularisieren.

Ein weiteres, im Verhältnis zu seiner Wichtigkeit noch wenig ausgebautes Arbeitsgebiet ist die Sammlung, Auswertung und literarische Verarbeitung der Erinnerungen kampferprobter Parteiveteranen.

Alle Arbeiten, die mit der wissenschaftlichen Erforschung der Parteigeschichte und mit der Bearbeitung von Problemen der internationalen Arbeiterbewegung verbunden sind, werden durch die Abteilung für Parteigeschichte durchgeführt. Diese Abteilung organisiert auch wissenschaftliche Diskussionen und theoretische Konferenzen über wichtige Probleme der Geschichte der Partei und der revolutionären Arbeiterbewegung. Derartige Diskussionen ermöglichen nicht nur einen ausgedehnten Erfahrungsaustausch, sondern bilden durch die Konfrontierung der eigenen Schlußfolgerungen mit den Arbeitsergebnissen anderer Genossen und durch das Zusammenwirken junger Historiker mit Parteiveteranen zugleich eine wichtige Methode der marxistisch-leninistischen Erziehung.

Eine wichtige Rolle bei der Propagierung der revolutionären Traditionen des tschechischen und slowakischen Volkes sowie der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung spielen die durch das Institut für Parteigeschichte aufgebauten und verwalteten historischen Museen. Das Museum der revolutionären Klassenkämpfe der Völker der ČSR in Prag, das den Namen Klement Gottwalds trägt, sowie seine Zweigstelle in Brno vermitteln dem Besucher einen Überblick über die großen revolutionären Kämpfe der Volksmassen vom XV. Jahrhundert bis zum Sturz des Kapitalismus und machen ihn zugleich mit den Aufgaben und Errungenschaften des sozialistischen Aufbaus vertraut. Besonderer Sympathien erfreut sich unser ältestes historisches Museum, das Lenin-Museum, das im Jahre 1953 eröffnet wurde. Es ist dem Leben und Werk des größten revolutionären Kämpfers und Denkers unserer Epoche, des Genossen Lenin, gewidmet. Dieses Museum ist im ehemaligen „Volkshaus“, das seit Jahrzehnten ein Zentrum der tschechischen Arbeiterbewegung war, untergebracht. In einem der Säle des „Volkshauses“ fand unter Leitung des Genossen Lenin im Jahre 1912 die

historische VI. (Prager) Allrussische Konferenz der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands statt. Die Verknüpfung dieser beiden historischen Ereignisse symbolisiert die enge brüderliche Zusammenarbeit der tschechoslowakischen Arbeiterbewegung mit der revolutionären Arbeiterbewegung Rußlands, die schon lange vor der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bestand. Eine Zweigstelle des Lenin-Museums befindet sich in Bratislava. Im Jahre 1958 wurden die hier genannten historischen Museen von 347 019 Personen besucht. 134 440 Besuchern wurden 5227 Lektionen durch geschulte Lektoren vorgetragen. Die Museen organisieren außerdem zeitweilige Ausstellungen, populärwissenschaftliche Vorträge und Diskussionen zu aktuellen politischen Problemen und nehmen dadurch an der ideologischen Erziehungsarbeit der Partei in wachsendem Maße teil.

Das Archiv des Instituts sammelt und ordnet alle Dokumente und Materialien über die tschechoslowakische Arbeiterbewegung, sofern sie nicht betont lokalen Charakter haben. Gegenwärtig wird das gesamte Parteiarchiv rekonstruiert, wobei — beginnend mit der Periode der Gründung der Partei bis zur unmittelbaren Gegenwart — die vorhandenen Materialien systematisch ergänzt werden. Hierbei leisten uns die Bruderinstitute sowie andere Archive unserer Nachbarländer Hilfe. Gleichzeitig sammelt das Archiv Dokumente aus der Geschichte der Gewerkschaften, der Jugend- und Arbeiter-sportbewegung. Es bereitet die Veröffentlichung einzelner Dokumente bzw. — je nach dem Charakter und der Bedeutung der gefundenen Dokumente — einer Dokumentenreihe vor und sorgt für eine zweckmäßige Auswertung des Bildmaterials aus dem Foto-Archiv. Das Archiv des Instituts ist auch für die wissenschaftlich-methodische Anleitung aller Archive der KPČ in den Bezirken und Kreisen der Tschechoslowakei verantwortlich.

Die Bibliothek des Instituts, die über 250 000 Bücher und Broschüren verfügt, bietet in wachsendem Maße nicht nur den Mitarbeitern des Instituts, sondern einem größeren Kreis Parteipropagandisten, Historikern und anderen Wissenschaftlern, die sich mit Problemen der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung beschäftigen, Hilfe und Unterstützung. Sie verfügt neben einem Autoren-Katalog über einen systematischen Katalog, in dem die gesamte wichtigste Literatur auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften zusammengefaßt wird. Die Bibliothek arbeitet gegenwärtig an einem thematischen oder Stichwortkatalog sowie einem geographischen und chronologischen Katalog. Ihre nächste und wichtigste Aufgabe ist die Ausarbeitung einer Bibliographie zur Geschichte der Arbeiterbewegung und der KPČ, die allen Historikern, Propagandisten und Lektoren die Arbeit wesentlich erleichtern wird. Gemeinsam mit den Bibliotheken der Institute für Marxismus-Leninismus in Moskau und Berlin und der Institute für Parteigeschichte in den anderen volksdemokratischen Ländern wird eine Bibliographie zur Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung ausgearbeitet.

Um den ständig wachsenden Anforderungen an eine hohe Qualität der wissenschaftlichen Arbeit des Instituts für Parteigeschichte entsprechen zu können, wird der politischen und fachlichen Weiterbildung aller Mitarbeiter des Instituts größte Aufmerksamkeit geschenkt. Mitarbeitern, die bisher kein Fachstudium absolvieren konnten, wird jede erdenkliche Hilfe gewährt, um ihnen den Hochschulbesuch zu ermöglichen. Allen wissenschaftlichen Mitarbeitern des Instituts sind die Voraussetzungen geschaffen, durch Studium und Arbeit sich wissenschaftlich zu qualifizieren und auch wissenschaftliche Grade zu erlangen.

*Otto Falto*



## Die Widerstandsbewegung und die junge Generation

Dieses bedeutsame und höchst aktuelle Thema stand zum erstenmal im Mittelpunkt einer internationalen Historikertagung, die auf Initiative der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) Ende 1959 im Palazzo Ricardo-Medici in Florenz stattfand. An der Konferenz nahmen Delegationen aus Belgien, Bulgarien, Dänemark, der Deutschen Demokratischen Republik, der Deutschen Bundesrepublik, aus Frankreich, Griechenland, Israel, Italien, Jugoslawien, Österreich, Polen, Ungarn und der UdSSR teil. Die Eröffnungsansprache hielt Prof. *Ettore Tibaldi*, Vizepräsident der FIR und Vizepräsident des italienischen Senats. Er betonte die Notwendigkeit des internationalen Erfahrungsaustausches, um zu beraten, wie die Ideale und das Erbe der antifaschistischen Widerstandsbewegung der jungen Generation an den Schulen und Universitäten übermittelt werden können.

Das Einführungsreferat hielt Prof. *Roberto Battaglia*, Dozent für zeitgenössische Geschichte an der Universität Rom. Gestützt auf Dokumentationen und wertvolles Informationsmaterial gab er einen Überblick über die in den verschiedenen Ländern sehr unterschiedliche Behandlung der Geschichte der antifaschistischen Widerstandsbewegung und der Vermittlung ihrer Lehren. Diese Unterschiede weisen sowohl die Lehrpläne als auch die Lehrbücher zur Geschichte der Neuzeit auf. Im Gegensatz zu den sozialistischen Staaten, erklärte Prof. Battaglia, werden in den westlichen Ländern nur wenige Dissertationen und Studien über die Widerstandsbewegung geschrieben. Ausnahmen bilden im gewissen Sinne Italien und Frankreich, wo es eine außerordentlich reichhaltige *Fachliteratur* über die Geschichte der antifaschistischen Widerstandsbewegung gibt. So umfaßt die Widerstandsliteratur in Italien ungefähr 3000 Titel. Viele dieser Arbeiten wurden speziell für die Jugend geschrieben, jedoch spielen sie im offiziellen Unterricht nur eine geringe Rolle.

In seinen weiteren Ausführungen führte Prof. Battaglia Beispiele dafür an, wie durch den Revisionismus der Versuch unternommen wird, in der Geschichtsschreibung Wahrheit und Lüge zu vermischen, Unterdrücker und Unterdrückte, Freiheitskämpfer und Nazischergen gleichzusetzen. „Der Revisionismus macht manchmal (nicht immer) Hitler und Mussolini allein verantwortlich, die Diktatur errichtet und Eroberungskriege begonnen zu haben; doch diese Verurteilung, wenn sie überhaupt ausgesprochen wird, ist nur eine Äußerlichkeit, sie dient nur dazu, ‚alles übrige durchgehen zu lassen‘, auch das Entscheidendste, das faschistische Regime als Ganzes. Die ‚Schuld‘ wird der ‚persönlichen Geistesverwirrung‘ der beiden Diktatoren zugeschrieben, und es werden nicht die wahren wirtschaftlichen Kräfte genannt, die ihnen zur Macht verholfen haben, und vor allem nicht die Generale und faschistischen Würdenträger des zweiten Weltkrieges in Italien und Deutschland.“ Aus der Politik der halben Wahrheit wird so die Politik der wirklichen Lüge, erklärte Prof. Battaglia. „Unsere Erfahrungen sind zu ernst, sie haben uns eine zu

große Verpflichtung auferlegt, als daß sie das Licht der Wahrheit zu fürchten hätten. Um aber heute den Kampf gegen den Revisionismus der Geschichtsschreibung siegreich führen zu können (welche Formen er auch annehmen mag, die verfeinerten in der Kultur, die gröberen in den Lehrbüchern), gibt es nur einen Weg: den der absoluten kompromißlosen, historischen Wahrheit; ein Weg, den wir trotz aller Gefahren und Hindernisse, die uns erwarten, beschreiten müssen.“

Im folgenden wandte sich der Referent gegen die Auffassung, daß die Darstellung der furchtbaren Verbrechen des Hitlerfaschismus die Beziehungen der Völker untereinander stören könnte. „Nicht die Völker sind verantwortlich, sondern jene, die sie in Ketten legten, die die Ungeheuer des Nazismus aufkommen ließen . . . Durch den Kampf der Widerstandsbewegung ist der zweite Weltkrieg nicht nur ein Krieg zwischen feindlichen Staaten und Nationen gewesen, sondern auch — und hauptsächlich — ein erbarmungsloser Krieg zwischen Faschismus und Antifaschismus.“ Es war ein „unerbittlicher Kampf des fortschrittlichsten Teiles jedes Volkes gegen Nazismus und Faschismus und deren Komplizen im eigenen Lande . . .“ Nichts darf die Geschichtswissenschaftler davon abhalten, den jungen Menschen klarzumachen, daß der Widerstandskampf zugleich Bürgerkrieg war, widerlegt das doch die „Argumente“, daß die Darstellung der Verbrechen der Faschisten ihr Gewissen belasten und die Beziehungen der Völker zum deutschen und italienischen Volk stören könnte. „Man verletzt das Nationalbewußtsein der Völker“, erklärte Prof. Battaglia, „die als erste den Faschismus erdulden mußten und auch die ersten waren, die in den zwanzig Jahren zwischen beiden Kriegen sich gegen ihn auflehnten, viel eher durch Verschweigen dieser Verbrechen.“

Unsere Pflicht ist es, so schloß Prof. Battaglia, überall für eine demokratische Erziehung der jungen Generation einzutreten. Die Jugend, die überall den festen Willen zum Frieden hat und den Weg des menschlichen Fortschritts gehen will, hat ein Recht auf die Vermittlung der Lehren der antifaschistischen Widerstandsbewegung.

In der anschließenden Diskussion sprachen die Vertreter vieler Nationen über Probleme der Erziehung der Jugend ihrer Länder im Geiste des antifaschistischen Widerstandskampfes. *Milorad Panic-Surep* (Jugoslawien) machte interessante Ausführungen über „Die Widerstandsbewegung und die Erziehung der Jugend außerhalb der Schule“; Dr. *J. Rossaint* (Deutsche Bundesrepublik) schilderte die gegenwärtige Situation im Geschichtsunterricht über den Widerstandskampf und den Nationalsozialismus in der Deutschen Bundesrepublik; *Vilis Samson*, Unterrichtsminister der Lettischen Sowjetrepublik, sprach zum Thema „Der Geschichtsunterricht über die Widerstandsbewegung während des zweiten Weltkrieges in den Schulen und höheren Lehranstalten in der Lettischen Sowjetrepublik“.

Dr. *Franz Danimann* (Österreich) berichtete von der Teilnahme junger Katholiken, Sozialisten und Kommunisten am Kampf gegen den Neofaschismus. *Nikifor Gornenski* (Bulgarien), Prof. *Connino Pyromaglou* (Griechenland), *Sara Duschschitzky-Schner*, Direktor des Museums der Kämpfer des Warschauer Aufstandes, sowie die Repräsentanten der antifaschistischen Widerstandsbewegung aus anderen Ländern ergänzten den Einführungsbericht von Prof. Battaglia durch viele wertvolle Beispiele.

Dieser ersten internationalen Konferenz über die Vermittlung der Lehren des antifaschistischen Widerstandskampfes haftete jedoch noch der Mangel an, daß viele Beiträge sich auf Informationen über die Lehrpläne bzw. über

die Widerstandsliteratur in den verschiedenen Länder beschränkten und die von Prof. Battaglia aufgeworfenen Probleme nur teilweise in der Aussprache behandelt wurden. Das kann jedoch die große Bedeutung dieses ersten Erfahrungsaustausches zwischen Wissenschaftlern und Pädagogen, die größtenteils selbst aktiv am antifaschistischen Widerstandskampf teilgenommen haben, nicht herabmindern.

Prof. *Ada Marchesini Gobetti* (Italien) wies in ihrem Beitrag mit vollem Recht darauf hin, daß es sich bei der Vermittlung der Lehren der Widerstandsbewegung nicht nur um ein Problem der bloßen Geschichtskennntnis handelt, sondern auch um „eine Lebensanschauung“, um ein „grundlegendes Prinzip“ und daß es darum erforderlich sei, „die Jugend im Geist der Widerstandsbewegung zu erziehen, das heißt sowohl sie mit deren Ereignissen, Ergebnissen und Errungenschaften bekanntzumachen als auch vor allem, sie zu lehren, dem Leben ohne Angst gegenüberzutreten, zu arbeiten, mit anderen in brüderlich-solidarischen Wettbewerb zu treten, sich niemals mit den erreichten Ergebnissen zu begnügen, sondern unbeugsam und unermüdlich weiterzuschreiten auf dem Weg des Aufwärtstrebens, der Erneuerung, des Fortschritts“. Prof. Dr. *Walter Bartel* (DDR) betonte gleichfalls die große aktuelle Bedeutung und die geschichtsbildende Kraft der antifaschistischen Widerstandsbewegung. Er zeigte anhand vieler Beispiele, welche Bedeutung die Widerstandsbewegung im Geschichtsunterricht in der Deutschen Demokratischen Republik einnimmt und in welch hervorragender Weise die junge Generation das wertvolle Erbe der antifaschistischen Widerstandsbewegung bewahrt.

Es ist nur zu verständlich, daß die grundsätzlich verschiedene Darstellung und Behandlung des antifaschistischen Kampfes in der Deutschen Demokratischen Republik bzw. in der Deutschen Bundesrepublik sowohl im Einführungsbericht von Prof. Battaglia als auch in dem auf der Konferenz vorgelegten schriftlichen Informationsmaterial einen sehr breiten Raum einnahm. Während in der DDR die Ideen der antifaschistischen Widerstandsbewegung verwirklicht sind und ihre Lehren folgerichtig ein wesentlicher Bestandteil der Erziehung unserer jungen Generation zu bewußten und aktiv handelnden Staatsbürgern sind, geht in Westdeutschland die Rehabilitierung der alten faschistischen Kräfte mit der Verfälschung der jüngsten Geschichte durch reaktionäre Historiker Hand in Hand. Die leidenschaftliche Empörung der fortschrittlichen und demokratischen Kräfte und vor allem die machtvollen Kundgebungen der Jugend in Westdeutschland und in Westberlin gegen die faschistischen und antisemitischen Terrorakte sind jedoch ein sehr überzeugender Ausdruck dafür, daß das Modewort von der „unbewältigten Vergangenheit“ nicht mehr ausreicht, um die Menschen von den wahren Ursachen dieser sehr ernststen Entwicklung abzulenken.

Die auf der internationalen Konferenz in Florenz anwesenden westdeutschen Kollegen berichteten übereinstimmend, daß die Jugendlichen sehr nachdrücklich fordern, daß die „Vergangenheit bewältigt“ und die reaktionären verderblichen Kräfte aus ihren hohen Funktionen im Staatsapparat und in der Wirtschaft beseitigt werden. So forderten z. B. die Gewerkschaftsjugend, die Sozialistische Jugend Deutschlands, die Naturfreundejugend, die Jungsozialisten und der Sozialistische Studentenbund Deutschlands auf ihren Konferenzen im Mai vergangenen Jahres den aktiven Kampf gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik, gegen Militarismus, Revanchismus und Neofaschismus, für die Wiedervereinigung Deutschlands auf dem Wege



von Verhandlungen, für Kontakte mit der Jugend der Welt, insbesondere mit der Jugend der DDR und der sozialistischen Länder.

*Ursel Hochmuth* (Deutsche Bundesrepublik) unterrichtete die Teilnehmer der internationalen Konferenz über das Verlangen westdeutscher Jugendverbände, „das große Schweigen über die zwölf Jahre Hitlerdiktatur und über die Widerstandsbewegung zu beenden“. So heißt es z. B. in den Beschlüssen der Gewerkschaftsjugend: „Die politische Bildung der Jugend ist dahingehend zu verstärken, daß im Geschichtsunterricht aller Schulen die Zeit des Nationalsozialismus und ihre Folgen ausführlich behandelt werden. Für die Jugendlehrgänge des DGB und der Gewerkschaften, für die Jugendgruppen und Jugendgemeinschaften muß die Behandlung der jüngsten Vergangenheit eine Selbstverständlichkeit sein. Die junge Generation muß über die Gefahren, die der Demokratie drohen, aufgeklärt werden, um sie entschlossen bekämpfen zu können.“<sup>1</sup>

Als weiteren Beweis für die Forderungen der Jugend nach der historischen Wahrheit zitierte U. Hochmuth aus einem Artikel des evangelischen Jugendpfarrers Jürgen Schroer, in dem es hieß, daß es nicht genüge, die Jugend zum Abscheu vor den Untaten des nationalsozialistischen Regimes, wie z. B. der Judenvernichtung, zu erziehen, sondern auch die Aufgabe bestehe, ihr das Wesen des nazistischen Systems und seiner Ideologie darzulegen. Das sei vor allem deshalb notwendig, weil „die verhängnisvolle Blindheit von damals heute in dem selbstbetrügerischen Versuch weiterlebt, die Ideen des Nationalsozialismus von seiner Durchführung und seinen Folgen zu trennen“. Sie erklärte weiter, daß sich der Deutsche Bundesjugendring auf seiner 21. Vollversammlung (Oktober 1959) gegen alle Bestrebungen wandte, „die Vergangenheit endlich ruhen zu lassen“. Der DBJR vertrat die Auffassung, daß sich Schulen und Jugendverbände stärker als bisher mit der jüngsten Geschichte auseinandersetzen und die junge Generation sich zum deutschen Widerstand bekennen müssen. U. Hochmuth ergänzte diese wertvollen Informationen über die Stellung der verschiedenen westdeutschen Jugendverbände zur antifaschistischen Widerstandsbewegung noch durch Beispiele, die erkennen lassen, daß fortschrittliche Pädagogen und demokratische Historiker der Vermittlung der Lehren der antifaschistischen Widerstandsbewegung und des zweiten Weltkrieges gleichfalls ein wachsendes Interesse entgegenbringen. So nahmen an dem gemeinsam vom Sozialistischen Studentenbund und Funktionären der Falken, der Naturfreundejugend, der Gewerkschaftsjugend und der Jungsozialisten vorbereiteten und durchgeführten Kongreß „Für Demokratie — gegen Restauration und Militarismus“ neben den Vertretern der Arbeiterjugend Prof. Wolfgang Abendroth, Günther Weisenborn, Herbert Mochalski und andere Persönlichkeiten teil. „Es genügt nicht“, erklärte U. Hochmuth, „der Jugend die moralischen Werte des Widerstandes und Kenntnisse über das Wesen des Faschismus zu vermitteln, wenn nicht gleichzeitig alles unternommen wird, den alten Gefahren, die das Leben der jungen Generation heute aufs neue bedrohen, entschlossen entgegenzutreten“. Der Vertreter des leidgeprüften jüdischen Volkes, Dr. Landau (Israel), wies — wie auch andere ausländische Sprecher — auf die ernste Besorgnis der Völker angesichts der revanchistischen und chauvinistischen Bestrebungen des in Westdeutschland wiedererstandenen Militarismus hin und appellierte an die Verantwortung der Widerstandskämpfer gegenüber der jungen Generation, die die „Schrecken des Krieges

<sup>1</sup>Arbeiterjugend — Beschlüsse, Kleine Taschenbücherei für Jugendarbeit, Heft 1. Hrsg. vom Weltkreis Verlag Jugenheim a. d. B., S. 46/47.

nicht erlebt“ hat und nicht die „Barbarei des Nazismus“ kennt. „Aber sie sehen, daß Nazigenerale an der Spitze der deutschen Armee stehen“, führte er weiter aus, „daß die Nazis die höchsten Spitzen der Regierung einnehmen . . . , daß die SS-Organisationen weiter bestehen, und noch mehr, sie sehen, daß verschiedene Kräfte in der Welt diese Nazierben als ihre Alliierten betrachten.“ Auch Dr. Landau betonte, daß es darum nicht genüge, die junge Generation über die Verbrechen des Hitlerregimes aufzuklären und sie über die Widerstandsbewegung zu informieren, sondern daß es vor allem darauf ankäme, die Jugend im Geiste des Widerstandskampfes zu erziehen. Das Vorbild der antifaschistischen Widerstandskämpfer wird sie befähigen, „für sich und für die Menschheit ein glückliches und friedliches Leben zu erreichen“.

Diese einmütige Auffassung in allen grundlegenden Fragen kam auch in der einstimmig gebilligten Entschliebung der internationalen Konferenz zum Ausdruck. „Die Widerstandsbewegung kann nur dann in der Erinnerung der Völker bleiben“, heißt es darin u. a., „wenn ihre Ideale den jungen Menschen übermittelt und von ihnen täglich ins Leben der Gegenwart umgesetzt werden.“ Es wurde festgelegt, gegenseitige Dokumente und Forschungsergebnisse auszutauschen und dafür auch die von der FIR herausgegebenen „Internationalen Hefte der Widerstandsbewegung“ auszunutzen. Neben der stärkeren Einflußnahme auf den Geschichtsunterricht an den Schulen, Hochschulen und Universitäten wurde zur Propagierung der Geschichte des antifaschistischen Kampfes im eigenen Lande und in allen anderen Ländern u. a. vorgeschlagen, Treffen zwischen Widerstandskämpfern und Jugendlichen durchzuführen, Theater- und Kinobesuche zu organisieren und internationale Seminare von Leitern der Jugendorganisationen und Jugendlichen aller Länder vorzubereiten. Die Konferenz unterbreitete der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer den Wunsch, 1961 eine zweite internationale Konferenz mit dem Thema „Die Geschichte der Widerstandsbewegung und ihre Bedeutung“ in Warschau abzuhalten.

*Heinz Schumann*

## „Párttörténeti Közlemények“, die Zeitschrift für Geschichte der ungarischen Arbeiterbewegung, Jg. 1959

Fünf Jahre sind vergangen, seit die erste Nummer der „Párttörténeti Közlemények“ (Parteihistorische Mitteilungen) die Druckerei verließ. Mit dieser Zeitschrift traten die Erforscher und Propagandisten eines jungen, im Werden begriffenen Zweiges der historischen Wissenschaften erstmalig vor die Öffentlichkeit, um die Leserwelt über die ihr in der Vergangenheit wissentlich verschwiegenen oder verfälschten Ereignisse unserer Geschichte vom marxistischen Standpunkt zu informieren. Unsere Parteigeschichtsschreibung erstarkte in der Auseinandersetzung mit der bourgeoisen Geschichts-

auffassung und wurde zu einer wichtigen Waffe des ideologischen Kampfes in unserem den Sozialismus aufbauenden Lande. Den „Párttörténeti Közlémények“ erwachsen also nicht nur auf geschichtswissenschaftlichem Gebiet, sondern auch bei der gesamten Erziehungs- und Schulungsarbeit der Partei große Aufgaben. Diesen Aufgaben sucht unsere Zeitschrift durch die Veröffentlichung nicht nur von Studien, sondern auch von Mitteilungen, Erinnerungen, bedeutungsvollen Dokumenten aus der Geschichte der Arbeiterbewegung und Rezensionen sowie durch Berichte über die erzielten Forschungsergebnisse zur Entwicklung der ungarischen und der internationalen Arbeiterbewegung gerecht zu werden.

1959 feierte unser werktätiges Volk den 40. Jahrestag der Ausrufung der ersten Diktatur des ungarischen Proletariats, der Räterepublik. Dieser Jahrestag gab auch der Erforschung der Geschichte der Räterepublik großen Auftrieb. Eine ganze Reihe von Mitkämpfern und jungen marxistischen Historikern arbeitete und arbeitet auch heute noch an der Untersuchung dieses historischen Ereignisses. Im Mittelpunkt der ersten beiden Nummern des Jahrganges 1959 unserer Zeitschrift stehen daher Aufsätze, Studien und Berichte, die sich mit der Räterepublik beschäftigen. Der Leitartikel der im März 1959 erschienenen Nummer 1 würdigt die Bedeutung des Jahrestages, wobei er darauf hinweist, daß die Geschichte der Ungarischen Räterepublik sowohl für die ungarische wie für die internationale Arbeiterbewegung deswegen äußerst lehrreich ist, weil die wichtigsten Probleme der fünfeinhalb Monate währenden Diktatur des Proletariats mit den Grundfragen der neuesten ungarischen Geschichte und der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung eng zusammenhängen. Das gilt in besonderem Maße auch für die Agrarpolitik der Räterepublik.

In Nummer 1 und 2 des Jahrganges 1959 wurden mehrere Aufsätze über die Agrarpolitik der Räterepublik veröffentlicht. In einer Studie über „Einige Fragen des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern im Jahre 1919“ untersucht Universitätsadjunkt Vera Szemere, wie sich der politische Inhalt dieses Bündnisses entwickelte und progressiv veränderte, wobei auf die richtigen, teilweise aber auch fehlerhaften prinzipiellen Feststellungen der Ungarischen Partei der Kommunisten eingegangen wird. Rózsa Csonka, Professor an der Parteihochschule, analysiert unter dem Titel „Einige charakteristische Merkmale der Agrarpolitik der Ungarischen Räterepublik“ die Verordnungen des Regierenden Rates der Räterepublik. Beide Aufsätze tragen in hohem Maße zum Verständnis der Theorie und Praxis der Leninischen Agrarpolitik bei.

Zum 40. Jahrestag der Ausrufung der Räterepublik sind auch zahlreiche lokalgeschichtliche Arbeiten erschienen. Fast in jedem Komitat leisteten Historiker, Geschichtsprofessoren und Archivare eifrige Forschungsarbeit, um darstellen zu können, wie sich die Räterepublik in ihrer engeren Heimat ausgewirkt und widerspiegelt hat. Aus diesem Themenkreis veröffentlichte unsere Zeitschrift eine „Zur Geschichte der Diktatur des Proletariats im Komitat Hajdu im Jahre 1919“ betitelte Studie des Debrecener Archivars András Fehér. Diese Studie ist deswegen von Bedeutung, weil sie in umfassender Weise untersucht, wie das örtliche Machtorgan des Proletariats in einem vom Zentrum der Revolution weit entfernten, feindlichen militärischen Kräften unmittelbar benachbarten und von diesen ständig bedrohten Komitat die politischen und wirtschaftlichen Aufgaben und Ziele der proletarischen Revolution vertreten und verwirklicht hat, obwohl ihm zu ihrer Verwirklichung alles in allem nur ein Monat zur Verfügung stand — wurde es doch schon Ende April von den konterrevolutionären Armeen der rumänischen Bojaren unterdrückt.



Die Nummern 3 und 4 des Jahrganges 1959 erschienen, zu einem Doppelheft zusammengefaßt, im Herbst 1959. Der Inhalt dieser Doppelnummer ist äußerst vielfältig. Die Zeitschrift veröffentlicht die auf der V. (Bukarester) Internationalen Konferenz der Institute für Marxismus-Leninismus bzw. für Parteigeschichte angenommene Entschließung. Ferner bringt sie die vom Direktor des Parteihistorischen Instituts, Endre Kálmán, auf der Bukarester Konferenz gehaltene Diskussionsrede zu dem Tagesordnungspunkt „Die Aufgaben der Geschichtswissenschaft im Kampf gegen den modernen Revisionismus“.

Mit großem Interesse erwarteten die Forscher und Lehrer der Parteigeschichte die neue Ausgabe der „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion“. Im Hinblick auf die außerordentliche Bedeutung dieses Lehrbuchs und in Anbetracht dessen, daß die Übertragung in die ungarische Sprache eine gewisse Zeit erfordert, das Werk somit bisher noch nicht breiten Kreisen der Lehrer und Forscher zugänglich ist, bespricht der wissenschaftliche Mitarbeiter unseres Instituts Bálint Szabó das Lehrbuch in eingehender Weise, wobei er besonders alle jene Tatsachen und Probleme anführt, die die Kenntnis unserer Parteihistoriker um wertvolles neues Material bereichern. Über die Inhaltsbesprechung hinaus vermittelt dieser Aufsatz auch einen Einblick in den methodischen Aufbau des neuen sowjetischen Lehrbuchs der Parteigeschichte.

Die Geschichte der Ungarischen Partei der Kommunisten zur Zeit der Illegalität und der faschistischen Diktatur ist bisher von unseren Parteihistorikern nur in geringem Maße erforscht worden; ungenügend war bisher auch die Untersuchung einzelner Fragen unserer volksdemokratischen Entwicklung. In Nummer 3/4 waren wir bestrebt, bis zu einem gewissen Grade diesen Mangel durch die Veröffentlichung einiger in diesen Themenkreis gehörender Studien wettzumachen. Und im Plan unseres Redaktionskollegiums für das Jahr 1960 figurieren mehrere Studien und Mitteilungen, die sich auf die hier erwähnten Zeitabschnitte beziehen.

Mit der Horthy-Ära beschäftigen sich die Studie „Über einige Fragen der Bauernpolitik der UPK (1928–1929)“ des Universitätsadjunkten Kálmán Szakács sowie die Arbeit „Die Teilnahme ungarischer Antifaschisten an den Partisanenkämpfen in der Slowakei“ aus der Feder des Mitarbeiters unseres Instituts István Pintér. Die Arbeit Kálmán Szakács' ist ein Teil einer größeren Studie über die Bauernpolitik der UPK. Der Verfasser untersucht anhand überaus reicher, bisher unbekannter Materialien die Bauernpolitik der Partei in den der Weltwirtschaftskrise unmittelbar vorangehenden Jahren. Die Untersuchung dieser Frage ist von großer Wichtigkeit, da sie mit der Einschätzung der Strategie und Taktik der Partei eng zusammenhängt. Mit Rücksicht darauf, daß in diesem Themenkreis vor unseren Parteihistorikern noch viele strittige und ungeklärte Fragen stehen, ersuchte das Redaktionskollegium die Leser um Meinungsäußerungen und Diskussionsbeiträge zum Artikel Kálmán Szakács', damit wir durch den wissenschaftlichen Meinungsstreit der Lösung des Problems näherkommen.

Die volksdemokratische Ära behandelt der Aufsatz „Die Budapester Wahlen von 1945“ der wissenschaftlichen Mitarbeiterin Ágnes Ságvári. Die Verfasserin geht von der damaligen wirtschaftlichen und politischen Lage des Landes aus, verfolgt durch alle Phasen hindurch den Wahlablauf und faßt sodann die Lehren der Wahlen in bezug auf die historische Entwicklung Ungarns wie folgt zusammen: 1. Die Wahlen haben vor aller Welt bewiesen, daß die Kommunistische Partei unter den Budapester Arbeitern tief verwurzelt ist. 2. Die Arbeiterklasse hat während des zweiten Weltkrieges und

in der ihm folgenden Zeit bedeutsame Wandlungen durchgemacht. 3. Es ist eine historische Notwendigkeit, daß wir dem erfahrenen, über große materielle und geistige Kräfte verfügenden Feind die einheitliche Stärke der Arbeiterklasse entgegenstellen. 4. Die Arbeiterbewegung hat aus den Wahlen die historische Lehre zu ziehen, daß die Stärke des Feindes nicht unterschätzt werden darf. 5. Die Wahlen von 1945 haben die UPK veranlaßt, ihre Bündnispolitik zu untersuchen. Richtig zieht die Verfasserin den Schluß, daß die ungünstigen Wahlergebnisse von 1945 den Gang der revolutionären Entwicklung wohl für kurze Zeit gehemmt haben, daß aber ihre Lehren zu einer Quelle neuer Erfolge geworden sind.

Die „Párttörténeti Közlemények“ betrachteten es von Beginn an als ihre Aufgabe, sich auch mit Themen zu beschäftigen, die strenggenommen nicht zur Geschichte der Arbeiterbewegung gehören, jedoch mit der Entwicklung der ungarischen Arbeiterbewegung im Zusammenhang stehen. Derartige Probleme werden in den in der 1. Nummer veröffentlichten Studien „Die ‚christlich-soziale‘ Organisationstätigkeit in Ungarn 1903 bis 1919“ von József Galántai und „Die bürgerlich-,radikale‘ Ideologie und die Realität der ungarischen Klassenkämpfe“ von András Gedő behandelt.

Außer den Studien bringt jede Nummer unserer Zeitschrift Mitteilungen, Erinnerungen, Dokumentationen, Informationen und einen bibliographischen Überblick. Erinnerungen an die Ungarische Räterepublik wurden in den ersten zwei Nummern des Jahrgangs 1959 publiziert. Dabei handelt es sich teils um persönliche Erinnerungen von Veteranen der Räterepublik, teils um Rückerinnerungen von Zeitgenossen an hervorragende Führerpersönlichkeiten oder um später entstandene Aufzeichnungen über ein bedeutsames historisches Ereignis.

Unter den veröffentlichten Dokumenten ist besonders interessant und bedeutungsvoll die vom 17. März 1919 datierte Anklageschrift der Budapester Staatsanwaltschaft gegen Béla Kun und Genossen. Die Akte enthält den Strafantrag des Staatsanwalts gegen die von der bürgerlich-demokratischen Regierung verhafteten 86 Kommunisten. Der Wert dieses Dokuments besteht darin, daß es einen Eindruck der umfassenden Tätigkeit vermittelt, die die Mitglieder der jungen Kommunistischen Partei entwickelten, um die bürgerlich-demokratische Revolution in die proletarische Revolution hinüberzuleiten.

Durch die Veröffentlichung von Dokumenten gedachten wir auch des 40. Jahrestages der Gründung der Kommunistischen Internationale. Wir veröffentlichten einige in ungarischer Sprache bisher noch nicht erschienene Komintern-Dokumente und ein von den zum I. Kongreß der Komintern entsandten ungarischen Delegierten der Komintern überreichtes Promemoria.

Unsere bibliographische Übersicht ist durch das Streben gekennzeichnet, über die zur Parteigeschichte gehörenden Bücher und Zeitschriftenaufsätze sowie über die Tätigkeit der uns nahestehenden Fachzeitschriften zu berichten, diese Veröffentlichungen kritisch einzuschätzen und dadurch die Leser zu informieren. 1959 stand natürlich die Besprechung der sich mit der Geschichte der Räterepublik beschäftigenden Arbeiten im Mittelpunkt.

Die Informationen werden ergänzt durch bibliographische Mitteilungen über Neueingänge in der Bibliothek des Instituts für Parteigeschichte sowie durch eine Chronologie der wichtigsten Jahrestage in der Geschichte der Arbeiterbewegung.

Zum Schluß sei festgestellt, daß wir neben den Erfolgen auch die Mängel unserer Zeitschrift klar erkennen. Zur Unterstützung der Parteischulung und -propaganda ist es vor allem notwendig, daß wir Konsultationen über wichtige historische Ereignisse und theoretische Probleme der ungarischen

Arbeiterbewegung veröffentlichen. Ebenso dringend ist, den Anstoß zu einer breiten Diskussion über einzelne bisher noch ungelöste Fragen zu geben. Dieser Aufgabe konnten wir bisher noch nicht gerecht werden. Wir sind bestrebt, das Versäumte nachzuholen, das wissenschaftliche Niveau unserer Zeitschrift weiter zu heben und Arbeiten zu veröffentlichen, die für die Partei in ihrem Kampf eine noch größere Hilfe bedeuten, um auch dadurch unserem den Sozialismus aufbauenden Lande dienen zu können.

*Agnes Szabó*

## Eine neue Zeitschrift für die Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes

Angesichts der Notwendigkeit, eine empfindliche Lücke in der Erforschung und Darstellung der nationalen Widerstandsbewegung und des Freiheitskampfes der Völker gegen Krieg und Faschismus zu schließen, faßte der III. Kongreß der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR), der vom 20. bis 22. März 1959 in Wien tagte, den Beschluß, die „Internationalen Hefte der Widerstandsbewegung“ herauszugeben. Das erste Heft dieser neuen Zeitschrift liegt jetzt vor.<sup>1</sup>

Die Hefte erscheinen dreimal jährlich, sind jeweils einem bestimmten Thema gewidmet und in einen monographischen Teil, einen historischen Teil, einen Informations- und einen bibliographischen Teil gegliedert.

Das uns vorliegende Heft steht unter dem Thema: „Die Organisation und die Methoden des Studiums der Widerstandsbewegung“. Der Teil I – Studien über die Widerstandsbewegung – enthält Beiträge von polnischen, österreichischen, deutschen und jugoslawischen Historikern. Oberst Magister *Jan Zawojcki* behandelt in seinem Artikel „Forschungen über die polnische Widerstandsbewegung“ den Stand der Erforschung der polnischen Widerstandsbewegung im zweiten Weltkrieg. Neben der Übersicht über bisher erschienene polnische Publikationen und einer Aufzählung der verschiedenen Institutionen, die sich mit dieser Frage beschäftigen, ist die Einschätzung der verschiedenen Strömungen innerhalb der polnischen Widerstandsbewegung und des Kräfteverhältnisses zwischen den einzelnen Gruppierungen und ihrer Entwicklung für den Leser besonders wertvoll.

Dr. *Franz Danimann*, Wien, nimmt zu einigen Fragen der Darstellung der österreichischen Widerstandsbewegung und ihrer aktuellen Bedeutung Stellung, wobei er den großen erzieherischen Einfluß auf die Jugend hervorhebt.

Der Artikel des sowjetischen Historikers Dr. *Wsewolod Iwanowitsch Klokow* über „Die Geschichte des Widerstandskampfes der Völker der Sowjetunion gegen die Hitler-Aggressoren“ bringt neben einem Bericht über die Methodik der Erforschung des sowjetischen Widerstandskampfes wert-

<sup>1</sup> Internationale Hefte der Widerstandsbewegung. Zeitschrift für Geschichte, Nr. 1, November 1959. Verlag der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer, Wien II, Castellezgasse 35.



volle Informationen über meist wenig bekannte Publikationen zur Partisanenbewegung auf dem zeitweilig besetzten Territorium der Sowjetunion.

Prof. Dr. *Walter Bartel*, Berlin, gibt einen Überblick über die in der Deutschen Demokratischen Republik erschienenen Publikationen zur antifaschistischen Widerstandsbewegung und über den faschistischen Terror. Er berichtet über die guten Erfahrungen, die bei der Einbeziehung von Studenten und jungen Wissenschaftlern in die Forschungsarbeit gesammelt wurden, und würdigt die in gemeinsamer Arbeit von ehemaligen Widerstandskämpfern mit wissenschaftlichen Nachwuchskräften bereits erzielten Erfolge.

„Vom Studium der Geschichte des Befreiungskampfes der Völker Jugoslawiens“ berichtet *Edib Hasanagić*, Belgrad. Er betont die Vielseitigkeit sowohl der von jugoslawischen Historikern bisher geleisteten Arbeit als auch der bis jetzt veröffentlichten bzw. vorbereiteten Publikationen.

Teil II des Heftes — Historische Darstellungen — enthält einen Artikel von Prof. *Jean Hugonnot* über „Die Schlacht um das schwere Wasser und die Rolle Joliot-Curies“, der uns *Frédéric Joliot-Curie* als konsequenten antifaschistischen Widerstandskämpfer zeigt. Der Artikel von Professor *Emile Tersen* behandelt „Die Widerstandsbewegung im Kampf für die italienische Einheit“, während *Mogens I. A. Ryefeldt* einen chronologischen Abriß der Ereignisse vom 9. April 1940, dem Tage des faschistischen Überfalls auf Dänemark, gibt.

Bemerkenswert ist der im Teil III — Informationen — abgedruckte Artikel von Prof. *Wolfgang Abendroth* über Forschungen zur Widerstandsbewegung in der Bundesrepublik. Der Autor zieht mit Recht Parallelen zwischen dem in der offiziellen westdeutschen Geschichtsschreibung offenkundigen Bestreben, den 20. Juli 1944 als einzige konsequente Widerstandsaktion auszugeben und die kommunistischen Widerstandsgruppen als „Landesverräter“ zu bezeichnen, mit dem verstärkten faschistischen Restaurationsprozeß in Westdeutschland. Prof. Abendroth wendet sich entschieden gegen derartige Geschichtsfälschungen, die mit den Methoden des kalten Krieges den heroischen Kampf kommunistischer und sozialdemokratischer Arbeiter gegen das faschistische System diffamieren.

Im bibliographischen Teil wird über Neuerscheinungen in verschiedenen Ländern zu Fragen des Widerstandskampfes und der Hitlerdiktatur berichtet.

Die in Vorbereitung befindliche zweite Nummer der „Internationalen Hefte der Widerstandsbewegung“ wird dem Thema „Die Widerstandsbewegung und die junge Generation“ gewidmet sein. Als nächste Themen sind „Der internationale Charakter und die tatsächliche Einheit der europäischen Widerstandsbewegung“ und „Die Dichtkunst und die Widerstandsbewegung“ vorgesehen.

Mit der Herausgabe der „Internationalen Hefte“ trägt die FIR in begrüßenswerter Weise dazu bei, die progressiven Kräfte im internationalen und nationalen Kampf gegen den westdeutschen Militarismus und Imperialismus zu unterstützen. Die Zeitschrift wird dazu beitragen, die historische Wahrheit über den heldenhaften Freiheitskampf der Völker gegen den Faschismus zu verbreiten, und wird, wie es in den Schlußfolgerungen der Geschichtskommission auf dem III. Kongreß der FIR heißt, „auch eine Aussprache zwischen den Historikern der Widerstandsbewegung aller Länder, unabhängig ihrer ideologischen Überzeugung, im Interesse der Entspannung und des Friedens, ermöglichen.“<sup>2</sup>

Heinz Kühnrich

<sup>2</sup> Der Widerstandskämpfer. Internationale Zeitschrift der Widerstandsbewegung, 1959, Heft 4/5, S. 47.

## Kritik und Bibliographie

W. I. Lenin: *Werke*. Ins Deutsche übertragen nach der 4. russ. Ausgabe. Besorgt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Bd. 21, August 1914 bis Dezember 1915, Dietz Verlag, Berlin 1960.

Der in diesen Wochen erscheinende Band 21 der Werke Wladimir Iljitsch Lenins enthält Arbeiten, die in der Zeit von August 1914 bis Dezember 1915 geschrieben wurden, also in den ersten eineinhalb Jahren des ersten imperialistischen Weltkrieges. In diesen Arbeiten gibt Lenin eine marxistische Analyse des Verhaltens der sozialdemokratischen Parteien der II. Internationale im imperialistischen Krieg und ihrer Taktik und beschäftigt sich mit der Entwicklung der linken Kräfte in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung sowie mit der ideologischen und organisatorischen Vorbereitung der III. Internationale.

Bei Ausbruch des ersten Weltkrieges lebte Lenin in Österreich-Ungarn in der Ortschaft Poronin, unweit der russischen Grenze, um mit seinen in Rußland kämpfenden Genossen möglichst eng verbunden zu sein. Bereits am 8. August 1914 wurde Lenin von den österreichischen Behörden verhaftet, am 19. August wieder freigelassen. Am 26. August erhielt er die Erlaubnis, in die Schweiz abzureisen. Am 5. September traf er in Bern ein, und buchstäblich am Tage nach seiner Ankunft stürzte sich Lenin in den Kampf, hielt er sein erstes Referat über den Krieg.

Der imperialistische Weltkrieg offenbarte anschaulich den Zusammenbruch der II. Internationale, der sich im „himmelschreienden Verrat“

(S. 199<sup>1</sup>) der sozialdemokratischen Führer an den Prinzipien des revolutionären Marxismus und in ihrem Überlaufen auf die Seite der imperialistischen Bourgeoisie und ihrer Regierungen ausdrückte. Lenin prägte für sie die Bezeichnung „Sozialchauvinisten“ (S. 88). Es war eine unvorstellbar schwere Aufgabe, die sich Lenin stellte, mit einer kleinen Zahl von Gefährten den Kampf gegen die Verräter und Versöhnler, die unter dem Schutz der Staatsgewalten standen, aufzunehmen und zum Sieg zu führen.

Die Arbeiten Lenins aus dieser Periode entlarvten die Verfälschung des imperialistischen Charakters des ersten Weltkrieges durch die II. Internationale, deckten die Ursachen des Zusammenbruchs der II. Internationale auf und legten den historischen Zusammenhang von Sozialchauvinismus und Opportunismus dar. Sie entwickelten wichtige Probleme der bolschewistischen Taktik in den Fragen des Krieges, des Friedens und der Revolution weiter und halfen, die linken Elemente in der internationalen Arbeiterbewegung auf marxistischer, revolutionärer Basis zu vereinigen.

In marxistischer Prinzipientreue und mit revolutionärer Kühnheit analysierte Lenin angesichts der Welle der chauvinistischen Kriegspropaganda und der schamlosen reformistischen Demagogie die Kriegsursachen und -ziele, charakterisierte den Krieg als einen imperialistischen Krieg und entrollte das Banner des kompromißlosen Kampfes gegen den Krieg. Nicht

<sup>1</sup> Alle Seitenangaben ohne nähere Bezeichnung beziehen sich auf W. I. Lenin: *Werke*, Bd. 21, Dietz Verlag, Berlin 1960.

nur ausnahmslos die bürgerlichen Politiker, sondern auch die bedeutendsten Autoritäten der II. Internationale und fast alle ihre Parteien stellten sich auf die Seite ihrer Bourgeoisie, entstellten den wahren Charakter des Krieges und halfen, die Arbeiter und Bauern der kriegführenden Länder unter der Losung der „Vaterlandsverteidigung“ zur Schlachtbank zu jagen.

Lenin hingegen stellte bereits in der ersten Beratung einer Gruppe von Bolschewiki in Bern (6. — 8. September 1914) fest: „Der Europa und die ganze Welt erfassende Krieg trägt den klar ausgeprägten Charakter eines bürgerlichen, imperialistischen, dynastischen Krieges. Kampf um die Märkte und Raub fremder Länder, das Bestreben, die revolutionäre Bewegung des Proletariats und der Demokratie im Innern der Länder zu unterbinden, das Bestreben, die Proletarier aller Länder zu über-tölpeln, zu entzweien und abzuschlachten, indem man im Interesse der Bourgeoisie die Lohnsklaven der einen Nation gegen die Lohnsklaven der anderen Nation hetzt — das ist der einzige reale Inhalt, die einzige reale Bedeutung des Krieges“ (S. 1).

Lenin zerstörte die „bürgerlichen und chauvinistischen Sophismen, mit deren Hilfe die bürgerlichen Parteien und Regierungen der beiden wichtigsten miteinander rivalisierenden Nationen des Kontinents — der deutschen und der französischen — die Massen ganz besonders zum Narren halten und die von den sklavisch hinter der Bourgeoisie einhertrötenden sozialistischen Opportunisten, den offenen wie den verkappten, nachgeplappert werden“ (S. 3).

Immer wieder betonte Lenin: „Alle Großmächte führen den Krieg um die Ausplünderung, um die Aufteilung der Welt, um die Märkte, um die Unterjochung der Völker“ (S. 471). Das hinderte Lenin jedoch nicht, die besondere Raubgier und Aggressivität des deutschen Imperia-

lismus nicht nur hervorzuheben, sondern auch deren Wurzeln aufzudecken. Die ökonomische Wurzel des „bürgerlichen Imperialismus Deutschlands“ war der Umstand, daß es „sich im 20. Jahrhundert ökonomisch rascher entwickelt hat als die übrigen europäischen Länder und... bei der Aufteilung der Kolonien besonders ‚benachteiligt‘ worden ist“ (S. 366/367). Seine Politik war die eines „jüngeren und kräftigeren Räubers“, der sich daran macht, „die älteren, sattgefressenen Räuber auszu-plündern“ (S. 304). Den imperialistischen Charakter des Krieges klar zu erkennen, ist — das betonte Lenin immer wieder — die erste Vorbedingung für eine wahrhaft revolutionäre Strategie und Taktik des klassenbewußten Proletariats.

Für die Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung ist Lenins Untersuchung über den Zusammenhang von Sozialchauvinismus und Opportunismus in der II. Internationale von ausschlaggebender Bedeutung. Mehrere Arbeiten — vor allem „Der Krieg und die russische Sozialdemokratie“, „Die russischen Südekums“, „Unter fremder Flagge“, „Der Zusammenbruch der II. Internationale“ — sind diesem Problem gewidmet.

Bei Ausbruch des Krieges 1914 wurde die Welt Zeuge des empörenden Schauspiels, wie die offiziellen Parteien und Führer der II. Internationale allen feierlichen Beteuerungen zum Trotz an der Seite ihrer Bourgeoisie für den imperialistischen Krieg eintraten. Sie begründeten ihren Verrat mit Phrasen von der „Verteidigung des Vaterlandes“ und beriefen sich dabei sogar auf Marx, Engels und Lassalle. Lenin charakterisierte in seinen ersten Thesen dieses Überlaufen als „direkten Verrat am Sozialismus“ (S. 2). Er geißelte die offene chauvinistische Politik der deutschen und österreichischen sozialdemokratischen Führer, den Eintritt der französischen Sozialisten Guesde und Thomas und des Belgiers Van-



dervelde in bürgerliche Kabinette wie auch die chauvinistische Politik Plechanows und Petressows in Rußland und anderer sozialdemokratischer Führer.

Der Leser findet in Band 21 verichtende Kritiken der Hauptwerke des internationalen Chauvinismus: der Broschüre Plechanows „Über den Krieg“, in der „die Dialektik restlos durch Sophistik ersetzt“ ist (S. 106); des Buches Eduard Davids über „Die Sozialdemokratie im Weltkrieg“, den Lenin als „Advokat einer liberalen Arbeiterpolitik“ brandmarkte (S. 269); der Schrift des italienischen Opportunisten T. Barboni „Internationalismus oder Nationalismus der Klasse?“, geschrieben „in der infamen Absicht“, den „Übergang auf die Seite der imperialistischen Bourgeoisie... zu verhüllen“ (S. 366); des Vortrages des deutschen Gewerkschaftsführers Carl Legien unter dem Titel „Warum müssen die Gewerkschaftsfunktionäre sich mehr am inneren Parteileben beteiligen?“, die Rede eines „treuen Kettenhundes der Bourgeoisie“ (S. 248).

Eine noch gefährlichere Rolle spielen im Krieg die Zentristen, maschierte Sozialchauvinisten, die ihre nicht minder arbeiterfeindliche Haltung durch linke Phrasen verdeckten. An ihrer Spitze stand Kautsky, der bekannteste Theoretiker der II. Internationale, unterstützt von Ledebour und Hilferding in Deutschland, Viktor Adler und Otto Bauer in Österreich, Martow und Trotzki in Rußland u. a. Eine erschöpfende Charakteristik des Zentrismus gab Lenin in seiner Arbeit „Der Zusammenbruch der II. Internationale“: „Der offene Opportunismus, der die Arbeitermassen sofort von sich abstößt, ist nicht so gefährlich und so schädlich wie diese Theorie der goldenen Mitte, die mit marxistischen Schlagworten die opportunistische Praxis zu rechtfertigen und mit einer Reihe Sophismen das Unzeitgemäße revolutionärer Aktionen usw. nachzuwei-

sen sucht“ (S. 253). Kautsky wird dabei als „erstklassiger Heuchler und als Virtuose in der Prostituirung des Marxismus“ gekennzeichnet (ebenda).

Ein Musterbeispiel für die Anwendung des historischen Materialismus ist die Art, wie Lenin die Wurzeln des Sozialchauvinismus in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung aufdeckte. Die Versuche, die verräterische Rolle des Sozialchauvinismus zu verschleiern, liefen in zwei Richtungen: Einerseits wurde versucht, ihn als berechtigtes Ergebnis der bisherigen Taktik der II. Internationale und ihrer Entwicklung darzustellen und auf diese Weise zu leugnen, „daß die wichtigsten sozialistischen Parteien Europas an allen ihren Überzeugungen und Aufgaben Verrat geübt haben“ (S. 200).

Lenin kritisiert diese Versuche — in Sonderheit Plechanows Theorie vom „Anstifter“ — auf das schärfste und kennzeichnet sie als „grob chauvinistisch“ (S. 213). Der „raffiniertere, versöhnlich-süße Chauvinismus Kautskys“, der den Verrat der sozialistischen Führer mit folgender Theorie verteidigte: „Alle haben das gleiche Recht oder die gleiche Pflicht, ihr Vaterland zu verteidigen“, wird als eine „grenzenlose vulgäre Verhöhnung des Sozialismus“ entlarvt (ebenda).

Die zweite Variante bei der Verteidigung des Sozialchauvinismus bestand darin, ihn auf ein persönliches Versagen der Führer der II. Internationale zurückzuführen. Auf diese Weise wurde versucht, unter dem Zusammenbruch der II. Internationale bloß „die formale Seite der Sache, die Unterbrechung der internationalen Verbindung zwischen den sozialistischen Parteien“ zu verstehen (S. 199) und damit diesen Zusammenbruch faktisch „zu verschweigen oder mit diplomatischen Phrasen zu bemänteln“ (S. 17). Demgegenüber sah Lenin seine Auf-

gabe darin, „diesen Zusammenbruch . . . offen zugeben und seine Ursachen zu begreifen“ (S. 18). „Es wäre unsinnig, unwissenschaftlich und lächerlich, alles auf *Personen* zurückzuführen“, schrieb Lenin (S. 451) und wies nach, daß die *ideologischen* Wurzeln des Sozialchauvinismus im Opportunismus lagen, der sich bereits vor dem ersten Weltkrieg in der II. Internationale breit gemacht hatte. Lenin gibt wichtige Hinweise für die Geschichte des Opportunismus: „Zwei Hauptrichtungen sehen wir während der ganzen Epoche von 1889—1914 im Sozialismus: die opportunistische und die revolutionäre“ (S. 452). „Schon seit etwa fünfzehn Jahren, seit der berühmten ‚Bernsteiniade‘ in Deutschland — in vielen Ländern auch schon früher — steht das Problem dieses opportunistischen *fremden* Elements in den proletarischen Parteien auf der Tagesordnung“ (S. 98). „Der Sozialchauvinismus ist die direkte Weiterführung und Vollendung des Millerandismus, des Bernsteinianertums, der englischen liberalen Arbeiterpolitik, er ist ihre Summe, ihr Fazit, ihr Resultat“ (S. 451/452).

Lenin deckte aber auch die *ökonomische* Wurzel des Opportunismus und damit des Sozialchauvinismus auf: „Bestimmte Schichten der Arbeiterklasse (die Bürokratie in der Arbeiterbewegung und die Arbeiteraristokratie, für die ein kleiner Teil der Profite aus der Ausbeutung der Kolonien und aus der privilegierten Lage ihres ‚Vaterlands‘ auf dem Weltmarkt abfiel) sowie die kleinbürgerlichen Mitläufer innerhalb der sozialistischen Parteien waren die soziale Hauptstütze dieser Tendenzen“ (S. 151). Die Kolonialherrschaft bedeutete ökonomisch „eine Summe von bestimmten Extraprofiten und von besonderen Privilegien für die Bourgeoisie, sodann aber auch zweifellos die Möglichkeit, Brocken von diesem ‚gedeckten Tisch‘ zu erhalten für eine kleine Minderheit von

Kleinbürgern, ferner für wohl situierte Angestellte und Beamte der Arbeiterbewegung u. dgl. m. Daß es eine solche ‚Nutznießung‘ von Brocken der aus den Kolonien, aus den Privilegien entspringenden Vorteile durch eine verschwindend geringe Minderheit der Arbeiterklasse beispielsweise in England gab, ist eine unbestrittene Tatsache, die schon Marx und Engels festgestellt und aufgezeigt hatten.“ Das „wurde zur allgemeinen Erscheinung für alle großen kapitalistischen Länder Europas“ (S. 141 f.). „Die privilegierte Stellung einer ‚Oberschicht‘ von Kleinbürgern oder der Aristokratie (und Bürokratie) der Arbeiterklasse . . . das ist die ökonomische Grundlage des Sozialimperialismus unserer Tage“ (S. 238).

Aus der Analyse des Sozialchauvinismus und des Bankrotts der II. Internationale ergab sich als praktische Schlußfolgerung der Kampf um die Organisierung der neuen, der III. Internationale. Lenins Arbeiten im Band 21 sind eine Art Dokumentensammlung zur Vorgeschichte der Kommunistischen Internationale.

Bereits in den ersten Thesen Lenins zum Krieg heißt es: „Aufgabe der künftigen Internationale muß es sein, sich dieser bürgerlichen Richtung im Sozialismus unwiderruflich und entschieden zu entledigen“ (S. 3), und in dem von Lenin geschriebenen ersten Aufruf des ZK der SDAPR nach Kriegsbeginn heißt es: „Man kann gegenwärtig . . . den wahren internationalen Zusammenschluß der Arbeiter nicht verwirklichen, ohne mit dem Opportunismus entschieden zu brechen . . . Die proletarische Internationale ist nicht untergegangen und wird nicht untergehen. Die Arbeitermassen werden trotz aller Hindernisse eine neue Internationale schaffen. . . . Es lebe die vom Opportunismus befreite proletarische Internationale!“ (S. 19 ff.).

Lenin gab in diesem Zusammenhang eine Einschätzung der Tätigkeit der II. Internationale, die gleichfalls

zum Rüstzeug der marxistischen Geschichtsforschung geworden ist. Er schrieb: „Die II. Internationale hat ihr Teil an nützlicher Vorarbeit geleistet, um die proletarischen Massen zunächst während der langen ‚friedlichen‘ Periode härtester kapitalistischer Sklaverei und raschesten kapitalistischen Fortschritts im letzten Drittel des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts zu organisieren. Der III. Internationale steht die Aufgabe bevor, die Kräfte des Proletariats zum revolutionären Ansturm gegen die kapitalistischen Regierungen zu organisieren, zum Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie aller Länder für die politische Macht, für den Sieg des Sozialismus!“ (S. 28).

Immer wieder wies Lenin die Internationale Arbeiterklasse darauf hin, daß nur die Befreiung von den Opportunisten die bolschewistische Partei befähigt hatte, dem Internationalismus treu zu bleiben: „Die illegale Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands erfüllte ihre Pflicht vor der Internationale. Die Fahne des Internationalismus wankte nicht in ihrer Hand. Unsere Partei hat längst den organisatorischen Bruch mit den opportunistischen Gruppen und Elementen vollzogen. Der Opportunismus und der ‚Legalismus um jeden Preis‘ hing unserer Partei nicht wie ein Bleigewicht an den Füßen. Und dieser Umstand half ihr, die revolutionäre Pflicht zu erfüllen ...“ (S. 321).

Daß es sich hierbei um einen gesetzmäßigen Vorgang handelte, konnte Lenin auch am Beispiel der anfänglichen Haltung der italienischen Sozialistischen Partei erläutern. „In Italien“, schrieb er, „war die Partei eine Ausnahme für die Epoche der II. Internationale: Die Opportunisten mit Bissolati an der Spitze wurden aus der Partei entfernt. In der Krise erwiesen sich die Resultate als *ausgezeichnet*“ (S. 100). Lenin machte sich zwar keine Illusionen über die Tandhaftigkeit der italienischen so-

zialistischen Führer, hob aber hervor, daß ihre Haltung „eine glückliche Ausnahme“ war, und verlangte: „Was für die II. Internationale eine glückliche Ausnahme war, muß und *wird* für die III. Internationale zur Regel werden“ (ebenda).

Lenins Kampf für die Säuberung der sozialistischen Parteien von den Opportunisten blieb jedoch lange Zeit ohne Widerhall bei den Linken in der II. Internationale. Sie waren — teilweise auch wegen falscher theoretischer Auffassungen in der Organisationsfrage — zunächst nicht bereit, mit den Opportunisten offen zu brechen. Lenin, der sich mit den Fehlern der Linken immer mit aller Konsequenz auseinandersetzte — z. B. in der Arbeit „Das revolutionäre Proletariat und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ — benutzte jede Gelegenheit, um durch kameradschaftliche Kritik die Linken zum Bruch mit den Opportunisten hinzuführen. Unermüdlich erläuterte er ihnen, daß erst durch diesen Bruch die wirkliche Einheit der revolutionären Kräfte hergestellt werden könne.

Es genüge nicht, nur zu „tadeln“, sondern es sei unbedingt notwendig, „Sturm zu läuten, diese Parasitenschicht schonungslos zu entlarven, zu stürzen, ihrer Posten zu entheben“, ihre ‚Einheit‘ mit der Arbeiterbewegung zu zerschlagen, denn eine solche ‚Einheit‘ bedeutet in Wirklichkeit Einheit des Proletariats mit der nationalen Bourgeoisie und *Spaltung* des internationalen Proletariats, Einheit der Lakaien und Spaltung der Revolutionäre“ (S. 359/360).

Die Erfahrungen des ersten imperialistischen Weltkrieges halfen den Linken allmählich, Lenins Auffassung zu verstehen und sich zu eigen zu machen. Sogar auf der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Bern, die auf Initiative der Frauenorganisationen beim Zentralkomitee der SDAPR und unter Teilnahme Clara Zetkins vom



26. bis 28. März 1915 stattfand, standen die bolschewistischen Delegierten allein. Lenin, der die bolschewistische Delegation persönlich leitete, deckte in seinem Artikel „Über den Kampf gegen den Sozialchauvinismus“ das *Wesen* der Meinungsverschiedenheiten auf: „Es gibt nichts Schädlicheres und Verhängnisvolleres für die proletarische Sache als die Weiterführung der innerparteilichen *Diplomatie* gegenüber den Opportunisten und Sozialchauvinisten. ... Es galt, von der internationalen Tribüne den unwiderruflichen Bruch mit dem Sozialchauvinismus in der ganzen Richtung, im ganzen Charakter der sozialdemokratischen Arbeit zu verkünden; statt dessen aber wiederholte die Resolution der Mehrheit noch einmal den alten Fehler, den Fehler der II. Internationale, die den Opportunismus und das Auseinanderklaffen von Wort und Tat diplomatisch zu verhüllen pflegte. Wir wiederholen: *Diesen Weg werden wir nicht gehen*“ (S. 193 u. 194). Aber bereits auf der Zimmerwalder Konferenz, an der 38 Delegierte von 11 europäischen Ländern teilnahmen, hatte sich die Lage geändert, wie in Lenins Arbeiten über diese Konferenz — „Ein erster Schritt“ und „Die revolutionären Marxisten auf der Internationalen Sozialistischen Konferenz vom 5. — 8. September 1915“ — festgestellt wird. Dort gelang es Lenin und den Bolschewiki bereits, eine linke Gruppe um sich zu scharen, die „Zimmerwalder Linke“. „Der Zusammenschluß der genannten Gruppe ist eine der wichtigsten Tatsachen und einer der größten Erfolge der Konferenz“, stellte Lenin fest (S. 396). Mit Stolz konnte er darauf hinweisen, daß die bolschewistische Partei die ideologische Führung der Linken übernommen hatte. „Nach einem ganzen Kriegsjahr erwies sich die von unserer Partei vertretene Richtung als die *einzigste* in der Internationale, die mit einer völlig eindeutigen Resolution — wie auch mit

einem darauf fußenden Entwurf eines Manifestes — hervorgetreten ist und die konsequenten Marxisten Rußlands, Polens, Lettlands, Deutschlands, Schwedens, Norwegens, der Schweiz und Hollands um sich vereinigt hat“ (ebenda).

Die Zimmerwalder Linke wurde zur Keimzelle der neuen, der III. Internationale, wenn es auch viele Jahre harter Arbeit und Erfahrungen der Massen bedurfte, bis sie gegründet werden konnte.

Für den historisch interessierten Leser sind ferner auch die prinzipiellen Gedanken Lenins zur Frage einer wissenschaftlichen Periodisierung der Geschichte von ungewöhnlichem Interesse. Diese Gedanken finden sich besonders in seiner Arbeit „Unter fremder Flagge“, einem Aufsatz, der von der Redaktion des Verlags, in dem er erschien, aus Zensurgründen verschiedenen Änderungen unterzogen wurde. Insbesondere wurde der Ausdruck „Sozialdemokratie“ stets durch „moderne Demokratie“ und das Wort „Revolution“ durch „Erschütterung“ ersetzt. Lenin verlangt in dieser Arbeit die Analyse der „objektiven Bedingungen des Übergangs von der einen Epoche zur anderen“. „Es ist von großen geschichtlichen Epochen die Rede; in jeder Epoche gibt es wie bisher so auch künftig einzelne Teilbewegungen bald vorwärts, bald rückwärts, gibt es wie bisher so auch künftig verschiedene Abweichungen vom Durchschnittstypus und vom Durchschnittstempo der Bewegungen. Wir können nicht wissen, mit welcher Schnelligkeit und mit welchem Erfolg sich einzelne geschichtliche Bewegungen der jeweiligen Epoche entwickeln werden. Wir können aber wissen und wissen tatsächlich, *welche Klasse im Mittelpunkt dieser oder jener Epoche steht und ihren wesentlichen Inhalt, die Hauptrichtung ihrer Entwicklung, die wichtigsten Besonderheiten der geschichtlichen Situ-*

ation in der jeweiligen Epoche usw. bestimmt. Nur auf dieser Grundlage, d. h., wenn wir in erster Linie die grundlegenden Unterscheidungsmerkmale verschiedener „Epochen“ (nicht aber einzelner Episoden in der Geschichte einzelner Länder) in Betracht ziehen, können wir unsere Taktik richtig aufbauen; und nur die Kenntnis der Grundzüge einer bestimmten Epoche kann als Basis für die Beurteilung der mehr ins einzelne gehenden Besonderheiten dieses oder jenes Landes dienen“ (S. 134).

Indem Lenin diese theoretischen Prinzipien in der Praxis anwandte, kam er zu folgender Periodisierung der neuesten Geschichte in drei Epochen: „Die erste Epoche, von der großen französischen Revolution bis zum deutsch-französischen Krieg, ist die Epoche des Aufstiegs und des vollen Sieges der Bourgeoisie. Es ist dies die aufsteigende Linie der Bourgeoisie, die Epoche der bürgerlich-demokratischen Bewegungen im allgemeinen und der bürgerlich-nationalen im besonderen, die Epoche, in der die überlebten feudal-absolutistischen Institutionen rasch zerbrochen werden. Die zweite Epoche (d. h. 1871 bis 1914. — A. R.) ist die Epoche der vollen Herrschaft und des Niedergangs der Bourgeoisie, die Epoche des Übergangs von der fortschrittlichen Bourgeoisie zum reaktionären und konzernreaktionären Finanzkapital. Es ist dies die Epoche der Vorbereitung und langsamen Kräftesammlung seitens der neuen Klasse, der modernen Demokratie. Die dritte, eben erst anbrechende Epoche bringt die Bourgeoisie in die gleiche ‚Lage‘, in der die Feudalherren während der ersten Epoche gewesen sind. Es ist dies die Epoche des Imperialismus und der imperialistischen wie auch der durch den Imperialismus ausgelösten Erbhütterungen“ (S. 135).

Der Band 21 enthält in dem bekannten Artikel „Über den Nationalvöllz der Großrussen“ auch Lenins

tiefschürfende historisch-materialistische Analyse der nationalen Traditionen und den Nachweis von dem unlösbaren Zusammenhang von wahrem Patriotismus und proletarischem Internationalismus. Besonders uns Deutsche lehrt dieser Aufsatz Lenins, das Reaktionäre, Schändliche, Imperialistische in unserer Vergangenheit zu hassen, aber stolz zu sein auf alles Fortschrittliche, Freiheitliche, Kämpferische in den Traditionen unseres Volkes.

Von besonders aktueller Bedeutung ist der im August 1915 geschriebene Aufsatz „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa“, in dem Lenin zum erstenmal die Möglichkeit des Sieges des Sozialismus zunächst in **einem** Land erörterte und damit gleicherweise die Begründung für den Sieg des Sozialismus in Rußland wie auch den Ausgangspunkt für die Politik der friedlichen Koexistenz gab (vgl. S. 345 f.). Lenins Nachweis, daß „unter kapitalistischen Verhältnissen . . . die Vereinigten Staaten von Europa die Organisation der Reaktion“ sind (S. 345), hat sich besonders in unseren Tagen erneut anhand der von Adenauer und dem deutschen Finanzkapital betriebenen Politik der „europäischen Integration“ uneingeschränkt bestätigt.

Die in dem vorliegenden Band vereinigten Arbeiten Lenins liefern nicht nur wichtiges Quellenmaterial für das Studium der Taktik der Bolschewiki während des ersten imperialistischen Weltkrieges, sondern sind, indem sie den unlöslichen Zusammenhang zwischen Sozialismus und Frieden nachweisen, gerade für jeden, der sich mit der Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung beschäftigt, unentbehrlich. Die in ihnen enthaltenen leninistischen Lehren auf dem Gebiet der revolutionären Theorie und Taktik im Kampf gegen den imperialistischen Krieg und für die Er-

haltung des Friedens vermitteln den kommunistischen und Arbeiterparteien für ihren gegenwärtigen Kampf um den Weltfrieden und friedliche Koexistenz unschätzbare Waffen.

Arnold Reisberg

**W.I. Lenin: Werke.** Ins Deutsche übertragen nach der 4. russ. Ausgabe. Besorgt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 24, April–Juni 1917, Dietz Verlag, Berlin 1959, 628 S.

Mit dem Erscheinen der Bände 24 bis 26 der deutschen Ausgabe der Werke Lenins, von denen Band 24 seit einigen Monaten vorliegt, erhält der deutsche Leser erstmalig eine lückenlose Darstellung des unermüdlichen und genialen Wirkens Lenins in der entscheidenden Periode von der Rückkehr Lenins nach Rußland im April 1917 bis zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Band 24 umfaßt die Zeit vom 3. April bis zum 3. Juni 1917. Dieser kurzen Zeit entstammen die mehr als hundert hier gesammelten Materialien.

Wie jeder Band der Werke Lenins enthält auch dieser eine Fülle theoretischen, wissenschaftlichen, politischen Materials, das in vielfacher Hinsicht besonders auch von den Historikern verarbeitet und ausgewertet werden muß. Wir müssen uns hier auf einen knappen Überblick beschränken.

Unmittelbar nach seinem Eintreffen in Rußland formulierte und erläuterte Lenin in den berühmten Aprilthesen vor der Partei und dem Proletariat die nächsten Aufgaben des Kampfes: Übergang zur zweiten Etappe der Revolution, d. h. von der bürgerlich-demokratischen zur sozialistischen Revolution. Diese Thesen entwickelte er in den folgenden

Tagen und Wochen weiter, indem er sie entsprechend der sich schnell verändernden Situation auf alle Grundfragen des politischen Lebens anwandte. Mit den Aprilthesen, den Reden auf der Petrograder Stadtkonferenz und der Siebenten Gesamtrussischen Konferenz (Aprilkonferenz) der SDAPR (B), die nach den protokollarischen Aufzeichnungen wiedergegeben sind, ihren Resolutionen, vor allem aber seinen zahlreichen Aufsätzen trug Lenin entscheidend zur Gewinnung der Massen, zu ihrer Vorbereitung auf die sozialistische Revolution bei. Fast täglich und oft mehrfach in einer Nummer nahm er in der „Prawda“ zu den wichtigsten Fragen, vor die damals das russische Proletariat gestellt war, Stellung und vermittelte dadurch der russischen und der internationalen Arbeiterklasse Lehren, die noch heute in unserem Kampf um den Sozialismus von entscheidender Bedeutung sind.

Nach der Februarrevolution war in Rußland eine komplizierte Lage entstanden. Die Revolution hatte die Bourgeoisie an die Macht gebracht, doch waren im Prozeß der Revolution gleichzeitig die Sowjets als unmittelbare Machtorgane der Massen geschaffen worden. Es bestand die Doppelherrschaft, die Herrschaft der Bourgeoisie in Gestalt der Provisorischen Regierung – deren Wesen sich auch durch die Teilnahme der Menschewiki und Sozialrevolutionäre an der am 5. Mai gebildeten „Koalitionsregierung“ nicht änderte – und die Herrschaft der werktätigen Massen in Gestalt der Sowjets, in denen einstweilen die Menschewiki und Sozialrevolutionäre das Übergewicht hatten. Unter diesen konkreten historischen Bedingungen, da im Lande verhältnismäßig weitgehende demokratische Freiheiten herrschten, da die Bourgeoisie noch nicht zur Gewalt griff, da die Waffen in den Händen des



Proletariats und der Bauern waren, bestand, wie Lenin immer wieder betonte, die Möglichkeit einer *friedlichen* Entwicklung der Revolution. Eine derartige Möglichkeit bildete damals, wie Lenin erklärte, eine äußerst seltene Ausnahme; sie hörte sofort auf zu bestehen, als die Bourgeoisie in den Julitagen zu den Waffen griff. Lenin zeigte auch, worin die Bedingungen für diese Möglichkeit eines friedlichen Weges der Revolution bestanden, indem er die unbedingte Notwendigkeit des Kampfes gegen den Opportunismus in der Arbeiterbewegung und der Errichtung der Diktatur des Proletariats unter Führung der Partei nachwies. Immer erläuterte er den Massen, daß die Bourgeoisie ihre Macht nicht freiwillig abtritt, daß die Anwendung von Gewalt im revolutionären Prozeß letzten Endes vom Verhalten der Bourgeoisie abhängt.

Unter den konkreten Verhältnissen im damaligen Rußland bedeutete dieser friedliche Weg der Revolution: Übergang der ganzen Macht in die Hände der Sowjets, Entlarvung der Menschewiki und Sozialrevolutionäre und geduldige Aufklärung der Massen anhand ihrer eigenen Erfahrungen mit dem Ziel, die Mehrheit in den Sowjets zu gewinnen und damit den Übergang zur zweiten Etappe der Revolution zu vollziehen. All das widersprach keineswegs der Lehre von der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg, bedeutete keineswegs ein „friedliches Hineinwachsen“ in den Sozialismus: „... in Rußland ist der erste Bürgerkrieg beendet, wir gehen jetzt zum zweiten Krieg über, dem Krieg zwischen dem Imperialismus und dem bewaffneten Volk, und in dieser Übergangsperiode, solange die bewaffnete Macht bei den Soldaten liegt, solange Miljukow und Gutschkow noch nicht Gewalt angewandt

haben, verwandelt sich dieser Bürgerkrieg für uns in die friedliche, langwierige und geduldige Klassenpropaganda“ (S. 225<sup>1</sup>).

Dabei forderte Lenin niemals „Einführung“ des Sozialismus, sondern die Durchführung herangereifter praktischer Maßnahmen, wie Nationalisierung des Grund und Bodens, Kontrolle der Produktion und Verteilung, Schaffung einer einheitlichen Staatsbank.

Zur Frage des Staates erklärte Lenin, daß die Bolschewiki die Notwendigkeit des Staates und der Staatsmacht in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus bejahen, aber „nicht einen Staat wie die gewöhnliche parlamentarische bürgerliche Republik...“, sondern einen Staat wie die Pariser Kommune“ (S. 53), den Sowjetstaat, die proletarisch-bäuerliche Republik, einen Staat, der nicht wie die parlamentarische bürgerliche Republik das politische Leben der Massen, deren unmittelbare Teilnahme am demokratischen Aufbau des ganzen Staatslebens einengt und drosselt, sondern im Gegenteil sicherstellt (vgl. S. 54). In diesem Zusammenhang verwies Lenin besonders darauf, daß die selbständige Teilnahme der Frau am politischen Leben und öffentlichen Dienst unerlässlich sei (vgl. S. 55).

Breiten Raum nehmen die Fragen des Krieges ein, der von der bürgerlichen Provisorischen Regierung um imperialistische Ziele willen fortgesetzt wurde, wobei die Menschewiki und die rechten Sozialrevolutionäre unter dem Motto der „revolutionären Vaterlandsverteidigung“ die Bourgeoisie unterstützten. Ein besonderes Meisterwerk, eine wissenschaftliche und zugleich populäre,

<sup>1</sup> Alle Seitenangaben ohne nähere Bezeichnung beziehen sich auf W. I. Lenin: Werke, Bd. 24, Dietz Verlag, Berlin 1959.

vom Klassenstandpunkt ausgehende Abhandlung über diese Frage ist die nach dem Stenogramm wiedergegebene Lektion „Krieg und Revolution“ (S. 395–420). Lenin zeigte, daß der Marxist bei der Einschätzung des Krieges allein davon ausgehen darf, „um welcher Ziele willen dieser Krieg geführt wird, welche Klassen ihn vorbereitet und seine Richtung bestimmt haben“ (S. 396). Er erklärte, daß der Krieg nach wie vor auf beiden Seiten ein imperialistischer Krieg war, daß der Ausweg nur im allgemeinen Frieden liegt, den die werktätigen Massen gegen die Kapitalisten erzwingen müssen (vgl. S. 368). Wiederholt verwies Lenin dabei auf die heranreifende Revolution in Deutschland; unerschütterlich war sein Glaube an die deutsche Arbeiterklasse: „Man sagt uns: In einer Reihe von Ländern scheint alles zu schlafen. In Deutschland sind alle Sozialisten durch die Bank für den Krieg, allein Liebknecht ist dagegen.“ Ich antworte darauf: Dieser eine Liebknecht vertritt die Arbeiterklasse, er allein, seine Anhänger, das deutsche Proletariat sind die Hoffnung aller“ (S. 419).

Allen Reden, Artikeln und Aufrufen Lenins ist eines gemeinsam: Der ständige Kampf gegen die Verträge am Sozialismus, die menschewistischen und sozialrevolutionären Führer. Schonungslos geißelte er die Prediger des „Vertrauens“ zur Provisorischen Regierung, zu den Kapitalisten. Allen heutigen Ideologen und Verfechtern eines angeblichen „dritten Weges“ möchte man folgen-des Zitat aus dem Prawda-Artikel „I. G. Zereteli und der Klassenkampf“ ins Stammbuch schreiben:

„Die Aufgabe eines proletarischen Führers ist: den Unterschied der Klasseninteressen klarzustellen und

gewisse Schichten des Kleinbürgertums (nämlich die armen Bauern) zu bewegen, zwischen den Arbeitern und den Kapitalisten zu wählen, sich auf die Seite der Arbeiter zu stellen.

Die Aufgabe der kleinbürgerlichen Louis Blancs ist: den Unterschied der Klasseninteressen zu vertuschen und gewisse Schichten der Bourgeoisie (vornehmlich die Intellektuellen und Parlamentarier) zu bewegen, sich mit den Arbeitern zu „verständigen“, die Arbeiter zu bewegen, sich mit den Kapitalisten zu „verständigen“, die Bauern zu bewegen, sich mit den Gutsbesitzern zu „verständigen.“ Sarkastisch fügte Lenin hinzu: „Louis Blanc hat sich eifrig bemüht, die Pariser Bourgeoisie zu überzeugen, und bekanntlich ist es ihm ‚beinahe‘ gelungen, sie zu bewegen, von den Massenerschießungen in den Jahren 1848 und 1871 Abstand zu nehmen...“ (S. 322/323). All denen, die glaubten und glauben, den Staat der Kapitalisten „bessern“, „beeinflussen“, „kontrollieren“ zu können, sagte er: „Ist es nicht lächerlich, gegen die ‚Raubwirtschaft der Kapitalisten‘ an den Staat der Kapitalisten zu appellieren?“ (S. 568).

Leider können wir auf andere wichtige im vorliegenden Band behandelte Probleme wie die Agrarfrage — Nationalisierung des Bodens, Übergabe der Verfügungsgewalt über den Boden an die örtlichen Bauernkomitees, sofortige Inbesitznahme des Bodens zur sofortigen Bestellung — oder die nationale Frage — volle Selbstbestimmung einschließlich des Rechts auf Lostrennung — an dieser Stelle nicht näher eingehen.

Einen besonderen Abschnitt des Bandes bilden die „Materialien zur Revision des Parteiprogramms“ (vgl. S. 455–481). In ihnen legte Lenin nieder, was im Programm der Partei, das 1903 auf dem II. Partei-

Tag angenommen worden war, als veraltet gestrichen, was erhalten bleiben und was hinzugefügt werden sollte. Die Forderung nach Sturz der Selbstherrschaft und Errichtung der bürgerlich-parlamentarischen demokratischen Republik wurde ersetzt durch die Forderung nach Errichtung der proletarisch-bäuerlichen Republik als der Staatsform, die am besten geeignet ist, „den Übergang zum Sozialismus denkbar schmerzlos zu vollziehen“ (S. 472). Zugleich fügte Lenin die von ihm entwickelten Merkmale des Imperialismus und die Definition des Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, als Ära der proletarischen, sozialistischen Revolution in das Programm ein. Von den neu aufgenommenen praktischen Forderungen ist für uns an Anbetracht der sozialistischen Umgestaltung unseres Schulwesens Punkt 14 des Programms von besonderem Interesse, der die denkbar kürzeste Definition des Begriffes „polytechnische Bildung“ gibt: „Unentgeltliche und obligatorische allgemeine und polytechnische (theoretisch und praktisch die Grundlagen aller Hauptzweige der Produktion vermittelnde) Bildung für alle Kinder beiderlei Geschlechts bis zum 6. Lebensjahr; enge Verbindung zwischen Unterricht und gesellschaftlich-produktiver Arbeit der Kinder“ (S. 475).

Das Studium der sowohl in politischer wie in theoretischer Hinsicht äußerst vielfältigen Materialien dieses Bandes gestattet dem Leser gleichzeitig, von Tag zu Tag, ja fast von Stunde zu Stunde zu verfolgen, wie Lenin, gestützt auf die Massen des Proletariats und der armen Bauernschaft, an der Spitze der Bolschewiki die Lehren des Marxismus in die Tat umsetzte, wie er die große Wende im Schicksal der Menschheit unmittelbar vorbereitete.

Hans-Joachim Neumann

W. I. Lenin: *Werke*. Ins Deutsche übertragen nach der 4. russ. Ausgabe. Besorgt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 27, Februar–Juli 1918, Dietz Verlag, Berlin 1960, 634 S.

Band 27 der Werke Wladimir Iljitsch Lenins enthält Artikel, Reden und Referate Lenins aus der Zeit vom 21. Februar bis 27. Juli 1918. Für die junge Sowjetrepublik war das eine sehr schwere Zeit. Der Krieg mit Deutschland war noch nicht beendet, die alte Armee befand sich im Zustand der Auflösung, die Wirtschaft war völlig zerrüttet. Es galt, das schwer leidende und erschöpfte Land aus dem Strudel des Krieges herauszureißen; es galt, eine Atempause zu erringen, um das Chaos in der Wirtschaft zu besiegen und den sozialistischen Aufbau in Angriff zu nehmen.

Die im vorliegenden Band veröffentlichten Arbeiten künden von dem Kampf Lenins für die Erhaltung der Sowjetmacht und von seinen kompromißlosen Auseinandersetzungen mit der parteifeindlichen Gruppe der „linken Kommunisten“, die eine abenteuerliche, für die Sowjetmacht verhängnisvolle Politik betrieben. In diesen Arbeiten hat Lenin die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus durch grundlegende Untersuchungen zu Fragen der Machterhaltung, der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande, der Wechselbeziehungen zwischen der russischen und der internationalen proletarischen Revolution und anderen Problemen bereichert. Der Band enthält außerdem eine Reihe von Arbeiten, in denen Lenin das Programm des sozialistischen Aufbaus entwirft, die wichtigsten Aufgaben bei der Schaffung neuer, sozialistischer Produktionsverhältnisse untersucht und dabei bereits die Grundprinzipien der ökonomi-



schen Politik des proletarischen Staates in der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus erläutert.

Diese Reden und Aufsätze, besonders die berühmte Arbeit „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“, die den Fragen der Arbeitsproduktivität, des Wettbewerbs, der Herausbildung einer neuen proletarischen Disziplin usw. gewidmet sind, wurden zur theoretischen Grundlage des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion und haben auch größte aktuelle Bedeutung für den Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik.

Die ersten in Band 27 publizierten Artikel und Reden Lenins sind dem Kampf um den Frieden, dem Ringen um eine friedliche Atempause gewidmet.

Seit den ersten Tagen der Sowjetmacht setzte sich die bolschewistische Partei mit allen Kräften für den Frieden ein. Die Sowjetregierung wandte sich an alle kriegführenden Länder mit dem Vorschlag, einen allgemeinen demokratischen Frieden zu schließen. Da sich die englischen und französischen Imperialisten weigerten, Friedensverhandlungen aufzunehmen, sah sich die Sowjetregierung gezwungen, mit Deutschland Separatverhandlungen zu beginnen. Bei diesen Verhandlungen, die in Brest stattfanden, bewies der deutsche Imperialismus durch ungeheuerliche annexionistische Forderungen vor aller Welt erneut seinen räuberischen Charakter.

Da Rußland damals nicht in der Lage war, dem Ansturm der deutschen Truppen standzuhalten, und die Weiterführung des Krieges die Existenz der Sowjetmacht bedrohte, hatte Lenin der sowjetischen Delegation in Brest die Direktive gegeben, die deutschen Friedensbedingungen anzunehmen, so schwer und erniedrigend sie auch sein mögen. Aber der Leiter der sowjetischen Delegation,

Trotski, setzte sich über diese Direktive hinweg und weigerte sich, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Das war für die deutsche Heeresführung ein willkommener Vorwand, den bereits geschlossenen Waffenstillstand zu brechen und erneut zur Offensive überzugehen. Am 18. Februar begannen die deutschen Truppen den Vormarsch. In wenigen Tagen besetzten sie große Gebiete und bedrohten Petrograd.

„Das sozialistische Vaterland in Gefahr!“ schrieb Lenin im Dekret vom 21. Februar 1918. Das ZK der KPR (B) und die Sowjetregierung riefen alle Parteimitglieder, alle Arbeiter und Bauern zur Verteidigung der Sowjetrepublik auf. Am gleichen Tage erschien in der „Prawda“ Lenins Artikel „Über die revolutionäre Phrase“. In diesem Artikel und in einer Reihe weiterer Artikel und Reden, im Referat auf dem VII. Parteitag der KPR (B) und in seinen Reden auf dem Außerordentlichen IV. Sowjetkongreß widerlegte Lenin die Argumente der „linken Kommunisten“, die gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages auftraten, und entlarvte die Hohlheit ihrer Phrasen vom revolutionären Krieg. „Die revolutionäre Phrase vom revolutionären Krieg kann unsere Revolution zugrunde richten (S. 14).

Lenin wandte sich mit seiner Argumentation an die Massen, überzeugte, daß sie es verstehen und billigen würden, daß die Sowjetregierung die schweren, erniedrigenden Bedingungen der deutschen Imperialisten annahm, um die unbedingt notwendige Atempause zu bekommen.

Wie ein roter Faden zieht sich durch alle Arbeiten Lenins der Gedanke, daß das Wichtigste darin bestand, die Sowjetmacht, die erst

<sup>1</sup> Alle Seitenangaben ohne nähere Bezeichnung beziehen sich auf W. I. Lenin: Werke, Bd. 27, Dietz Verlag Berlin 1960.

proletarische Macht inmitten der kapitalistischen Welt, zu erhalten, wenn es sein mußte, auch um den Preis tiefster Erniedrigung und schwerster materieller Opfer. „Wer gegen einen sofortigen, wenn auch noch so schweren Frieden ist, richtet die Sowjetmacht zugrunde“ (S. 24). Denn solange das einzige sozialistische Land von imperialistischen Räubern umgeben ist, ist die Sowjetrepublik, die zutiefst am Frieden interessiert ist, vor den Angriffen der Imperialisten nicht sicher. Sie mußte sich deshalb auf ihre Verteidigung vorbereiten.

Im Februar 1918 war die Losung vom revolutionären Krieg, wie Lenin auf Grund einer Analyse der konkreten Situation nachwies, falsch. „Wir können praktisch im Augenblick nicht kämpfen, denn die Armee ist gegen den Krieg, die Armee kann nicht kämpfen . . . Keine Phrasen über einen sofortigen bewaffneten Aufstand gegen die Deutschen, sondern systematische, ernste, unentwegte Arbeit zwecks Vorbereitung eines revolutionären Krieges.“ (S. 41) — das war die richtige Taktik Lenins.

Mit beißender Ironie wandte sich Lenin gegen diejenigen, die sich angesichts der schweren Bedingungen des Friedensvertrags in Positur warfen und „Schandfrieden“, „Verrat“ usw. riefen. Sie betrachten die Dinge „vom Standpunkt des Schlachtschützen, der mit dem Degen in der Hand, in schöner Pose sterbend, ausrief: ‚Der Frieden ist eine Schmach, der Krieg eine Ehre!‘, . . . ich aber vom Standpunkt des Bauern“ (S. 92), schrieb Lenin.

Von größter Bedeutung sind in diesem Zusammenhang Lenins Ausführungen über die Frage: Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und Sozialismus. Die „linken Kommunisten“ begründeten ihre Ablehnung des Brester Friedensvertrags unter anderem damit, daß die

Unterzeichnung des Vertrags ein Verrat an den Nationen wäre, deren Gebiete von den deutschen Imperialisten besetzt blieben. Lenin antwortete auf die Frage: Was steht höher, das Selbstbestimmungsrecht der Nationen oder der Sozialismus? „Der Sozialismus steht höher. Ist es erlaubt, wegen der Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen die Sozialistische Sowjetrepublik preiszugeben . . . ? Nein . . . Das ist keine sozialistische, das ist eine *bürgerliche Politik*“ (S. 10).

Dem Pessimismus der „linken Kommunisten“ setzte Lenin seinen begründeten revolutionären Optimismus entgegen.

Er nannte den Brester Frieden, indem er auf die Geschichte der napoleonischen Kriege verwies, einen „Tilsiter Frieden“ und zeigte den Massen, daß sich das einst noch viel schwerer unterjochte deutsche Volk dennoch von seinem Unterdrücker befreit hatte.

Im Gegensatz zu den „linken Kommunisten“, die „im Interesse der Weltrevolution“ jedes Abkommen der Sowjetrepublik mit Imperialisten ablehnten, bekräftigte Lenin seine schon früher ausgesprochene Erkenntnis, daß das friedliche Nebeneinanderbestehen von sozialistischen und imperialistischen Staaten möglich und notwendig sei. Gleichzeitig deckte Lenin die Quelle der falschen Auffassungen der „linken Kommunisten“ und Trotzki auf: sie negierten die Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande; sie glaubten nicht an den Bestand der Diktatur des Proletariats in Rußland ohne den Sieg der sozialistischen Weltrevolution, die durch den Krieg „angepeitscht“ werden müsse. Lenin wandte sich mit aller Schärfe gegen diese antimarxistische Theorie des „Exports der Revolution“. Er schrieb: Der Marxismus „hat stets das ‚Anpeitschen‘ von Revolutionen abgelehnt, die sich in dem Maße entwikk-

keln, wie die Klassegegensätze ... immer größere Schärfe gewinnen“ (S. 56).

Den Phrasen der „linken Kommunisten“ von der internationalen Revolution begegnete Lenin mit einer gründlichen Analyse der Arbeiterbewegung in Westeuropa, die er stets mit größter Aufmerksamkeit verfolgte.

Von besonderem Interesse für den deutschen Historiker ist dabei Lenins Einschätzung der revolutionären Situation in Deutschland in der ersten Hälfte des Jahres 1918, die in vielen Arbeiten des Bandes 27 zu finden ist.

In mehreren Aufsätzen sprach Lenin über das Wechselverhältnis zwischen der russischen und der internationalen Revolution, er charakterisierte die russische Revolution als einen Trupp der internationalen sozialistischen Armee, begründete die Tatsache, daß das russische Proletariat als erstes die Macht des Kapitals gestürzt hat, und erklärte, warum es für das Proletariat der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder schwerer ist, die Revolution zu beginnen, dafür aber leichter sein wird, sie fortzusetzen.

Lenins Ausführungen über die Revolution in Europa sind von tiefem Glauben an die Kraft der Arbeiterklasse und vom Geist des proletarischen Internationalismus erfüllt. Im Proletariat des Westens sah er stets den Bundesgenossen des russischen Arbeiters; der der russischen Revolution zu Hilfe kommen und die Sowjetrepublik aus ihrer schwierigen Lage erlösen würde.

Solange aber die Revolution in den anderen Ländern noch nicht herangereift, solange sie noch nicht ausgebrochen ist, sei es höchste Pflicht der Arbeiter und Bauern Rußlands, die Republik der Sowjets zu schützen und zu wahren. „Indem wir die Sowjetmacht wahren, erweisen wir dem Proletariat aller Länder in sei-

nem unglaublich schwierigen, schweren Kampf gegen seine Bourgeoisie die beste, die stärkste Unterstützung. Einen größeren Schlag für die Sache des Sozialismus heutzutage als den Zusammenbruch der Sowjetmacht in Rußland gibt es nicht und kann es nicht geben“ (S. 45).

Lenins Siegeszuversicht ging in Erfüllung: Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland befreite das russische Volk vom Joch des Brester imperialistischen Raubfriedens.

Der Brester Raubfrieden hatte der Sowjetmacht die ersehnte *•*Atempause gebracht. Die Sowjetrepublik erhielt die Möglichkeit, alle Kraft auf die Wiederherstellung der Wirtschaft zu konzentrieren und die wichtigste und schwierigste Aufgabe der sozialistischen Revolution in Angriff zu nehmen — den Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung.

Über die Hälfte aller im Band 27 vereinigten Arbeiten ist den Fragen der sozialistischen Umgestaltung des Landes gewidmet. Das Kernstück dieser Arbeiten ist die Schrift „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“, in der Lenin die wichtigsten Aufgaben des Proletariats auf dem Gebiet der Verwaltung des Staates darlegte und einen konkreten Plan der sozialistischen Umgestaltung der Volkswirtschaft entwickelte.

Lenin hat die Marxschen Grundgedanken über die Periode des Übergangs von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaftsordnung entsprechend den konkreten Bedingungen in Rußland schöpferisch weiterentwickelt. Seine theoretischen Schlußfolgerungen und die darauf fußende Praxis des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion sind richtungweisend für die Arbeiterklasse aller Länder und erleichtern ihr den Weg zum Sozialismus.

Lenin geht von dem Unterschied in der Aufgabenstellung der bürgerlichen und der sozialistischen Revolution aus, den er folgendermaßen



formuliert: „Der Unterschied zwischen der sozialistischen und der bürgerlichen Revolution besteht gerade darin, daß die bürgerliche Revolution die fertigen Formen der kapitalistischen Verhältnisse vorfindet, während die Sowjetmacht, die proletarische Macht, diese fertigen Verhältnisse nicht vorfindet“ (S. 76). „Hier kommen zu den Aufgaben der Zerstörung neue, unerhört schwierige Aufgaben hinzu, nämlich organisatorische“ (S. 75).

Indem Lenin diese These konkret auf die Tätigkeit der bolschewistischen Partei anwandte, kam er zu der Feststellung: „Wir, die Partei der Bolschewiki, haben Rußland *überzeugt*. Wir haben Rußland... den Ausbeutern *abgerungen* zugunsten der Armen, der Werktätigen. Wir müssen jetzt Rußland *verwalten*“ (S. 232).

Als das zentrale Problem bei der Lösung aller Aufgaben des sozialistischen Aufbaus bezeichnete Lenin die Erziehung und Gewinnung der werktätigen Massen zur Mitarbeit an der Verwaltung des Staates und der Wirtschaft, die Herausbildung eines neuen, sozialistischen Bewußtseins, den Bruch mit der verfluchten Vergangenheit, die gelehrt hat, den Erwerb von Brot und Kleidung als eine Privat'sache . . . zu betrachten“ (S. 244).

Zutiefst durchdrungen vom Glauben an die schöpferische Kraft der Volksmassen, wies Lenin immer wieder darauf hin, daß es gilt, die Talente im Volk zu finden und zu fördern. „Organisatorische Talente sind im ‚Volke‘, d. h. unter den Arbeitern und denjenigen Bauern, die keine fremde Arbeit ausbeuten, in Menge vorhanden; sie wurden vom Kapital zu Tausenden zertreten, zugrunde gerichtet und beiseite geworfen: wir verstehen es nur noch nicht, sie zu finden, zu ermutigen, auf eigene Füße zu stellen, aufrücken zu lassen“ (S. 253).

Als den wichtigsten Hebel zur Verwirklichung einer neuen Gesellschaftsordnung, die höher steht als der Kapitalismus, bezeichnete Lenin — nach der Eroberung der Macht und der Expropriation der Expropriateure — die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Die wichtigsten Voraussetzungen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität waren und sind: a) die Sicherung der materiellen Grundlage der Großindustrie; b) die Hebung des Bildungs- und Kultur-niveaus der Masse der Bevölkerung; c) die Hebung der Disziplin der Werktätigen, höhere Arbeitsintensität und bessere Arbeitsorganisation.

Lenin setzte sich in seinen Arbeiten, besonders in seinen Reden vor dem Gesamtrussischen Zentral Exekutivkomitee und vor dem V. Sowjetkongreß sowie in seinem Aufsatz „Über ‚linke‘ Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit“, mit den falschen Auffassungen der „linken Kommunisten“ auseinander. Die „linken Kommunisten“ mit Bucharin an der Spitze opponierten gegen eine strenge Kontrolle über Produktion und Verteilung der Produkte, gegen eine straffe Disziplin und die Einführung der einzelverantwortlichen Leitung in den Betrieben, gegen die Ausnutzung der bürgerlichen Fachkräfte usw. Lenin trat mit aller Entschiedenheit ihren desorganisierenden Losungen entgegen und wies nach, daß sie die Aufgaben der Revolution unter den konkreten Bedingungen und Besonderheiten des Übergangs zum Sozialismus in Rußland nicht begriffen und in Wirklichkeit Vertreter der kleinbürgerlichen Anarchie und Zügellosigkeit, der Kulaken und Schieber waren. Lenin berief sich auf seine schon vor der Oktoberrevolution in der Arbeit „Staat und Revolution“ gemachte Feststellung, daß strenge Rechnungslegung und Kontrolle über Produktion und Verteilung der Produkte entscheidende Voraussetzungen für

die Schaffung der sozialistischen Gesellschaftsordnung sind; nunmehr arbeitete er, da die praktische Verwirklichung dieser Aufgabe auf der Tagesordnung stand, die Leitungsmethoden im einzelnen aus.

Lenin begründete die unbedingte Notwendigkeit einer eisernen Disziplin und widerlegte die falschen Behauptungen von einem angeblichen Widerspruch zwischen Disziplin einerseits, Demokratie und Einbeziehung der gesamten werktätigen Bevölkerung in die Verwaltung des Staates und der Wirtschaft andererseits. Er charakterisierte die alte Disziplin früherer Gesellschaftsordnungen als Disziplin des Stocks, des Hungers, des Zwangs und formulierte dann die Grundsätze, nach denen die neue Disziplin des proletarischen Staates geschaffen werden muß: „eine Disziplin des Vertrauens zur Organisiertheit der Arbeiter und der armen Bauern, eine kameradschaftliche Disziplin, eine auf größter Achtung beruhende Disziplin, eine Disziplin der Selbstständigkeit und Initiative im Kampf“ (S. 515). Lenin zeigte, daß die sozialistische Volkswirtschaft nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus geleitet werden muß, daß die maschinelle Großindustrie strengste Ordnung, „unbedingte und strengste *Einheit des Willens* erfordert, der die gemeinsame Arbeit von Hunderten, Tausenden und Zehntausenden Menschen leitet“ (S. 259). „Wir müssen es lernen“, schrieb Lenin, „den stürmischen, wie Hochwasser im Frühjahr über alle Ufer brandenden Versammlungsdemokratismus der werktätigen Massen zu verbinden mit *eiserner Disziplin* während der Arbeit, mit der *unbedingten Unterordnung* unter den Willen einer Einzelperson, des sowjetischen Leiters, während der Arbeit“ (S. 262).

Große Aufmerksamkeit widmete Lenin dem Problem der Mitarbeit bürgerlicher Fachleute. „Ohne die

Anleitung durch Spezialisten der verschiedenen Zweige des Wissens, der Technik und der Praxis ist der Übergang zum Sozialismus unmöglich“ (S. 238), schrieb Lenin. „Das Proletariat aber hat auf diesem Gebiet keine Kader und keine Erfahrungen. Deshalb muß man, erläutert Lenin, die bürgerliche Intelligenz zur Arbeit heranziehen, von ihr lernen. Gleichzeitig stellte er die Aufgabe, aus den Reihen der Arbeiter und Bauern neue Organisatoren zu entdecken und zu fördern.

Ebenso aktuell sind die in Band 27 enthaltenen Ausführungen Lenins über den Wettbewerb als eines der wichtigsten Mittel zur Entfaltung der Initiative der Massen und zur Steigerung der Arbeitsproduktivität. Lenin widerlegte schon damals die bürgerlichen Lügen über die angebliche Drosselung der Freiheit der Persönlichkeit im Sozialismus, zeigte den grundlegenden Unterschied zwischen kapitalistischer Konkurrenz und sozialistischem Wettbewerb und bewies, daß erst im Sozialismus die Persönlichkeit sich frei entfalten und die Schöpferkraft des Volkes in die Tat umgesetzt werden kann, daß gerade die Beseitigung der Warenproduktion und des Kapitalismus die Möglichkeit schafft, „den Wettbewerb nicht in bestialischen, sondern in menschlichen Formen zu organisieren“ (S. 196).

Hier konnte nur ein Teil der wichtigsten im vorliegenden Band behandelten Probleme angedeutet werden. Die in Band 27 zusammengefaßten Arbeiten Lenins sind für jeden Genossen, für jeden aktiven Mitgestalter am sozialistischen Aufbau der DDR von unschätzbarem Wert. Sie sind ein unerläßliches Rüstzeug in unserem Kampf für den Frieden und für die Erfüllung der großen Aufgaben des Siebenjahrplans.

Renate Leuschner

Die Erinnerungen an W. I. Lenin — eine wertvolle Bereicherung unseres Wissens über Leben und Werk des Begründers der bolschewistischen Partei

Wenn wir uns hier die Aufgabe stellen, die sechs recht unterschiedlichen Erinnerungsbände über Wladimir Iljitsch Lenin,<sup>1</sup> die in den letzten Jahren im Dietz Verlag, Berlin, erschienen sind, zu besprechen, so nicht, um eine umfassende Einschätzung dieser Erinnerungen zu geben, sondern um zu versuchen, neben ihrem historischen Quellenwert vor allem die politisch-erzieherische Bedeutung dieser Bände zu würdigen.

Im Vorwort des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU zu „Unser Bruder Wolodja“ heißt es — und das trifft auch für die anderen hier besprochenen Bücher zu: „Diese Erinnerungen..., die ein eindrucksvolles Bild von der Persönlichkeit Lenins geben, werden es ermöglichen, das Leben und Wirken des Begründers und Führers der Kommunistischen Partei, des Schöp-

fers des sozialistischen Sowjetstaates gründlicher zu erforschen.“<sup>2</sup>

Die persönlichen Erinnerungen von Menschen, die mit Lenin zusammentrafen, mit ihm zusammenarbeiteten oder mit ihm zusammenlebten, sind für uns von unschätzbarem Wert. Sie zeigen uns Lenin, den Genius der proletarischen Revolution, in seiner Größe und Schlichtheit als Partei- und Staatsführer, als Wissenschaftler und Revolutionär, als Politiker und Mensch. Die Erinnerungen atmen den Geist der Epoche, in der Lenin kämpfte und arbeitete. Sie sind eine ausgezeichnete Ergänzung zum Lehrbuch der Geschichte der KPdSU, das vor wenigen Wochen im Dietz Verlag, Berlin, erschien.

Indem die Erinnerungen das Leben und Wirken Lenins schildern, geben sie uns gleichzeitig einen Überblick über fast dreißig Jahre Geschichte der russischen und internationalen Arbeiterbewegung, denn Lenin ist von der Geschichte der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts nicht zu trennen. Er verkörpert gewissermaßen diese Epoche der Arbeiterbewegung, die gekennzeichnet ist durch die Herausbildung des Imperialismus, durch das Entstehen neuer Kampfbedingungen, durch die in Theorie und Praxis von Lenin vollzogene Herausbildung der Partei neuen Typus, der Partei, die allein in der Lage ist, an der Spitze der Arbeiterklasse und des gesamten werktätigen Volkes den Imperialismus zu schlagen und die Völker zu Frieden, Demokratie und Sozialismus zu führen.

So sind die Erinnerungen an Lenin zugleich auch Erinnerungen an die Herausbildung, den Kampf und den Sieg der Partei der Bolschewiki, der Partei neuen Typus. Wir erleben mit, wie W. I. Uljanow-Lenin sich vom revolutionären Studenten zum Gründer und Führer der bolschewistischen Partei, zum Begründer des Leninismus — des „Marxismus der Epoche

<sup>1</sup> Es handelt sich um folgende Bände: Wilhelm Koenen: Meine Begegnungen mit Lenin, Dietz Verlag, Berlin 1957, 55 S., mit drei Bildbeilagen. — Nadeshda Krupskaja: Erinnerungen an Lenin, Dietz Verlag, Berlin 1959, 606 S., mit vier Bildbeilagen. — Lenin, wie wir ihn kannten. Erinnerungen alter Kampferfährten, Dietz Verlag, Berlin 1956, 27 S., mit fünf Zeichnungen von N. N. Chukow. — Unser Bruder Wolodja. Erinnerungen von Verwandten an Lenin, Dietz Verlag, Berlin 1956, 243 S. — Unvergesslicher Lenin. Erinnerungen deutscher Genossen. Zusammengestellt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Dietz Verlag, Berlin 1957, 204 S., mit einem Bild. — Clara Zetkin: Erinnerungen an Lenin. Mit einem Anhang aus dem Briefwechsel Clara Zetkins mit W. I. Lenin und N. K. Krupskaja, Dietz Verlag, Berlin 1957, 55 S., mit drei Bildern und vier Fak-

<sup>2</sup> Unser Bruder Wolodja, S. 5.



des Imperialismus und der proletarischen Revolution<sup>3</sup>—, zum Organisator und Leiter der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, zum Lenker des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates der Welt entwickelte.

Der besondere Wert der Erinnerungen besteht darin, daß sie — stärker als das Geschichtsbücher oder Lenins Werke selbst tun können — uns die Verhältnisse erkennen lassen, unter denen Lenin wirkte. Sie vermitteln uns ein anschauliches Bild von der Persönlichkeit Lenins, von seinem Schaffen in den verschiedenen Zeitabschnitten. Wir lernen Lenin als Schüler und Student kennen und erfahren, wie sich schon in seiner Kindheit die Grundzüge seines Charakters — Einfachheit, Selbstdisziplin, Leidenschaftlichkeit, Gründlichkeit und sein ständiges Bemühen um Wissen und engste Verbindung mit dem Leben — formen. Wir können verfolgen, wie sich diese Charaktereigenschaften im Feuer des revolutionären Kampfes entwickeln und festigen und wie Lenin auch als Führer der bolschewistischen Partei und als Schöpfer und Leiter des sozialistischen Sowjetstaates der schlechte, einfache Genosse blieb, immer bereit zu helfen und zu raten, gütig und verständnisvoll gegenüber den Werktätigen, aber hart und unerbittlich gegen die Feinde und Verräter der Revolution. Lenin stellte im Interesse des Sieges des Sozialismus höchste Anforderungen an sich selbst und an jedes Parteimitglied. Unermüdlich arbeitete er an der schöpferischen Aneignung des Marxismus und seiner Anwendung auf die konkreten Verhältnisse seiner Zeit, ihn gleichzeitig bereichernd und weiterentwickelnd. So ersteht beim Studium dieser Erinnerungen Lenin vor uns als das große Vorbild eines Kommunisten.

Die sechs geschmackvoll gestalteten Erinnerungsbände, so unterschiedlich

<sup>3</sup> J. Stalin: Fragen des Leninismus, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 10.

sie in der Form der Darstellung auch sind, bilden doch in gewissem Sinne eine Einheit. Sie ergänzen sich vor allem im chronologischen Verlauf, da sie — mit Ausnahme von N. Krupskajas Buch, das die gesamte Periode, in der Lenin politisch tätig war, behandelt — immer nur einen bestimmten Zeitabschnitt umfassen.

Hier soll nicht versucht werden, Lenins Leben und die Bedeutung seines Kampfes auch nur annähernd wiederzugeben, wie das in den Erinnerungen geschieht. Es soll vielmehr darauf ankommen, das Besondere, das Spezifische der einzelnen Bände zu charakterisieren und zu würdigen.

In dem Buch „Unser Bruder Wodlja“ werden vor allem seine Kindheit und Jugend geschildert. Es ist deshalb auch hervorragend geeignet, unseren Kindern und Jugendlichen die Persönlichkeit Lenins nahezubringen. Dieses Buch ist aus dem Geschichtsunterricht, den Gruppennachmittagen unserer Jungen Pioniere oder aus den Jugendweihestunden nicht wegzudenken. Es enthält die Erinnerungen an Lenin von seinen Schwestern A. I. Uljanowa-Jelisarowa und M. I. Uljanowa, von seinem Bruder D. I. Uljanow sowie Ausschnitte aus Erinnerungen seiner Lebensgefährtin N. K. Krupskaja.

Anschaulich, in klarer, einfacher Sprache erzählen seine Geschwister über die Verhältnisse, in denen Lenin<sup>4</sup> aufwuchs. Das Studium ihrer Erinnerungen macht dem Leser deutlich, warum W. I. Lenin zu einer so großen historischen Persönlichkeit emporwachsen konnte.

Dank der ausgezeichneten Erziehung in seinem fortschrittlichen Elternhause konnten sich Geist und Charakter des jungen Lenin vielseitig und harmonisch entwickeln. Als charakteristisch schon für den Schüler

<sup>4</sup> Wir bezeichnen hier und im folgenden Lenin schon mit seinem Parteinamen, obwohl er ihn damals selbstverständlich noch nicht trug.

und Studenten heben die Erinnerungen seine außerordentlich intensive Arbeitsweise und hohe Selbstdisziplin hervor. Trotz seiner Begabung, die ihn den Unterrichtsstoff im Gymnasium mühelos bewältigen ließ, arbeitete er ernsthaft und systematisch. Eine bestimmte Zeit am Tage war dem Lernen gewidmet, und diese Stunden wurden konsequent eingehalten, auch wenn Sport und Spiel, Spaziergänge und schöne Literatur noch so sehr lockten.

Auch in späteren Jahren, als er sich im Selbststudium — er war wegen revolutionärer Tätigkeit von der Universität relegiert worden — auf das juristische Staatsexamen vorbereitete und intensiv den Marxismus studierte, behielt er seine konsequente Tageseinteilung bei. Gehörte der Vormittag dem Fachstudium und dem Durcharbeiten statistischen Materials, so konzentrierte er sich am Nachmittag auf marxistische Literatur, wobei er oft in deutscher oder französischer Sprache erschienene Werke von Marx und Engels studierte. Schönegeistige Literatur behielt er sich für den Abend im Kreise der Familie vor. Pünktlich, „als ob ihn ein strenger Lehrer erwarte“<sup>5</sup>, ging er an seine Arbeit. Aber genauso konsequent hielt er seine Erholungsstunden ein, in denen er turnte, schwamm, spazierenging usw. „Er verstand nicht nur, zu arbeiten wie keiner, er verstand es auch, sich zu erholen wie keiner“<sup>6</sup>, so schätzte seine ältere Schwester Lenin in diesen Jahren ein.

Interessant und äußerst lehrreich ist die Schilderung D. I. Uljanows, wie Lenin seine Aufsätze schrieb,<sup>7</sup> die — ob ihrer Klarheit, Systematik und Knappheit — immer das höchste Lob des Direktors fanden. Schon als Jugendlichen schrieb er keine Arbeit, ohne sie gründlich vorbereitet undurchdacht zu haben.

<sup>5</sup> Unser Bruder Wolodja, S. 32.

<sup>6</sup> Ebenda, S. 33.

<sup>7</sup> Vgl. ebenda, S. 97/98.

Ein weiterer Wesenszug Lenins, der in diesen Erinnerungen gewürdigt wird und der schon in seiner Kindheit ausgeprägt war, ist seine Hilfsbereitschaft.<sup>8</sup> Gern half er anderen Schülern und auch seinen Geschwistern. Er bereitete sogar als Gymnasiast einen unbemittelten tschuwaschischen Lehrer auf das Abitur und damit auf das Universitätsstudium vor, das doch bekanntlich für nationale Minderheiten im zaristischen Völkergefügnis besonders schwierig zu erreichen war. Lenin war ein geduldiger, aber auch ein sehr strenger Lehrer, der nicht nur von sich, sondern auch von anderen ein Höchstmaß an Konzentration und Selbstdisziplin verlangte.

In dem Buch „Unser Bruder Wolodja“ befindet sich auch ein Kapitel „Lenin über das Studium fremder Sprachen“<sup>9</sup>, in dem N. K. Krupskaja äußerst wissenswerte Fakten mitteilt, wie sich Lenin seine umfassenden und gründlichen Kenntnisse in fremden Sprachen erarbeitete. Er wandte dabei vor allem das System der Übersetzung und Rückübersetzung an, das heißt, er übersetzte schriftlich aus der Fremdsprache ins Russische und dann aus dem Russischen wieder in die Fremdsprache. Er bezeichnete das als „die rationellste Methode beim Sprachstudium“<sup>10</sup>.

Im Mittelpunkt der Erinnerungen seiner Geschwister steht ein Ereignis, das die politische Entwicklung des jungen Lenin entscheidend formte — die Verurteilung und Hinrichtung seines von ihm sehr geliebten und geachteten älteren Bruders, eines Narodowolzen,<sup>11</sup> wegen Beteiligung an einem Attentat auf den Zaren.

<sup>8</sup> Vgl. ebenda, vor allem S. 16–19.

<sup>9</sup> Ebenda, S. 235–239.

<sup>10</sup> Ebenda, S. 239.

<sup>11</sup> Narodowolzen nannte man die Mitglieder des revolutionären Geheimbundes „Narodnaja Wolja“ (Volkswille). Sie vertraten eine Politik des individuellen Terrors gegen die Unterdrücker des Volkes.

Dieses Ereignis berührte Lenin tief und veranlaßte ihn zu leidenschaftlichem Protest gegen das zaristische Blutregime. Gleichzeitig wurde er sich über die historische Beschränktheit der Mittel und Methoden der Narodowolzen klar und prägte, als er von der Hinrichtung seines Bruders erfuhr, den Satz: „Nein, diesen Weg gehen wir nicht, diesen Weg dürfen wir nicht gehen.“<sup>12</sup>

Er suchte Antwort auf seine Fragen — vor allem bei Marx. Intensiv begann er das „Kapital“, das sich im Besitz seines hingerichteten Bruders befand, zu studieren. Und er ging einen anderen Weg. Er ging den richtigen, den marxistischen Weg. Er schuf die bolschewistische Partei, die Partei neuen Typus, unter deren Führung sich das russische Volk von seinen Ausbeutern und Unterdrückern befreite und den ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat der Welt errichtete.

Über die Periode der Herausbildung der bolschewistischen Partei berichten besonders seine alten Kampfgefährten in dem graphisch sehr ansprechend gestalteten Buch „Lenin, wie wir ihn kannten“. Es enthält die Erinnerungen von sechs Kampfgefährten Lenins, alten Bolschewiki, die auf den verschiedensten Gebieten mit ihm zusammengearbeitet haben, und eine Zusammenfassung von etwa 40 Aufzeichnungen alter Arbeiter und Arbeiterinnen der Moskauer Textilfabrik „Trjochgornaja Manufaktura“ über ihre Begegnungen mit Lenin.

Der Band enthält wertvolles historisches Quellenmaterial über den Kampf Lenins um die Partei neuen Typus und ist vor allem politisch-erzieherisch von höchster Bedeutung, da die Autoren es ausgezeichnet verstanden haben, packend und mit großer menschlicher Wärme ihre persönlichen Eindrücke von Lenin wiederzugeben.

<sup>12</sup> Unser Bruder Wolodja, S. 212.

Interessante Einzelheiten schildern zum Beispiel G. M. Krshishanowski von der Ankunft Lenins 1893 in Petrograd und seinen Bemühungen, die Enge des Zirkelwesens zu überwinden.<sup>13</sup> Marxistische Zirkel bestanden und wirkten damals fast nur unter Studenten und Intellektuellen. Lenin ging es jedoch vor allem um die Gewinnung der Arbeiter für die revolutionäre Sozialdemokratie, deswegen war er ja hauptsächlich nach Petersburg gekommen.

G. M. Krshishanowski schildert in seinen Erinnerungen, welchen großen Eindruck auf ihn und die anderen Zirkelteilnehmer die Ankunft und das Auftreten Lenins machten.<sup>14</sup> Lenin begnügte sich nicht — wie es damals üblich war — im Zirkel z. B. über Engels' „Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“ zu diskutieren und auch nicht damit, den wenigen in Zirkeln erfaßten Arbeitern das „Kapital“ zu erläutern. Ihm ging es in erster Linie um die Kenntnis des Lebens und der Arbeitsbedingungen der Arbeiter, er erklärte ihnen den Zusammenhang ihrer schweren ökonomischen Lage mit der zaristischen Selbstherrschaft, die mit Peitsche und Zuchthauschützend hinter den Unternehmer stand und deren Interessen verteidigte. Die engste Verbindung von Theorie und Praxis, wie sie aus allen seinen Schriften und Werken spricht und die für ihn charakteristisch wurde — das war schon damals da. Besondere an Lenins Tätigkeit in den Zirkeln.

In den Erinnerungen Krshishanowskis heißt es: „Nachdem Wladimir Iljitsch sich in unserem Kreis eingelebt hatte, ging er sofort dazu

<sup>13</sup> Vgl. Lenin, wie wir ihn kannten, S. 14 ff.

<sup>14</sup> Vgl. hierzu auch Nadeshda Krupskaja: Erinnerungen an Lenin, S. 13—20. N. Krupskaja gehörte selbst einem solchen Zirkel an (vgl. Lenin, wie wir ihn kannten, S. 13).



unsere Arbeitsmethoden zu revolutionisieren. Vor allem verlangte er, daß wir von der überaus intensiven Arbeit in kleinen Zirkeln auserwählter Arbeiter zum Wirken unter breiten Massen des Petersburger Proletariats übergangen, das heißt den Übergang von der Propaganda zur Agitation vollzogen.“<sup>15</sup>

Auf diese Weise bereitete er den Boden vor für die nunmehr einsetzende Flugblatt agitation unter den Arbeitern, deren Initiator er war. Das waren auch die Voraussetzungen für den bald darauf (1895) erfolgenden Zusammenschluß aller marxistischen Zirkel zum „Kampf und der Befreiung der Arbeiterklasse“, den ersten bedeutsamen Keim einer revolutionären Arbeiterpartei, der die Vereinigung des Sozialismus mit der Arbeiterbewegung in Rußland in die Tat umzusetzen begann.

Große Bedeutung maß Lenin der Presse bei. Seine Kampfgefährten berichten in ihren Erinnerungen, wie er um die Durchsetzung seiner Lösung von der Parteipresse als „kollektivem Organisator, Agitator und Propagandist“ in der Partei kämpfte. W. A. Karpinski erzählt unter der Überschrift „Lenin als Redakteur“ von seiner gemeinsamen Arbeit mit Lenin am „Wperjod“ (Vorwärts). Die Parteizeitung war für Lenin ein Bindeglied zwischen Partei und Arbeiterklasse, das es ständig zu festigen galt. „Das führende Organ muß enge Beziehungen zur Partei haben, muß untrennbar mit der Bewegung verbunden sein, es muß den Weg erhellend vorausschreiten und vor Fehlritten bewahren. Nur im Ergebnis kollektiver schöpferischer Arbeit der Partei kann es seine Aufgabe erfüllen“, so schrieb Lenin in der ersten Nummer des „Wperjod“.<sup>16</sup>

Eines der wichtigsten Mittel, um diese Aufgaben zu erfüllen, sah Le-

nin in den Arbeiterkorrespondenzen und Leserbriefen. Er scheute keine Mühe, wie Karpinski berichtet, um aus diesen handschriftlichen und oft kaum leserlichen Einsendungen „das Wertvollste herauszusuchen, und wenn es nur für eine aus fünf Zeilen bestehende Notiz ausreichte“<sup>17</sup>.

Auch als Führer des Sowjetstaates legte Lenin auf diese Seite der Pressearbeit großen Wert. In einem Brief an W. A. Karpinski, damals Chefredakteur der Bauernzeitung „Bednota“, vom 26. Januar 1922 schrieb er: „Genosse Karpinski!

Wollen Sie mir nicht kurz mitteilen (2-3 Seiten maximum), wieviel Bauernbriefe der ‚Bednota‘ zugegangen sind?

Was gibt es Wichtiges (besonders Wichtiges) und Neues in diesen Briefen?

Wie ist die Stimmung?

Das Aktuellste?

Könnte ich nicht *alle zwei Monate* solche Briefe erhalten (den nächsten am 15. III. 1922)?

- a) Durchschnittliche Zahl der Briefe
- b) Stimmung
- c) Das Aktuellste

Mit kommunistischem Gruß

Lenin.“<sup>18</sup>

Nichts kann wohl deutlicher zeigen, wie sehr sich Lenin ständig bemühte, Stimmung und Meinungen aller Bevölkerungsschichten kennenzulernen, um Schlußfolgerungen für die Politik der Partei und Regierung daraus zu ziehen.

Ein ausgezeichnetes Beispiel dafür sind auch die Erinnerungen der „Arbeiter der Trjochgorka über ihre Begegnungen mit Lenin“<sup>19</sup>, die den Schluß des Bandes bilden. Die Erinnerungen zeigen die tiefe Verbundenheit Lenins mit den Werktätigen und seinen unerschütterlichen Glau-

<sup>17</sup> Ebenda, S. 81.

<sup>18</sup> W. I. Lenin: Werke, 4. Ausg., Bd. 35, S. 466, russ. — Deutsch zit. in: Lenin, wie wir ihn kannten, S. 96.

<sup>19</sup> Lenin, wie wir ihn kannten, S. 121 bis 127.

<sup>15</sup> Lenin, wie wir ihn kannten, S. 16.  
<sup>16</sup> Zit. in: Lenin, wie wir ihn kannten, S. 78.

ben an ihre schöpferischen Kräfte. In den schweren Jahren des Bürgerkrieges flößte Lenin den Arbeitern Mut ein und stärkte ihre Überzeugung vom Sieg des Sozialismus. Die Arbeiterin A. Sharowa schreibt: „Sogar diejenigen, die vorher noch lamentierten, den Mut sinken ließen, waren nach einem Besuch Lenins wie umgewandelt; wir fühlten uns sicherer und arbeiteten mit größerer Energie.“<sup>20</sup>

Das aufschlußreichste und menschlich tiefste Bild von der Persönlichkeit Lenins, von den Verhältnissen, unter denen er arbeitete und lebte, gibt seine Frau und engste Kampfgefährtin, Nadeshda Krupskaja, in ihren „Erinnerungen an Lenin“. Darüber hinaus sind ihre Erinnerungen gleichzeitig ein Stück Parteigeschichte. N. Krupskajas Buch umfaßt die Periode von 1893 bis 1919, also die Zeit von der Vorbereitung und Herausbildung der bolschewistischen Partei bis zu den ersten Jahren der Sowjetmacht nach dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Mit Ausnahme von wenigen Monaten waren das gemeinsam verlebte Jahre, und so ergibt sich, daß bei der tiefen Gemeinsamkeit der Ideen und Aufgaben die Erinnerungen N. Krupskajas gleichzeitig eine Autobiographie dieser hervorragenden Frau und Kommunistin darstellen. Schon 1890 trat sie in einen Zirkel marxistischer Studenten ein und unterrichtete bis zu ihrer Verhaftung 1896 in einer Arbeitersonntagsschule. Gemeinsam verbrachte sie mit Lenin drei Jahre in sibirischer Verbannung und teilte die schweren Jahre der Emigration<sup>21</sup> mit ihm.

Die Teile I und II der vorliegenden Erinnerungen wurden schon einmal, 1933, in deutscher Sprache in Moskau — Leningrad herausgegeben.

<sup>20</sup> Ebenda, S. 122.

<sup>21</sup> Über die Jahre der Emigration in der Schweiz vgl. vor allem Maurice Pianzola: Lenin in der Schweiz, Dietz Verlag, Berlin 1956.

Der III. Teil, von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 bis zum zweiten Jahrestag der Revolution, 1919, erscheint zum erstenmal in deutscher Sprache.

Das Buch — mitreißend und mit hoher literarischer Meisterschaft geschrieben — ist für das Studium der Geschichte der KPdSU ein unentbehrlicher Helfer. Es enthält außerordentlich interessantes, bisher kaum bekanntes Material vom Kampf Lenins gegen Imperialismus und Krieg gegen Opportunismus und Revisionismus, für den Sieg des Proletariats.

Gleichzeitig sind diese Erinnerungen von bedeutendem parteierzieherischen Wert. Sie vermitteln neben vielen Erfahrungen des Klassenkampfes und der Massenarbeit auch die hohen moralischen Grundsätze des neuen, des kommunistischen Menschen. Lenin stellte in seiner Beziehungen zu anderen Menschen immer die Sache über alles. Persönliche Vorurteile, Intrigen, wie sie gerade im Emigrantenleben eine große Rolle spielten, bekämpfte er auf entschiedenste.

So brachte es zum Beispiel der revolutionäre Aufschwung 1912 mit sich, daß viele russische Sozialdemokraten, die in der Reaktionsperiode schwankend geworden waren und Lenin teilweise bekämpft hatten, jetzt zu den Bolschewiki zurückkehren wollten. Es war ein für Lenin charakteristischer Zug, „daß er verstand, die prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten von Intrigen, von persönlichen Zänkereien zu trennen und die Sache selbst über alles zu stellen“<sup>21a</sup>. Wenn prinzipielle Einigkeit in den Ansichten bestand und der Genosse in der praktischen Arbeit seine Ehrlichkeit bewies, dann gab es für Lenin kein Nachtragen. „Bei aller seiner prinzipiellen Vorsicht war er ein großer Optimist der

<sup>21a</sup> Nadeshda Krupskaja: Erinnerungen an Lenin, S. 282.

Menschen gegenüber. ... Ohne eine prinzipielle Übereinstimmung jedoch kam auch keine persönliche Versöhnung zustande.<sup>22</sup>

An anderer Stelle hebt N. Krupskaja Lenins feinfühligke Art im Umgang mit anderen Menschen hervor. Lenin verstand es, vor allem jungen Genossen äußerst behutsam und aktivvoll zu helfen, Fehler zu berichtigen oder sie auf bestimmte Fragen einzulenken. Sein Prinzip war zu helfen, zu unterstützen, möglichst so, daß der andere gar nicht merkte, wie ihm geholfen wurde. Dieses Prinzip fandte Lenin nicht nur jungen Genossen gegenüber an, sondern es bestimmte seine Zusammenarbeit mit allen Menschen. Darin liegt auch die Ursache dafür, daß Genossen, die um erstenmal mit ihm zusammenkamen — auch dann noch, als er der Führer des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates der Welt war —, sofort ihre anfängliche Befangenheit verloren. Alle Genossen, die das Glück hatten, mit Lenin zusammenzutreffen, bestätigen das. Sie alle heben hervor, daß Lenin der aufmerksamste Zuhörer war, daß er es ausgezeichnet verstand, durch Fragen und Zwischenbemerkungen den Genossen immer auf das Wesentlichste und Wichtigste zu konzentrieren, und ihm dadurch gleichzeitig in seiner weiteren Arbeit half.

Ein wesentlicher Charakterzug Lenins war seine Einfachheit und Becheidenheit. Krupskaja betont, daß er auch als Staatsführer der schlichte, anspruchslose Mensch blieb. Im März 1919 übersiedelte die Sowjetregierung von Petrograd nach Moskau. Lenin hielt mit seiner Familie (N. Krupskaja und seine jüngere Schwester) in jeder andere Staatsfunktionär zwei Zimmer, und er hätte sich sehr gewehrt, wenn man ihn hätte bevorzugen wollen. Als man ihm einmal ein höheres Gehalt zahlte, schrieb er einen empörten Brief an den Chef

der Kanzlei, in dem es unter anderem hieß: „Da Sie meiner dringenden Forderung, mir den Grund für die Erhöhung meines Gehalts ab 1. März 1918 von 500 auf 800 Rubel mitzuteilen, nicht nachgekommen sind, und es sich ganz offensichtlich um eine gesetzwidrige Erhöhung handelt, die ... gegen das Dekret des Rates der Volkskommissare vom 23. November 1917 verstößt, erteile ich Ihnen eine strenge Rüge.“<sup>23</sup>

Bezeichnend war auch sein unterschiedener Kampf gegen den Bürokratismus, wo immer er sich zeigte. Er forderte, dieses vom Zarismus überkommene Übel mit Hilfe der Massen und ihrer Initiative mit Stumpf und Stiel auszurotten. Äußerst aufmerksam verhielt er sich gegenüber allen Beschwerden und Vorschlägen einfacher Werktätiger, deren Initiative durch Bürokratismus gehemmt wurde. N. Krupskaja zitiert viele persönliche Anweisungen Lenins, in denen er auf diese Beschwerden einging.<sup>24</sup>

Lenin verbreitete um sich eine Atmosphäre des Lernens. Die Überwindung des Analphabetentums und die ständige Weiterbildung des einzelnen betrachtete er als eine Voraussetzung für den Sieg des Sozialismus. Für Lenin war die Überwindung des Analphabetentums und die Erziehung kulturell hochstehender Menschen nicht nur eine Lebensfrage für den sozialistischen Staat, sondern gleichzeitig ein zutiefst menschliches Problem.<sup>25</sup> Der Sozialismus ermöglicht die freie Entfaltung der jahrhundertlang unterdrückten Talente und Begabungen des Volkes. Die Sehnsucht nach einem wahrhaft menschlichen Leben findet ihre Er-

<sup>23</sup> W. I. Lenin: Werke, 4. Ausg., Bd. 35, S. 272, russ. — Deutsch zit. in: Nadeschda Krupskaja: Erinnerungen an Lenin, S. 529.

<sup>24</sup> Vgl. Nadeschda Krupskaja: Erinnerungen an Lenin, S. 583—587.

<sup>25</sup> Vgl. auch Clara Zetkin: Erinnerungen an Lenin, S. 18—22.

<sup>22</sup> Ebenda.



füllung. Doch damals stand das Sowjetvolk erst am Anfang seiner Entwicklung; aber trotz Hunger und Bürgerkrieg wirkte Lenin unermüdlich für die Ausnutzung aller Möglichkeiten der Volkserziehung und -bildung. Besonders in der jungen Roten Armee wurde ein energischer Kampf gegen Analphabetentum und Unwissenheit geführt. In jeder Einheit gab es Zirkel und Lehrgänge.

Diese Atmosphäre des Lernens erfaßte auch die Kremlwache. Als Graf Mirbach, der erste deutsche Botschafter in Sowjetrußland, seinen „Antrittsbesuch“ bei Lenin machte, saß der wachhabende Rotarmist vor Lenins Arbeitszimmer und las. Höchst verwundert ob dieser „unmilitärischen“ Beschäftigung ließ sich Mirbach den Titel des Buches übersetzen, das der Rotarmist las. — Es war August Bebels „Die Frau und der Sozialismus“.

Äußerst aufschlußreich für den Leser sind die Darstellungen Krupskajas über Lenins Arbeitsstil, der von der engsten Verbindung von Theorie und Praxis bestimmt war. Das zeigte sich schon bei dem jungen Lenin, als er gegen die liberalen Volkstümler kämpfte. Er blieb nicht bei der abstrakten theoretischen Widerlegung ihrer Ansichten stehen. Er verband die Polemik anhand umfangreichen statistischen Materials und gründlicher Kenntnis der russischen Wirklichkeit sowie meisterhafter Beherrschung des Marxismus mit dem wissenschaftlichen Nachweis, daß sich auch in Rußland — im Gegensatz zu den Ansichten der Volkstümler — der Kapitalismus gesetzmäßig entwickelt und auf diesem Boden ein revolutionäres Proletariat entsteht, das in der sozialdemokratischen Partei seine Führerin finden muß. So entstanden solche bedeutenden Werke wie: „Was sind die ‚Volksfreunde‘ und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten“ und „Die Entwicklung des

Kapitalismus in Rußland“, in denen wir bereits alle wesentlichen und später von ihm weiterentwickelten Grundzüge des Leninismus finden.

Auch seine späteren Werke, zum Beispiel „Was tun?“, „Materialismus und Empiriokritizismus“ oder „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, entstanden immer im engsten Zusammenhang mit den praktisch-politischen Bedürfnissen der Partei.

Eine wesentliche Seite des Leninschen Arbeitsstils war seine enge Verbindung mit den Massen. Nur durch diese enge Verbindung mit den Massen und indem er in Übereinstimmung mit den historischen Gesetzmäßigkeiten und dem Streben der Arbeiterklasse und aller Werktätigen nach einem Leben ohne Ausbeutung und Krieg handelte und diesem Streben klarsten Ausdruck Richtung und Ziel gab, konnte sich Lenin zu der großen historischen Persönlichkeit, zum Genius der proletarischen Revolution entwickeln. N. Krupskaja schildert, wie Lenin im Gegensatz zu Plechanow auch in der Emigration nie den Kontakt zur russischen Wirklichkeit verlor und engste Beziehung zur russischen Arbeiterklasse hatte. Sie sieht die Ursache für Lenins Fähigkeit, die Partei in den wechselnden Situationen immer richtig zu orientieren und zum Sieg zu führen gerade in dieser engen Verbindung mit den Massen und umgekehrt Plechanows immer stärkeres Abgleiten von der Position des revolutionären Klassenkämpfers vor allem in seiner Entfremdung von den russischen Verhältnissen. Als die breite Massenbewegung des russischen Proletariats entstand, war Plechanow schon im Ausland, und er bemühte sich auch nie um die enge Verbindung zur Arbeiterklasse, die Lenin auszeichnete und um die Lenin ständig kämpfte.

Neben den ständigen persönlichen Kontakten mit allen russischen So-

ialdemokraten, die zeitweilig ins Ausland kamen, war seine Korrespondenz mit russischen Arbeitern und in Rußland lebenden Parteimitgliedern eine der wichtigsten Quellen einer Massenverbindung. N. Krupskaja schreibt, daß Lenin kurz vor der Revolution 1905 im Monat bis zu 100 Briefe aus Rußland bekam, die ihm unerschöpfliches Material boten. Er verstand es, die Briefe der Arbeiter zu lesen. Ich entsinne mich noch eines Briefes von Arbeitern der Odessaer Steinbrüche. Ein kollektiver Brief mit einigen urwüchsigen Handschriften, ohne Subjekt und Prädikat, ohne Punkte und Kommas, aber er atmte unerschöpfliche Energie, Bereitschaft zum Kampf bis zum letzten, bis zum Sieg, ein Brief, farbenprächtigt durch jedes seiner naiven und überzeugten, unerschütterlichen Worte... Wladimir Iljitsch las diesen Brief immer wieder, und dann ging er tief in Gedanken auf und ab. Die Arbeiter der Odessaer Steinbrüche hatten sich die Mühe nicht ansonst gemacht, als sie den Brief an Iljitsch schrieben, sie schrieben dem Genossen, dem sie schreiben mußten, der sie am besten verstanden hat.<sup>26</sup>

Höhepunkt der Erinnerungen N. Krupskajas an Lenin ist ihre Darstellung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und der folgenden Monate. Aus diesem Kapitel über die Oktoberrevolution weht uns der frische Atem der Revolution entgegen. Reportagehaft — zu vergleichen mit John Reeds „10 Tage, die die Welt erschütterten“ — schildert sie uns die welthistorischen Ereignisse und vor allem den unermüdlichen Kampf Lenins um die Gewinnung der Massen. Dabei hebt sie vor allem die Bedeutung der Dekrete über den Grund und Boden und über den Frieden hervor, Dekrete, die den Wünschen und Forderungen Millionen Werktä-

tiger in Rußland und der ganzen Welt entsprachen.

Als eine der wichtigsten Aufgaben nach dem Sieg der Revolution betrachtete Lenin die Durchsetzung eines neuen Arbeitsstils in der Partei. Die Mitglieder und Funktionäre mußten lernen, „auf neue Weise zu arbeiten, mußten ihre alten Gewohnheiten ablegen, denn aus revolutionären Oppositionellen galt es zu Verantwortungsbewußten, klugen und tüchtigen Erbauern der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu werden.“<sup>27</sup>

Die neuen Verwaltungen konnten nur unter großen Schwierigkeiten gegen die Sabotage der alten Beamten aufgebaut werden. Einfache Arbeiter mußten leitende Funktionen im neuen Staatsapparat übernehmen. Nur durch Einbeziehung möglichst vieler Werktätiger in die Arbeit der Staatsorgane konnten die Schwierigkeiten überwunden werden. Hierbei bewährten sich die Sowjets als Machtorgane der Massen, als Instrument der Diktatur des Proletariats. Sie waren Ausdruck der höchsten Form der Demokratie, der sozialistischen Demokratie.

Größte Aufmerksamkeit widmete Lenin stets der deutschen Arbeiterbewegung. Bei seiner ersten Auslandsreise 1895 hielt er sich auch einige Wochen in Berlin auf, wo er in öffentlichen Bibliotheken vor allem die Werke von Marx und Engels studierte, die ihm in Rußland nicht zugänglich waren, und wo er sich mit den Problemen der deutschen Arbeiterbewegung bekannt machte.<sup>28</sup>

N. Krupskaja berichtet auch von den späteren Aufenthalten Lenins

<sup>27</sup> Ebenda, S. 461.

<sup>28</sup> Näheres hierüber und auch über spätere Aufenthalte Lenins in Deutschland vgl. Xaver Streb: Lenin in Deutschland, 2. Aufl. In: Schriftenreihe Beiträge zur Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung, Heft 13, Dietz Verlag, Berlin 1960.

\* Nadeshda Krupskaja: Erinnerungen an Lenin, S. 123.

in Deutschland interessante Einzelheiten, beispielsweise von seinem Wirken in München und Leipzig<sup>29</sup> 1900–1902, als er die Herausgabe der „Iskra“, des ersten gesamtrussischen Parteiorgans, vorbereitete und durchsetzte, oder von ihrem gemeinsamen Besuch bei Rosa Luxemburg in Berlin, als sie Ende 1907 erneut in die Emigration gingen.

In den Erinnerungen deutscher Genossen an W. I. Lenin, die in dem Band „Unvergesslicher Lenin“ zusammengefaßt sind, stehen die Beziehungen Lenins zur deutschen Arbeiterbewegung naturgemäß im Mittelpunkt. 38 Genossen berichten von ihren Begegnungen mit Lenin in Deutschland, in der Schweiz oder in Moskau. Alle Beiträge, obwohl von unterschiedlicher Aussagekraft, fügen sich zu einem Mosaik zusammen, das die Persönlichkeit Lenins eindrucksvoll vor uns erstehen läßt. Sie schildern uns die schlichte, einfache Art Lenins, seine ständige Bereitschaft zu helfen und zu raten, seine wahre menschliche Größe.

Der größte Teil der Erinnerungen behandelt die Zeit nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, vor allem die Hilfe Lenins für die deutsche Arbeiterbewegung auf den Weltkongressen der Kommunistischen Internationale. „Die Beiträge beleuchten ein Stück unserer Parteilgeschichte und zeigen, wie Lenin führte, lehrte und kritisierte, umgänglich in der Form, doch scharf in der Sache, und wie er unbedingte Autorität war“, so heißt es im Vorwort zu diesem Band.<sup>30</sup>

Doch auch aus der vorhergehenden Zeit enthält der Band wertvolle Erinnerungen. Besonders hervorzuheben ist der Bericht von Sepp Hahn „Lenin bei Clara Zetkin in Stuttgart“. Genosse Hahn schildert, wie

ihm Lenin kameradschaftlich geholfen hat, eine richtige Stellung zum Opportunismus zu beziehen. Einige Wochen vor diesem Gespräch war im „Vorwärts“ vom 26. März 1912 ein anonymer Schmähartikel Trotzki gegen Lenin und die Bolschewiki erschienen, und die Redaktion des „Vorwärts“ hatte sich geweigert, die Antwort Lenins abzudrucken, in der ein richtiges Bild der Lage in der russischen Sozialdemokratie gegeben wurde. Anhand dieses Beispiels wies Lenin nach, daß der Opportunismus eine internationale Erscheinung ist, der in allen Ländern eine geschlossene Front gegen den revolutionären Marxismus bildet und die Arbeiterbewegung entmannen will.

Einige Erinnerungen schildern die große Hilfe, die Lenin der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung gab, um im ersten Weltkrieg eine richtige Politik durchzuführen. Der schmachvolle Verrat der Führer der II. Internationale und besonders der deutschen Sozialdemokratie hatte tiefe Verwirrung unter den Arbeitern hervorgerufen. Die Bolschewiki waren die einzige Partei, die von Anfang an die Massen zum Kampf gegen die Krieg aufriefen, das russische Proletariat organisierten und der internationalen Arbeiterbewegung ein klares Programm für den Kampf gegen den imperialistischen Krieg gaben. Lenin setzte alle Energie ein, um die linken Kräfte der internationalen Arbeiterbewegung zu sammeln und zur III., zur Kommunistischen Internationale zusammenzuschließen.

Über diesen Kampf berichten u. a. die Genossen Robert Siewert und Hans Pfeiffer. Sie schildern, welchen großen Eindruck auf sie ein in deutscher Sprache gehaltener Vortrag Lenins über das Thema „Proletariat und Krieg“ in Bern vor Sozialdemokraten vieler Länder machte. In diesem Vortrag analysierte Lenin ausführlich den imperialistischen Charakter des Krieges und leitete daraus

<sup>29</sup> Über Lenins Aufenthalt in Leipzig vgl. auch Friedrich Donath: Lenin in Leipzig, Dietz Verlag, Berlin 1958.

<sup>30</sup> Unvergesslicher Lenin, S. 6.



die Aufgaben des Proletariats ab. „Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg!“ — das war die Losung, die Lenin den „Vaterlandsverteidigern“ und den demagogischen pazifistischen Phrasen eines Kautsky entgegensetzte.

Besonders intensiv war die ideologische Hilfe Lenins für die junge Kommunistische Partei Deutschlands, die im Feuer der Novemberrevolution entstanden war und mit der, wie Lenin sagte, „die Gründung einer wahrhaft proletarischen, wahrhaft internationalistischen, wahrhaft revolutionären III. Internationale, der *Kommunistischen Internationale, Tatsache* geworden“<sup>31</sup> war.

Er veranlaßte, daß zum Beispiel seine Arbeit „Staat und Revolution“, die die reformistische Position Kautskys entlarvte, schnellstens ins Deutsche übersetzt wurde. Alfred Kurella schildert in „Unvergesslicher Lenin“ die große Wirkung dieses Buches in Deutschland; es half den revolutionären Kräften, sich in der Revolution richtig zu orientieren, und es enthielt die Argumente zur Beantwortung aller wichtigen Fragen..., die die Gegenwart stellte“<sup>32</sup>.

In seinen Referaten auf den Weltkongressen, in den Dokumenten der Kommunistischen Internationale gab Lenin der deutschen Arbeiterbewegung unerschöpfliche Hilfe. Er stärkte die leninistischen Kräfte in der KPD und half ihnen, eine richtige, auf die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse gerichtete Politik durchzusetzen. In persönlichen Gesprächen, in Beratungen mit der deutschen Delegation wurde diese Hilfe noch vertieft und erweitert. Besonders wertvoll war Lenins prinzipielle Kritik auf dem III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale an der sogenannten Offensiv-

theorie, die in Auswertung der mitteleuropäischen Kämpfe 1921 in der KPD eine Rolle spielte und die gegen die leninistische Linie der Gewinnung der Massen gerichtet war.<sup>33</sup>

Dieses Problem steht auch im Mittelpunkt der Broschüre von Wilhelm Koenen „Meine Begegnungen mit Lenin“. Diese Arbeit, die eigentlich über den Rahmen einer Erinnerung etwas hinausgeht, gibt die wichtigsten Gedanken Lenins, die er auf dem III. Weltkongreß und in Zusammenkünften mit deutschen Genossen zur „Offensivtheorie“ und zur Politik der KPD äußerte, wieder. In den schweren Monaten des Jahres 1921 — eben war der konterrevolutionäre Putsch auf Kronstadt niedergeschlagen worden, und in der Partei gab es Auseinandersetzungen um die Durchsetzung der Leninschen „Neuen Ökonomischen Politik“ gegen den Widerstand der oppositionellen Elemente um Trotzki — fand Lenin Zeit, sich intensiv mit den Problemen der deutschen Partei zu befassen und ihr auf den richtigen Weg zu helfen. Er half der Partei, sich auf die Hauptaufgabe zu orientieren: „Heran an die Massen! Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse, ja des ganzen schaffenden Volkes!“<sup>34</sup>

Einen besonderen Platz unter den Erinnerungen deutscher Genossen an Lenin nimmt Clara Zetkins Buch „Erinnerungen an Lenin“ ein. Clara Zetkin erzählt in meisterhafter Form, stimmungsvoll und poetisch von ihren Begegnungen und Gesprächen mit Lenin nach dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Sie vermittelt einen starken Eindruck von der Persönlichkeit Lenins, seiner Schlichtheit und Größe. Ihre Erinne-

<sup>33</sup> Vgl. Unvergesslicher Lenin, besonders die Erinnerungen der Genossen Wilhelm Pieck, Clara Zetkin, Fritz Heckert, Wilhelm Koenen, Bernard Koenen, Robert Leibbrand und Hugo Gräf.

<sup>34</sup> Wilhelm Koenen: Meine Begegnungen mit Lenin, S. 45.

<sup>31</sup> W. I. Lenin: Werke, Bd. 28, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 442.

<sup>32</sup> Alfred Kurella: „Was sind Sie eigentlich von Beruf, Genosse?“ In: Unvergesslicher Lenin, S. 76.

rungen zeigen uns Lenin im privaten Kreis wie auf Massenkundgebungen und auf den Weltkongressen der III. Internationale. Sie würdigt gleichzeitig den kühnen Denker und den warmherzigen Menschen, den unbeugsamen Kämpfer, der das Tor aufstieß zu einer Welt ohne Krieg und Not, zu einer Welt des Friedens und des Glücks der Menschheit, zum Sozialismus.

Clara Zetkin verband eine enge Freundschaft mit Lenin und dessen Lebensgefährtin Nadeshda Krupskaja. Das zeigen auch die im Anhang des Buches z. T. als Faksimiles erstmalig veröffentlichten Briefe aus dem Briefwechsel Lenins und Krupskajas mit Clara Zetkin. Ausführlich gibt Clara Zetkin Lenins Ansichten über Kunst, Jugenderziehung und vor allem über die Frauenfrage wieder. Für Lenin wie auch für Clara Zetkin, deren Name untrennbar mit dem Kampf um die volle soziale und politische Gleichberechtigung der Frau verbunden ist, war die sogenannte Frauenfrage keine Sonderfrage, sondern untrennbarer Bestandteil des proletarischen Klassenkampfes. Daraus ergab sich, daß Lenin gegen jede Sondervereinigung der Kommunistinnen auftrat. „Wer Kommunistin ist, gehört als Mitglied in die Partei wie der Kommunist. Mit gleichen Pflichten und Rechten.“<sup>35</sup> Das bedeutete jedoch nicht, daß Lenin Frauenorganisationen überhaupt ablehnte. Im Gegenteil, energisch trat er gegen solche „radikalistischen“ Ansichten auf. „Die Partei muß Organe haben, ... deren besondere Aufgabe es ist, die breitesten Frauenmassen zu wecken, mit der Partei zu verbinden und dauernd unter ihrem Einfluß zu halten. ... Wir brauchen eigene Organe zur Arbeit unter ihnen, besondere Agitationsmethoden und Organisationsformen. Das ist nicht Feminismus, das ist

praktische, revolutionäre Zweckmäßigkeit.“<sup>36</sup>

Von besonderer Bedeutung für den historisch interessierten Leser sind vor allem die Teile des Buches, in denen Clara Zetkin die Ansichten Lenins zu Problemen der deutschen Arbeiterbewegung wiedergibt. Ob sie nun Lenins Stellung zu den mittel-deutschen Märzkämpfen, zur „Offensivtheorie“, zu Levis Rechtsoppor-tunismus und Verrat oder zu den ultralinken Sektierern vom Schlage eines Maslow und Fischer aufzeichnete, die Kernfrage bei Lenin ist immer: Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse für die Partei, Gewinnung der Massen für eine revolutionäre Arbeiterpolitik. Und Lenins Abschiedsworte an Clara Zetkin nach dem III. Weltkongreß 1921: „Auf die Massen kommt es an. ... Und wir werden die Massen bekommen, wenn wir im kleinen und großen stets als konsequente Kommunisten handeln. ... Immer an die Massen denken, Clara, und ihr kommt zur Revolution, wie wir zu ihr gekommen sind: mit den Massen, durch die Massen“<sup>37</sup> sind ein Vermächtnis, das unsere Partei stets gehütet hat.

Auch nach seinem Tode blieben die Ideen Lenins lebendig. Sie wirken fort in seinen Werken, dem unentbehrlichen Rüstzeug der internationalen Arbeiterbewegung. Sie wirken fort in der von ihm geschaffenen Kommunistischen Partei der Sowjetunion, sie sind lebendige Wirklichkeit im großen Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus. F. C. Weiskopf hat das meisterhaft gestaltet in seinem Gedicht „Auf Lenins Tod“:

Umflort die Fahnen,  
Dämpft die Trommeln,  
Laßt  
In aller Welt  
Die Räder leise gehn —

<sup>35</sup> Clara Zetkin: Erinnerungen an Lenin, S. 79.

<sup>36</sup> Ebenda, S. 79 u. 80.

<sup>37</sup> Ebenda, S. 51.

Doch senkt die Waffen nicht  
Und laßt die Fahnen wehn  
Und laßt die Internationale  
Lauter rufen  
Als je:  
Hört die Signale, Völker!  
Reiht euch zum Gefecht,  
Wladimir  
Iljitsch  
Lenin  
Ist — nicht — tot,  
Er lebt,  
Marschiert  
Mit uns.

Fritz Zimmermann

*Josef Schleifstein: Franz Mehring. Sein marxistisches Schaffen 1891 bis 1919.* Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Geschichte an der Karl-Marx-Universität Leipzig. Hrsg. von Prof. Dr. Ernst Engelberg, Bd. 5, Verlag Rütten & Loening, Berlin 1959, 356 S., mit 6 Abbildungen.

Die letzten Jahre brachten eine sehr beachtliche Belebung, mehr noch, einen wirklichen Neubeginn der marxistischen Mehring-Forschung in der Deutschen Demokratischen Republik. Es war ein außerordentlich dringendes Bedürfnis für die Entwicklung der jungen marxistischen Geschichts- und Literaturwissenschaft in der DDR, sowohl die riesigen, fast noch unerschlossenen Schätze aus Mehrings Schaffen zu heben als auch sich mit den Schwächen und Fehlern Mehrings auseinanderzusetzen. Es galt, Mehrings Platz als Theoretiker und Führer der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung genau zu bestimmen.

Inzwischen liegen bereits drei größere Arbeiten über Mehrings Leben und Wirken vor; zwei aus dem Leipziger Institut für Deutsche Geschichte und eine aus dem Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK

der SED. Man kann diese Arbeiten mit vollem Recht zu den positivsten Ergebnissen unserer marxistischen Forschung auf historischem und literaturtheoretischem Gebiet zählen, bieten sie doch zusammengekommen nicht nur einen ausgezeichneten Überblick über Mehrings wissenschaftliches und journalistisches Schaffen, sondern sie klären auch weitgehend viele von Mehring in seinen Schriften aufgeworfene und heute besonders wichtige theoretische und politische Probleme.

Thomas Höhle<sup>1</sup> erschloß mit seiner Arbeit über Mehrings Weg zum Marxismus ein von der marxistischen Forschung überhaupt noch nicht berührtes Kapitel der Entwicklung des bedeutendsten marxistischen deutschen Historikers nach Marx und Engels. Durch H.s Buch erfuhr der Leser Näheres über den außerordentlich komplizierten und widerspruchsvollen Entwicklungsgang des jungen, hochtalentierten radikalen bürgerlichen Demokraten, der noch bei den Letzten, aber auch Besten der in Deutschland so schwachen kleinbürgerlichen Demokratie — Johann Jacoby und Guido Weiß — in die Schule gegangen war. H. zeigt, wie Mehring nach manchen Irrwegen zum überzeugten und prinzipienfesten marxistischen Politiker und Theoretiker wurde, der sich fortan bedingungslos in den Dienst der Arbeiterklasse und ihrer großen humanistischen Sache stellte.

Zweierlei macht H.s Schrift besonders wertvoll: Einmal ist es der gelungene Nachweis, daß Mehrings Entwicklung nicht von irgendwelchen Zufälligkeiten bestimmt war, sondern sich gewissermaßen gesetzmäßig aus dem Konflikt des ehrlichen Demokraten mit der ihn umgebenden

<sup>1</sup> Thomas Höhle: Franz Mehring. Sein Weg zum Marxismus 1869–1891. Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Geschichte an der Karl-Marx-Universität Leipzig. Hrsg. von Prof. Dr. Ernst Engelberg, Bd. 1, Berlin 1956.



bürgerlich-kapitalistischen Welt ergab, die in ihrer junkerlich-reaktionären Verbrämung in Deutschland besonders brutal war. Zum anderen ist es die hohe politische Aussagekraft des Buches. H. zieht aus Mehrings konfliktreichem Weg, der ihn an die Seite der Arbeiterklasse führte, die für viele Menschen, besonders für viele Intellektuelle, in der Gegenwart so wichtige Schlußfolgerung, „daß der echte Demokrat, wenn er in unserer Zeit tatkräftig für seine Ideale wirken will und zu einem tiefen Verständnis für die gesellschaftlichen Triebkräfte gekommen ist, zur Bejahung der Arbeiterbewegung und des Sozialismus gelangen muß“<sup>2</sup>.

Hans Koch gab seiner Arbeit, die 1958 im Dietz Verlag, Berlin, erschien, den Titel „Franz Mehrings Beitrag zur marxistischen Literaturtheorie“. Dieses Buch gibt jedoch weit mehr als mit dieser Überschrift ausgedrückt wird. K. beschränkt sich nicht darauf, den Beitrag Franz Mehrings zur Entwicklung der marxistischen Literaturwissenschaft in Deutschland zu würdigen, sondern beschäftigt sich, besonders im I. und II. Kapitel, auch mit dem Platz Mehrings in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

Die Arbeit K.s zeichnet sich besonders durch einen ausgeprägten polemischen Charakter aus. Der Verfasser setzt sich ständig mit den opportunistischen Ansichten Brandlers, Thalheimers und insbesondere mit den revisionistischen Anschauungen Georg Lukács' über Mehring und die deutschen Linken auseinander. Er trägt damit entscheidend dazu bei, ein unverfälschtes Bild von Mehrings Rolle in der Geschichte der deutschen Nation und insbesondere der deutschen Arbeiterbewegung entsprechend den Einschätzungen von Friedrich Engels und W. I. Lenin herauszuarbeiten. Dabei muß die gründliche

Behandlung der prinzipiellen theoretischen Fragen besonders hervorgehoben werden. Das gilt vor allem für die Einschätzung von Mehrings Stellung zur Diktatur des Proletariats und zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution.

K.s Buch ist unentbehrlich für jeden marxistischen Historiker, der über die Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung von 1891 bis 1919 arbeitet.

Mit Josef Schleifsteins Untersuchung über Mehrings Schaffen in den Jahren 1891 bis 1919 wird die marxistische Geschichtsschreibung um einen weiteren bedeutenden Beitrag zur Mehring-Forschung bereichert. Sch.s Buch schließt sich chronologisch an Höhles Arbeit an. Der Verfasser stellt sich die Aufgabe, „ein Gesamtbild des marxistischen Schaffens Franz Mehrings in seinen hauptsächlichsten Zügen zu gestalten“ (S. 10<sup>3</sup>). Er begründet dies mit Recht damit, daß nur auf diese Weise die tatsächliche historische Stellung und Leistung Franz Mehrings während der entscheidenden Jahrzehnte seines Schaffens innerhalb der internationalen und speziell der deutschen Arbeiterbewegung bestimmt und wirkungsvoll den bisherigen Entstellungen und Fehlurteilen entgegengetreten werden kann. Die Fehlurteile ergaben sich zumeist daraus, daß nur einzelne Seiten der revolutionären Tätigkeit Mehrings behandelt wurden.

Sch.s Bemühen um ein Gesamtbild des marxistischen Schaffens Mehrings ist zweifellos gelungen. Der Leser erhält einen Einblick in die Grundzüge des marxistischen Wirkens und in die Vielfältigkeit der politischen und wissenschaftlichen Tätigkeit Mehrings. Aber der Autor hat selbst dar-

<sup>3</sup> Alle Seitenangaben ohne nähere Bezeichnung beziehen sich auf Josef Schleifstein: Franz Mehring. Sein marxistisches Schaffen 1891–1919, Berlin 1959.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 11.

auf aufmerksam gemacht, daß eine solche Studie keine umfassende und allseitige wissenschaftliche Biographie Franz Mehrings geben kann; das um so weniger, als gerade Mehrings marxistisches Schaffen derartig umfangreich und vielseitig ist, daß noch eine Reihe weiterer speziellerer Themen, ähnlich dem von Hans Koch, bearbeitet werden müssen, um zu einer umfassenden Gesamteinschätzung Mehrings zu gelangen. So mußten sich zwangsläufig einige Lücken ergeben, die nur durch weitere Forschungen behoben werden können.

Sch. gliedert seine Arbeit in sechs Hauptkapitel, wobei er im ersten Kapitel „Mehrings Lebensweg nach dem Anschluß an die Arbeiterbewegung“ schildert, dann jedoch das chronologische Prinzip verläßt und nach sachlichen Gesichtspunkten Mehrings Schaffen untersucht. Der Leser erhält zunächst einen zusammenfassenden Einblick in die philosophischen Arbeiten Mehrings. Zu Recht steht dieses Sachgebiet am Anfang. Es erweist sich als äußerst fruchtbringend und für das Verständnis der Rolle Mehrings unumgänglich, daß Sch. die philosophischen Diskussionen in der deutschen Sozialdemokratie kurz skizziert. Hier weist der Verfasser nach, daß Mehring sich unablässig mit philosophischen Fragen beschäftigte und entschieden gegen den philosophischen Revisionismus auftrat. Der Leser gewinnt die Erkenntnis, daß Mehrings Stärke im Kampf gegen den philosophischen Revisionismus vor allem darin bestand, entschieden und kompromißlos die jeweilige historische Stellung und die sozialen und klassenmäßigen Funktionen einer philosophischen Strömung bloßzulegen und die Unvereinbarkeit der bürgerlichen Ideologie mit den Zielen und Interessen des proletarischen Klassenkampfes ständig nachzuweisen. Gestützt auf den historischen Materialismus, erkannte Mehring zweifellos klarer als

andere sozialdemokratische Führer den bürgerlichen Klassencharakter der philosophischen Richtungen von Kant bis Nietzsche und kam daher auch zu einer entschiedenen Ablehnung der Kantschen Erkenntnistheorie als Ersatz für eine angeblich nicht existierende marxistische Erkenntnislehre.

Anderseits zeigt sich hier auch Mehrings Hauptschwäche. Mehring hat, wie Sch. gut herausarbeitet, die falsche Auffassung nicht überwinden können, daß Marx und Engels nur eine neue *Methode* der Erforschung der menschlichen Entwicklung, nicht aber eine neue *Weltanschauung* geschaffen haben. Obwohl Mehring von allen Führern der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands die entscheidenden philosophischen Schriften von Marx und Engels am besten kannte und in seinen Darstellungen über die Entstehung und Entwicklung des Marxismus Großes für die Propagierung der philosophischen Ideen des Marxismus leistete, unterschätzte er jedoch das theoretisch-weltanschauliche Fundament des Marxismus, wobei er den Engelsschen Satz über das Ende der bisherigen Philosophie falsch auslegte. Damit hängt zusammen, daß Mehring die Bedeutung der materialistischen Dialektik nicht voll erkannte und das qualitativ Neue des Marxismus gegenüber aller vorangegangenen Philosophie nicht voll sah.

Sch. zeigt anschaulich, welche weitreichenden Folgen diese falsche Auffassung Mehrings hatte. Einmal blieb dadurch das weite Feld der Erkenntnistheorie, auf dem ein erbitterter Kampf zwischen proletarischen und bürgerlichen Auffassungen tobte, größtenteils den Neukantianern überlassen; zum anderen liegt in dieser falschen Position Mehrings letztlich auch eine entschiedene Ursache für seine fehlerhafte Einschätzung Lassalles und des Lassalleanismus sowie vor allem des um die Jahrhundert-

wende auftretenden Revisionismus in der deutschen Arbeiterbewegung.

Mit dem zweiten Schaffensgebiet, den literaturgeschichtlichen Arbeiten und ästhetischen Anschauungen Mehrings, befaßte sich der Autor im dritten Kapitel. Wir möchten auf die in diesem Teil des Buches aufgeworfenen Fragen hier nicht näher eingehen, sondern uns vor allem den Kapiteln über Franz Mehrings Wirken als Historiker zuwenden. Denn „seine bedeutendsten Werke hat Franz Mehring als Historiker geschaffen. Hier fühlte er sich auf seinem ureigenen Felde und entfaltete sein reiches Talent am freiesten“ (S.160) — schreibt Sch. und widmet mit vollem Recht den speziell historischen Arbeiten Mehrings großen Raum. Man wird diesen Teil gewiß zu den bedeutendsten und wichtigsten des Buches zählen können. Wie der Verfasser — oft allerdings, ohne es besonders hervorzuheben — in allen Kapiteln immer wieder nachweist, daß der *Historiker* Mehring auf allen Wissensgebieten, in der Literaturwissenschaft wie auf dem Gebiet der Philosophie, in der Bearbeitung grundlegender marxistischer Probleme am weitesten vordrang, so läßt er im vierten und fünften Kapitel deutlich werden, wie sehr Mehring ein echter Historiker von Berufung war.

Es ist eigentlich das erstemal, daß Mehrings historisches Schaffen eine so ausführliche und auf gründlicher Forschung beruhende Darstellung erfährt, die noch dadurch an Wert gewinnt, daß sie sich als Teil einer Gesamtdarstellung darbietet und daher seine große wissenschaftliche Leistung und seine Fehler und Schwächen in ein richtiges Verhältnis bringt.

Sch. beschreitet hier in besonderem Maße Neuland. Er leistet eine politisch wie wissenschaftlich beachtenswerte Pionierarbeit. Es besteht wohl kein Zweifel darüber, daß es für

unsere aufstrebende marxistische deutsche Historiographie bei Mehring geradezu einen Schatz von wertvollen und nützlichen Erkenntnissen zu heben gilt. Sch. hat den Anfang gemacht. Und so viele Fragen auch noch offen geblieben sein mögen, die Forschung wurde ein großes Stück vorangebracht, und es ist auch klarer geworden, in welcher Richtung weiter geforscht werden muß.

Entsprechend den beiden Hauptgebieten, auf denen sich Mehrings Schöpfung als Historiker besonders entfaltete, behandelt der Verfasser in je einem Kapitel „Die Zerstörung der preußischen Legende“ und „Mehring als Historiker der deutschen Arbeiterbewegung“. Nach einem einleitenden Überblick über die historischen Schriften Mehrings lenkt Sch. den Blick auf die zentralen Probleme der Mehringschen Geschichtswerke, ohne zu sehr auf Detailfragen einzugehen.

Man spürt auch hier, daß es dem Autor in erster Linie um eine richtige Gesamtsicht geht. Allerdings mußte die tiefe Analyse bestimmter Einzelfragen notgedrungen etwas darunter leiden. Es ist Sch. dennoch gut gelungen, jenen bedeutenden Beitrag herauszuarbeiten, den Mehring bei der Ausarbeitung und Begründung der nationalen Grundkonzeption der deutschen Arbeiterklasse geleistet hat. Dieser Gedanke zieht sich wie ein roter Faden durch beide Kapitel. Allerdings hätten sowohl dieser Teil als auch die gesamte Arbeit noch mehr gewonnen, wenn die Idee der nationalen Konzeption, wie sie von den deutschen Linken und vornehmlich von Karl Liebknecht gestützt auf die Kerngedanken von Marx und Engels, für die Epoche des Imperialismus entwickelt wurde, an einer Stelle einmal zusammenfassend behandelt worden wäre. Sämtliche historischen Arbeiten Mehrings waren von der großen Verantwortung eines Historikers der Arbeiterklasse gegen



über dem Schicksal der deutschen Nation getragen. Mehrings Verdienst bestand in hohem Maße darin, daß er durch seine geschichtswissenschaftlichen Arbeiten die herrschenden reaktionären Klassen Deutschlands, insbesondere den deutschen Militarismus, erbarmungslos als Feinde der Nation entlarvte, gleichzeitig aber auch den Entwicklungsgang der deutschen Arbeiterbewegung erforschte und sie als entscheidende Kraft darstellte, die berufen und in der Lage ist, den menschenfeindlichen deutschen Imperialismus und Militarismus zu bändigen und die deutsche Nation auf die Bahnen einer friedlichen und demokratischen Entwicklung zu führen. In diesem Zusammenhang macht Sch. deutlich, wie Mehrings historische Arbeiten nicht irgendwelchen persönlichen Interessen und Neigungen, sondern den unmittelbaren Bedürfnissen des politischen Kampfes der Arbeiterklasse entsprangen.

Mehring erklärte die historischen Wurzeln der besonderen Aggressivität und Raublust der preußisch-deutschen Militaristen und Imperialisten. Er zeigte dem deutschen Volk den antinationalen Charakter der militaristischen Kräfte, die nach der Jahrhundertwende in immer stärkerem Maße zum Raubkrieg drängten und 1914 die Nation in die Katastrophe stürzten. Mehrings Arbeiten über die preußische Geschichte dienten, wie der Verfasser richtig herausarbeitet, der Aufklärung und Mobilisierung der Volksmassen zum Kampf gegen den preußisch-deutschen Militarismus. Da die Nachfahren dieser reaktionären Kräfte heute in Westdeutschland erneut ihr verbrecherisches Spiel mit dem Krieg treiben, haben die Arbeiten Mehrings nach wie vor höchst aktuelle Bedeutung.

Obleich die Gliederung der Arbeit nach Sachgebieten es teilweise schwierig machte, war der Verfasser

doch jederzeit bemüht, den historischen Hintergrund, auf dem Mehrings Arbeiten entstanden sind, zu beleuchten (S. 160 ff., 179 ff.) und die politisch-ideologischen Ziele zu erläutern, die mit diesen Arbeiten verfolgt wurden. Er zeigt, wie die offizielle preußisch-deutsche Geschichtsschreibung seit der Reichseinigung von 1871 in aggressiv-militaristischer Manier alles daran setzte, durch geschichtsfälschende Legenden eine angeblich nationale Mission des preußischen Militarismus nachzuweisen und auf diese Weise das Gift des Chauvinismus in die Massen zu tragen. Mehring begriff damals, daß es die Aufgabe eines Parteihistorikers sein muß, den Kampf der Arbeiterklasse wirkungsvoll zu unterstützen, indem diese Geschichtslügen gründlich entlarvt wurden. Daher konzentrierte er seine Forschungen gerade auf diesen Punkt. Auch in dieser Beziehung vermittelt uns Mehrings Wirken höchst wertvolle Lehren.

Sch.s Arbeit hilft somit, anhand des historischen Schaffens Mehrings die nationale Lebensfrage des deutschen Volkes, die Überwindung des deutschen Militarismus und Imperialismus, besser zu verstehen. Mehrings historische Arbeiten mit ihrer ausgeprägten politischen Zielstrebigkeit sind beispielhaft für die marxistischen Historiker in der Deutschen Demokratischen Republik.

Gleiches muß man auch über die Arbeiten Mehrings auf dem Gebiet der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung sagen. Sch. betont völlig zu Recht, daß Mehring mit all seinen Arbeiten zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung das Ziel verfolgte, „den deutschen Arbeitern anhand der Lehren des zurückgelegten geschichtlichen Weges Kraft zu geben, sie im Geiste revolutionären Kampfes zu erziehen und ihren Weg mit dem Lichte marxistischer Erkenntnis zu erhellen“ (S. 201). Meh-

ring war im vollen Sinne des Wortes ein Parteihistoriker der Arbeiterklasse. Sch. zeigt an vielen Stellen, wie sehr Mehring diesem hohen Namen Ehre machte. Er erfüllte diesen Begriff gerade darum erneut mit lebendigem Inhalt, weil er sich von seinen großen Vorbildern, Marx und Engels, leiten ließ. Für ihn waren die Interessen der Arbeiterklasse oberstes Gesetz. Sie bestimmten sein Forschen und Lehren. Ihnen ordnete er seine historischen Arbeiten unter und gelangte gerade durch seine unbestechliche Parteilichkeit zu hoher Wissenschaftlichkeit. Auch diese Erkenntnis ist keineswegs nur von historischem Wert.

Die wissenschaftliche Strittigkeit einer Reihe historischer Probleme, die Mehring als erster aufwarf oder mit denen er sich ausführlich befaßte, zwang den Verfasser von vornherein, sich nicht nur auf eine wertende und einschätzende Wiedergabe der Mehringschen Gedankengänge und Erkenntnisse zu beschränken, sondern auch seinen eigenen Standpunkt zu entwickeln. Dabei handelt es sich fast ausschließlich um solche Fragen, die noch heute zur Diskussion stehen und in der Auseinandersetzung mit der reaktionären westdeutschen Geschichtsschreibung eine große Rolle spielen, wie etwa die Einschätzung der Kriege 1789–1815 und die Rolle der preußischen Reformen (S. 179 ff.), die Rolle der Arbeiterklasse und ihres bewußten Vortrupps, des Bundes der Kommunisten, im Vormärz und während der Revolution von 1848/1849 (S. 205 ff.), die Behandlung der alten deutschen Sozialdemokratie als einer revolutionären Partei (S. 222 ff.) und vor allem die Rolle des Lassalleanismus in der deutschen Arbeiterbewegung (S. 225 ff.). Für die Epoche des Imperialismus wären vor allem folgende Probleme zu nennen: Die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie von der Jahrhundertwende bis

zum Beginn des ersten Weltkrieges, der Kampf der deutschen Linken um die Schaffung einer selbständigen marxistischen Partei, die Differenzierung innerhalb der deutschen Linken u. a. Hier tritt die wissenschaftliche Analyse sichtlich in den Vordergrund; darum gehören diese Ausführungen mit zu den besten Partien des Buches. Der Autor leistet überdies noch seinen besonderen Beitrag zur gegenwärtigen Diskussion dieser Fragen.

Wir möchten als besonders wertvoll den Abschnitt über Mehrings Stellung zu Lassalle und zum Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein hervorheben. Die klare, nüchternsachliche und von besonders tiefen Eindringen in die Mehringschen Arbeiten und in Mehrings Denken zeugende prinzipielle Auseinandersetzung mit dessen schwerwiegendstem Fehler in der Darstellung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, mit seiner falschen Konzeption von der Rolle Lassalles ist Sch. am überzeugendsten gelungen. Bestechend ist die umfassende theoretische Begründung, die er gibt, um die falschen Auffassungen Mehrings überzeugend zu widerlegen. Er enthüllt die tiefen und komplizierten Widersprüche und sucht die sozialen und vor allem erkenntnistheoretischen Ursachen für eine derartige verhängnisvolle Fehleinschätzung bei Mehring aufzudecken. Er vermittelt dabei gleichzeitig eine knappe, aber inhaltsreiche marxistische Wertung der Rolle und Stellung Lassalles in der Arbeiterbewegung. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß Sch. diese Frage erschöpfend beantwortet hat. Jeder, der zu Mehring greift, um sich dort mit der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bekannt zu machen, und bei der Darstellung der sechziger Jahre auf diese Widersprüche stößt, erhält in Sch.s Buch eine bündige und klare Antwort.

Der Verfasser hebt an verschiedenen Stellen hervor, daß er sich in erster Linie um einen Gesamtüberblick des marxistischen Schaffens Mehrings bemühte. Bei einem so großen und zweifellos richtigen Vorhaben mußten unvermeidlich eine ganze Reihe von Fragen offenbleiben. Was die historischen Kapitel betrifft, so fällt zumindest zweierlei ins Auge: Einmal leidet die Darstellung Sch.s darunter, daß Mehrings Wirken als Historiker nicht genügend im Rahmen der Gesamtentwicklung der marxistischen Geschichtswissenschaft behandelt wurde. Mehring wird hier, was seine Leistungen als Historiker betrifft, bisweilen etwas zu isoliert dargestellt. Der enge Zusammenhang der Mehringschen Arbeiten mit den schon von Marx und Engels gewonnenen Erkenntnissen, mit deren historischen Schriften über die nationale Geschichte wie über die Entwicklung der Arbeiterbewegung bleibt zu sehr im Hintergrund. Das Buch hätte gewonnen, wenn Sch. diese Kontinuität der marxistischen Geschichtsschreibung stärker betont hätte. Das trifft noch mehr auf die Herausarbeitung der entscheidenden neuen Erkenntnisse zu, die Lenin der Geschichtswissenschaft vermittelte. Eine Einordnung Mehrings in diesen Entwicklungsprozeß der marxistischen Geschichtswissenschaft wird seine großen historischen Leistungen wie auch seine Grenzen noch deutlicher werden lassen.

Ebenso würde Mehrings überragende Stellung als Historiker der Arbeiterklasse innerhalb der deutschen Geschichtsschreibung noch klarer in Erscheinung treten, wenn sein Werk mit dem Zustand der bürgerlichen deutschen Geschichtswissenschaft zu Beginn unseres Jahrhunderts konfrontiert worden wäre. Die weitere Forschung wird diesen Aspekten größere Aufmerksamkeit widmen müssen, um Mehrings Platz als Historiker in der deutschen und internatio-

nen Geschichtswissenschaft umfassend und bis ins einzelne zu bestimmen, ähnlich wie es Hans Koch für das Gebiet der Literaturwissenschaft getan hat.

Auf der gleichen Ebene liegt auch der andere Mangel. Man erfährt zuwenig über die geschichtstheoretischen und methodologischen Leistungen Mehrings. Sch. beschränkt sich darauf, Mehrings Kampf gegen die idealistische Auffassung, nach der Helden die Geschichte machen, zu betonen (S. 196) und sein großes Verdienst herauszustellen, daß er die Geschichte als das Werk der Volksmassen behandelte. Er erwähnt noch die richtige Einstellung Mehrings zu den nationalen Traditionen unseres Volkes (S. 96), widmet diesem höchst wichtigen Fragenkomplex sonst aber keine speziellen Ausführungen, obgleich in der Arbeit eine Reihe von Anknüpfungspunkten hierfür gegeben sind.

Über die anhand der Mehringschen Darlegungen vom Verfasser behandelten Probleme wird die Diskussion noch weitergehen; gewiß wird hier und da Widerspruch auftauchen, so beispielsweise bei der sehr summarischen Feststellung, daß Marx' Einschätzung des Weberaufstandes etwas zu hoch gegriffen sei und Mehring Recht gehabt hätte (S. 205). Wir möchten hier nur einige Fragen herausgreifen. Nicht einverstanden erklären kann man sich, wie Sch. die Stellung von Marx und Engels zur Arbeiterbewegung in der Revolution von 1848/1849 behandelt. Soweit er an dieser Stelle Mehring wegen seiner falschen Einschätzung der Rolle der Bornschen Organisation kritisiert, kann man zustimmen. Unrichtig erscheint uns jedoch die Begründung, warum Marx und Engels lange Zeit innerhalb der demokratischen Bewegung als vorwärtstreibende Kräfte wirkten und erst im Frühjahr 1849 darangingen, eine eigene unabhängige Arbeiterpartei



aufzubauen. Bei diesen Ausführungen Sch.s spielt das Entwicklungsniveau der Arbeiterbewegung in Deutschland, ihr politisch-ideologischer Zustand, überhaupt keine Rolle; die neue Taktik von Marx im Frühjahr 1849 wird daraus erklärt, „daß erst das immer deutlicher sich offenbarende Versagen der kleinbürgerlichen Demokratie ein für allemal klarstellte, daß nur noch durch eine starke, zusammengefaßte politische Organisation der Arbeiterklasse den revolutionären Kräften Richtung und Schwung gegeben werden konnte“ (S. 211). Das ist aber nur die eine Seite der Sache. Es erscheint dadurch so, als hätten Marx und Engels nicht von Anfang an einen ununterbrochenen Kampf um die Partei geführt, sondern seien erst und vornehmlich durch das Versagen der kleinbürgerlichen Demokratie auf die Notwendigkeit einer eigenen proletarischen Partei gestoßen worden. Das aber widerspricht sowohl den eigenen Aussagen von Engels, der 1847, also das Gründungsjahr des Bundes der Kommunisten, als Datum für seine und Marxens Erkenntnis von der Notwendigkeit von der Partei angibt, als auch den angestrebten Bemühungen von Marx und Engels zu Beginn der Revolution, von Mainz als Zentrale aus ein Netz von Arbeitervereinen über ganz Deutschland zu organisieren.

Engels erklärte an verschiedenen Stellen die Taktik der marxistischen Vorhut auf dem äußersten Flügel der revolutionären Demokratie in erster Linie aus der Zurückgebliebenheit der deutschen Arbeiterbewegung. Er charakterisierte den Entschluß, innerhalb der demokratischen Bewegung zu wirken, als eine notwendige Maßnahme, um auf die Arbeiterklasse einwirken und sie von der Bourgeoisie lösen zu können.

In diesem Sinne muß auch die Rolle der „Neuen Rheinischen Zeitung“ als Organ der marxistischen

Vorhut zur politisch-ideologischen Erziehung der Arbeiterklasse stärker betont werden. Mehring hat ihre Funktion mehr oder weniger ausschließlich als „Organ der Demokratie“ gesehen und die zweite Funktion fälschlich erst ab Frühjahr 1849 gelten lassen. Für Marx und Engels aber war die Zeitung von Beginn an *auch* ein Instrument zur Entwicklung der Arbeiterbewegung. Sie hat also solches viel dazu beigetragen, daß das politische Niveau der Arbeiterklasse sich bis Anfang 1849 beachtlich hob und Marx und Engels nun zur unmittelbaren Organisierung einer politischen Partei des Proletariats schreiten konnten. Wir wissen, daß es sich bei diesen Bemühungen um sehr erfolgversprechende Aktionen handelte, die lediglich durch die Niederlage der Revolution nicht zur Entfaltung kamen und erstickt wurden.

Ein weiteres Problem, bei dem wir mit Sch. nicht übereinstimmen, betrifft den Zeitpunkt des Sieges des Opportunismus in der deutschen Sozialdemokratie. Der Verfasser stellt richtig fest, daß die Entwicklung der SPD von einer marxistischen zu einer kleinbürgerlich-opportunistischen Partei nicht plötzlich erfolgte, sondern daß diese Umwandlung ein längerer Prozeß war, der in der Kreditbewilligung am 4. August 1914 kulminierte. Er schreibt: „Vor 1914 war es aber keineswegs bereits eine unabänderliche Tatsache, daß im Kampfe zwischen Opportunisten und Marxisten in der Partei die Opportunisten den Sieg davon tragen würden“ (S. 31).

Diese Einschätzung halten wir für zutreffend. Im Widerspruch dazu finden wir die Behauptung, daß der Sieg des Opportunismus in der deutschen Sozialdemokratie schon „1906–1907 im wesentlichen zur Tatsache geworden war“ (S. 30), daß in dieser Zeit der Opportunismus in den wichtigsten Fragen des politischen

Kampfes „bereits die Oberhand in der deutschen Sozialdemokratie“ (S. 29) erlangt hätte. Richtig ist, daß die Auseinandersetzungen über die neuen Fragen des proletarischen Klassenkampfes, die mit dem Übergang des vormonopolistischen Kapitalismus zum Imperialismus, besonders mit der russischen Revolution von 1905–1907, vor die Arbeiterklasse und ihre Partei gestellt wurden, die Geister in der deutschen Sozialdemokratie schieden und sich die drei ideologischen Strömungen herausbildeten. Am offensichtlichsten trat dies auf dem Mannheimer Parteitag 1906 zutage. Der Verfasser führt zur Begründung seiner These einige Fakten an, so die Eindämmung der großen Wahlrechtskämpfe Ende 1905 und 1906, die Resolution des Mannheimer Parteitages über den Massenstreik, die Haltung der deutschen Delegation auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart u. v. a. Zweifellos sind das Beispiele, die den wachsenden Einfluß des Opportunismus in der Sozialdemokratischen Partei zeigen. Heißt das aber, daß der Sieg des Opportunismus im wesentlichen zur Tatsache geworden war?

Betrachten wir die Eindämmung der Wahlrechtskämpfe 1905/1906. Bekanntlich lag der Höhepunkt dieser Kämpfe im Jahre 1910. Dieser revolutionäre Massenaufschwung, dessen Initiatoren die sozialdemokratischen Parteioorganisationen waren, und der die Zuspitzung der Gegensätze zwischen den imperialistischen und militaristischen Kräften und der Arbeiterklasse zum Ausdruck brachte, konnte trotz aller Eindämmungsversuche 1905/1906 nicht verhindert werden.

Oder nehmen wir die Haltung der deutschen Delegation in Stuttgart 1907. Lenins Einschätzung geht nicht so weit, daß damit der „Sieg des Opportunismus“ schon gekennzeichnet sei. Er schreibt: „Eine bemerkens-

werte und traurige Erscheinung war hierbei, daß die deutsche Sozialdemokratie, die bisher stets die revolutionäre Auffassung im Marxismus vertreten hatte, diesmal schwankte oder sich auf einen opportunistischen Standpunkt stellte“.<sup>4</sup>

Auch spätere Stellungnahmen Lenins zur deutschen Sozialdemokratie weisen darauf hin, daß die Auseinandersetzung zwischen den opportunistischen und revolutionären marxistischen Kräften innerhalb der deutschen Sozialdemokratie in den Jahren 1905 bis 1907 noch nicht endgültig zugunsten der Opportunisten entschieden war. Noch in seinem Artikel zum Magdeburger Parteitag 1910 hob er zum Beispiel hervor: „Indem das deutsche Proletariat den Opportunisten die Mißbilligung aussprach und ihnen mit dem Ausschluß drohte, verurteilte es alle in seiner mächtigen Organisation stagnierenden, schwankenden, schlaffen Elemente, die unfähig sind, mit der Mentalität der sterbenden bürgerlichen Gesellschaft zu brechen. Indem die fortgeschrittene Klasse die schlechten Revolutionäre in ihren Reihen verurteilte, hat sie vor dem Betreten des Weges der sozialen Revolution eine der letzten Heerschauen ihrer Kräfte durchgeführt.“<sup>5</sup>

Uns scheint, daß die von Sch. angeführten Fakten für den Sieg des Opportunismus nicht das eigentliche Problem treffen, auf das an dieser Stelle eingegangen werden müßte.

Beachtenswerte Hinweise zu dieser Frage gibt Rosa Luxemburg in ihrem 1913 geschriebenen Artikel „Nach dem Jenaer Parteitag“. Völlig zu Recht weist sie dort darauf hin, daß man den Sieg des Opportunismus in der deutschen Sozialdemokratie nicht losgelöst von der Herausbildung und Entwicklung

<sup>4</sup> W. I. Lenin: Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung, Dietz Verlag, Berlin 1957, S. 164.

<sup>5</sup> Ebenda, S. 215.

der drei ideologischen Strömungen, speziell der zentristischen Strömung, betrachten darf. Sie weist nach, daß in dem Maße, wie sich die Zentristen offen in eine Front mit den Revisionisten gegen die Linken stellten, es den Revisionisten möglich war, die Oberhand in der Partei zu gewinnen und die Partei zu beherrschen. Der Zentrismus — den sie als den „Sumpf“ bezeichnet — wendet „sich jetzt genauso gegen die vorwärtsstrebende Linke, wie er sich bis jetzt gegen die rückwärtsstrebende Rechte wendete. Dadurch aber wird er aus einem Schutzwall der Partei gegen den Opportunismus zu einem gefährlichen Element der Stagnation, in deren lauen Gewässern gerade der bis jetzt niedergehaltene Opportunismus wieder üppig ins Kraut wachsen kann.“<sup>6</sup>

Rosa Luxemburg sieht eine solche Veränderung in der Sozialdemokratischen Partei um das Jahr 1910. „Und was die Haltung des Sumpfes endgültig bestimmt“, schreibt sie, „Die ‚Instanzen‘ wenden sich gegen die Linke. Der Parteivorstand, der jahrelang unter Bebels Führung gegen die Rechte focht, akzeptiert jetzt die Unterstützung der Rechten, um den Konservatismus gegen die Linke zu verteidigen. Endlich auch die wissenschaftliche Revue, ‚Die Neue Zeit‘, hat seit 1910, zusammen mit dem Parteivorstand, diese Frontänderung gemacht.“<sup>7</sup>

Hinzuzufügen wäre hier noch, daß sich die Zentristen 1910 mit Kautskys „Ermattungsstrategie“ eine politische Plattform gaben, die eine klare Abgrenzung gegenüber dem revolutionären Standpunkt der Linken bedeutete und die opportunistische Politik der Revisionisten rechtfertigte.

Von dem faktischen Sieg des Opportunismus in der deutschen So-

zialdemokratie kann man unserer Meinung nach erst von diesem Zeitpunkt an sprechen. Der Opportunismus beherrschte die Partei erst dann, als die Zentristen mit Kautsky an der Spitze in offener Gemeinschaft mit den Rechten gegen die Linken auftraten. Das geschah etwa ab 1906 und zeigte sich ganz offensichtlich auf dem Jenaer Parteitag 1913.

Dem Verfasser ist es gut gelungen, das Wirken und den Kampf Franz Mehrings als einen untrennbaren Bestandteil des revolutionären Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung darzustellen. In jedem Kapitel ist zu erkennen, daß die Verdienste Mehrings Bestandteil der Verdienste der marxistischen deutschen Linken sind. Gleichzeitig geht aus dem vorliegenden Buch auch hervor, daß die Fehler und Mängel in Mehrings Schaffen Ausdruck des politischen und ideologischen Entwicklungsstandes der deutschen Linken waren. Der Autor schreibt: „Mehrning teilt in seiner Tätigkeit während des imperialistischen Krieges naturgemäß sowohl die unsterblichen Verdienste der Linken als auch ihre Schwächen“ (S. 306). So einverstanden man mit der grundlegenden Einschätzung der Linken — ihrer historischen Verdienste und ihrer Mängel — sein kann, so rufen dennoch einige Feststellungen Sch.s Widerspruch hervor; Widerspruch auch deshalb, weil sie selbst mit einigen Ausführungen des Verfassers nicht übereinstimmen. Während er einerseits behauptet, der Sieg des Opportunismus sei 1906/07 schon im wesentlichen zur Tatsache geworden, schreibt er andererseits: „Auch keinen Fall war vor dem August 1913 die Möglichkeit eines Sieges der revolutionären Marxisten in der Sozialdemokratie schon im vorhinein abzuschließen.“

Deshalb dürfte auch der gegen die Linken erhobene Vorwurf, daß sie nicht bereits vor dem August 1913 organisatorisch mit der Partei ge-

<sup>6</sup> Rosa Luxemburg: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 415.

<sup>7</sup> Ebenda, S. 416.



prochen haben, unrichtig sein. Dafür waren die objektiven Bedingungen nicht gegeben“ (S. 31).

Sch. setzt hier die Frage des Zeitpunktes mit den objektiven Bedingungen und der objektiven Notwendigkeit für die Trennung der marxistischen Kräfte von den Opportunisten gleich.

Die objektiven Bedingungen für die Trennung der Marxisten von den Opportunisten, für die Schaffung einer revolutionären marxistischen Partei von neuem Typus waren auch in Deutschland mit dem Beginn der imperialistischen Epoche gegeben. Die Begründung dafür finden wir bei W. I. Lenin, namentlich in seinen Arbeiten „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ und „Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus“. Dort wies er den ökonomischen Zusammenhang zwischen Imperialismus und Opportunismus nach und schlußfolgerte daraus den für Revolutionäre unvermeidlichen Bruch mit dem Opportunismus. Lenin erklärte, daß mit dem Beginn der imperialistischen Epoche die Partei neuen Typus — d. h. der organisatorische Bruch mit den Opportunisten — zur objektiven Notwendigkeit und Gesetzmäßigkeit für den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse wird. Lenins gesamter Kampf um die Schaffung und Festigung der bolschewistischen Partei von Beginn des 20. Jahrhunderts an war durch diese zwingende Notwendigkeit bestimmt. Die Frage, zu welchem Zeitpunkt und in welcher Art und Weise der organisatorische Bruch mit dem Opportunismus erfolgen muß, ist davon abgeleitet. Zeitpunkt und Taktik werden entscheidend von den historischen Bedingungen und nationalen Besonderheiten des jeweiligen Landes bestimmt. Der Ausschluß der Revisionisten vom Schlage Bernsteins und die revolutionäre Umgestaltung der Partei entsprechend den neuen Erfordernissen des

Klassenkampfes im Imperialismus standen auch in Deutschland seit Beginn unseres Jahrhunderts auf der Tagesordnung. Gerade weil diese Aufgabe nicht gelöst wurde, konnte sich der Opportunismus in der deutschen Sozialdemokratie ausbreiten.

Für die Trennung der revolutionären marxistischen Kräfte von den Opportunisten gab es unserer Meinung nach in Deutschland zwei Möglichkeiten: entweder durch den Ausschluß der Revisionisten aus der Sozialdemokratischen Partei oder durch die organisatorische Trennung der Marxisten von der vom Opportunismus zerfressenen Partei. Die erste Möglichkeit war zumindest bis 1905 gegeben, als die Angriffe der Revisionisten auf die Existenz der revolutionären Partei noch zurückgeschlagen wurden. Nachdem der Opportunismus immer mehr um sich griff, die Partei zersetzte und spaltete, hätten sich die Linken auf die organisatorische Trennung orientieren und als ersten Schritt eine eigene politische Zeitung zur Sammlung und Organisation der marxistischen Kräfte gründen müssen. Als jedoch der faktische Sieg des Opportunismus zur Tatsache geworden war — unserer Meinung nach ab 1910, nach Meinung Sch.s schon 1906/07 —, war der organisatorische Bruch unumgänglich. Die vollständige Trennung der Linken von der opportunistischen Sozialdemokratie hätte schon vor dem ersten Weltkrieg vollzogen werden müssen. Walter Ulbricht sagte zu dieser Frage bei der Begründung der Thesen über die Novemberrevolution 1918 auf der 2. Tagung des ZK der SED: „Die angeführten Faktoren brachten es mit sich, daß die Linken nicht rechtzeitig und konsequent für die Entfernung der reformistischen Führer kämpften und nicht schon vor dem ersten Weltkrieg die vollständige Trennung von der oppor-

tunistischen Sozialdemokratie vollzogen.“<sup>8</sup>

Es ist falsch, wenn der Verfasser schreibt, bei Lenin sei kein einziger, selbst noch so vorsichtiger Hinweis auf die Notwendigkeit der Trennung der revolutionären Marxisten von der von Opportunisten beherrschten deutschen Partei zu finden. Hier sollen nur einige solcher Hinweise Lenins aus der Zeit vor 1914 angeführt werden. Im Oktober 1910 schrieb er in dem Artikel „Die Genossenschaftsfrage auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Kopenhagen“: „Wurms Ohnmacht gegenüber Elm hat ein übriges Mal die Krise in der deutschen Sozialdemokratie illustriert, die darin besteht, daß die unvermeidliche entschiedene Auseinandersetzung mit den Opportunisten immer dringlicher wird...“<sup>9</sup> In seinem Artikel „Der Parteitag der italienischen Sozialisten“ (Juli 1912) traf Lenin die unmißverständliche Feststellung: „Aber wenn auf dem Fehler beharrt, wenn zur Verteidigung des Fehlers eine Gruppe gebildet wird, die alle Beschlüsse der Partei, die ganze Disziplin der proletarischen Armee mit Füßen tritt, dann ist eine Spaltung notwendig...“<sup>10</sup>

Wenn Sch. erklärt, Lenin habe erst nach dem 4. August an eine organisatorische Trennung der Linken von der Sozialdemokratie gedacht, und — um diese These zu stützen — einige Zitate aus dem Jahre 1915 anführt, so sei nur darauf hingewiesen, daß Lenin dort von der unbedingten Trennung als Aufgabe des Tages spricht, davon, daß die Trennung jetzt auf keinen Fall mehr hinausgezögert werden durfte.

<sup>8</sup> Walter Ulbricht: Begründung der Thesen über die Novemberrevolution 1918. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1958, Sonderheft, S. 51.

<sup>9</sup> W. I. Lenin: Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung, S. 207.

<sup>10</sup> Ebenda, S. 247.

Wie schon erwähnt, behandelt der Verfasser das revolutionäre Wirken Franz Mehrings nicht losgelöst, sondern als untrennbaren Bestandteil des Kampfes der deutschen Linken gegen Militarismus, imperialistischen Krieg und Revisionismus. Unbefriedigt läßt jedoch den Leser die Darstellung der Rolle Karl Liebknechts.

Gewiß gibt es in der Arbeit Einschätzungen über den Kampf Karl Liebknechts etwa folgende: „Mit dieser kühnen Tat (d. h. Verweigerung der Kriegskredite am 2. Dezember 1914. — H. K./W. S.) wurde der Name Liebknechts zum Symbol des kompromißlosen Kampfes gegen den Krieg, zum Symbol auch des Kampfes um eine neue, wahrhaft revolutionäre proletarische Internationale“ (S. 303) oder: „Der unerschrockene Tribun des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg Karl Liebknecht...“ (S. 72).

Jedoch wird die hier gekennzeichnete führende Rolle Karl Liebknechts unter den deutschen Linken im vorliegenden Buch erst ab Dezember 1914 anerkannt, wobei es auch dabei noch Einschränkungen gibt. Insgesamt gesehen wird Karl Liebknecht als einer der Führer der deutschen Linken behandelt. Das wird besonders im VI. Kapitel deutlich, in dem Sch. die Probleme aus der Zeit von der Jahrhundertwende bis 1914 behandelt. Hier werden im Zusammenhang mit der revolutionären Tätigkeit Mehring, vor allem Rosa Luxemburg, teilweise auch Clara Zetkin und Julian Marchlewski, des öfteren erwähnt. Es entsteht der Eindruck, als ob Karl Liebknecht in dieser Zeit im Kampf gegen Militarismus und Imperialismus, bei der Anwendung der Lehren der russischen Revolution von 1905 bis 1907 und im Kampf gegen den Revisionismus eine weniger bedeutende Rolle gespielt hätte.

Bei der Behandlung der Auseinandersetzungen mit den Revisionisten spricht Sch. davon, „daß die künftigen Führer der Linken, in erster Linie Rosa Luxemburg und Franz Mehring, schärfer und konsequenter auftreten“ (S. 267). Von Karl Liebknecht wird in dem gesamten Abschnitt mit keinem Wort gesprochen. Die Unrichtigkeit einer solchen Darstellung könnte anhand zahlreicher Beispiele nachgewiesen werden. Hier sei nur auf den Artikel Liebknechts „Die neue Methode“ hingewiesen, der im September 1902 in der „Neuen Zeit“ erschien. Er schrieb dort in der Auseinandersetzung mit den reformistischen Theoretikern: „Was nützte es der Sozialdemokratie, wenn sie eine ganze Welt aller erdenklichen Reförmchen gewänne und nähme doch Schaden an ihrer Seele, das heißt: würde verwirrt, verkleinlicht, kleinnützig und selbstzufrieden, verlöre ihr Edelstes und Bestes, den Elan ihrer revolutionären Energie...“<sup>11</sup>

Man kann auch nicht an der wahrhaft internationalistischen Haltung Karl Liebknechts zur Revolution von 1905 bis 1907 in Rußland vorbegehen, wenn man das Echo dieser Revolution unter den revolutionären deutschen Sozialdemokraten behandelt.

Selbst nach Beginn des ersten Weltkrieges spielte nach Meinung des Verfassers Karl Liebknecht nicht die entscheidende Rolle, sondern: Die Initiative zum Kampfe gegen den Krieg und gegen das schmähliche Überlaufen der sozialdemokratischen Führer ins Lager des Imperialismus ging von den Herausgebern der ‚Sozialdemokratischen Korrespondenz‘, von Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Julian Marchlewski, und deren Freunden — Hermann und Käthe Duncker, Ernst Meyer, Wil-

helm Pieck, Hugo Eberlein — aus, denen sich bald Karl Liebknecht, Clara Zetkin“ und andere anschlossen (S. 300).

Nach Meinung Sch.s nimmt Karl Liebknecht erst nach seinem mutigen Auftreten am 2. Dezember 1914 eine hervorragende Stellung unter den deutschen Linken ein. Aber als Sch. die Haltung der deutschen Linken zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution einschätzt, bleibt Karl Liebknecht wiederum unerwähnt. Der Verfasser schreibt: „Es wird eines der unsterblichen Verdienste Franz Mehrings bleiben, daß er wie kein anderer Deutscher, mit Ausnahme vielleicht Clara Zetkins und Johann Kniefs, die weltumwälzende Größe der Oktoberrevolution verstand und würdigte, daß er sofort für die Bolschewiki Partei ergriff und den deutschen Arbeitern Sinn und Lehren des gewaltigen Ereignisses klarzumachen suchte“ (S. 317).

Es ist jedoch allgemein bekannt, daß Karl Liebknecht klarer als andere Linke unmittelbar nach der Oktoberrevolution aus dem Zuchthaus vor dem „prinzipiellen Antileninismus“ in der deutschen Arbeiterbewegung warnte, und es gibt kein treueres Bekenntnis zur Oktoberrevolution als die Worte Karl Liebknechts: „Ich möchte helfen unter Opferung von tausend eigenen Leben, mithelfen an dem Einzigen, was der russischen Revolution und der Welt helfen kann.“<sup>12</sup>

Die vorliegende Arbeit wird also — wie wir nachzuweisen suchten — der historischen Rolle Karl Liebknechts in der deutschen Arbeiterbewegung nicht voll gerecht. Es kommt nicht zum Ausdruck, daß, wie Walter Ulbricht in seiner Festansprache zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution erklärte, Karl

<sup>11</sup> Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 26—27.

<sup>12</sup> Karl Liebknecht: Briefe aus dem Felde, aus der Untersuchungshaft und aus dem Zuchthaus, Berlin-Wilmersdorf 1922, S. 123.



Lieb knecht schon lange vor dem ersten Weltkrieg den Kampf gegen die Herrschaft der Konzerne und preußischen Junker führte und mit Ausbruch des ersten Weltkrieges das Banner des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg erhob. Es wird nicht genügend deutlich, daß sich Karl Lieb knecht in diesem Kampf „als wahrer nationaler Held des deutschen Volkes, als Führer der revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse“<sup>13</sup> erwies.

Diese kritischen Bemerkungen können den Gesamtwert des vorliegenden Buches keinesfalls einschränken. Sch.s Arbeit ist in vielen Fragen richtungweisend für die Mehring-Forschung. Das Buch stellt aber nicht nur für die Mehring-Forschung einen bedeutenden Gewinn dar. Es bringt uns auch in der Erforschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung einen beachtlichen Schritt voran. Es ist besonders den Fachhistorikern zu empfehlen; aber auch alle übrigen historisch Interessierten werden diese flüssig und lebendig geschriebene Darstellung mit großem Nutzen lesen.

Hellmuth Kolbe/Walter Schmidt

*Aus 500 Jahren deutsch-tschechoslowakischer Geschichte.* Hrsg. von Prof. Dr. Karl Obermann und Prof. Dr. Josef Polišenský. Schriftenreihe der Kommission der Historiker der DDR und der ČSR, Bd. 1, Rütten & Loening, Berlin 1958, 432 S.

Die im Frühjahr 1955 gegründete deutsch-tschechoslowakische Historikerkommission stellte sich u. a.

<sup>13</sup> Walter Ulbricht: Die Novemberrevolution und der nationale Kampf gegen den deutschen Imperialismus. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1959, Heft 1, S. 10.

die Aufgabe, gemeinsame wissenschaftliche Arbeiten herauszugeben. Als erste Frucht dieses Zusammenwirkens liegt uns ein Sammelband mit vierzehn Beiträgen deutscher und tschechoslowakischer Historiker vor.

Entsprechend den Zielen der Kommission werden in dem Band für beide Völker bedeutungsvolle Probleme, vor allem die fortschrittlichen Traditionen in den gegenseitigen Beziehungen, die Solidarität und Zusammenarbeit deutscher und tschechoslowakischer Arbeiter und Bauern im Kampf gegen nationale und soziale Unterdrückung herausgearbeitet. Dieser Tatsache kommt angesichts der revanchistischen Hetze gegen das tschechoslowakische Volk, wie sie in Westdeutschland auch von „Historikern“ betrieben wird, um so größere Bedeutung zu. Demgegenüber haben sich die Historiker der DDR und der ČSR auf der Basis des proletarischen Internationalismus zusammengefunden und mit dem vorliegenden Sammelband ein Zeugnis der Völkerfreundschaft abgelegt.

Im ersten Aufsatz „Zu den Auswirkungen der hussitischen revolutionären Bewegung in Franken“ (S. 11 bis 40<sup>1</sup>) untersucht Horst Köpstein, inwieweit der Kampf der plebejischen Opposition und der Bauern gegen die Feudalgewalten in Süddeutschland von Böhmen her Unterstützung erfuhr. Hierbei mißt K. den Reise von Jan Hus durch Franken (1414), dem Bamberger Aufstand (1430) und dem Wirken der führenden deutschen Hussiten Friedrich Reiser und Friedrich Müller besondere Bedeutung zu. Im Gegensatz zu den Diffamierungen von reaktionärer Seite charakterisiert K. den Bamberger Aufstand als revolutionäre Bewegung inmitten eines waldensisch-hussitischen Ketzerzentrums, auf die das militärische Vorbild der Hussi-

<sup>1</sup> Alle Seitenangaben ohne nähere Bezeichnung beziehen sich auf den hier besprochenen Band.

enheere und möglicherweise auch unmittelbare Hilfe von deren Seite eingewirkt haben. Fragwürdig erscheint uns allerdings die Einschätzung Reisers, dem K. „die zentrale und bedeutendste Rolle innerhalb dieser Volksketzereien“ zuspricht (S. 22). Schließlich hat Reiser nur teilweise auf den Positionen der revolutionären Hussiten gestanden und sich auf „passive Opposition“ beschränkt. Wichtiger ist u. E. die Person Drändorfs, der sich konsequent auf die Seite der Hussiten stellte und Plebejer und Bauern zur revolutionären Erhebung gegen die Feudalherren bringen wollte. K. hat eine verdienstvolle Untersuchung über ein bislang vernachlässigtes Thema vorgelegt und begonnen, die Wirksamkeit der hussitischen Bewegung im Fränkischen vom Standpunkt der Volksmassen darzustellen.

„Die Anfänge des Wiedertäuferums in der Slowakei“ (S. 41–59) würdigt Petr Ratkoš, indem er sich auf das lange Zeit unbeachtete „Diarium“ des Bürgers Konrad Sperogel aus Leutschau stützt und den antifeudalen Gehalt der Wiedertäuferideologie untersucht. R. kommt zu dem Ergebnis, daß die Zipser Wiedertäufer – allen voran Andreas Fischer – in den Jahren 1529/30 ein radikaler Teil des friedlichen Wiedertäuferturns waren. Ihre soziale Hauptforderung war die Gütergemeinschaft, religiös entsprachen ihre Prinzipien in vielen der gemäßigten Reformation, ihr Protest gegen die bestehende Gesellschaftsordnung äußerte sich in der Gehorsamsverweigerung gegenüber der geistlichen und weltlichen Obrigkeit.

Anhand neuen Quellenmaterials aus der ČSR<sup>2</sup> schildert Hanuš Hürtel den „Widerstand der Oberlausitzer Sechsstädte gegen König Ferdinand I. im Schmalkaldischen Krieg“ (S. 61 bis 78). Die gemeinsame Aktion von

Bautzen, Görlitz, Zittau, Kamenz, Löbau und Lauban war Ausdruck einer beachtlichen wirtschaftlichen und politischen Macht, blieb jedoch beim passiven Widerstand. Die Sechsstädte unterlagen einem räuberischen Strafgericht des Königs und haben sich „von dieser Katastrophe nie wieder ganz erholt“ (S. 76). Der Beitrag von H. behandelt ein bemerkenswertes Kapitel Lausitzer Geschichte.

Der Aufsatz „Böhmisches Getreide auf dem sächsischen Markt am Ende des 16. und in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts“ (S. 79–97) von Věra Šádová ist ein wichtiger Beitrag zur Diskussion um die sogenannte zweite Leibeigenschaft in Osteuropa. Methodisch vorbildlich ist S.s Ermittlung der böhmischen Getreideproduktion, die Auswertung der Leimeritzer Zollregister u. a. Für die Schilderung der Lage in Sachsen (nach einer Dissertation von 1912!) hätten freilich neuere Darstellungen herangezogen werden müssen, um die Ursachen des wachsenden Bedarfs an böhmischem Getreide verständlicher zu machen.<sup>3</sup>

Stets gehörten historiographische Studien zu den interessantesten Formen geschichtswissenschaftlicher Darstellung. Josef Polišenský bedient sich dieser Form für seinen Artikel „Zur Problematik des Dreißigjährigen Krieges und der Wallensteinfrage“ (S. 99–135). Äußerst interessant ist P.s Kritik an den Versuchen, Wallenstein zu einer fortschrittlichen Persönlichkeit zu machen. Er stellt fest, daß es für „irgendwelche ‚gesamtdeutsche‘ Pläne“ Wallensteins keine Anhaltspunkte gibt und sich „die neuzeitlichen Versuche einer hohen Bewertung Wallensteins durch nichts rechtfertigen“ lassen (S. 134).

<sup>3</sup> Vgl. Rudolf Forberger: Die Manufaktur in Sachsen vom Ende des 16. bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts, Berlin 1958.

<sup>2</sup> Vgl. Lětopis, Bd. II, Heft 3, Bautzen 1958.

Unter den Aufgaben, die P. der Geschichtsforschung stellt, ragt besonders die aktuelle Forderung hervor, beim Studium des Dreißigjährigen Krieges die Veränderungen im Leben der Volksmassen zu analysieren, weil sich daraus „ein lehrreicher Beitrag im gegenwärtigen Kampf gegen Militarismus und Imperialismus und seine ideologischen Vorgänger“ ergibt (S. 135).

Eduard Winter gibt mit seinem Aufsatz „Der Hallische Pietismus und das bürgerliche Nationwerden der slawischen Völker, besonders in der Slowakei“ (S. 137–147) Einblick in die Ergebnisse seiner jahrzehntelangen Forschungsarbeit. Auf Grund seines ökonomischen, politischen und geistigen Aufschwungs wird Halle seit dem Ende des 17. Jh. zum Anziehungspunkt frühbürgerlicher Aufklärer der slawischen Völker und Ausgangspunkt der deutschen Slawenkunde. W. arbeitet sowohl die positiven, den sozial-ökonomischen Fortschritt fördernden als auch die die selbständige Entwicklung der slawischen Völker hemmenden Elemente dieser Ausstrahlung Halles heraus und beleuchtet besonders die fördernden Einflüsse auf die Entwicklung der slowakischen Schriftsprache.

Welche Möglichkeiten für die Erforschung von entscheidenden Abschnitten der deutschen Geschichte die tschechoslowakischen Archive liefern, beweist Miroslav Hroch mit seinem Beitrag „Der soziale Charakter des Frankfurter Wachensturms 1833“ (S. 149–169). H. stützt sich vornehmlich auf Bestände des Literaturarchivs des Nationalmuseums und der Neuberk-Bibliothek, Prag. Er stellt fest, daß die mittlere Bourgeoisie die Vorbereitung des Aufstandes zwar materiell unterstützt hat — wobei H. die ideologische Vorbereitung durch die radikale Intelligenz zuwenig beachtet —, daß aber die Durchführung des Aufstandes vorwiegend in den Händen von Hand-

werkern bzw. Kleingewerbetreibenden, also der Kleinbourgeoisie lag. H. hat mit seinem Aufsatz einen wichtigen Beitrag zum tieferen Verständnis des Frankfurter Wachensturmes als einem „der ersten bewußten Versuche zur Durchführung der bürgerlichen Revolution in Deutschland“ (S. 169) geleistet.

Eberhard Wolfgramm behandelt das Thema: „Der böhmische Vormärz, im besonderen die böhmischen Arbeiterunruhen das Jahres 1844 in ihren sozialen und politischen Zusammenhängen“ (S. 171–221). Der Aufsatz fußt auf deutschem Aktenmaterial sowie deutschen, tschechischen, polnischen und sowjetischen Darstellungen. Er zeigt die Vielseitigkeit der Problematik und enthält treffende Einzeleinschätzungen. Wir hätten es begrüßt, wenn der Vf. stärker die Weiterentwicklung der Arbeiterbewegung in der Folgezeit beachtet hätte. Dadurch wäre er besser in der Lage gewesen, das Neue aber zugleich auch die Beschränktheit der damaligen Bewegung deutlich herauszuarbeiten und der Platz jener Arbeiterunruhen in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung zu bestimmen.

Mit ihrem Aufsatz „Die Bourgeoisie in Böhmen und der Deutsche Zollverein im Jahre 1848“ (S. 223 bis 248) trägt Věra Vomáčková zur Klärung der nationalen Frage in der damaligen Zeit bei: Die Mehrheit der deutschen Industriebourgeoisie und der Handwerker im böhmischen Grenzgebiet sahen ihre Marktinteressen und ihre privilegierte Stellung im Rahmen des Deutschen Zollvereins am besten gewahrt. Demgegenüber trat die tschechische Bourgeoisie gegen den Anschluß Österreichs an den Deutschen Zollverein auf; sie trachtete vielmehr nach Sicherung der slawischen Märkte im Osten und Südosten, da sie auf dem deutschen Markt keine Absatzmöglichkeit für ihre Industrierzeugnisse sah. Mi-



ieser Auffassung entsprach die tschechische Bourgeoisie den Interessen des Adels und der Bourgeoisie in Österreich schlechthin, die bereit waren, das Interesse der Nation an ihren Klasseninteressen zu opfern. Der österreichisch-preußische Gegensatz behinderte die Herstellung der deutschen Einheit, wie V. unterstreicht; und die Festigung der Positionen Österreichs durch die tschechische Bourgeoisie vereitelte mit die Bildung westslawischer bürgerlicher Nationalstaaten, wie die Vfn. hätte einzusetzen sollen, um die komplizierte Gesamtsituation noch deutlicher zu machen.

Einen wichtigen Artikel für den Band schrieb *Zdeněk Šamberger* unter der Überschrift „Die revolutionäre Zusammenarbeit der tschechischen und sächsischen Demokraten im Frühjahr 1849“ (S. 249—298). Š. weist — im Gegensatz zur bürgerlichen Darstellungsweise — nach, daß sich die fortschrittlichen Kräfte aus deutschen und des tschechischen Volkes im Kampf gegen die herrschenden ausbeutenden und unterdrückenden Klassen einig waren. Der Vf. hat damit bedeutsame revolutionäre Traditionen unserer beider Völker der Vergessenheit entrissen und unsere Kenntnis vom internationalen Charakter der revolutionären demokratischen Bewegung von 1848/49 wesentlich bereichert.

Aber erst die Arbeiterbewegung hat die deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen auf eine Grundlage gestellt, die zum Ausgangspunkt für die restlose Überwindung des Nationalitätenhaders und für dauernde freundschaftliche und brüderliche Beziehungen zwischen den beiden Nachbarvölkern wurde. Der Artikel über die Anfänge der Zusammenarbeit zwischen der Arbeiterbewegung in Deutschland und in den böhmisches Ländern“ (S. 299—330) von *Jiří Kořálka* bringt wertvolles Material zu diesem Problem. K., der

bereits ein Buch über die Entstehung der sozialistischen Arbeiterbewegung in Liberec veröffentlicht hat<sup>4</sup>, verfolgt die Zusammenarbeit von den wandernden Handwerksgehilfen beider Länder vor 1848 über die Gründung der Arbeiterbildungsvereine in Nordböhmen<sup>5</sup> und den Einfluß der Lassalleaner bis zu jenem relativ hohen Reifegrad, den die sozialdemokratische Bewegung Reichenbergs in den siebziger Jahren erreichte. Eine der „bedeutendsten Ursachen“ für den hohen Stand der sozialistischen Bewegung im Reichenberger Gebiet sieht K. darin, „daß sie von Anfang an unter dem unmittelbaren Einfluß der revolutionärsten, von Bebel und Liebknecht geführten und von den Begründern des wissenschaftlichen Sozialismus, Marx und Engels, unmittelbar beeinflussten Strömung in der deutschen Arbeiterbewegung entstanden ist“ (S. 316). Wertvoll sind die Verallgemeinerungen in dem Artikel (S. 305, 318, 329—330), die den Vf. schließlich mit vollem Recht von einer „glanzvollen Tradition“ sprechen lassen, die zur Grundlage für die brüderliche Zusammenarbeit der revolutionären tschechischen und deutschen Arbeiterbewegung wurde.

Diese Thematik wird fortgesetzt von *Karl Obermann* mit dem Beitrag „Zur Geschichte der deutschen und der tschechoslowakischen Sozialdemokratie und ihrer freundschaftlichen Beziehungen im 19. Jahrhundert“ (S. 331—370). O. charakterisiert die Jeschkenberg-Kundgebung vom 7. August 1870 als ersten Höhepunkt im gemeinsamen Auftreten deutscher und tschechischer Arbeiter und unterbreitet eindrucksvolle Beispiele für das bisher zuwenig beachtete Zusammenwirken der

<sup>4</sup> Vznik socialistického dělnického hnutí na Liberecku, Liberec 1956.

<sup>5</sup> Der erste Arbeiterbildungsverein in Österreich-Ungarn wurde 1863 in Reichenberg gegründet.

Reaktion verschiedener Länder gegen die internationale Arbeiterbewegung. Das Wirken Ladislav Zápotočkýs gegen das Sozialistengesetz, die Besuche Bebels in Böhmen, zahlreiche persönliche Kontakte zwischen den Sozialdemokraten beider Nationalitäten, der Schriftenschmuggel usw. — diese lebendigen Zeugnisse deutsch-tschechischer Freundschaft hat O. erstmals zusammenhängend dargestellt.

Der letzte Aufsatz, „Zu Fragen der Beziehungen und der Zusammenarbeit des revolutionären Proletariats Deutschlands mit dem revolutionären Proletariat der Tschechoslowakei nach dem ersten Weltkrieg (1918 bis 1921)“ (S. 371—403), von *Koloman Gajan* ist zugleich der einzige, der sich mit Problemen des 20. Jahrhunderts beschäftigt. G. zeigt, daß die deutsche Novemberrevolution, die Januarkämpfe 1919 und die Niederschlagung des Kapp-Putsches den Revolutionierungs- und Differenzierungsprozeß in den Reihen der tschechoslowakischen Sozialdemokratie förderten und zur Herausbildung der Kommunistischen Partei beitrugen. Aufschlußreich ist für den deutschen Leser, wie die tschechoslowakische Bourgeoisie dem deutschen Imperialismus half, die revolutionäre Nachkriegskrise in Deutschland zu überwinden, besonders das Geheimabkommen zwischen dem Innenministerium in Prag und dem Staatskommissariat für Überwachung der öffentlichen Ordnung in Berlin vom 20. Januar 1920 (vgl. S. 379). Der Artikel hilft den deutschen Historikern, die Geschichte der KPD zu erforschen, und ruft den dringenden Wunsch hervor, mehr von dieser tschechoslowakisch-deutschen proletarischen Kampfolidarität zu erfahren, wobei man sich vor allem eine stärkere Berücksichtigung der Arbeitermassenbewegung wünscht.

Den Abschluß des Sammelbandes bildet eine von *Helmut Lötze* be-

sorgte Zusammenstellung, die einen Überblick über die Quellen zur tschechoslowakischen Geschichte im Deutschen Zentralarchiv (1867—1945) gibt, dessen Beachtung für künftige Aktenstudien unerlässlich sein wird (S. 405—428).

Abschließend kann man feststellen, daß der Sammelband uns wertvolle neue Kenntnisse vermittelt. Sämtliche Beiträge zeugen von mühevoller erfolgreicher Forschungsarbeit. Der Band beweist, daß die Geschichtswissenschaft in beiden Ländern die einstige klassenbedingte nationalistische Beschränktheit überwunden hat und in sozialistischer Kameradschaft erfolgreich an der Klärung bisher ungelöster Fragen arbeitet. Mit großem Interesse erwarten wir den im Vorwort angekündigten Bd. 2 der Schriftenreihe, der vor allem Probleme der neueren Geschichte behandeln wird und die Proportionen zugunsten der aktuellsten Fragen verschiebt. Dabei wünscht man sich seitens der deutschen Historiker eine stärkere Auswertung der tschechoslowakischen Literatur. Zu begrüßen wären auch gemeinsame Quelleneditionen.

Die zustimmende Aufnahme des Sammelbandes im sozialistischen Lager beweist die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges.<sup>6</sup> Der Band zeigt, wie man auch mit den Waffen der Geschichtswissenschaft für die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem tschechoslowakischen Volk kämpfen und die westdeutschen Revanchisten und Militaristen entlarven und schlagen kann. Auf diesem Wege ist mit dem vorliegenden Band ein verheißungsvoller Anfang gemacht.

Joachim Ma

<sup>6</sup> Vgl. die Rezensionen in: *Československý časopis historický*, 1959, Heft 3, S. 537—547 von B. Šindelář. — Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1959, Heft 5, S. 1125—1132 von R. F. Schmiedt. — *Śląski kwartalnik historyczny* Sobótka 1959, Heft 2, S. 246 von M. Pater.

## AUTOREN DIESES HEFTES

- Dr. Arnold Reisberg*, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Dr. Hellmuth Kolbe*, Dozent beim Lehrstuhl für Geschichte der Arbeiterbewegung am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Klaus Mammach*, wissenschaftlicher Oberassistent am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Dr. Hans Jürgen Friederici*, Dozent am Franz-Mehring-Institut der Karl-Marx-Universität Leipzig
- Édit Siclós-Vincze*, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Parteigeschichte beim Zentralkomitee der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, Budapest
- Otto Braun*, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- O. D. Weizmann*, Dozent des Leningrader Staatlichen Pädagogischen Instituts „A. I. Herzen“
- Hans Maur*, wissenschaftlicher Assistent am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Kurt Schumann*, Vorsitzender des Arbeitskreises verdienter Gewerkschaftsveteranen beim Bezirksvorstand Dresden der IG Metall/Metallurgie, Dresden
- Kurt Ohlendorf*, Leiter des Wirtschaftsfacharchivs der VVB Kaliwerke Staßfurt, Erfurt
- Otto Falta*, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichte der KPČ beim Zentralkomitee der KPČ, Prag
- Heinz Schumann*, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Magyes Szabó*, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Parteigeschichte beim Zentralkomitee der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, Budapest
- Heinz Kühnrich*, wissenschaftlicher Assistent am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Hans-Joachim Neumann*, wissenschaftlicher Oberassistent am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Henate Leuschner*, wissenschaftliche Oberassistentin am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Ritz Zimmermann*, Redakteur der „Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Berlin
- Walter Schmidt*, wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Lehrstuhl für Geschichte der Arbeiterbewegung am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Dr. Joachim Mai*, wissenschaftlicher Oberassistent am Historischen Institut der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald



## СОДЕРЖАНИЕ

**Арнольд Рейсберг**, Великая идея Ленина о мирном сосуществовании — решающий фактор современной международной политики; **Гельмут Кольбе**, Произведение В. И. Ленина «Детская болезнь «левизны» в коммунизме» — серьезная помощь молодой КПГ; **Кляус Маммах**, Борьба КПГ за вовлечение крестьян, антиимпериалистический, антимилитаристский боевой фронт; **Ганс Юрген Фридрици**, К оценке Лассалья и лассальянства в буржуазной и право-социальной демократической историографии; **Эдит Шиклош-Винце**, Борьба против лассальянского влияния в венгерском рабочем движении (1867-1872 гг.); **Отто Браун**, К изданию Сочинений В. И. Ленина на немецком языке; Научные сообщения и заметки: **О. Д. Вейцман**, Эрнст Тэльман в Ленинграде; О работе комиссий по истории местного рабочего движения; Отчеты и замечания: Отчет о конференции «Германский империализм и вторая мировая война» (Авторский коллектив Института марксизма-ленинизма и Института общественных наук при ЦК СЕПГ); О деятельности Института по истории партии при ЦК КПЧ (Отто Фальта); Движение сопротивления и молодое поколение (Гейнц Шуман); „*Parttörténeti Közlemények*“, журнал по истории венгерского рабочего движения, 1959 год (Агнеш Сабо); Международные тетради движения сопротивления, № 1, ноябрь 1959 г. (Гейнц Кюнрих); Критика и библиография.

## CONTENTS

*Arnold Reisberg*, Lenin's Great Idea of Peaceful Coexistence — the Determining Factor of the Present World Policy; *Hellmuth Kolbe*, W. I. Lenin's Work "The 'Left Radicalism', the Infantile Disease in Communism" — An Essential Help for the Young KPD (CPG); *Klaus Mammach*, The KPD (CPG's) Struggle for the Inclusion of the Peasants into the Anti-Imperialist Anti-Militarist Fighting-Front; *Hans Jürgen Friederici*, About the Estimation of Lassalle and the Lassalleanism in the Bourgeois and Right Wing Social Democratic Historiography; *Edit Siclós-Vincze*, The Fight in the Hungarian Working-Class Movement Against the Lassallean Influence (1867—1872); Scientific Informations and Notes: *Otto Braun*, On the Publication of W. I. Lenin's Works in German; *O. D. Weizmann*, Ernst Thälmann in Leningrad; From the Work of the Committees for the History of the Local Working-Class-Movement; Reports and Remarks: Report about the Conference "German Imperialism and the Second World War" (Authors' Collective of the Institute for Marxism-Leninism and the Institute for Social Sciences at the Central Committee of the SED; On the Activity of the Institute for Party History at the Central Committee of the CPC (Otto Falta); The Resistance Movement and the Young Generation (*Heinz Schumann*); "*Parttörténeti Közlemények*", the Periodical for the History of the Hungarian Working-Class Movement, Year's Number 1959 (*Ágnes Szabó*); International Booklets of the Resistance Movement, No. November 1959 (*Heinz Kühnrich*); Criticism and Bibliography.

## CONTENU

Arnold Reisberg, La grande pensée de la coexistence pacifique de Lenin — facteur décisif de la politique mondiale actuelle; Hellmuth Kolbe, L'œuvre de W. I. Lenin «Le radicalisme de gauche», la maladie infantile du communisme» — une aide importante pour le jeune P.C.A.; Klaus Mammach, La lutte du P.C.A. pour l'incorporation des paysans dans le front de la bataille antiimpérialiste, antimilitariste; Hans Jurgen Friederici, Sur l'appréciation de Lassalle et du lassallianisme dans l'historiographie bourgeoise et social-démocrate de droite; Edit Siclós-Vincze, La lutte dans le mouvement ouvrier hongrois contre l'influence lassallienne (1867—1872); Communications et notes scientifiques: Otto Braun, Au sujet de la publication des œuvres de W. I. Lenin en langue allemande; O. D. Weizmann, Ernst Thälmann à Leningrad; Travaux des Commissions d'étude de l'histoire du mouvement ouvrier local; Rapports et remarques: Rapport sur la Conférence «L'impérialisme allemand et la deuxième guerre mondiale» (Collectif d'auteurs de l'Institut de Marxisme-Léninisme et de l'Institut des Sciences sociales près le C.C. du Parti socialiste Unifié Allemand); Sur l'activité de l'Institut d'Histoire du Parti près le C.C. du Parti communiste tchécoslovaque (Otto Falta); Le mouvement de Résistance et la jeune génération (Heinz Schumann); «Páttörténeti Közlemények», le périodique d'histoire du mouvement ouvrier hongrois, année 1959 (Agnes Szabó); Cahier International du Mouvement de Résistance, Nr. 1, novembre 1959 (Heinz Kühnrich); Critique et bibliographie.

## REDAKTIONSKOLLEGIUM

Ludwig Einicke (Chefredakteur), Ludwig Arnold, Horst Bartel, Herwig Förder, Fritz Knittel, Hellmuth Kolbe, Walter Nimtz, Erich Paterna, Raimund Wagner, Heinrich Gemkow (stellv. Chefredakteur)

Redaktionsschluß: 22. Februar 1960

Redaktion: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin N 54, Wilhelm-Pieck-Straße 1, Tel. 20 05 81 — Verlag: Dietz Verlag GmbH., Berlin C 2, Ballstraße 76—79, Tel. 27 63 61. Lizenznummer: 54 67 — Zuschriften, die den Inhalt betreffen, sind an die Redaktion, solche, die den Bezug angehen, an den Verlag zu richten — Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Der Preis beträgt für das Einzelheft 2 DM, das Jahresabonnement 8 DM — Bezugsmöglichkeiten: Für das Gebiet der DDR einschließlich des Demokratischen Sektors von Groß-Berlin durch alle Buchhandlungen oder jedes Postamt. Für Westdeutschland, Westberlin wie das gesamte Ausland Deutscher Buch-Export und -Import GmbH, Leipzig C 1, Leninstraße 16 — Druck: (140) Neues Deutschland, Berlin



# Im April erschien unser Sonderheft zum 15. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus

## INHALT

Zum 15. Jahrestag der Befreiung

*Ludwig Einicke:* Die antifaschistische Bewegung und der Freiheitskampf der Völker als wichtige Faktoren für die Niederlage des deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg

*Heinz Schumann/Heinz Kühnrich:* Der Kampf der deutschen Antifaschisten für ein freies, friedliebendes und demokratisches Deutschland und seine Übereinstimmung mit den Zielen der Sowjetunion im zweiten Weltkrieg

*Regina Knoll:* Die Hilfe der Sowjetunion für die demokratischen Kräfte des deutschen Volkes (Mai/Juni 1945)

*Wilhelm Arnold:* Zur Bedeutung und Verbreitung des Aufrufs des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945

*Klaus Drobisch:* Der Kampf um die Einheitspartei der Arbeiterklasse in Leipzig 1945/1946

*Günter Benser:* Klarheit über die Entstehung der SED — eine wichtige Voraussetzung für die Verwirklichung der Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse

*Rudolf Lotz/Hans Schmidt:* Die KPD lebt!

*Rudolf Graf:* Herman Aubin im Dienste der faschistischen Okkupationspolitik gegenüber Polen und des klerikal-militaristischen Antibolschewismus

*Robert Büchner:* Zur Geschichte der Rettung und Aufstellung des Lenin-Denkmal in Eisleben

*Wladislaw Góra:* Aus den Traditionen gemeinsamer Kämpfe. Deutsche Antifaschisten in der Volksgarde der PPR und in der Polnischen Volksarmee

Das Sonderheft erschien außerhalb des Abonnements.

Wir bitten alle unsere Leser, ihre Bestellungen beim zuständigen Postamt bzw. bei ihrer Buchhandlung aufzugeben.

*Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*  
— Redaktion —



NEUERSCHEINUNGEN

## KARL LIEBKNECHT

### Gesammelte Reden und Schriften, Band II

*Februar 1907 bis 1910*

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED

531 Seiten • Mit sieben Bildern und Faksimiles • Kunstleder 7,— DM

Politische Festigung und Erziehung der proletarischen Jugendorganisationen und unerbittlicher Kampf gegen den Militarismus, darin sah Karl Liebknecht die vordringlichsten Aufgaben in den Jahren 1907 bis 1910, aus denen dieser Band eine Auswahl von Arbeiten vereinigt.

Bisher erschienen: Band I • September 1900 bis Februar 1907

560 Seiten • Mit fünf Bildern und Faksimiles • Kunstleder 7,— DM

Die Ausgabe wird etwa 6—7 Bände umfassen

### Rosa Luxemburg im Kampf gegen den deutschen Militarismus

*Prozeßberichte und Materialien aus den Jahren 1913 bis 1915*

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED

Mit einem Anhang

264 Seiten • Mit 5 Illustrationen • Ganzleinen 4,80 DM

Februar 1914: Prozeß gegen Rosa Luxemburg in Frankfurt (Main). Juni/Juli 1914: Prozeß gegen Rosa Luxemburg in Berlin. In beiden Fällen wurde der Angeklagte zum Angeklagten. Im Frankfurter Prozeß gelang es noch, Rosa Luxemburg zu einem Jahr Gefängnis zu verurteilen. Aber schon im zweiten Prozeß mußte der Militarismus aus Furcht vor dem Nachweis seiner Verbrechen, den 1013 Zeugen für über 30 000 Fälle erbringen wollten, zum Rückzug blasen.



VERLAG BERLIN C 2, Wallstraße 76-79

